Freitag, 30. August 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 201 - 35.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Überraschendes Votum: Entgegen der Empfehlung ihrer Gewerkschaftsführung hat die Mehrheit der 11 000 britischen Zugbegleiter beschlossen, in ihrem Disput mit der staatlichen Eisenbahn über Rationalisierungsmaßnahmen auf einen Streik zu verzichten. Einfluß auf die Entscheidung hatten offenbar die Erfahrungen der britischen Kohlearbeiter, die trotz einjährigen Streiks ihre Forderungen nicht durchsetzen konnten. (S. 5 und 12)

Nach Nahost: Außenminister Genscher startet heute zu einer fünftägigen Nahostreise, die ihn nach Syrien, Kuwait und Ägypten führt. Für Anfang Oktober ist ein Besuch in Israel geplant. (S. 10)

Wiederwahl: Der vergangene Woche zurückgetretene griechische Oppositionsführer Mitsotakis ist mit großer Mehrheit wieder zum Chef der konservativen Nea Demokratia gewählt worden. Die Wahl brachte Mitsotakis die erhoffte Stärkung gegen seine Gegner in der Partei. (S. 5)

Weinskandal: Der österreichische Agrarminister Haiden hat gestern im Nationalrat die Vorlage zum „strengsten Weingesetz Europas" eingebracht. Bei der Wein-Debatte im rheinland-pfälzischen Landtag warf Regierungschef Vogel „verbrecherischen Geschäftemachern" in Österreich vor, deutschen Winzern erheblich geschadet zu haben. (S. 10)

Neue Unruhen: Am Vortag des geplanten Besuchs von drei EG-Außenministern in Südafrika sind gestern sechs Farbige bei Unruhen getötet worden. Die Bilanz des Vortags war acht Tote.

Sommeroffensive: Mit einer Blockade der Pariser Prachtstraße Champs-Elysées erreichte die von Kommunisten geführte Sommeroffensive gegen die Regierung einen Höhepunkt. (S. 5)

Pakistan: Eine Woche nach ihrer Rückkehr aus dem Exil in London ist die prominente Oppositionelle Benazir Bhutto gestern unter Hausarrest gestellt worden.

Was ist los mit den Deutschen?

Sind Angst, Mißmut und Unzufriedenheit Merkmale, mit denen sich die Deutschen von ihren Nachbarn unterscheiden? Diese Fragen beantwortet der amerikanische Historiker und Politikwissenschaftler Walter Laqueur in einer Deutschland-Analyse, deren wichtigste Teile die WELT vorab veröffentlicht. Die letzte Folge trägt den Titel: „Der US-Schirm erlaubt den Denkspielern ihre Kapriolen". Seite 6

WIRTSCHAFT

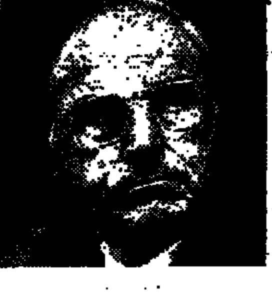
Autoindustrie: Die deutschen Hersteller rechnen für 1985 erstmals mit einer Produktion von mehr als vier Millionen (Vorjahr: 3,79 Millionen) Pkw/Kombi. (S. 11)

Sparzinsen: Nach den Kreditzinsen sinken jetzt auch die Sparzinsen. Als erste Institute kündigten Kölner Stadtsparkasse und Kölner Bank gestern die Zurücknahme der Zinsen für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist um 0,5 auf 2,5 Prozent an.

Protektionismus: US-Präsident Reagan hat Forderungen abgelehnt, zum Schutz der heimischen Schuhindustrie Importquoten oder höhere Zölle auf ausländische Erzeugnisse zu verfügen. Dies gilt als Signal an den protektionistisch gestimmten Kongreß, daß er an der Politik des freien Handels festhalten will. (S. 12)

Börse: An den Aktienmärkten profitierten die Maschinenbauwerte von der Konjunkturbelebung. Der Rentenmarkt blieb freundlich. WELT-Aktienindex 207,05 (207,14). BHF-Rentenindex 105,386 (105,375). Performance Index 107,456 (107,445). Dollarmittelkurs 2,7722 (2,7683) Mark. Goldpreis 337,00 (340,90) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Ich bedauere, daß sich die Bundesländer bislang nicht darauf verständigt haben, privaten Programmanbietern bundesweit gleiche, faire Startchancen zu schaffen «

Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Eröffnung der Internationalen Funkausstellung in Berlin
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

KULTUR

Intellektuelle: Sind die Intellektuellen die kritischen Geister einer versorgten Gesellschaft? Oder sind sie die heutigen Jakobiner, die die Gesellschaft zerstören wollen, die sie so gut nährt? Antworten suchte die Akademie Eichholz bei ihrer Tagung „Intellektuelle und Politik". (S. 19)

Musik: Der international bekannte tschechoslowakische Komponist Zbynek Vostrák ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am 4. August 65jährig gestorben. Von den CSSR-Medien wurde der Tod des 1972 in Ungnade gefallenen Komponisten, Dirigenten und Musikprofessors verschwiegen.

SPORT

Schwimmen: Michael Groß gewann bei den Studenten-Weltmeisterschaften in Japan über 200 m Schmetterling die Goldmedaille.

Tennis: Boris Becker ist Fünfter der diesjährigen internationalen Geldrangliste. Becker verdiente bisher 327 430 Dollar.

AUS ALLER WELT

Wo ist der Przewalski? Ein exotischer Diebstahl beschäftigt die Bonner Staatsanwaltschaft. Der äußerst rare Przewalski-Falter, Prunkstück der Schmetterlingssammlung des Museums Koenig, ist weg. Statt dessen wurde dem Museum ein gewöhnlicher Apollo-Falter untergeschoben. Die Spur führt nach Japan. (S. 20)

Ärzte: Im „Dortmunder Ärzteskandal" um falsche Honorarabrechnungen hat die Staatsanwaltschaft von den 473 Anfang 1984 eingeleiteten Ermittlungsverfahren bislang 452 einstellen müssen. (S. 20)

Wetter: Überwiegend sonnig. 22 bis 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kanzleramt weist Attacken gegen Zimmermann zurück

Bundestagssondersitzung zu Spionagefällen / Ermittlungen gegen weiteren Beamten

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern erwartungsgemäß den bisherigen Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im NATO-Rat, Botschafter Hans-Georg Wieck, zum neuen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) bestellt. Die politische Diskussion um die Verantwortung für den Übertritt des Regierungsdirektors Tiedge in die „DDR", die zur Ablösung des früheren Verfassungsschutz-Präsidenten und bisherigen BND-Chefs Hellenbroich geführt hat, ist damit allerdings nicht ausgestanden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat eine Sondersitzung des Bundestags beantragt, um über einen von ihr gestellten Antrag auf Entlassung von Bundesinnenminister Zimmermann zu beraten.

In Karlsruhe leitete der Generalbundesanwalt gestern ein Ermittlungsverfahren gegen den Regierungsdirektor Reinhard Liebetanz im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit ein. Der Beamte hatte seiner Behörde eine angeblichen Abwerbe-Versuch des „DDR"-Staatssicherheitsdienstes gemeldet, sich dabei aber in Widersprüche verstrickt.

Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble wies die Forderung der Sozialdemokraten nach dem Rücktritt Zimmermanns entschieden zurück. Gegenüber der WELT nannte er die Vorwürfe an die Adresse des Innenministers „völlig unbegründet. Dies ist der billige Versuch, parteipolitisches Kapital aus der Situation zu schlagen." Es habe sich „klar herausgestellt", daß der Minister nicht informiert worden war, sondern daß der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in der ihm zustehenden eigenen Verantwortung gehandelt habe. „Politische Verantwortung" könne der Minister nur für eigene Entscheidungen und eigenes Handeln übernehmen.

Schon am frühen Morgen hatte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gestern dem Bundespräsidenten einen Bericht über den letzten Stand der Ermittlungen im Spionagefall Tiedge gegeben. Der Kanzler schlug danach dem Bundespräsidenten vor, Hellenbroich – erst seit

SEITE 4:
Weitere Berichte

1. August Präsident des Bundesnachrichtendienstes – in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Die Bestellung Wiecks wird am kommenden Dienstag dem Bundeskabinett vorgelegt werden. Hellenbroich erhielt gestern nachmittag seine Urkunde über die Versetzung in den Ruhestand aus der Hand von Kanzleramtsstaatssekretär Waldemar Schreckenberger, mit dem er am Vortag ein ausführliches Gespräch über die Gründe für seine Entscheidung geführt hatte, Tiedge trotz offenkundiger Labilität als Abwehrchef zu halten. Diese Motive sind nicht öffentlich genannt worden. Hellenbroich erklärte lediglich gegenüber dem ZDF zu seiner Entlassung: „Ich habe das als Beamter hinzunehmen. Ich würde sehr gerne etwas dazu sagen, aber ich kann es nicht. Und selbst noch als Pensionär fühle ich mich dem Nachrichtendienst verpflichtet. Ich kann leider die Gründe, die letztlich mein Handeln bestimmt haben, in der Öffentlichkeit nicht darstellen." Auf die Frage, ob es denn „wirklich stichhaltige Gründe" dafür gebe, daß er im Fall Tiedge so entschieden und den Bundesinnenminister nicht unterrichtet habe, sagte Hellenbroich: „Ja, absolut, heute noch." Er wünsche seinen Mitarbeitern, „daß sie auch künftig den Mut haben, riskante oder notwendige Operationen durchzuführen im Interesse der Sicherheit unseres Landes".

Regierungssprecher Staatssekretär Friedhelm Ost erklärte bei der Bekanntgabe der Entlassung Hellenbroichs, daß dieser als ehemaliger BfV-Präsident im Fall Tiedge die Verantwortung traage. Aber: „Dieser Fall schmälert nicht die Verdienste, die sich Hellenbroich in seiner langjährigen Tätigkeit im Dienste des Verfassungsschutzes erworben hat. Dieser Spionageverdachtsfall im Bundesamt für Verfassungsschutz könnte sich jedoch auf die Arbeit des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes nachteilig auswirken und die wirksame Aufgabenerfüllung des BND beeinträchtigen."

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor sprach von einer „gnadenlosen Hinrichtung" Hellenbroichs, der entgegen der Übung, politische Beamte ohne An-

● Fortsetzung Seite 4

DER KOMMENTAR

Kreativ

DIETER THIERBACH

Deutscher Pioniergeist hat in der Rundfunk- und Fernsehtechnik Tradition. Der Kanzler erinnerte gestern an Namen wie Heinrich Hertz, der als erster elektromagnetische Wellen erzeugte, an Nobelpreisträger Karl Ferdinand Braun, der den Prototypen der ersten TV-Röhre schuf. Er würdigte Karl Friedrich Gauß mit seinen Messungen der magnetischen Feldstärke, Hermann Hollerith, der simple Lochkarten zur Auswertung einer Volkszählung einsetzte, und schließlich den deutschen Physiklehrer Philipp Reis, der mit mit seinem Satz „Die Pferde essen keinen Gurkensalat" das erste Ferngespräch der Geschichte führte.

Technischer Fortschritt, das lehrt die Geschichte, läßt sich allenfalls verzögern, aber nicht aufhalten. All das, was uns heute mit gestochen scharfem Fernsehbild und rauscharmem Stereoton erreicht, kurz, die Unterhaltungselektronik, ist der produktive „Abfall" der Kommunikationsindustrie: Innovation, die in die immer kleiner werdenden Radios fließt. Der Bündelung all dieser elektronischen Phänomene im Mekka der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien maß der Bundeskanzler großen Stellenwert bei. Gleichzeitig schränkte er ein: Er warnte vor allzuviel Euphorie, die von manchen den neuen Techniken entgegebracht werde: „Unkritische Fortschrittsgläuigkeit hilft uns nicht weiter." In der Tat: Nicht alles, was technisch möglich ist, muß unter Wert-Gesichtpunkten auch gut sein.

Denn die Siliziumplättchen, Chips genannt, sind dumm, mathematischen Kretins gleich, können sie gerade „Null" von „Eins" unterscheiden. Wir aber können dies zu unserem Vorteil nutzen: Speichermedien wie Bildplatte und Kassette erhöhen die Möglichkeit der individuellen Programmgestaltung. Wir machen uns von der Mattscheibe unabhängiger, wenn wir entscheiden, wann wir einen Beitrag konsumieren wollen, ob gleich live oder später aus der Konserve.

Der Kanzler ging mit denen ins Gericht, die da befürchten, der Trend zum passiven Konsum, zum bloßen Hinsehen, werde gefördert. Wird die kulturelle Kreativität tatsächlich verkümmern, droht die geistige Nivellierung mit den Folgen eines neuen Analphabetentums? Helmut Kohl hält nicht viel von den Unkenrufen, die solches wähnen. „Gezielte Auswahl" heißt das Zauberwort, „schneller Zugriff" ist die Devise und nicht die fixe Idee, auf allen Kanälen herumhüpfen zu wollen, um „up to date" sein.

Programm der Arbeitgeber für Beschäftigung

pje. Bonn

Rechtzeitig vor Beginn des Spitzengesprächs zwischen Bundeskanzler Kohl und den Sozialpartnern am 5. September hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gestern ein „20-Punkte-Programm für mehr Beschäftigung" vorgelegt. Nach den Worten von Arbeitgeberpräsident Otto Esser erfordert die Durchsetzung der Vorschläge, die zunächst auf eine Stärkung der Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ausgerichtet sind, „ein aktives Zusammenwirken von Arbeitgebern, Politik, Gewerkschaften, Betriebsräten, Arbeitnehmern und Arbeitslosen". Die Arbeitslosigkeit habe viele Ursachen und könne deshalb wirksam nur durch eine Strategie mehrerer ineinandergreifender Maßnahmen bekämpft werden.

Im wesentlichen enthält das Programm zwei Vorschlagspakete: Zum einen raten die Arbeitgeber, den auf Wachstum ausgerichteten Kurs fortzusetzen, technischen Fortschritt konsequent zu nutzen, die öffentlichen Investitionen zu erhöhen, die Steuerlast zu vermindern und die Tarifpolitik auf mehr Beschäftigung auszurichten. Das zweite Paket zielt darauf ab, die bestehenden Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes anpassungsfähiger zu gestalten. Deshalb sollten die Arbeitszeit weiter flexibilisiert, die Teilzeitarbeit in allen Varianten ausgeweitet und beschäftigungshemmende Regelungen abgebaut werden. Besondere Maßnahmen sollten ergriffen werden, um die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen junger Menschen zu verbessern.

„DDR"-Diplomat bittet um Asyl in den USA

Co./gba. Bonn

Ein hochrangiger „DDR"-Diplomat ist zum Westen übergelaufen. Es handelt sich um den 44jährigen Botschaftsrat Martin Winkler, zuletzt Geschäftsträger der „DDR"-Botschaft in Buenos Aires. Er hat nach zuverlässigen Informationen um Asyl in den Vereinigten Staaten gebeten.

Winkler gehört dem Ostberliner Auswärtigen Dienst, wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) berichtet, seit 20 Jahren an, war früher Leiter des Referats „Zentralamerika" im „DDR"-Außenministerium und hat auch schon an der Ostberliner Botschaft in Havana (Kuba) gearbeitet.

Offiziell war in Bonn bisher nichts über den Fall zu erfahren. Inoffiziell hieß es jedoch, Winkler befinde sich seit dem 25. August in der Bundesrepublik Deutschland, wolle aber nach Amerika. Wie er die Bundesrepublik erreicht hat, ist bisher noch unbekannt.

Nach einer anderen Version soll sich der „DDR"-Geschäftsträger bei der amerikanischen Botschaft in Buenos Aires gemeldet und dort um Asyl nachgesucht haben.

Eine Verbindung mit den gegenwärtigen Spionagefällen in Bonn ist offensichtlich ausgeschlossen. Politisch allerdings fällt der Übertritt eines prominenten „DDR"-Diplomaten gerade in einem Augenblick, in dem der Nachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der „DDR" ins Hintertreffen geraten ist, schwer ins Gewicht. Winkler gilt als qualifizierter Beamter, dem die Aktivitäten Ost-Berlins in Lateinamerika gut bekannt gewesen seien.

Albrecht: SPD hat keine eigene Wirtschaftspolitik

Mk. Bonn

Die Bundesregierung befindet sich auf dem richtigen Weg: Die Wirtschaft wächst, die Zahl der Arbeitsplätze nimmt zu. Dies betonte gestern der stellvertretende CDU-Vorsitzende und niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht in Bonn. Er warf der Opposition vor, sie habe zweieinhalb Jahre nach der letzten Bundestagswahl immer noch keine Alternative zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung entwickelt.

Er kritisierte die SPD, weil sie zur Lösung der Probleme am Arbeitsmarkt stets nur zwei Vorschläge parat habe: Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und mehr öffentliche Investitions- und Ausgabenprogramme. In diesem Zusammenhang warf Albrecht den Sozialdemokraten „Dummenfang" vor, denn die 17 Beschäftigungsprogramme der sozialliberalen Koalition hätten den Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verhindern können. Trotzdem favorisierten Sozialdemokraten und Gewerkschaften weiterhin diesen Weg. Arbeitszeitverkürzungen seien nur verkraftbar, wenn auf Lohnerhöhungen verzichtet werde.

„Bei gutem Willen" auf allen Seiten sieht Ernst Albrecht Verständigungsmöglichkeiten für das auf den 5. September terminierte Dreiergespräch von Arbeitgebern und Gewerkschaften beim Bundeskanzler. Allerdings rechnet der Ministerpräsident nicht damit, daß die Gewerkschaften ihre Vorliebe für Ausgabenprogramme aufgeben werden. Er wies darauf hin, daß solche Programme nicht zu mehr Wachstum führten.

Prozeß gegen Lambsdorff beginnt mit Grundsatzstreit

Verteidiger stellen Befangenheitsanträge gegen Schöffen

WERNER KAHL, Bonn

Die Anwälte der vor dem Bonner Landgericht angeklagten ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs sowie des ehemaligen Generalbevollmächtigten des Flick-Konzerns, Eberhard von Brauchitsch, haben gestern bei der Eröffnung des Prozesses im Namen ihrer Mandanten die Schöffen abgelehnt. Sie begründeten die Ablehnung mit zahlreichen Berichten in den Medien im Vorfeld des Prozesses aus Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft und den damit verbundenen „Vorverurteilungen".

Nach Auffassung der Verteidigung sind die Schöffen wegen der Veröffentlichungen außerstande, die vom Gesetz gebotene Neutralität und Distanz zu wahren. Mit den Publikationen sei das rechtlich Tolerierbare überschritten worden, zumal in den Berichten ausführlich aus Gerichtsakten zitiert worden sei. Die Schöffen hätten damit vorab über die Anklageschrift informiert werden können, was gegen das Gesetz verstoße, erklärten übereinstimmend die sieben Anwälte, die die Verteidigung übernommen haben.

Mit den Einsprüchen der Anwälte über eine von ihnen begründete Unzuständigkeit der 7. Großen Strafkammer für das Wirtschaftsstrafverfahren und eine rechtswidrige Besetzung der Richterbank hatte gestern vormittag der international beachtete Spenden-Prozeß begonnen. Bei der Anklage handelt es sich um zwei Komplexe. Graf Lambsdorff und Hans Friderichs sollen während ihrer Amtszeit als Wirtschaftsminister insgesamt eine halbe Million Mark für die FDP-Parteikasse erhalten haben, um laut Anklage die Entscheidung über die Steuerbefreiung aus dem Erlös von 1,9 Milliarden Mark des Flick-Konzerns aus dem Verkauf von Daimler-Aktien günstig zu beeinflussen.

Lambsdorff soll ferner als Schatzmeister der FDP in Nordrhein-Westfalen mehrere Millionen Mark von elf deutschen Firmen kassiert haben, ohne daß diese Beträge in den Steuererklärungen der Partei angegeben wurden. Friderichs ließ der FDP laut Anklage als Vorstandssprecher der Dresdner Bank ebenfalls unter Umgehung des Finanzamtes Geld zukommen.

Der Industrielle Eberhard von Brauchitsch wird von der Staatsanwaltschaft in seiner früheren Tätigkeit als Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns der Bestechung und Steuerhinterziehung beschuldigt.

Nach Ansicht der Verteidigung ist die 7. Strafkammer für das Verfahren nicht zuständig, weil sich die Kammer bisher nicht schwerpunktmäßig mit Wirtschaftsstrafsachen befaßt habe. Dies sei jedoch nach Auffassung des Bundesgerichtshofes Voraussetzung für ein solches Verfahren. Die Verteidiger erklärten, diese Frage müßte vor den eigentlichen Einlassungen zur Sache und den Anhörungen der 140 geladenen Zeugen geklärt werden. Die Mandanten hätten Anspruch darauf, zu erfahren, ob vor ihrem gesetzlichen Richter verhandelt werde.

Seite 3: Hier muß frische Luft rein

Kohls Sorge um die kulturelle Identität

fac. Bonn/Berlin

Bundeskanzler Helmut Kohl hat bei der Eröffnung der Internationalen Funkausstellung in Berlin der deutschen Medienpolitik eine neue Aufgabe zugewiesen. Er betrachtet das prophezeite Informationszeitalter nicht länger nur unter dem Aspekt der Verbreiterung der Pluralität des Programmangebots. Denn: „Wenn wir nicht aufpassen und rasch reagieren, wird unsere kulturelle Identität in Gefahr geraten. Das ist in nächster Zeit unser Problem."

Der Kanzler macht kein Hehl aus seiner Skepsis gegenüber dem „Kulturföderalismus", von dem er noch immer hofft, daß er nicht zu „kleinstaaterischem Protektionismus ausartet". Diese Gefahr der „Medienprovinz" mit allen Anzeichen einer zögerlichen, wenn nicht ablehnenden Haltung, was die Einführung neuer Technologien angeht, sieht Kohl durch die „Angebotslawine ausländischer, insbesondere amerikanischer Programmveranstalter", potenziert. Der Kanzler an die Adresse der Ministerpräsidenten, die sich noch immer nicht auf einheitliche Rahmenbedingungen für die Zulassung privater Veranstalter geeinigt haben: „Wir dürfen in dieser Angebotslawine auf keinen Fall untergehen." Es gehe auch um die kulturelle Selbstbehauptung und um die deutsche Sprachkultur. In diesem Zusammenhang forderte er auch eine „Renaissance" des deutschen Films.

Ausdrücklich würdigte der Kanzler die Bemühungen des Berliner Senats, die Stadt zu einem renommierten Standort für Zukunftstechnologien auszubauen. In seiner Rede verwendete Kohl bewußt das Wort Informationsverarbeitung, sprach also nicht allein von Medien. Denn die neuen Informations- und Kommunikationstechniken seien keineswegs auf den Medienbereich begrenzt, sie durchdrängen zunehmend auch alle anderen Sektoren des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens sowie der Wirtschaft.

SEITE 11:
„Bedrohung durch Japan"

Der Regierungschef bekannte sich zur Machtkontrolle, zum Grundsatz gleicher Marktchancen und damit zum Wettbewerb. „Monopole kann unsere offene, kann die ‚informierte' Gesellschaft nicht vertragen. Man kann nicht den gesellschaftlichen Fortschritt im Zeichen von Freiheit und Vielfalt wollen und einen zentralen Bereich – nämlich die Medien – im Getto starrer Strukturen einschließen und wie ein Refugium besonderer Qualität mit eigenen Gesetzen von den freiheitlichen Ordnungsprinzipien dispensieren."

Der Kanzler zitierte aus einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, das zu dem Ergebnis gekommen war: Arbeitsplätze sind in den vergangenen zehn Jahren vor allem in denjenigen Branchen verlorengegangen, die neue technische Entwicklung vergleichsweise wenig genutzt haben. Umgekehrt gelang die Sicherung der Arbeitsplätze dort in höherem Maße, wo die Produktivität durch den Einsatz neuer Techniken überdurchschnittlich gesteigert wurde. Kohl: „Es bleibt für mich erstaunlich, daß dieses wichtige Forschungsergebnis in der ansonsten recht hektischen Diskussion um Technologie und Arbeitsplätze kaum zur Kenntnis genommen worden ist. Vielleicht liegt dies auch daran, daß es zu vielen vertrauten Denkschablonen nicht passen will."

Die USA verschärfen ihre Kritik an Südafrika

„Unterdrückung ist nicht der Weg, der die Probleme löst"

FRITZ WIRTH, Washington

In der Reagan-Administration wächst die Verärgerung über das Verhalten der südafrikanischen Regierung im Rassenkonflikt mit der schwarzen Mehrheit. „Einzelnen Personen oder Organisationen politische Aktivitäten zu untersagen, ist eine der abscheulichsten Praktiken der südafrikanischen Regierung", erklärte Charles Redman, der Sprecher des Außenministeriums.

„Unterdrückung ist nicht der Weg, der die Probleme der südafrikanischen Regierung löst", sagte Redman weiter. „Sie verletzt die demokratischen Prinzipien der Versammlungsfreiheit und der freien Rede. Diese Aktionen strafen den Anspruch der südafrikanischen Regierung Lügen, westliche Werte aufrechtzuerhalten. Eine Gesellschaft kann niemals ernsthaft ihre Probleme lösen, indem sie den Widerspruch unterdrückt."

Die Kritik Redmans ist offensichtlich Teil einer konzertierten Aktion, mit der das State Department nach vergeblichem Warten auf Reformmaßnahmen durch Pretoria seit der Botha-Rede vom 15. August gegen die südafrikanische Regierung in die Offensive gegangen ist. Chester Crocker, der für die Südafrikapolitik zuständige Beamte im State Department und Architekt des „konstruktiven Engagements" gegenüber Südafrika, erklärte in mehreren Fernsehinterviews: „Die bisherigen Änderungen der südafrikanischen Regierung stellen uns nicht zufrieden. Sie haben sich in Südafrika noch nicht dem politischen Kern der Dinge zugewandt. Wir wollen ein Ende der Apartheid. Je schneller desto besser."

Die „Washington Post" zitierte gestern einen ungenannten hohen Beamten des State Department, hinter dem Eingeweihte ebenfalls Chester Crocker vermuten, daß die südafrikanische Regierung die Neigung habe, „sich selbst in den Fuß zu schießen". Er nannte die kürzliche Rede Präsident Bothas, in der Beamte der Administration zunächst Hoffnungssignale zu entdecken glaubten, „eine einzige Public Relation-Katastrophe".

Seite 2: Radikalisierung von außen
Seite 10: Bonn lehnt Sanktionen ab

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ABM Fahndung

Von Peter Gillies

Man möge, so schlagen Verbände der Bauwirtschaft vor, Arbeitslose als Fahnder nach Schwarzarbeitern einsetzen. Finanzieren solle man das aus den Mitteln der öffentlichen Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen (ABM). Abgesehen von der Frage, wie viele Arbeitslose nach sich selbst fahnden müßten, bedarf der Vorschlag ergänzender Überlegungen.

In der Schattenwirtschaft herrschen Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung. Um beides zu zerstören, möchte man als Hilfs-Sheriffs Erwerbslose einsetzen, die nur deswegen keine Arbeit bekommen, weil ihr Preis nebst Steuern und Abgaben zu hoch ist. Von den Schwarzarbeits-Fahndern nimmt man wohl an, sie hätten einen besonderen Zorn auf die „Schwarzen", weil diese ihnen die Arbeit wegnehmen. Winkt dem Arbeitslosen als Fangprämie für einen Schwarzarbeiter dessen Arbeitsplatz?

Diese Hoffnung wäre eitel, weil realitätsfern. In der Schattenwirtschaft wird vieles geschafft, was bei den hohen Arbeitskosten der „weißen" Wirtschaft ungetan bliebe. Schwarzarbeit ist – von der Nachbarschaftshilfe abgesehen – ein Rechtsbruch. Aber wer ihr Potential in die Legalität führen will, wird dies nicht durch forcierte Kriminalisierung schaffen. Jede Erhöhung der Löhne, mehr noch der Lohnnebenkosten – beides weidlich betrieben – fördert die Schwarzarbeit.

Dies weitergedacht: Mehr Schwarzarbeiter erfordern mehr Fahnder; das wiederum eröffnete den Arbeitslosen noch mehr Arbeitsplätze. Da diese Spürhunde aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden, wären weitere Abgabenerhöhungen nötig – ein Kreis, der letztlich nicht mehr rentable Arbeitsplätze schafft, sondern wegen seiner Unproduktivität tendenziell weniger. Im Steuerrecht gibt es eine Parallele, denn auch dort brauchen wir nicht mehr Fahnder, wenn nur die Steuern gesenkt und der Paragraphendschungel gelichtet würden.

Bei allem verständlichen Ärger einiger Branchen über ihre unlautere Konkurrenz – der Vorschlag verstellt den Blick für die Prioritäten. Die weiße Wirtschaft muß zu jenen Angebots- und Preisbedingungen zurückfinden, die zwei Millionen Menschen in rentable Arbeitsverhältnisse zurückführt. Danach gilt es zu fahnden.

Datenschutz und Sicherheit

Von Eberhard Nitschke

Erfreuliche datenschutzrechtliche Fortschritte" beim Bundesnachrichtendienst erkannte der Bundesbeauftragte für den Datenschutz in seinem Bericht. „Beanstandet" wurde von ihm indes, daß die Löschung einiger Daten nach Ablauf der Regelfrist wegen Anfragen anderer Dienste nicht erfolgt sei. Die jüngsten Spionage-Affären haben deutlich gemacht, daß im Datenschutz einiges relativiert werden sollte.

1979 hatte die nach dem Auffliegen des Spions Guillaume eingesetzte Eschenburg-Kommission mehr Sicherheitsüberprüfungen gefordert, wenn es um die Besetzung von Vertrauensposten im Umfeld der Politik ging. Diese Forderung blieb unerfüllt, denn man mochte sich zum Beispiel nicht entscheiden, daß die Herkunft „DDR" ein Mehr an Prüfung bedeuten sollte. Auch die Nachforschung im Bereich dessen, was die Dienste als Umfeld von Personen bezeichnen, wurde bei Sicherheitsüberprüfungen in den Fällen, in denen es um höhere Geheimhaltungsstufen ging, abgelehnt. Nicht zuletzt deswegen ist „Sonja Lüneburg" nicht erneut überprüft worden, als sie Chefsekretärin im Ministerium wurde.

Im übrigen brauchen aber eingeschleuste Agenten nur die vorgeschriebenen Daten-Vernichtungszeiten abzuwarten, um sicherzugehen, daß man ihren Lebensweg nicht mehr lückenlos verfolgen kann. Insofern sind die Äußerungen des früheren Verfassungsschutz-Präsidenten Meier und des Ex-BND-Chefs Hellenbroich unklar, die meinten, sie seien durch den Datenschutz „nicht behindert" worden.

Innenminister Zimmermann will eine Novellierung der Richtlinien erreichen. Dazu gehört, daß Beamte in Ministerien, die mit Verschlußsachen umgehen, und Personen im Umfeld eines Politikers, der Geheimakten erhält, durchleuchtet werden. Dazu zählen auch Lebensgefährten, die bisher nicht ins Blickfeld der Abwehr gerieten, weil die FDP Bedenken dagegen hatte. Außerdem soll die Überprüfung der Vergangenheit nicht, wie bisher, nach zehn Jahren im Rückwärtsgang enden. Die jüngsten Fälle zeigen, daß es notwendig ist.

Deutsche Geiseln in Tindouf

Von Rolf Görtz

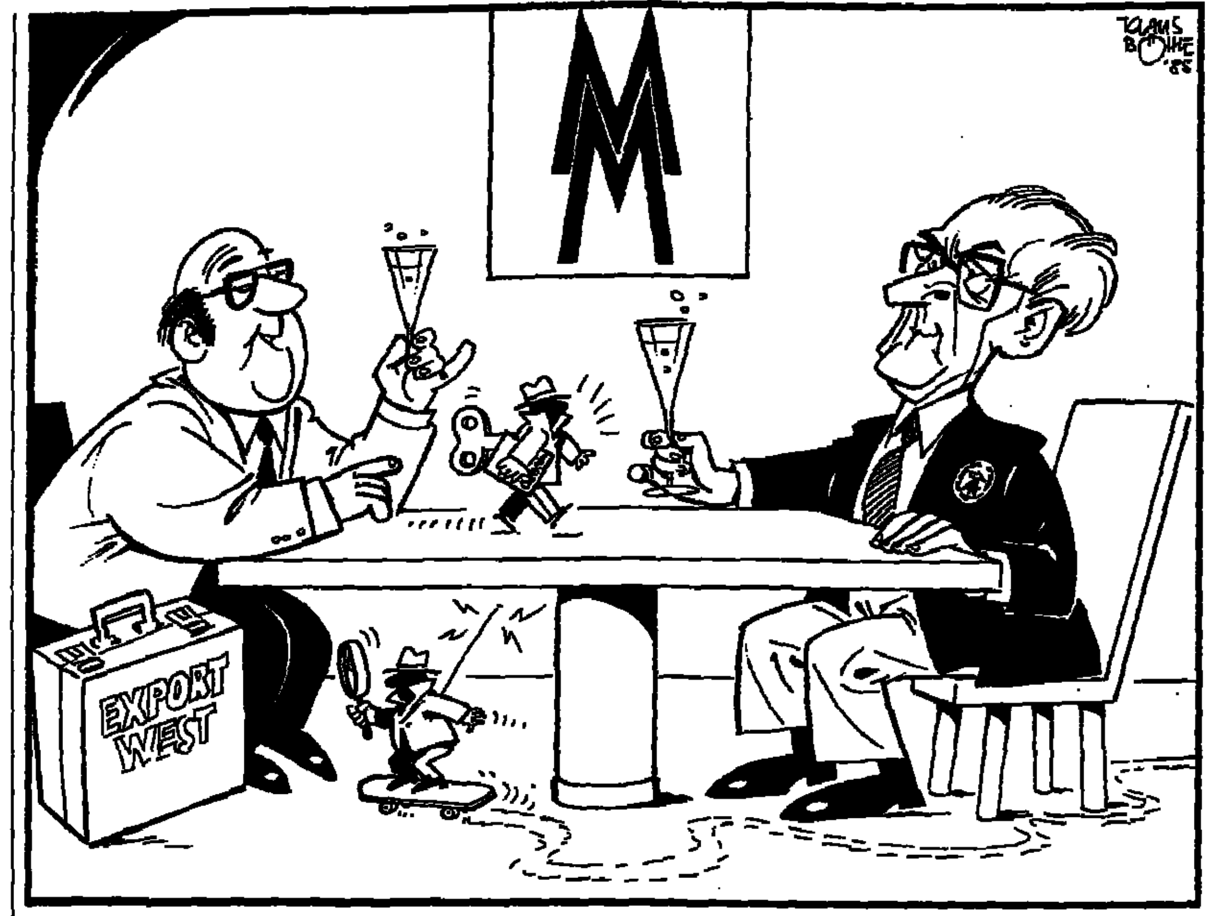
Nach der Versenkung eines deutschen Motorschiffes vor der westafrikanischen Küste durch ein Kommando der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" (RASD) war es zu erwarten: Die beiden Seeleute sind (unverletzt) durch die Wüste ins algerische Tindouf verschleppt worden. Die RASD benutzt sie, um bei Verhandlungen über sie von Bonn wenn schon nicht die Anerkennung, so einen Schritt dorthin zu erzwingen. Als Heuchelei erweist sich so die Entschuldigung der RASD, nachdem eines ihrer Polisario-Kommandos am 24. Februar das auf der normalen Verkehrsroute fliegende deutsche Forschungsflugzeug „Polar 3" abgeschossen hatte.

Die Deutschen sind nicht die einzigen Opfer dieser imaginären Volksdemokratie. Die Polisario schießt auch auf spanische und portugiesische Fischer und versenkt ihre Kutter. Die im algerischen Exil residierende RASD-Regierung fand dennoch Aufnahme in die Organisation der afrikanischen Staaten; ein Erfolg auch für die sowjetische Diplomatie, die sich von der RASD einen Stützpunkt am Atlantik verspricht.

Die bis 1975 spanische Kolonie Westsahara ist de facto marokkanisches Hoheitsgebiet. Spanien übergab sie Marokko und Mauretanien zur Verwaltung. Die Mehrheit der Stammesführer der rund 100 000 Einwohner erkannten König Hassan von Marokko als ihren Herrn an. Das Gebiet gehörte früher einmal zum großmarokkanischen Reich.

Algerien unterstützt die Polisario gegen Marokko, weil es sich Freihafenrechte am Atlantik erhofft. (Libyen hat die Unterstützung nach Gründung des Staatenbundes mit Marokko beendet.) Gegen die mit sowjetischen Waffen ausgerüstete und von Algerien aus operierende Polisario sicherte Marokko die Westsahara mit elektronisch überwachten Sandwellen, Panzersperren und Minenfeldern.

Bonn muß mit einem Phantasiestaat über die Freilassung der beiden Abenteurer, die auf dem Weg nach Gambia waren, verhandeln. Sollte jedoch die RASD so etwas wie Hoheitsrechte haben, gäbe es nach dem Völkerrecht auch Hoheitspflichten. Piraterie aber ist von der UNO verdammt. Dennoch sollten Kapitäne zu Wasser und in der Luft die Umgebung der Westsahara meiden, um nicht in Gefahr zu geraten.



Angebot und Nachfrage KLAUS BÖHLE

Radikalisierung von außen

Von Heinz Barth

Ein Fähnlein der Aufrechten, die Außenminister der drei EG-Länder Italien, Luxemburg und der Niederlande, will in Südafrika dafür sorgen, daß dort nicht Schlimmeres geschieht, als schon geschehen ist. In Washington dürfte der Kongreß nicht mehr davon abzuhalten sein, gegen die Republik am Kap Sanktionen zu verhängen, bei denen nicht sicher ist, ob der Präsident ein Veto gegen sie riskieren wird.

Die Apartheid ist ein seit fast hundert Jahren gewachsenes Strukturproblem Südafrikas, das plötzlich, ginge es nach der aus dem Ruder gelaufenen Weltmeinung, in den nächsten hundert Tagen gelöst werden soll. Sie reagiert mit einer Überhastung, als habe sie die abstoßenden Züge der Rassentrennung erst gestern entdeckt. Wieder einmal zeigt sich, daß die Multiplikatoren einer sich aufheizenden Publizistik den freien Blick auf realistische Lösungen verstellen.

Die Troika der Außenminister, die in Südafrika als Boten des Gewissens auftreten, spricht nicht für die Gesamtheit der EG, die sich nicht auf Sanktionen einigen kann. England und die Bundesrepublik, die größten europäischen Handelspartner Pretorias, haben zwingende Gründe, sich von einem Kurs der Radikalisierung rassischer Gegensätze fernzuhalten, die über einen Bürgerkrieg in der Kap-Republik zum wirtschaftlichen Chaos für den Süden des Schwarzen Kontinents, vor allem auch für seine Frontstaaten, führen würde, die zwar Guerrillas ausbilden, aber auf die Zusammenarbeit mit Südafrika angewiesen sind.

Ihre Entwicklungsschwierigkeiten sind so akut, daß eine vorausschauende Politik der westlichen Industrienationen auf die zusätzlichen Belastungen ausgerichtet sein muß, die auf sie zukommen, falls die Situation am Kap einer Katastrophe zutreibt. Der Vorwurf, daß sie Tutu sagen, aber Kattun meinen, läßt die bedrohlichen Zukunftsperspektiven außer acht. Jede seriöse Diskussion des Problems muß dort ansetzen, wo die Ursachen seiner Radikalisierung liegen. Sie wurzeln in dem verspäteten und unzureichenden, dennoch aber couragierten Entschluß Pieter Bothas, die überfälligen Reformen der vielrassischen Gesellschaft Südafrikas gegen den Widerstand der weißen Minderheit anzugehen.

Sein Leitspruch „adapt or die" (Anpassung oder Tod) hätte vielleicht bei den Falken der Apartheid eine Chance gehabt, wenn die schwarzen Massen, aufgeputscht von der veröffentlichten Meinung, die Reformen nicht als ein Signal mißverstünden, daß die Zeit für den Sturm auf die weißen Bastionen gekommen ist. Daran trägt der Druck, der von außen auf Botha ausgeübt wird, ein beträchtliches Maß an Mitschuld. Aus Brüssel anzureisen mit der Vorbedingung, den als Gewalt-Theoretiker bekannten Nelson Mandela im Gefängnis zu sehen, ist eine diplomatische Ungehörigkeit.

Daß die südafrikanische Regierung mit sich reden läßt, daß sie auch zu Konzessionen bereit ist, kann nicht bestritten werden. Wir möchten den Sturm nicht erleben, der losbrechen würde, wenn die EG auf die verwegene Idee käme, eine Außenminister-Kommission nach Gorki zu Andrej Sacharow zu schicken. Der Westen macht es Pieter Botha nicht leicht, wenn er ihn zu überstürzten Zugeständnissen drängt, die ihn die Unterstützung der weißen Mehrheit kosten würden.

Der Druck, der auf ihn ausgeübt wird, droht so stark zu werden, daß er früher oder später gezwungen



Anpassung oder Tod: Gewalt in Südafrika FOTO: AP

sein könnte, den Platz für einen Apartheid-Extremisten zu räumen. Schon hat eine Kapitalflucht aus Südafrika eingesetzt, die den Kursverfall der Währung auslöste und zur Einlegung von Bankfeiertagen zwang. Pieter Botha vorzuschreiben, daß er von dem einzig praktikablen Kurs einer evolutionären Behandlung des Rassenproblems mitten im Strom auf die Kapitulation vor den Straßenunruhen umsteigen soll, ist ein Katastrophenrezept, das für die Gesamtheit des Westens verhängnisvolle Folgen haben müßte.

Bothas Verfassungsreform, die Schaffung von Teilparlamenten für Inder und Schwarze, kann natürlich nicht das Ende, sie muß der Anfang weiterer Reformen sein. Es ist abwegig, wenn fremde Mächte Pretoria vorschreiben wollen, welchen Weg es einzuschlagen hat, ohne die Situation aus der Nähe zu kennen.

Es geht in der Berichterstattung unter, daß es vor allem Schwarze sind, die in Südafrika während der Unruhen Schwarze töten. Zwietracht und Stammesgegensätze sind unter den schwarzen Völkern groß. Das stärkste Volk, die Zulus, beteiligt sich unter der maßvollen Führung Gatsa Buthelezis nicht an der Politik der Gewalt. Sein Ziel ist ein Südafrika, aufgeteilt in zwölf autonome Kantone – kein unerreichbares Ziel, wenn die Einflüsse von außen der Entwicklung Zeit lassen.

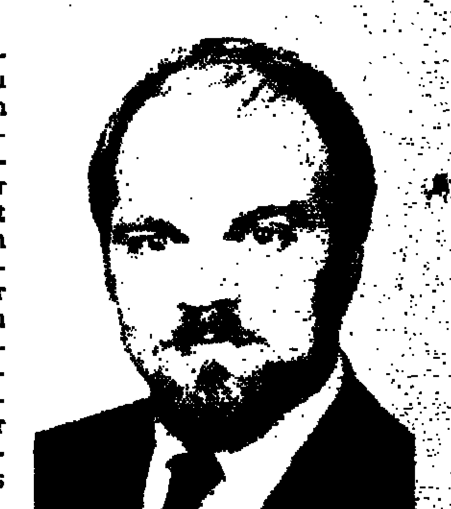
Viel Zeit, das muß gesagt werden, ist von der weißen Minderheit vertan worden, die sorglos ihre Hoffnungen auf die Zerwürfnisse unter der schwarzen Mehrheit setzte. Aber der Westen spielt mit dem Feuer einer Krise, die schon bald globale Dimensionen annehmen könnte, wenn er fortfährt, in die Glut des Apartheid-Problemes zu blasen. Hat er vergessen, daß jede Reform, besonders wo es um Rassenkonflikte geht, ein Element der Beschleunigung in sich trägt, dessen Folgen unberechenbar sind? Es ist moralische Heuchelei, Ungeduld mit Botha zu zeigen, wenn den meisten anderen Unrechtsstaaten auf der Welt Freundschaft und Geduld entgegengebracht wird.

IM GESPRÄCH Lothar Mahling

Dem Chef immer ähnlicher

Von Stefan Heydeck

Vielleicht arbeiten wir viel schneller wieder zusammen, als Du denkst", hatte Martin Bangemann an Lothar Mahling in einem seiner seltenen handschriftlichen Briefe bemerkt. Das war, als er die Rückkehr ins Straßburger Europa-Parlament mit 4,8 Prozent verpaßte und wegen des Rücktritts des Grafen Lambsdorff als Bundeswirtschaftsminister nach Bonn geholt wurde. Tatsächlich setzt Lothar Mahling vom 1. September an nach einer rund fünfzehnmonatigen Unterbrechung die zehn Jahre alte Zusammenarbeit fort: Unter dem FDP-Chef wird der Dreiunddreißigjährige im Thomas-Dehler-Haus Parteisprecher.



Der neue FDP-Sprecher Mahling FOTO: SVEN SIMON

Mit ihm haben die Journalisten nach dem Genscher-Vertrauten Herbert Schmülling wieder einen aus den eigenen Reihen als Ansprechpartner. Schmülling, der 1981 die Nachfolge des als Chefredakteur zum Deutschlandfunk zurückgekehrten Josef Gerwald angetreten hatte, war vorher Ministerialdirigent im Bundesinnenministerium. Er geht in den nächsten Wochen wieder in den öffentlichen Dienst.

Auslöser für Mahlings Parteikarriere war der parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Georg Gallus. Auf dessen Vorschlag hin hatten ihn 1974 die Liberalen zum Pressesprecher der baden-württembergischen FDP berufen. Bangemann war damals gegen den Lokalredakteur der Geislinger Zeitung gewesen. Doch zwischen den beiden entwickelte sich bald eine Freundschaft.

Mahling ist keinem der FDP-Flügel zuzurechnen. Vielmehr ist er Pragmatiker, der die Liberalen nicht mit Show-Effekten, sondern sachlich „verkaufen" will.

Er spielt sich selbst nicht in den Vordergrund. So erreichte er zum Beispiel, daß Bangemann, der zeitweise gleichzeitig Landesvorsitzender, Bundestagsabgeordneter, Generalsekretär und Chef der liberalen Europa-Abgeordneten (ELD) war, trotz des Pendelns zwischen Stuttgart, Bonn, Straßburg, Luxemburg und Brüssel wirkungsvoll in Erscheinung trat.

Als die FDP-Spitze im Umfeld des Saarbrücker Parteitags nach dem Vorsitzenden-Wechsel Ende Februar mit Mahling Gespräche über die neue Aufgabe führte, hat er „lange überlegt". Denn die Arbeit für die ELD-Fraktion (seit 1977) hat ihn wegen der internationalen Atmosphäre fasziniert. Hinzu kam, daß die ELD-Abgeordneten ihren Sprecher nicht gehen lassen wollten, obwohl die FDP seit 1984 nicht mehr im Europa-Parlament sitzt.

Mahling kommt deshalb „mit einem weinenden und einem lachenden Auge" nach Bonn. Er weiß, daß ihn „ein härteres Geschäft" erwartet. Trotz aller Freundschaft mit Bangemann, dem er von der Statur und dem Auftreten her nicht unähnlich (geworden) ist, will er aber nicht nur das „Sprachrohr" des FDP-Chefs sein: Er sei „Sprecher der gesamten Partei".

Der Jungverheiratete, der im Alter von drei Jahren mit seiner Mutter aus der „DDR" geflohen war, trat mit zweiundzwanzig Jahren in die FDP ein, weil er „Farbe bekennen" wollte. Mahling will sich im Zweifel für offene Information einsetzen. Auch wenn er normalerweise Gelassenheit ausstrahlt, verlor er neulich doch die Fassung: als „Sonja Lüneburg" verschwand, mit der er zusammengearbeitet hatte und die er so gut zu kennen glaubte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HESSISCHE ALLGEMEINE

Sie schreibt zum Stillstand der Rechtsprechung:

Erstmals steht die Rechtspflege eines obersten Bundesgerichtes praktisch still: Das Bundessozialgericht hat alle Sachentscheidungen bis auf weiteres auf Eis gelegt. Noch wird „nur" geprüft, ob die Senate des Kasseler Gerichts von Bonn her korrekt mit ehrenamtlichen Richtern besetzt worden sind. Aber ohne Not werden die Bundesrichter wohl kaum alle Termine abgesetzt und die Rechtsuchenden auf die lange Bank verwiesen haben. Wenn der unausgesprochene Vorwurf stimmt, daß der Staat auf sein Recht verzichtet hat, aus mehreren Richtern die in Frage kommenden zu bestimmen, dann ist das eine Blamage nicht des Bundessozialgerichtes, sondern der Bonner Instanzen. Komme keiner und sage, die jetzige Entscheidung, nichts zu entscheiden, sei Formaljuristerei und gehe unnötig zu Lasten der Bürger. Das Recht ist unteilbar: auch Verfahrensvorschriften müssen eingehalten werden, soll es nicht zur Willkür kommen.

The Daily Telegraph

Das Londoner Blatt ist ein Beispiel für viele ausländische Zeitungen, die eine Schwächung Kohls durch die Spionage-Affäre vermuten:

Das gesamte Spionagenetz in Ostdeutschland muß jetzt wieder aufgebaut werden. Es kann auch keinen Zweifel daran geben, daß Bonns Beziehungen zu anderen NATO-Mitgliedern, und insbesondere zu den Vereinigten Staaten, geschädigt werden. Nicht umsonst wird die Bundesrepublik als das durchlässige Sieb der Allianz angesehen. Aus vielerlei Gründen sind vielleicht Sympathie und Verständnis angebrachter als Spott und Gerede. Es ist eine Tatsache, daß es nicht besonders schwierig für einen Ostdeutschen ist, für das Honecker-Regime oder den KGB zu spionieren. Das liegt an der Sprache, Geschichte und der Geographie, und nicht zuletzt an der exponierten Stellung der Bundesregierung. Kanzler Kohl hat versucht, die Beziehungen mit der DDR zu verbessern. Der Skandal ist für ihn peinlich und ein Schlag ins Gesicht.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung kommentiert Frankreichs Interessen im Pazifik:

Man hat noch gar nicht deutlich genug gemacht, wie eng die Zukunft Neukaledoniens mit dem Problem der Nuklearversuche auf Mururoa verbunden ist. In diesem Zusammenhang bekommt auch die Greenpeace-Affäre ihre ganze Bedeutung. Frankreich wird in diesem Gebiet, das ein El Dorado Japans und der USA werden soll, über dem die UdSSR wachen, als Eindringling angesehen. So dienen die Pazifisten aller Schattierungen mit offener Unterstützung durch Neuseeland und Australien ungenannten Interessen ... Das Zusammenspiel gegen französische Interessen erfordert eine globale Verteidigung unserer Interessen.

Klüngel in der CDU Rheinland um den Parteivorsitz

Die innerparteiliche Gruppenzugehörigkeit ist wichtiger als die Partei / Von Wilm Herlyn

Amorph" – so nennt Dieter Pützhofen den Zustand der rheinischen CDU. „Jetzt", so meint der Krefelder Oberbürgermeister, „muß die Erneuerung eben mit dem Namen Pützhofen verbunden sein." Er nimmt sich viel vor. Denn setzt er sich mit seiner Kandidatur für den Landesvorsitz gegen Bernhard Worms Mitte Oktober durch, reicht kommunalpolitische Erfahrung nicht aus. Deutlich wird jetzt, wie zerstritten die CDU Rheinland, wie unterschiedlich die Interessen ihrer Mitglieder, wie eigensüchtig der Einfluß der Vereinigungen ist.

Schon die Prozedur der Bewerbungen ist ein Beispiel dafür. Denn kaum hatte Pützhofen sein Interesse angemeldet, kamen Gegenstimmen aus den Sozialausschüssen. Warum, ist auf den ersten Blick nicht erkennbar. Denn Pützhofen ist CDA-Mitglied (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, die Sozialausschüsse). Aus welchem Grunde will die CDA ihn nicht?

Da gibt es etwa Wolfgang Vogt, den parlamentarischen Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium und Vorsitzenden der CDA Rheinland. Er gab bekannt, er wolle nicht gegen Worms kandidieren, aber wenn Pützhofen es tue, dann wolle er auch. Und doch sagte er überraschend eine für morgen angekündigte Erklärung wieder ab. Oder da ist ein – übrigens vergebliches – Anklopfen an der Tür des Berliner Sozialsenators Ulf Fink.

Was die CDU Rheinland auszeichnet, ist ihre Stärke: Mit 137 000 Mitgliedern ist sie der größte Landesverband der Union. Doch kann Quantität nicht Qualität ersetzen. Welche Persönlichkeiten aus dieser Masse haben neue Impulse für Land und Bund gegeben? Konrad Adenauer und Karl Arnold, aber das ist lange her.

Eigensüchtelei unterdrückt politisches Emporkommen, Verbindlichkeiten und gegenseitiges Rücksichtnehmen haben Mittelmaß zur Folge. Das zeigen die Argumente, die in der CDA gegen Pützhofen zu hören sind. Er sei kein Jurist. Den aber brauche man bei den Fusionsverhandlungen mit dem westfälisch-lippischen Schwesterverband. Aber: Ist Vogt Jurist? Auch ist in der CDA zu hören, Worms könne das doch gerne noch ein halbes Jahr machen; im Frühjahr 1986 werde ohnehin mit den Westfalen ein gemeinsamer Landesvorstand gewählt. Aber hätte vielleicht ein unverbrauchter Führer besseres Durchsetzungsvermögen als Worms, der den gemeinsamen Landesvorsitz nicht anstrebt?

Die Skepsis gegenüber Pützhofen liegt eher in der Person und im Programm: Zwar ist Pützhofen CDA-Mitglied, aber er hat als Oberbürgermeister in seiner mittelständisch orientierten Heimatstadt Krefeld Mittelstandspolitik gemacht. Dazu pflegt er als gläubiger Katholik den Dialog mit der Kirche. Ist dieser Mann der CDA verdächtig, weil er nicht mit CDA-Maßstäben zu messen ist? Der gelernte Schlosser („Ich gehöre nicht zu den theoretischen Arbeitnehmern") holte sein Abitur nach, studierte Germanistik, wurde mit fünfunddreißig Jahren der jüngste NRW-Schulrat und machte Karriere ohne Vereinigungsklüngelei. Also ist er nicht abhängig von irgendeiner Gruppierung – und das ist im Rheinland schlecht. Seiner Partei wirft er vor, „sie redet zwar, aber sie wird nicht gehört". Seine Kritiker fürchten wohl, eine Erneuerung der CDU Rheinland, wie sie Pützhofen vorschwebt, würde an gepflegten Traditionen und an Pfründen rütteln.

Wie gespalten die Gruppen der CDU Rheinland untereinander sind, zeigten auch die argwöhnischen Blicke der anderen Vereinigungen, als die Wirtschaftsvereinigung unter der Führung von Peter Jungen sich im Wahlkampf für den Spitzenkandidaten Worms einsetzte. Jungen selbst schleppte ihn von Ortsverein zu Ortsverein und stellte ihn der Wirtschaft vor. Jetzt – so scheint es – neigt die Wirtschaftsvereinigung aber zu Pützhofen.

Auch die Frauenvereinigung weiß nicht, wohin sie tendieren soll. Maria Tersteegen zum Beispiel beharrt darauf, vor der Fusion zwischen Rheinland und Westfalen-Lippe müsse die inhaltliche Erneuerung stehen. Der – im Rheinland – kleine Evangelische Arbeitskreis hingegen würde gern Horst Waffenschmidt, den parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, nominieren.

Sich nur nicht zu weit nach vorn wagen, heißt die rheinische Devise; kein Wunder, daß in die Fusionsverhandlungen mit den Westfalen im wesentlichen die zweite Garnitur geschickt wurde. Erst nach einem sich abzeichnenden Erfolg beanspruchen alle, schon immer dafür gewesen zu sein. In erster Linie sind die Mitglieder der CDU Rheinland Mitglieder ihrer Vereinigung, sei es CDA, Mittelständler oder Frauen, erst in zweiter Linie CDU-Mitglieder.

Der „junge Mann" sucht den Kampf an vielen Fronten

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat sein Amt mit vielen Vorschußlorbeeren angetreten. Jetzt allerdings sieht es so aus, als gerate der „junge Mann" an der Spitze der sowjetischen KP in wachsende innenpolitische Schwierigkeiten.

Von CARL G. STRÖHM

Immer deutlicher zeigt sich, daß Gorbatschow den Versuch, den sowjetischen Koloß stromlinienförmig umzubauen, mit der heftigen Gegenwehr und wahrscheinlich Gegnerschaft mächtiger etablierter Gruppen innerhalb des sowjetischen Apparats bezahlen muß.

Ob seine populistischen Gesten, sein „Gehen unters Volk", ihm zu Beliebtheit verhelfen werden, ist einstweilen zweifelhaft. Seine Appelle an Disziplin, Ordnung und das von ihm angeordnete scharfe Durchgreifen gegen Bummelanten und Spekulanten können auch das Gegenteil bewirken: Sie können dazu führen, daß die Sowjetbürger den „Neuerer", der von ihnen unbequeme Entbehrungen und verschärftes Arbeitstempo fordert, abzulehnen beginnen.

Vor einigen Tagen zeigte das sowjetische Fernsehen eine erschütternde Szene. Bei der Jagd auf Schwarzhändler waren einige alte Frauen erwischt worden, die einige Fische „illegal" erstanden hatten. Die zitternden alten Russinnen mußten vor dem gestrengen Auge der sowjetischen Polizei und der „Druschiniki" – der Ordnungshüter in Zivil – ihre Fische aus alten „Prawda"-Exemplaren auspacken und sich öffentlich an den Pranger stellen lassen. Man kann sich kaum vorstellen, daß ein solches Vorgehen der Behörden in der sowjetischen Bevölkerung auf großen Beifall stoßen wird.

Hier zeigt sich bereits eine der Schwächen Gorbatschows. In seiner Ungeduld und seinem Erneuerungseifer geht er zu schnell vor. Schon unter Andropow, als die Disziplinierungs- und Antibummelkampagne einen ersten Höhepunkt erreichte (Ausweiskontrollen vor Lebensmittelgeschäften und auf den Straßen, um festzustellen, wer die Arbeitszeit zum Einkaufen benutzte), war es zu massenhaftem Unmut und Beschwerden gekommen, so daß die Überreste des Breschnew-Clans zum Gegenangriff gegen den todkranken Parteichef antreten und die erste Disziplinierungswelle zeitweise stoppen konnten.

Jetzt, unter dem jüngeren, energischeren Gorbatschow, rollt die „Erneuerung". So sehr es der Sowjetbürger begrüßen mag, wenn man ihm eine Hebung des Lebensstandards verspricht, so wenig kann er gutheißen, daß diese Errungenschaften von ihm selber – nämlich durch verstärkten Einsatz und größere Disziplin – erkauft werden sollen.

Hier rüttelt Gorbatschow an eine der Grundfesten des sowjetischen Systems: daß nämlich die allgemeinen Unzulänglichkeiten und Mängel des sowjetischen Lebens kompensiert werden, indem man dem arbeitenden Menschen das Bummeln und die niedrige Produktivität konzediert.

Um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, hätte Gorbatschow nur zwei Möglichkeiten zur Auswahl: Entweder seine Disziplinierungskampagne bis zum Terror zu steigern, um dann nach Stalins Vorbild die Menschen, ob sie nun wollen oder nicht, mitzureißen. Oder aber die wirkliche Reform durchzusetzen – eine Rückkehr zur Marktwirtschaft, zu Angebot und Nachfrage, wenigstens zur „neuen ökonomischen Politik" (NEP), wie sie Lenin in den zwanziger Jahren praktizierte. Es steht zu vermuten, daß Gorbatschow weder für das eine noch für das andere Unterfangen genügend Kraftreserven besitzt – ja, daß das gesamte System sich ihm entgegenstellen würde (und zum Teil bereits entgegengestellt hat).

Die Antialkoholkampagne etwa wird vermutlich viel böses Blut und wenig Wirkung erzeugen. Schon spricht man davon, daß die Russen unter Gorbatschow eine ihrer alten Fähigkeiten neu entwickeln werden: nämlich Schnaps schwarz zu brennen (den berühmt-berüchtigten „Samogon"). Es mag sein, daß Gorbatschow die Sowjetunion damit in eine ähnliche Lage manövriert, wie man sie in den USA zur Zeiten der Prohibition erlebte: daß nämlich die Polizei sich hauptsächlich mit dem Kampf gegen Alkoholschwarzhandel und die Schwarzbrennerei beschäftigen muß.

Ein Rußlandkenner meinte neulich, der Gedanke, dem russischen Volk den Wodka abzugewöhnen, könne nur aus dem Gehirn eines Mannes kommen, der – wie Gorbatschow – sein ganzes Leben in Stawropol am Fuße des Kaukasus, also im tiefen Süden, verbracht und dort stets kaukasischen Wein getrunken hat, ohne auf Wodka angewiesen zu sein. Es sei ähnlich, als wolle ein Winzer aus Burgund den Schweden oder Lappen den Aquavit verbieten.

Einstweilen scheint es, als habe Gorbatschow in den kurzen Monaten seiner Amtszeit alle möglichen Klassen, Schichten und Gruppen gegen sich aufgebracht – von der sowjetischen Armee bis zu den sowjetischen Alkoholikern.

Die Armee ist an ihrer Spitze von Gorbatschow wie kaum eine andere Institution durcheinandergeschüttelt worden. Drei der wichtigsten Flottenbefehlshaber wurden ebenso ausgetauscht wie der Chef des Moskauer Militärbezirks, der Chef der politischen Hauptverwaltung und hohe Militärs in der Luftwaffe.

Manches deutet darauf, daß Gorbatschow sich vor einem möglichen Widerstand der Generale und Marschälle präventiv schützen möchte. Die hohen Militärs könnten auch dem Vorhaben Gorbatschows Widerstand entgegensetzen, sich durch ein taktisches Arrangement mit den Amerikanern innere Rückenfreiheit zu verschaffen. Die Ausgangsposition des neuen Kreml-Chefs ähnelt hier auf verblüffende Weise jener seines Vorgängers Nikita Chruschtschow, der am Widerstand der Militärs und der „Eisenfresser" scheiterte.

Eine zweite Front baut sich für Gorbatschow in der „nationalen Frage" auf. Der neue Parteichef kommt, wie bereits erwähnt, von den Nordhängen des Kaukasus, aus dem Süden Rußlands – wenn man so will, von der russischen Volks- und Sprachgrenze. In Stawropol hat er ein ausgeprägtes großrussisches Nationalgefühl und „Grenzgefühl" gegenüber den im gleichen Raum lebenden vielen Nationalitäten und nichtrussischen Nationen gewonnen.

Michail Gorbatschow: Wird es einsam um den Chef im Kreml? FOTO: JASMIN/STUDIO X

Einiges spricht dafür, daß der neue, „moderne" sowjetische Parteichef ein großrussisch-national orientierter Politiker ist. Schon in Kiew hat er öffentlich die Sowjetunion mit Großrußland gleichgesetzt – was die Ukrainer in ihrer Hauptstadt sicher nicht begeisterte. Kurze Zeit später veranlaßte Gorbatschow, daß die ideologische Zeitschrift der KPdSU, „Kommunist", eine Lobpreisung auf das altrussische Igor-Lied – ein Heldenepos aus dem 12. Jahrhundert über den Kampf gegen die „Steppenfeinde Rußlands" (also die Asiaten) – veröffentlichte.

Es ist nicht erinnerlich, daß die ideologische Zeitschrift des sowjetischen Marxismus-Leninismus je zuvor einen ähnlich nationalistischen, mystisch-großrussischen Text veröffentlicht hätte. Dies ist ein Hinweis darauf, daß Gorbatschow ähnlich wie sein verstorbener Mentor Suslow ein Anhänger der russisch-nationalen Partei in der KPdSU sein könnte.

Die Verherrlichung des Igor-Liedes im „Kommunist" – man stelle sich vor, die SED würde eines Tages das Nibelungenlied zur ideologischen Grundlage erheben – klingt ebenso pathetisch wie manchmal unfreiwillig komisch. Das Igor-Lied sei, so heißt es, ein „Aufruf zur Einigung angesichts der äußeren Gefahr". Das Igor-Lied sei „voll von tiefem Patriotismus". Mit Hilfe solcher ideologischen Konstruktionen möchte Gorbatschow der Sowjetunion den verlorengegangenen ideologischen Schwung zurückgeben.

Diese Hingabe an einen russisch-national-sowjetischen, messianischen Mystizismus hat aber ihre unausbleibliche Gegenwirkung. Kein Nichtrusse und vor allem kein Nichtslawe kann damit irgend etwas anfangen. Die „militärische Verteidigungseinheit Rußlands im 12. Jahrhundert" ist für einen Esten ebenso uninteressant wie für einen Georgier oder erst recht für einen Moslem aus Zentralasien. Letzterer würde sich schon eher mit den kriegerischen Polowetzern – den damaligen Feinden der Russen – identifizieren. Damit aber stößt die Integrationspolitik Gorbatschows an ihre nationalen Grenzen.

Ähnlich geht es dem neuen Parteichef mit der Jugend insgesamt, die in der gleichen Ausgabe des „Kommunist" als problematisches ideologisches Objekt dargestellt wird. Da ist plötzlich von den „ideologischen Gegnern" die Rede, welche die sowjetische Jugend von der Unrichtigkeit des Marxismus überzeugen und eine „Bresche zwischen Partei und Komsomol" schlagen möchten.

Diese „Feinde" verbreiteten auch die These vom angeblichen „Generationenkonflikt". Die sowjetische Jugend, so wird hier gewarnt, sei das wichtigste Ziel des psychologischen Krieges der Imperialisten. Als Rettung wird den jungen Sowjetbürgern ein Rezept aus Stalins Zeiten angepriesen: Sogar in der Mode und der leichten Musik solle man nicht westlichen Verführungen folgen, sondern das Repertoire „ideologisch ausfüllen" – was immer das bedeuten mag.

Das klingt nicht nach Reform, sondern nach Gegenreformation – und nicht nach Modernisierung, sondern eher nach Mystik. So etwa, wenn die Jugend dazu aufgerufen wird, „militärisch-technische Ecken" in den Klassenzimmern der Schulen – also eine Art von vormilitärischem Hausaltar – aufzurichten oder an den „populären Kriegsspielen" „Wetterleuchten" und „Junger Adler" teilzunehmen; so ähnlich las man es, mit Verlaub gesagt, auch zu Zeiten der Hitlerjugend.

Wenn das Profil Gorbatschows solchermaßen zwischen Modernismus, Mystizismus und Messianismus verschwimmt, brechen zwischen seinen engsten Gefolgsleuten offene Widersprüche in Fragen der Wirtschaft auf.

In einer einzigen Ausgabe der Moskauer „Prawda" – Datum: 29. Juni 1985 – gaben gleich zwei ZK-Sekretäre, Männer aus Gorbatschows engstem Kreis, widersprüchliche Interpretationen zur zukünftigen Wirtschaftspolitik. Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär Ligatschow bezog vor der Akademie der Gesellschaftswissenschaften eine dogmatische Position – gegen Wirtschaftsreformen. Die angekündigten Reformen in der Wirtschaft, so tönte Ligatschow, würden im Rahmen des „wissenschaftlichen Sozialismus" und „ohne jede Abweichung in Richtung auf Marktwirtschaft" oder gar Unternehmertum vonstatten gehen. Das ZK, so interpretierte Ligatschow, habe bestätigt, daß der sowjetische Weg zu einer „allseitigen Festigung der zentralen Planung unter gleichzeitiger Erweiterung der Selbständigkeit der Betriebe" führen werde.

Das allerdings erscheint wie die Quadratur des Kreises – vor allem, wenn Ligatschow eine verschärfte Kontrolle der Partei über die Wirtschaft empfiehlt: „Die Partei erklärt nachdrücklich, daß ... kein einziger Funktionär außerhalb der Kontrolle bleiben kann. Das ist die Norm unseres Lebens."

Also: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Der zweite ZK-Sekretär, Ryschkow, sprach vor der Akademie der Volkswirtschaft beim Ministerrat der UdSSR in einem ganz anderen Sinne und auch in einem anderen Ton. Der Schlüssel zur sowjetischen Wirtschaftspolitik liege in der „Parteitreue, der Kompetenz und Qualifikation der Kader". Das Schwergewicht müsse in Zukunft auf dem „technischen Umbau der Produktion" und auf einer erhöhten Qualität liegen. Ihr müsse alles andere (also auch die Parteiherrschaft in der Industrie?) untergeordnet werden.

Das Experiment Gorbatschows könnte auch mit einem allgemeinen Durcheinander und Gegeneinander enden – und mit einem Sieg der beharrenden Kräfte des Systems. Moskau glaubt nicht an Tränen, heißt eine sprichwörtliche Redensart. Mag sein, daß es auch an Reformer und Neuerer nicht recht glaubt.





Unterwegs zum „Prozeß des Jahrzehnts": Der frühere Flick-Manager von Brauchitsch und die Ex-Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff und Friderichs FOTOS: DPA (2)/SVEN SIMON

„Hier muß mal frische Luft rein"

Wenig Spektakel, viel Kontroverses beim Auftakt zum Mammut-Prozeß um die Flick-Spenden. Die prominenten Angeklagten glauben, vor den falschen Richtern zu stehen.

Von WERNER KAHL

Die ersten kamen vor Sonnenaufgang, Studenten der Betriebswirtschaft und angehende Juristen, die sich ein lebensnahes Praktikum für die Hohe Schule der Finanzpolitik vor Abschluß des Studiums erhofften. In dem kleinen Schwurgerichtssaal des Bonner Landgerichts fanden nur noch 40 Zuhörer Einlaß, die übrigen 40 Plätze waren für die Korrespondenten von Presse, Funk und Fernsehen reserviert.

Auch die Wachtmeister waren für diesen Prozeß, der monatelang die Weltöffentlichkeit beschäftigen wird, früher aufgestanden, als es sonst im Dienste Justitias üblich ist. Dennoch konnte der Vorsitzende Richter Hans-Henning Buchholz den „Prozeß wg. Flick" erst 25 Minuten nach dem angekündigten 9-Uhr-Termin eröffnen. Die Sicherheitskräfte brauchten ihre Zeit, um 80 Zuhörer und Berichterstatter mit einer Sonde nach Waffen zu untersuchen. „Lassen Sie möglichst alles Metällische zu Hause", riet der Richter. Die Mitglieder der 7. Großen Strafkammer wollen künftig nicht abwarten, bis die Öffentlichkeit bis auf den letzten Platz hergestellt ist.

In dem aufwendigen (140 Zeugen), in seiner zeitlichen Dimension (etwa eineinhalb Jahre) noch nicht ganz absehbaren Verfahren dringen die Angeklagten, die ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs sowie Eberhard von Brauchitsch, ehemaliger Manager des Flick-Konzerns, auf rasche Klärung der schweren Beschuldigungen.

„Lambsdorff soll hängen", schallte es kurz vor 9 Uhr aus der kleinen Gruppe von Demonstranten, die den Aufzug der Angeklagten gegenüber dem Haupteingang in der Wilhelmstraße 21 erwarteten. Einige Polizisten erheiterte der Ruf. In einer gepanzerten Limousine, begleitet von einem Fahrzeug mit Leibwächtern, ließ sich Lambsdorff in den Hof des Gerichtsgebäudes chauffieren, während von Brauchitsch und Friderichs zu Fuß, umringt von Fotografen und Kameraleuten, durch die Wilhelmstraße gingen. Sie nahmen dann den Treppenaufgang zum Saal 113, wo Justitia auf einer Tafel in lateinischer Sprache verkündet, dieser Gerichtsbau möge der Gerechtigkeit dienen, aber nicht minder der Menschlichkeit.

Im Saal rückte man zusammen. Die Sitzordnung wurde geändert. In einem Viereck wurden die Prozeßbeteiligten plaziert: Richter und Schöffen nehmen eine Seite des Saales ein; zur Linken sitzen die drei Vertreter der Staatsanwaltschaft, zur Rechten zwei der drei Angeklagten, Eberhard von Brauchitsch im Sommeranzug mit Weste ganz hinten, eingerahmt von zwei Wahl- und einem Pflichtverteidiger, vor ihm zur Saalmitte hin Otto Graf Lambsdorff im dunklen Nadelstreifentuch mit zwei Anwälten; und auf der den Richtern gegenüberliegenden Seite steht der Tisch, an dem Hans Friderichs, im doppelreihigen grauen Banker-Flanell, mit seinen beiden Anwälten sitzt, den Rücken zum Publikum.

Lambsdorff und Friderichs, so die Anklage, sollen während ihrer Amtszeit als Wirtschaftsminister insgesamt eine halbe Million Mark für die FDP-Parteikasse kassiert haben, um – nach Auffassung der Staatsanwaltschaft – die Entscheidung über die Steuerbefreiung für den Erlös von 19 Milliarden des Flick-Konzerns aus dem Verkauf von Daimler-Aktien günstig zu beeinflussen.

Lambsdorff soll als nordrhein-westfälischer FDP-Schatzmeister überdies mehrere Millionen Mark von elf deutschen Firmen kassiert haben, ohne diese Beträge in den Steuererklärungen der Partei angegeben zu haben.

Hans Friderichs hat laut Anklageschrift der FDP als Vorstands-Sprecher der Dresdner Bank ebenfalls unter Umgehung des Finanzamts Geld zukommen lassen. Eberhard von Brauchitsch schließlich wird von der Bonner Staatsanwaltschaft in seiner Tätigkeit als persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter des größten deutschen Familien-Konzerns Friedrich Flick KG der Bestechung und Steuerhinterziehung in Millionenhöhe beschuldigt.

Die Zeugenliste führt die Namen von Politikern, Kaufleuten und prominenten Ministerialbeamten auf: Helmut Kohl, Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Friedrich Karl Flick, Karl Wienand, Vertrauter des früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner; auch Walther Leisler Kiep und der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, sollen geladen werden. Insgesamt sind bisher 140 Zeugen angesagt.

Die ersten beiden Stunden des Prozesses gehörten gestern vormittag der Verteidigung: Die sieben Anwälte sprachen zur Eröffnung des Verfahrens der 7. Strafkammer die Zuständigkeit ab. Sie stellten mit ihren betont ruhig vorgetragenen Einwänden auch in Frage, daß die Hauptschöffen – eine Hausfrau und ein Koch – ordnungsgemäß gewählt worden seien.

Eine Geschäftsverteilung sei gesetzwidrig, so Eberhard Wahle, Friderichs' Anwalt, wenn von der vorgeschriebenen Konzentration von Wirtschaftsstrafsachen bei einer Strafkammer von vornherein abgesehen werde und mehrere nicht ausgelastete Strafkammern gebildet würden. Dies sei durch das Bonner Landgerichtspräsidium geschehen. Nur zu rund fünf Prozent hätten 1982/83 Wirtschaftsstrafsachen die 7. Strafkammer beschäftigt, als ihr die Verfahren gegen die beiden Politiker und von Brauchitsch übertragen wurden.

Rechtsanwalt Vechter, Verteidiger von Eberhard von Brauchitsch, sah in der Bestellung der Strafkammer das Gesetz „verletzt" und den Geschäftsverteilungsplan dementsprechend als „rechtswidrig". „Mein Mandant, Herr von Brauchitsch, ist daran interessiert, vor dem Richter, der tatsächlich zuständig ist, Stellung zu nehmen", betonte Mitverteidiger Professor Schreiber.

Die Verteidigung wolle kein prozessuales, verzögerndes „Hick-hack", aber: „An den Formalien des Rechtsstaates sollte jedoch unbedingt festgehalten werden." Zum Zeitpunkt der Anklage-Erhebung sei die 7. Strafkammer nur minimal mit Wirtschafts-Strafsachen befaßt gewesen, hoben auch die Anwälte Otto Graf Lambsdorffs hervor. „Auch unser Mandant hat einen Anspruch darauf, daß vor seinem gesetzlichen Richter verhandelt wird", sagte Rechtsanwalt Egon Müller aus Saarbrücken.

Gegen den Widerspruch der Staatsanwaltschaft monierten die Verteidiger auch, daß bei der Auswahl der Schöffen Fehler gemacht worden seien. Auf den Wahllisten im Gerichtsbezirk Bonn wurde nach Erhebungen der Anwälte unter anderem gegen das Gebot der Gleichberechtigung von Mann und Frau verstoßen. Das Verhältnis der in Bonn zur Wahl gestellten Männer und Frauen habe fünf zu eins betragen.

Im Saal herrschte buchstäblich „dicke Luft". Schon eine Stunde nach Eröffnung des Prozesses war die Luft unter dem zwölfflammigen Deckenleuchter so sauerstoffarm geworden, daß der Vorsitzende die Verhandlung unterbrach: „Hier muß mal frische Luft rein." Es war zum Auftakt dieses Prozesses die einzige Entscheidung, über die bei allen Beteiligten Übereinstimmung bestand.

Auf dem Stundenplan steht immer nur Europa

Man nennt sie die „Hefe im europäischen Beamtenteig": jene Hochschulabsolventen, die seit nun 25 Jahren als Praktikanten der Brüsseler EG-Kommission sechs Monate lang in die Geheimnisse Europas eingeweiht werden. Ein begehrtes Sprungbrett zur Karriere.

Von FLORIAN NEHM

Jedes Jahr im Februar und September beziehen etwa 200 frisch diplomierte Hospitanten ihren Schreibtisch in einer der vielen Abteilungen der Kommission. Sie haben Jura, Wirtschaft, Sprachen, Landwirtschaft oder auch Philosophie studiert. Mit den jährlich etwa 75 Praktikanten aus Übersee pflegt die Kommission darüber hinaus auch die Außenbeziehungen.

Besonders gefragt sind die Generaldirektionen Außenbeziehungen, Entwicklung, Wettbewerb, Landwirtschaft und der Juristische Dienst. Mit handfesten Aufgaben beschäftigte Wilhelm Haferkamp, der 17 Jahre Kommissar in Brüssel war, Praktikanten in seinem Kabinett: „Wir haben sie für sechs Monate wie Profis eingesetzt und ihnen ein Dossier anvertraut." Und als der langjährige Vizepräsident im Januar seinen Stuhl bei der Kommission räumte und für sein „Hansa Office Haferkamp" einen zweiten Mann suchte, nahm er Stagiaire Christoph Eichhorn aus seiner Generaldirektion gleich mit. Der ehemalige Praktikant Günter Burghardt brachte es nun sogar zum Kabinettschef von Kommissions-Präsident Delors.

Zu den EG-Hospitanten der ersten Stunde gehört Colette Flesch, die 1980 von Gaston Thorn das Luxemburgische Außenministerium und den Vorsitz der Liberalen Partei übernahm.

„Nach den 24 Wochen waren alle Hemmungen, mich direkt an die ferne Behörde zu wenden, verschwunden", sagt Josef Leinen, der heutige Umweltminister im Saarland. Er war 1976 Stagiaire in Brüssel, wo er auch Petra Kelly kennenlernte. Der damalige Rechtsreferendar nutzte die Arbeit in der Abteilung „Banken und Finanzen" zu europäischen Rechtsvergleichen, die ihm verständlicher machten, „warum Integration so langwierig ist".

Beim Wirtschafts- und Außenministerium in Bonn sind ehemalige Stagiaire gern gesehene Bewerber und „mit mehreren Dutzend" gut vertreten. Man schätzt ihre Fertigkeit im Umgang mit der für Außenstehende verwirrenden Institution. „Die wissen ganz gut, wen man zur Ergründung eines Problems in Brüssel anrufen muß", heißt es im Wirtschaftsministerium. Im Bonner Innenministerium, so ergab eine Nachfrage, ist dagegen weder von Beamten, die nach der Uni in Brüssel waren, noch von der Möglichkeit des Praktikums überhaupt etwas bekannt.

Zum Programm gehören Straßburg und Berlin

Anstellung finden die jungen Europäer mit Kommissions-Erfahrung später häufig auch in einem der vielen Brüsseler Lobby-Büros, in einer auf Europarecht spezialisierten Anwaltspraxis, in der Wirtschaft, bei Zeitung, Funk und Fernsehen oder als Assistenten eines Europa-Parlamentariers. Die früher häufige Übernahme als Kommissionsbeamter ist, wegen der Altersstruktur in der jungen Behörde, immer seltener geworden.

Zum Programm der Praktikanten, denen die Kommission monatlich knapp 1000 Mark netto bezahlt, gehören auch einige Sitzungstage beim Europäischen Parlament in Straßburg und eine ganze Woche Berlin. Gespräche mit Berliner Abgeordneten und ein Vortrag mit Empfang im 13. Stock der Axel-Springer-Zentrale an der Mauer ist seit Jahren Tradition. Gesprochen wird englisch und französisch.

Die Wirkung der geteilten Stadt spielt, besonders bei ausländischen Teilnehmern, für das europäische Selbstverständnis eine einschneidende Rolle. „Die Mauer und die Ereignisse, die zu ihr führten, haben mir endgültig klargemacht, warum Europa gelingen muß", bekennt eine junge Irin.

Für viele bietet das Stage, wie man das Praktikum in Brüssel nennt, die erste Berührung mit talentierten Europäern der eigenen Generation. Schon die sieben, und nach dem Eintritt Spaniens und Portugals neun Sprachen, in denen oft temperamentvoll diskutiert wird, geben den Stagiaires eine Ahnung, warum sich Europa in der Praxis nicht ganz so reibungsfrei entwickelt, wie viele es sich wünschen.

Wer eine Chance haben will, muß – so heißt es auf einem Merkblatt der Kommission – „eine gehörige Portion Enthusiasmus für Europa" zeigen, sich während seines Studiums mit europäischen Themen befaßt haben und mindestens zwei Gemeinschaftssprachen beherrschen. Jede weitere Sprache ist von entscheidendem Vorteil, denn für das Praktikum laufen in Brüssel jährlich an die 5000 Bewerbungen ein.

Diese werden im „Bureau des Stages" nach Ländern und Berufen sortiert und mit „euro-salomonischer Hand" beurteilt. Wolfgang Kraus, der das Praktikantenbüro der Kommission seit sieben Jahren leitet, hat einen meisterlichen Instinkt entwickelt, mit dem er sowohl in einer „grandiosen sizilianischen" als auch in einer „nüchternen dänischen" Bewerbung zwischen den Zeilen lesen kann. Kaum einer kennt sich wie er in der Vielfalt europäischer Mentalitäten aus. Besonders Europa-Abgeordnete aller Länder und Parteien sind ihm als „aktive Empfehler" wohlvertraut.

Wir waren Zeuge, wie an nur einem halben Nachmittag sechs Parlamentarier anriefen, um sich nach dem „Stand ihrer Empfehlungen" zu erkundigen. Empfehlungen, auf die Kraus mangels akkuraterer Auswahlmethoden angewiesen ist und die, was Kenntnisse, Kontaktfreudigkeit und Elan der Kandidaten angeht, in der Regel auch begründet sind.

Nur manchmal gibt es doch Pannen. So war von ehemaligen Praktikanten zu erfahren, daß eine aus den USA von Henry Kissinger und Robert McNamara „wärmstens" empfohlene Praktikantin sich als „Niete" entpuppte. „Wir müssen auch im Stage Regionalpolitik betreiben", sagt „Stagiaire-Vater" Kraus. Denn immer noch kommen zu wenig Interessenten aus den europäischen Regionen und zu viele aus den großen Zentren Paris, London und Rom.

In 25 Jahren kamen 8549 Hospitanten nach Brüssel

Die Chance, sich nach dem Examen in Brüssel zum „EG-Kenner" zu mausern, ist vor allem in der Provinz kaum bekannt. Was den Regionalbüros der Kommission an gezielter Werbung offensichtlich nicht gelingt, versucht Kraus nun durch direkte Verbindung zu engagierten Professoren. Mangelnde Streuung gibt es auch bei Praktikanten aus Übersee.

Von den 8549 bisher gezählten EG-Hospitanten aus über 45 Ländern halten etwa 2000 über die „Vereinigung der Ehemaligen Praktikanten der Europäischen Gemeinschaft" und das lilafarbene Adreßverzeichnis „Who's Who" miteinander und zur Kommission Verbindung. Einige verstehen sich gar als „Fünfte Kolonne der Europäischen Einigung". Die Kommission will diese beharrenden Werber jetzt auch für ihre Öffentlichkeitsarbeit in fernen Ländern einsetzen. Als neueste Europa-Werber meldeten sich kürzlich Ehemalige aus San José in Costa Rica.

Bonn: Falsche Interpretation durch „Report“

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Einer der Beiträge im letzten Fernsehmagazin „Report“ der ARD ist in Kreisen der Bundesregierung auf scharfe Kritik gestoßen. Die Sendung, verantwortet vom Journalisten Franz Alt, der in der pazifistischen Bewegung der Bundesrepublik Ansehen genießt, befaßte sich mit dem im April 1982 von Bundesaußenminister Genscher und dem amerikanischen Botschafter in Bonn, Burns, unterzeichneten Abkommen, mit dem die Unterstützung von US-Verbänden „in Krise oder Krieg“ durch neu zu schaffende Einheiten der Bundeswehr geregelt wird. Das Abkommen firmiert bei Fachleuten unter der Abkürzung WHNS (Wartime Host Nation Support). Mit großem Erstaunen ist in Bonn registriert worden, daß die Sendung am letzten Dienstagabend den Eindruck zu erwecken versuchte, mit Hilfe von WHNS könnten die USA im Falle einer Nahost-Krise unter Ausschaltung des Deutschen Bundestages auf Truppenkontingente der Bundeswehr zurückgreifen und letztlich bewirken, daß die Bundesrepublik in einen Krieg „hineinschlittert“.

Als Zeugen für diese These traten in der Sendung eine Abgeordnete der Bonner „Grünen“ und der Bochumer Professor Knut Ipsen auf. Unter Mißachtung des Textes des WHNS-Abkommens behauptete Ipsen: „Die Gefahr, daß die Bundesrepublik in eine Krise oder Krieg hineingezogen wird, der nicht unmittelbar unsere nationalen Interessen betrifft, dafür aber die der Vereinigten Staaten, ist nicht uneingeschränkt auszuschließen.“ Er verlangte ein klareres Abkommen, das nur dann „Anwendung findet, wenn der Bündnisfall und die Erfüllung der Beistandspflicht im Sinne des Nordatlantikvertrages vorliegen und auch die räumliche Eingrenzung des Bündnisfalles eindeutig gegeben ist“. Alt stützte sich als Moderator der Sendung auf diese eindeutig falsche Interpretation des Abkommens und fragte: „Ist eigentlich ein so gefährlich unpräzise gefaßtes Abkommen mit einer Supermacht zu vereinbaren mit einem ruhigen nationalen Selbstbewußtsein?“

Unpräzise nannte Alt das WHNS-Abkommen deshalb, weil es statt der im Grundgesetz genannten Begriffe Spannungs- und Verteidigungsfall von Krise und Krieg spricht. In Regierungskreisen wurde dazu erklärt, bei der Übersetzung des Vertragstextes aus dem Amerikanischen ins Deutsche habe man „crisis“ und „war“ wörtlich übertragen. Ipsens Kritik, das Abkommen sei ohne Eingrenzung auf den Bündnisfall in der NATO geschlossen, entbehrt jeder Grundlage. In Artikel 1 des Abkommens heißt es: „Für Zwecke dieses Abkommens stellen die Vertragsparteien gemeinsam fest, wann eine Krise oder ein Krieg besteht. Die Bereitstellung derartiger Kräfte ist Gegenstand von Konsultationen zwischen den Vertragsparteien und der NATO, die gemäß Artikel 3 und 5 des Nordatlantikvertrages vom 4. April 1949 geführt werden.“ Darin wiederum wird festgelegt, daß die Bündnisstaaten einen bewaffneten Angriff gegen einen oder mehrere von ihnen „in Europa oder Nordamerika als einen Angriff gegen sie all ansehen“. Vom Nahen Osten ist im NATO-Vertrag nicht die Rede. Im übrigen bestehen „die Parteien“ im NATO-Vertrag jeweils aus Regierung und Parlament.

Spionage: SPD hält an Rücktrittsforderung fest / Wurde Krisenmanagement verraten?

Vogel: Aufsichtspflicht wurde vernachlässigt

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Verratsfall Tiedge gerät immer stärker auch zu einer innenpolitischen Auseinandersetzung. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel lastet inzwischen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann nicht mehr nur eine „politische Verantwortung“ an dem Desaster des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) an, sondern nach seiner Ansicht „mehren sich auch die Anzeichen, daß ebenfalls in der Frage der Dienstaufsicht Kritik geübt werden muß“. Vogel bekräftigte jedenfalls das Verlangen nach dem Rücktritt des Ministers und wies zugleich aufgebracht das „dumme Geschwätz“ von Zimmermanns Parlamentarischem Staatssekretär Spranger zurück, daß übertriebener Datenschutz eine Ursache für die Spionage-Pannen sei: Kein Datenschutz habe die Verantwortlichen im Ministerium abgehalten, nach Alkohol-Problemen im unterstellten BfV zu fragen.

Vogel griff erneut auf Ereignisse aus seiner Ministerzeit zurück. Neben den „beispielhaften“ Rücktritten Brandts und Lebers verwies er auf die Bundesanwaltschaft, die ihm als Bundesjustizminister unterstellt war. Aus seiner Praxis, die Amtschefs auch immer wieder in deren Karlsruher Amtsräumen aufzusuchen, leitete er die Frage ab, „ob es wahr ist, daß sich weder Zimmermann noch Spranger je im BfV zum vertrauensvollen Gespräch aufgehalten haben“, ob sich Zimmermann wirklich „nie über die Sicherheitslage des Amtes selber informiert“ habe.

Den Vorwurf der Union, er habe die Vertraulichkeit der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) gebrochen, wies Vogel zurück: Er habe sich nur zu offiziellen Erklärungen der Bundesregierung geäußert. „Ich verbitte mir den Versuch, mich als Vorsitzender der größten Oppositionsfraktion in der Ausübung meiner politischen Pflichten zu behindern.“ Im übrigen hätten in der „Bild“-Zeitung Einzelheiten aus der PKK-Sitzung gestanden, die „dieses Instrument der Vertraulichkeit schartig und stumpf“ machten.

Auffällig bei Vogel war die zurückhaltend-positive Haltung gegenüber dem CDU-Mann Hellenbroich. Man konnte daraus nur den Schluß ziehen, daß der inzwischen entlassene ehemalige BfV-Chef in der PKK-Sitzung mit seinen Erklärungen nicht ohne Überzeugungskraft war und bislang unbekannte, aber stichhaltige Gründe vorgebracht haben muß.

Kritik wurde auch an der Informationspolitik des Bundeskanzlers laut. Als die ersten Meldungen über den neuen Chef des BND liefen, erinnerte die SPD an den Brauch, daß seit 1949 „der jeweilige Kanzler sich immer mit dem jeweiligen Oppositionsführer bei der Besetzung solcher Ämter ins Benehmen gesetzt habe“. Kanzleramts-Staatssekretär Schreckenberger telefonierte hinter Vogel her. Er erreichte diesen endlich im VIP-Raum des Bonner-Flughafens.

Der falsche Frank Becker schrieb „Liebesbriefe“ an die Sekretärin

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof hat gestern Haftbefehl gegen die Ende vergangener Woche festgenommene Sekretärin im Bundespräsidialamt, Margarete Höke, wegen des Verdachts der Spionage für den Staatssicherheitsdienst der „DDR“ erlassen. Die Frau war am Freitag vergangener Woche festgenommen worden, weil die Sicherheitsbehörden befürchteten, daß der in die „DDR“ geflüchtete Verfassungsschützer Hans-Joachim Tiedge die Observierung der seit längerer Zeit verdächtigten Sekretärin in Ost-Berlin bekanntmachen und damit eine Warnung Frau Hökes auslösen könnte.

Nach den Ermittlungen hatte die 1935 in Bad Oeynhausen geborene ledige Frau zunächst als Angestellte in der Kreisverwaltung von Herford gearbeitet. 1958 wurde sie im Auswärtigen Amt in Bonn angestellt und wechselte 1959 in das Bundespräsidialamt. Dort, wo sie ein halbes Jahr lang auch Vorzimmerdame bei Bundespräsident Karl Carstens gewesen ist und dann in die sensible Abteilung II mit Zuständigkeit auch für das Ausland und den Verteidigungsbereich versetzt wurde, gehörte Margarete Höke in den letzten Jahren zum sogenannten „Schlüsselpersonal“. Sie ist mehrfach „sicherheitsüberprüft“ worden und erhielt schon vor Jahren die Berechtigung, mit Verschlußsachen bis zur Stufe „Geheim“ umzugehen.

Ihr Kontaktmann zum Ministerium für Staatssicherheit der „DDR“ war ein Agent, der spätestens Ende 1969 oder Anfang 1970 unter dem falschen Namen Franz Becker aus der „DDR“ in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden ist. Seine Aufgabe war ganz offensichtlich die Anbahnung von Kontakten zu alleinstehenden Sekretärinnen in Bonn. Anfang der siebziger Jahre hatte Becker bei seiner polizeilichen Meldung unter Beruf noch „Student“ angegeben. Neben seiner Bonner Adresse hatte er auch eine Postadresse in der Schweiz. Becker war bis 1984 in Bonn polizeilich gemeldet.

In der Wohnung von Frau Höke fanden die Sicherheitsbeamten zwar kein belastendes Material wie in den Fällen Sonja Lüneburg oder Ursula Richter, wo spezielle Fotostative oder ein „Container“ zum Verstecken von Geheimmaterial entdeckt wurden, aber eine größere Anzahl von Briefen, darunter auch eindeutige „Liebesbriefe“ von Franz Becker sowie Postkarten aus Österreich und der Schweiz.

Die schweizerischen Sicherheitsbehörden haben im Zusammenhang mit der Festnahme und Verhaftung Frau Hökes ein aus der „DDR“ stammendes Ehepaar festgenommen, das von dem neutralen Land aus offenbar mehrere Agenten in der Bundesrepublik Deutschland geführt hat. Dieses Ehepaar traf sich Anfang August im Großraum Bonn – unbestätigt war konkret von Köln die Rede – mit der Präsidialamtssekretärin, um ihr den Auftrag zu geben, sich in Dänemark mit „Franz Becker“ zu treffen, der offenbar gewarnt worden war, daß er in der Bundesrepublik Deutschland mit Festnahme rechnen müsse. Frau Höke traf sich mit ihm in Kopenhagen. Obwohl sie dabei über 4000 Deutsche Mark von ihm in Empfang nahm, behauptete sie in ihren Vernehmungen, es habe sich um ein Treffen aus persönlichen Gründen gehandelt.

Im Präsidialamt hatte die Sekretärin nicht nur Zugang zu Verschlußsachen, darunter Lageberichten der deutschen Botschaften im Ausland und auch geheimen Protokollen der Regierung, die zur Unterrichtung des Präsidenten zu dessen Amtssitz weitergeleitet wurden, sie hat sich auch eine umfassende Personenkenntnis angeeignet. Zwar wechselt der Präsident alle fünf Jahre. Die Beamten und Angestellten bleiben dagegen über Jahre oder – wie Frau Höke – über Jahrzehnte auf ihrem Posten. Noch ist nicht festgestellt worden, seit wann die Sekretärin den mit ihr seit 15 Jahren bekannten „DDR“-Agenten Becker mit Material beliefert hat. Sie war jedenfalls in der Lage, über alle als geheim eingestuften Unterlagen sowie über den Ablauf des Krisenmanagements der Bundesregierung – sie hatte an der Rahmenübung Wintex '83 teilgenommen – Auskunft zu geben.

Kanzleramt weist Attacken gegen Zimmermann ab

● Fortsetzung von Seite 1

gabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen „vorverurteilt“ worden sei. Da Hellenbrocih die wahren Gründe für sein Festhalten an Tiedge nicht nennen könne, stehe er jetzt „als Depp und Dilettant“ da. Aus dem Sicherheitsbereich wurde Schnoor dagegen vorgehalten, erst sein Verbot aus dem vergangenen Jahr, aus Datenschutzgründen Melderegister zur Rasterfahndung heranzuziehen, mache dem BfV die Arbeit – auch die Sicherheitsüberprüfungen – unnötig schwer.

Beschwerden der SPD, sie sei bei der Neubesetzung des BND nicht gehört worden, obwohl traditionell die Regierung die Opposition vor solch wichtigen personellen Entscheidungen in Kenntnis setze, wurden gestern im Kanzleramt zurückgewiesen. Staatssekretär Schreckenberger habe den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, vor dessen Abflug nach Berlin unterrichtet.

Der gestern in Karlsruhe „vorläufig festgenommene“ Regierungsdirektor Liebtanz des BfV Beamte hatte sich bei seinen Dienstvorgesetzten in Köln gemeldet und einen „Überwerbungsversuch“ des „DDR“-Staatssicherheitsdienstes offenbart. Nach Darstellung des Beamten – Regierungsdirektor in der Abteilung II (Rechtsextremismus) – hat er bei einem Urlaub in Österreich vergangene Woche seinen langjährigen Bekannten Eberhard Severin getroffen. Der Mann, das haben die Ermittlungen seit Wochenbeginn ergeben, war seit 1974 in Köln ansässig und bei einer Elektronik-Firma tätig, meldete sich Ende Juli dieses Jahres polizeilich nach Wien ab. Bei dem Treffen in Österreich, so berichtete BfV-Mann Liebetanz seinen Vorgesetzten, habe sich ihm Severin als als Mitarbeiter des „DDR“-Ministeriums für Staatssicherheit zu erkennen gegeben und versucht, ihn „unter Druck“ und Androhung von Gewalt zur Mitarbeit für die „DDR“-Spionage zu gewinnen. Er habe das BfV von diesem Abwerbeversuch in Kenntnis gesetzt, sei nach Köln gefahren und habe sich bei seinen Dienstvorgesetzten gemeldet.

Im BfV wurden zunächst die Personalien des Kontaktmannes Severin „abgeklärt“. Dabei stellte sich heraus, daß dieser offenbar auf dem üblichen Weg der Einschleusung als Agent des „DDR“-Staatssicherheitsdienstes über Frankreich in die Bundesrepublik Deutschland gekommen war. Am Dienstagabend, nach der Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK), stand der Spionageverdacht fest, und das Bundeskriminalamt sowie Generalbundesanwalt wurden eingeschaltet. Der MfS-Agent Severin konnte nicht festgenommen werden, da er sich aus Österreich offenbar in die „DDR“ abgesetzt hatte.

Frau Höke las geheime NATO-Papiere

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die unter Spionageverdacht verhaftete Sekretärin aus dem Bundespräsidialamt, Margarete Höke, hat im Frühjahr 1983 an der geheimen Stabsrahmenübung „Wintex“ der NATO teilgenommen. Sie arbeitete bei dieser Gelegenheit als Vorzimmerdame des hohen Beamten, der in der Übung als Bundespräsident fungierte.

Wer als Sekretärin Gelegenheit zur Teilnahme an dieser Übung bekommt, findet beinahe auf jedem Arbeitsplatz der ins Ahrtal verlegten Bonner Regierungszentrale alle Möglichkeiten, das Sicherheitsdenken der westlichen Verteidigungsgemeinschaft und ihre Verfahrensabläufe im sogenannten Krisenmanagement genau kennenzulernen. Davon Näheres zu erfahren, ist für gegnerische Nachrichtendienste von höchstem Interesse. Wer als gegnerische Macht über dieses Wissen verfügt, ist in der Lage, die Maßnahmen der NATO im Krisenfall zu werten, bevor diese überhaupt eingeleitet werden, und das eigene Verhalten entsprechend einzurichten. Angesichts der engen Anbindung des „DDR“-Staatssicherheitsdienstes an die Nachrichtendienste der Sowjetunion ist damit zu rechnen, daß das möglicherweise von der mutmaßlichen Agentin weitergegebene Wissen auch der sowjetischen Führung zur Verfügung steht. Aus dieser Schlußfolgerung erst ergibt sich die Dimension dieses Falles. Er berührt wegen der Beteiligung aller NATO-Staaten an „Wintex“ in nachhaltigster Weise auch die USA. In Fachkreisen hieß es deshalb, der „Fall Höke“ stehe dem „Fall Tiedge“ in der Schwere des wahrscheinlich angerichteten Schadens kaum nach.

„Wintex/Cimex“ – die englische Abkürzung steht für Winterübung und zivilmilitärische Zusammenarbeit – führt im NATO-Rahmen alle Regierungen, die nationalen Militär- und Zivilbehörden von der obersten bis zur Ebene der Regierungspräsidenten und teilweise sogar Städte und Landkreise sowie die integrierten Stäbe der Allianz zu einer koordinierten Anstrengung zusammen. In einer theoretisch vorgezeichneten Krise, die man auch in den Krieg übergehen läßt, laufen dann die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen der Mobilisierung und Verstärkung von Streitkräften und der zivilen Vorsorge ab. Dieses große „politisch-militärische Spiel“ findet verständlicherweise nur auf dem Papier statt. Alle erwähnten Stellen geben sich ständig Nachricht von ihren Bewertungen der Krise, melden ihre eingeleiteten Maßnahmen, stellen Forderungen an andere Stellen und so fort. Dies geschieht fast ausschließlich über Fernschreibleitungen, wobei die Texte verschlüsselt werden. Die Fernschreiben werden in den Dienststellen mit den entsprechenden Kennzeichnungen für die Geheimhaltung an alle übenden Beamten und Militärs verteilt. Je höher der Schutzgrad, desto kleiner der Verteilerkreis. Die Erfahrung aber hat den Fachleuten gezeigt, daß die Masse der Informationen den Stempel „Geheim“ trägt.

Damit ist mit fast an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß auch der Sekretärin des „Bundespräsidenten Üb“ – so der Jargon – diese Informationen zugänglich waren. Im Vorzimmer werden während der Übung die Vorgänge kaum anders gesichtet und bearbeitet als in Friedenszeiten. Mit dem einen Unterschied: es wird auf äußerste Schnelligkeit geachtet.

Für einen geschickten Spion ist es wahrscheinlich sogar möglich, zumindest sporadisch die gelesenen Dokumente zu fotografieren. Bisher war es nicht üblich, daß die Besetzung, die während „Wintex“ in der geheimen Bonner Regierungszentrale im Ahrtal arbeitet, beim Betreten der Anlage von Sicherheitskräften sehr genau nach nicht erlaubten Gegenständen durchsucht wurde. Aber selbst wenn der Spion nicht fotografiert, kann er, wache Intelligenz und gute Auffassungsgabe vorausgesetzt, aufgrund der ihm möglichen Lektüre der schriftlichen Meldeunterlagen derart detailliert und gleichzeitig umfassend das Übungsgeschehen verfolgen, daß allein schon Gedächtnisnotizen für den gegnerischen Geheimdienst von großem Wert sind. Hinzu kommt, daß ein Agent wertvolle Hinweise über die bauliche Anlage selbst zu geben vermag, die Voraussetzung wären für ein militärisches Kommandounternehmen.

Kandidat Rau fürchtet das Schmidt-Syndrom

PETER PHILIPPS, Bonn

Offiziell weist die SPD-Führung unverändert jeden Hinweis vehement zurück, Helmut Schmidt sei vor allem auch über die zunehmende Distanz zu dem Willen der Parteimehrheit gestürzt. Das liebevolle Stricken an der Verrats-Legende der FDP gehört auch nach fast drei Jahren zu den beliebten Beschäftigungen in seiner Partei. Äußerungen aus dem Vertrauten-Kreis des bereits „ausgeguckten“ Kanzlerkandidaten Johannes Rau machen jetzt die Fragwürdigkeit deutlich.

Rau scheue, so heißt es aus dessen engster Düsseldorfer Umgebung, nicht nur aus persönlich-familiären Gründen noch vor der Übernahme der Kandidaten-Bürde zurück. Eine wesentliche Frage, die auch im Mittelpunkt des Trialogs mit Parteichef Willy Brandt und dem anderen potentiellen Kandidaten Hans-Jochen Vogel am 16. September in Bonn stehen werde, sei eben die Vermeidung des Schmidt-Syndroms: Rau wolle erst ganz sicher sein, mit seinem Ziel der „reformerischen Teillösungen“ nicht isoliert von der Rest-Partei in den Wahlkampf zu ziehen, ehe er sich auf das Wagnis einlasse. Es müsse, zitiert ein persönlich vertrauter dpa-Korrespondent, abgeklärt sein, daß „die SPD aus dem Schock des Regierungsverlustes die Lehre gezogen habe, daß im Interesse der Menschen ein bißchen Fortschritt besser ist als gar kein Fortschritt“.

Und zu dem Schmidt-Syndrom gehört für Rau natürlich auch die Sicherheitspolitik: Mit dem „Druckpotential des Restzweifels“ über seine Kandidatur will er die SPD in die inhaltliche Geschlossenheit zwingen, um ein „Auseinanderdriften“ wie zu Schmidts Zeiten zwischen Stimmenfänger und tatsächlichen Parteiströmungen zu verhindern. Der Alt-Kanzler selbst hat ihn in seinem inhaltlich bis heute nicht restlos bekannt gewordenen Brief vom 12. Mai wohl selbst auf diese schmerzliche eigene Erfahrung hingewiesen und soll ihm als zusätzlichen Hebel empfohlen haben, mit der Bereitschaft zur Kanzlerkandidatur zugleich den Anspruch auf die Brandt-Nachfolge als Parteiführer anzumelden.

Raus seit langem anhaltende Beliebtheit in der SPD hängt unter anderem damit zusammen, daß er nicht als Kämpfer für eine prononcierte Position hervorgetreten ist, sondern sich immer als ausgleichender Integrator dargestellt hat. Aber angesichts der Tatsache, daß der frühere rechte Mehrheits- und heutige Minderheitsflügel inzwischen als auch geistig führungslos in der SPD im Abseits dümpelt, muß Rau entweder selbst alte Schmidtsche Positionen vertreten oder für den Aufbau einer entsprechenden „rechten“ politischen Autorität in der Partei sorgen.

Geißler soll Zwangsgeld zahlen

dpa, Bonn

Das Bonner Amtsgericht hat Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler (CDU) zu einem Zwangsgeld verurteilt. Er soll für jeden Tag, den die gegen ihren Willen versetzte frühere Leiterin der Kölner Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Ute Canaris, nicht an ihrem alten Arbeitsplatz beschäftigt werde, 300 Mark an die Staatskasse überweisen, entschied das Gericht nach Angaben des Rechtsanwaltes der Klägerin, Karl Heinz Ohlssong. Das Ministerium will gegen dieses Urteil nach Angaben eines Sprechers Beschwerde einlegen.

Der Streit zwischen Frau Canaris und dem Minister begann im März. Kurzfristig sollte die Pädagogin, die auch SPD-Mitglied ist, zum 1. April auf eine Stelle im Bonner Ministerium versetzt werden, weil – so die Begründung – das Kölner Amt mit einer Ärztin besetzt werden solle. Als Nachfolgerin für die Pädagogin wurde die Ärztin Elisabeth Pott aus dem niedersächsischen Sozialministerium vorgesehen. Die Ute Canaris im Ministerium angebotene Stelle war ebenfalls für eine Ärztin ausgeschrieben.

Gegen ihre Versetzung hatte Frau Canaris zunächst eine einstweilige Verfügung und dann eine Entscheidung des Amtsgerichtes Bonn erwirkt. Weil das Ministerium der gerichtlichen Entscheidung, Frau Canaris sei als Leiterin des Kölner Amtes weiter zu beschäftigen, nicht nachkam, wurde jetzt das Zwangsgeld angeordnet. Das Ministerium hat gegen das erstinstanzliche Urteil inzwischen Berufung beim Landesarbeitsgericht Köln eingelegt.

Die Kölner Bundeszentrale hat damit gegenwärtig rein rechtlich zwei Leiterinnen. Aufgrund eines im Verfahren der einstweiligen Verfügung vor dem erstinstanzlichen Urteil im Hauptverfahren geschlossenen Vergleiches zwischen Geißler und Canaris wurde Frau Pott am 6. August als kommissarische Leiterin eingesetzt.

Ehrenamtliche Richter erlaubt die Verfassung

dpa, Kassel

Gegen die Besetzung der Richterbänke des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Kassel mit ehrenamtlichen Richtern gibt es keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Das hat der 5. Senat des BAG am Mittwoch in einem Urteil festgestellt.

Die Forderung des Grundgesetzartikels 92, wonach die Gerichte in Ausübung ihrer staatlichen Aufgaben auch personell vom Staat entscheidend mitbestimmt sein müssen, sei durch die Auswahl des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung erfüllt.

Das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel wird in den nächsten Wochen die Auswahl der 89 dort ehrenamtlich tätigen Richter ebenfalls prüfen. Im BSG ruhen bei fünf der zwölf Senate alle jene Vorgänge, an denen ehrenamtliche Richter beteiligt sein müssen.

Die Prüfung wird nach Auskunft des BSG-Sprechers, Bundesrichter Winfried Funk, etwa vier Wochen dauern.

Ausgelöst wurden diese Überprüfungen von Beanstandungen der Besetzung der sieben hessischen Sozialgerichte und des Landessozialgerichts in Frankfurt mit ehrenamtlichen Richtern.

Nach den geltenden Vorschriften müssen die Vorschlagslisten für die Benennung von ehrenamtlichen Richtern die anderthalbfache Zahl der zu besetzenden Stellen aufweisen. Dies war in der Vergangenheit nicht der Fall.

(Az.: 5 AZR 616/84)

„Solidarität“: Polen darf nicht versklavt werden

Gewerkschafter berichten vor Arbeitsgemeinschaft 13. August

F. DIEDERICHS, Berlin

Fünf Jahre nach ihrer Gründung hat die mittlerweile verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ trotz deutlicher Zeichen von Resignation bei zahlreichen Mitgliedern immer noch eine Wirkung, die auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen deutlich wird. Diese Ansicht vertrat gestern in Berlin das Gewerkschaftsmitglied Seweryn Blumsztajn, bis Februar 1985 Leiter des Pariser Büros von „Solidarität“.

In der Bundesrepublik sind zum fünften Jahrestag der Gründung von „Solidarität“ am 31. August zahlreiche Veranstaltungen geplant, so Ausstellungen in Köln sowie Kundgebungen in Frankfurt, Hamburg und München. „Solidarität“-Vertreter sprachen gestern in Berlin von rund 60 000 aktiven Gewerkschaftsmitgliedern unter den rund 10 Millionen Mitgliedern, die vor allem noch in regionalen Verbänden und Betrieben tätig seien – trotz eines immer größer werdenden Risikos. So sind nach Angaben von „Solidarität“ seit Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 bis zum März dieses Jahres insgesamt 5405 Gewerkschaftsmitglieder festgenommen und interniert worden, gegen 2416 liegen derzeit rechtskräftige Urteile vor. Hauptmotive für Verurteilungen waren die Organisation von Streiks, aktive Teilnahme an friedlichen Demonstrationen und das Verteilen von unzensierten Schriften.

Trotz der staatlichen Repressalien seien seit Verhängung des Kriegsrechts über 1000 verschiedene Untergrund-Publikationen erschienen, die insgesamt eine Auflage von zwei Millionen Exemplaren erreicht hätten, berichtete Blumsztajn. Wenn berücksichtigt werde, daß dazu in aller Heimlichkeit Papier und Druckmaschinen beschafft werden müssen, daß Drucker und Verteiler bereit sein müßten, für diese Arbeit notfalls ins Gefängnis zu gehen, so sei dies ein Oppositionspotential, wie es dies bisher noch nie in einem sozialistischen Staat gegeben habe.

Die Sprecherin der Auslandskoordination von „Solidarität“ in Brüssel, Joanna Pilarska, bezeichnete es gestern als Hauptanliegen der verbotenen Gewerkschaft, „nicht zuzulassen, daß in Polen eine Nation von Sklaven erzogen wird“. Alle Aktivitäten, die sich gegen ein solches Bemühen der Regierung richteten, widersprächen keinesfalls den Aufgaben von Gewerkschaften. Man suche immer noch den Dialog mit der Regierung, doch die Bereitschaft zum Gespräch „fehlt dort momentan völlig“.

Der Vorsitzende der Berliner Gesellschaft „Solidarität“ in Berlin, Edward Klimczak, vertrat auf der Veranstaltung der „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ die Ansicht, die Gewerkschaftsbewegung habe trotz Verbots und wachsender Unterdrückung überleben können. Sie sei nicht nur durch die gewerkschaftliche Presse und Verlage des Untergrunds im heutigen Leben Polens präsent, sondern auch im Bewußtsein der Menschen, die den Gründungstag im August 1980 noch als Kinder und Jugendliche erlebt hätten und heute versuchen würden, so „in Wahrheit zu leben wie der im Oktober 1984 ermordete Pater Popieluszko“.

Ärzte verschärfen ihre Kritik an Vogel (CDU)

DW. Köln

Das Problem der sogenannten sozialen Indikation zum Schwangerschaftsabbruch muß nach Ansicht des Präsidenten der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, politisch gelöst werden, der Konflikt dürfe auf keinen Fall auf den Arzt verlagert werden. In einer in Köln veröffentlichten Pressemitteilung wandte sich Vilmar auch gegen den Vorschlag der rheinland-pfälzischen Landesregierung, daß die Indikation von eigens dafür ausgewählten Ärzten festgestellt werden solle. Dies sei ein „Fluchtweg aus der Verantwortung“.

Wenn die soziale Indikation politisch gewollt sei und die Allgemeinheit dafür aufkommen müsse, dann müsse der Staat auch eine klare Finanzierungsregelung treffen, so Vilmar weiter. Die Bezahlung von Schwangerschaftsabbrüchen, die nicht medizinisch angezeigt seien, sei nicht Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung. Diese Ausgaben sollten aus Haushaltsmitteln bestritten werden, über die der Bundestag jährlich befinden solle.

Gegen den rheinland-pfälzischen Vorschlag wandte sich mit Nachdruck auch der Verband der niedergelassenen Ärzte NAV in Köln. Die Forderung sei eine „Verunglimpfung der Ärzte“, denn sie unterstelle, daß bisher die über Indikation und Abbruch entscheidenden Ärzte entweder nicht qualifiziert gewesen seien oder unverantwortlich gehandelt hätten. Der stellvertretende NAV-Bundesvorsitzende Wolf-Peter Otto verwahrte sich energisch dagegen, daß Vogel den Ärzten die Verantwortung in die Schuhe schieben wolle.

„Keine neuen Techniken ohne Mitbestimmung“

SPD-Forum über Chancen und Risiken im Arbeitsleben

PETER PHILIPPS, Bonn

Es ist auch der Vorwurf der angeblichen „Technikfeindlichkeit“, der von der SPD-Führung als Hypothek für den Gewinn zusätzlicher Anhänger und Wähler angesehen wird. Während eines ganztägigen Forums in der Bonner Parteizentrale ist deshalb gestern unter dem Titel „Arbeit und Technik“ vor einigen hundert Zuhörern – vor allem aus dem Bereich der Gewerkschaften und Betriebsräte – über Chancen und Risiken neuer Technologien für das Arbeitsleben diskutiert worden.

Dabei machten der wirtschaftspolitische Sprecher von Partei und Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, sowie der Vorsitzende der Partei-„Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“, Rudolf Dreßler, gleich zu Beginn die Zielrichtung der Partei deutlich: „Die Produktivitätsfortschritte der Menschheit durch Technik sind erwünscht. Sie haben mitgeholfen die alte Armut zu überwinden.“ (Roth) Aber: „Nach unserer Überzeugung ist Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei Einführung und Anwendung neuer Techniken unumgänglich. Eine sozial verträgliche Modernisierung ohne grundsätzliche Beteiligung der Arbeitnehmer schon in Phasen der Planung wird auf Dauer nicht möglich sein. Gerade, wenn die Arbeitnehmer selbst zum mitgestalteten Faktor werden, dann wird es Produktivitätsfortschritte geben, allerdings auf qualitativ höherem Niveau. Der Versuch, das Innovationstempo zu bremsen, wäre mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt.“ (Dreßler)

Es war die immer wieder aufbrechende Frage, inwieweit technologischer Fortschritt in unserer Gesellschaft nicht nur über Rationalisierung Produktivitätsfortschritte bringt, sondern auch neue Arbeitsplätze schafft, die die Diskussion auch im Ollenhauer-Haus bestimmte. Für Dreßler führte dies vor allem zu der Forderung, die auch Ausdruck im SPD-Gesetzentwurf für eine weitergehende betriebliche Mitbestimmung gefunden hat, die Arbeitnehmer an der Einführung neuer Technologien in den Betrieben zu beteiligen. Außerdem brachte er die sozialdemokratische Überzeugung zum Ausdruck, die später auch vom DGB-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher aufgenommen wurde, daß die „dritte technische Revolution“ nicht den Kräften des Marktes überlassen werden dürfe, sondern durch entsprechende politische Begleitung in „sozial verträgliche“ Bahnen gelenkt werden müsse.

Während der CDU-Bundestagsabgeordnete Alfons Müller im Namen der Katholischen Arbeitnehmerbewegung weitgehende Übereinstimmung mit den SPD- und DGB-Positionen erkennen ließ, bewährte sich Winfried Schlaffke vom unternehmernahen Institut der deutschen Wirtschaft als Hecht im Karpfenteich. Er strich den „positiven epochalen Wandel durch die Mikroelektronik“ heraus, erinnerte an die „erstmals“ gegebene „Möglichkeit, Maschinen den Menschen anzupassen und nicht umgekehrt“. Er mahnte: „Wer die Entwicklung verspielt, verspielt auch die Zukunft. Unsere Gesellschaft braucht Kraft zum Strukturwandel.“ Bereits heute hingen an den „Export-Rationalisierungsprodukten rund eine Million Arbeitsplätze“.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Mitsotakis bleibt auch nach der Wahl umstritten

E. ANTONAROS, Athen

Konstantin Mitsotakis, der wegen einer innerparteilichen Kontroverse am Wochenende als Parteichef der griechischen Hauptoppositionspartei „Neue Demokratie" zurückgetreten war, ist gestern als Parteivorsitzender wiedergewählt worden. Das entsprach den Erwartungen. Aber der 67jährige Spitzenpolitiker, der der einzige Kandidat war, mußte Federn lassen: Zwar erhielt er mit 82 von insgesamt 121 Fraktionsstimmen eine bequeme Mehrheit. Aber die Tatsache, daß 37 weiße Stimmzettel abgegeben wurden, läßt eindeutig erkennen, daß sich eine große Protestbewegung gegen Mitsotakis innerhalb der Partei formiert hat. Diese Stimmzettel stammen zweifelsohne von Sympathisanten des Fraktionssprechers Konstantin Stefanopoulos, der letzte Woche Mitsotakis' „autoritären und undemokratischen" Führungsstil kritisiert hatte und an der Abstimmung jetzt nicht teilnahm.

Mitsotakis forderte alle, „auch diejenigen, die neuerdings anderer Meinung als ich gewesen sind", auf, die Einheit der Partei zu wahren. Die Partei habe nun endgültig eine Krise überwunden. Ob sein Appell überall Gehör findet, ist äußerst zweifelhaft. Noch am Vorabend der Abstimmung hatte der rebellische Fraktionssprecher, der bisher als die Nummer zwei der Partei gegolten hat, mit einer kleineren Zahl von Fraktionsangehörigen konferiert. Das Abstimmungsergebnis muß für ihn eine unerwartet angenehme Überraschung gewesen sein. Bis zuletzt hatte es geheißen, daß nur knapp 20 Abgeordnete zu Stefanopoulos halten würden.

Offen bleibt nun die Frage, ob Stefanopoulos und seine Anhänger der „Neuen Demokratie" treu bleiben werden oder nicht. Auch nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses verdichteten sich in Athen die Gerüchte, wonach Stefanopoulos die Gründung einer neuen konservativen Partei ernsthaft erwägt. Eine Spaltung der „Neuen Demokratie" ist unter den Angehörigen dieser Partei, die Griechenland von 1974 bis 1981 regierte, äußerst unpopulär. Der frühere Ministerpräsident Georgios Rallis, einziger Redner bei der Wahl-Sitzung, richtete allerdings an Mitsotakis den Appell, bei der Vorbereitung des geplanten Parteikongresses „alle Formeln der innerparteilichen Demokratie genauestens" zu beachten. (SAD)

Die CGT versucht es mit spektakulären Aktionen

Frankreichs Kommunisten heizen das soziale Klima an

A. GRAF KAGENECK, Paris

Militante Mitglieder der kommunistischen Gewerkschaft CGT besetzten am Donnerstag zu früher Stunde stoßtruppartig die Pariser Champs-Elysées, Frankreichs weit über die Grenzen bekannte Prunkavenue, und blockierten durch eng aufeinander gefahrene Renault-Fahrzeuge den ganzen Vormittag über den gerade hier besonders dichten Berufs- und Touristenverkehr. Erst gegen Mittag räumte die Polizei die Straßensperre, wobei die Demonstranten auf offenbar höhere Weisung zum größten Teil geordnet abzogen. Nur eine kleine Truppe Hartnäckiger versuchte den Marsch auf das Elysée, konnte aber nach kurzem Gerangel, bei dem ein Fotograf leicht verletzt wurde, auch aufgelöst werden.

Mit Transparenten protestierten die Gewerkschaftstrupps dagegen, daß im Jahre 1984 160 000 Renault-Automobile aus dem Ausland re-importiert worden seien und dies in Frankreich 8000 Arbeitsplätze gekostet habe. Die zur Straßenblockierung eingesetzten Fahrzeuge hatten die Demonstranten in der Nacht vorher auf einem Parkplatz der Firma unter aus Spanien und Belgien importierten Fahrzeugen entwendet.

Das Schauspiel auf der Pariser Prachtstraße war der vorläufige Höhepunkt einer von den Kommunisten systematisch ausgelösten Sommeroffensive gegen die sozialistische Regierung und die staatliche Automobilfirma Régie Renault. Tage vorher hatten CGT-Militante einen Zug blockiert, der Werkzeugmaschinen aus einem stillgelegten Renaultwerk in Douai in Nordfrankreich in eine Zweigfabrik in Spanien befördern sollte. Der Zug wurde immer wieder auf der etwa 1000 Kilometer langen Strecke von CGT-Militanten aufgehalten und mußte von kasernierter Polizei freigeschlagen werden. Erst gestern konnte er die spanische Grenze passieren. Für die letzten 180 Kilometer brauchte er 17 Stunden.

Renault-Chef im Visier

Die CGT sieht in dem Abbau von Fertigungsstätten in Frankreich und deren Transfer ins billigere Ausland eine neue schwere Bedrohung der Arbeitsplätze und ist offenbar entschlossen, massiv dagegen vorzugehen. Diese Offensive richtet sich vor allem gegen den neuen „Patron" von Renault, den von Premierminister Fabius im Frühjahr persönlich mit der Sanierung des Betriebes beauftragten energischen Industriekapitän Georges Besse. Besse hat den Abbau von etwa 10 000 „überflüssigen" Stellen angekündigt und als eine der bisher spektakulärsten Sparmaßnahmen die Aufgabe der seit 1976 bestehenden Beteiligung der Firma an den Formel-1-Rennen angekündigt. 1984 hatte Renault einen Verlust von 12,5 Milliarden Franc eingefahren.

„Jetzt handeln wir"

CGT-Chef Henry Krasucki hatte am Vortage in seinem Gewerkschaftsorgan „Das Volk" die „Demontage" der französischen Industrie zugunsten des Auslandes einem Landesverrat gleichgestellt und das Budget der Sozialisten für 1986 als „katastrophal für die Arbeiterklasse" bezeichnet. „Wir haben genug heruntergeschluckt, jetzt handeln wir," rief er seinen Truppen zu. „Überall in Frankreich sollen die Mauern und Straßen sprechen. Je entschlossener wir sind, desto größer wird unser Erfolg sein." Der Artikel des Politbüromitglieds der Kommunistischen Partei war am Donnerstag wörtlich vom KPF-Organ „L'Humanité" übernommen worden. Der CGT-Vorstand hatte schon am Wochenanfang die Losung für spektakuläre Aktionen in ganz Frankreich bis zum 15. September ausgegeben und einen Generalstreik noch vor den Parlamentswahlen des nächsten Frühjahrs angedroht, falls die Regierung ihre „arbeiterfeindliche Politik" nicht aufgebe.

Premierminister Fabius hat den Fehdehandschuh der CGT und der KPF bisher nicht aufgenommen. Die Polizei hat offenbar Anweisung, die Lage nicht zu dramatisieren und eine Wiederholung der schweren Zusammenstöße mit CGT-Trupps im Juli im Raum Paris zu vermeiden. Fabius und die Öffentlichkeit wissen, daß die CGT isoliert ist und unter ständigem Mitgliederschwund leidet. Ihre Blitzoffensiven, an der sich keine der drei anderen großen Gewerkschaften beteiligen will, trägt Züge eines Verzweiflungsaktes. Mancher Gewerkschaftschef hat die CGT-Aktion deshalb ausdrücklich verurteilt und Renaultchef Besse Unterstützung zugesagt.

Großbritanniens Gewerkschaftsbasis hat aus den Niederlagen gelernt

Von WILHELM FURLER

Hat die britische Gewerkschaftsbewegung aus dem Desaster, das sie mit dem unrühmlichen Ausgang des einjährigen Kohlestreiks erlebte, dazugelernt? Fast möchte es so scheinen. Denn wer hätte nicht sein Geld darauf verwettet, daß die Mehrheit der rund 11 000 Zugbegleiter bei der Staatsbahn British Rail für Kampfmaßnahmen stimmen würde? Bei dieser Urabstimmung ging es um die Frage, ob sich die Zugbegleiter mit militanten Mitteln gegen die längst überfällige Einführung von Güterzügen sowie Vorort- und Nahverkehrszügen ohne begleitendes Personal stemmen sollten.

Das Ergebnis von 52,5 Prozent der abgegebenen Stimmen bei einer ungewöhnlich hohen Abstimmungs-Beteiligung von 84 Prozent hat mehr als überrascht. Wie es aussieht, hat die Gewerkschaftsbasis aus dem langwierigen und verzehrenden Kohlestreik in der Tat gelernt, nicht jedoch die Gewerkschaftsführung. Denn immer auffälliger wird die Diskrepanz zwischen einer britischen Arbeitnehmerschaft, die in der Mehrheit bereit zu sein scheint, sich den Anforderungen eines Struktur- und Technologiewandels anzupassen, und einer geradezu blinden Militanz beim Gewerkschaftskader, dessen Konfrontationskurs mit der Regierung Thatcher sich nicht zu ändern scheint.

So sind zwischen dem 2. und 6. September im nordenglischen Seebad Blackpool mit Sicherheit wieder laute Sympathie- und Solidaritätsbekundungen mit der Sache der Zugbegleiter zu erwarten, die ja angeblich derart eingeschüchtert wurden, daß sie praktisch gezwungenermaßen gegen Streikaktionen stimmten. Lautstarke Solidaritätsappelle wird es in Blackpool auch für die Drucker und Lehrer geben. Die Führung der Druckergewerkschaft hat sich in einen schweren Konflikt mit dem Zeitungsbaron Maxwell eingelassen. Dieser hat daraufhin das Erscheinen aller Publikationen seiner Mirror Group Newspapers, eines der größten europäischen Zeitungshäuser mit den auflagenstarken Blättern „Daily Mirror", „Sunday Mirror", „Sunday People" sowie dem führenden Sportblatt „Sporting Life", ohne zu zögern bis auf weiteres eingestellt.

Dabei ist die Sache der Drucker in der Mirror-Gruppe schon jetzt zum Scheitern verurteilt. Denn wie bei der britischen Bahn sieht es auch in der britischen Zeitungswelt alles andere als rosig aus, jedenfalls was den bedeutendsten Teil betrifft, nämlich die landesweite Presse in der Londoner Fleet Street. Die hartnäckigen Weigerungen der Funktionäre der Druckergewerkschaft NGA, neue Herstellungstechnologien zur Produktivitätsverbesserung in den Verlagen einführen zu lassen, gepaart mit aberwitzigen Lohnforderungen und ständigen Aufforderungen zur Arbeitsniederlegung, machen den Kampf der Fleet-Street-Häuser gegen die roten Zahlen schier aussichtslos.

Nicht nur Maxwell hat der Druckergewerkschaft den Kampf angesagt, sondern auch ein Verleger aus der Provinz namens Eddie Shah. Er

DIE ● ANALYSE

beabsichtigt, in Kürze eine außerhalb Londons mit modernster Technologie und unter weitestgehender Ausschaltung gewerkschaftlichen Einflusses hergestellte, überregionale Tageszeitung mit hoher Auflage auf den Markt zu bringen. Herstellungskosten und Zeitungspreis werden entsprechend deutlich unter denen der Konkurrenz liegen.

Dies wird die anderen Zeitungshäuser über kurz oder lang zwingen, drastische Sparmaßnahmen und Produktivitätsverbesserungen durchzusetzen. Daß so etwas auch gegen den hartnäckigsten Widerstand gewerkschaftlicher Macht möglich ist, hat Shah bereits vor etlichen Monaten vorexerziert. Mit seinen auf die fortschrittlichste Weise hergestellten Regionalblättern in der Nähe von Manchester hatte er sich den erbitterten Zorn der NGA-Funktionäre zugezogen, die zum Angriff bliesen und die Auslieferung der Zeitungen zu verhindern versuchten. Shah machte damals von seinem im gerade neu verabschiedeten Gewerkschaftsgesetz verbrieften Recht Gebrauch und zwang die NGA zur Aufgabe ihrer Aktionen. Die Gewerkschaftsführung mußte sogar in die gerichtlich verordnete Zahlung einer stattlichen Schadensersatz-Summe einwilligen.

Es gibt allerdings auch bei einem Teil der gewerkschaftlichen Führung einen nicht zu übersehenden positiven Prozeß, der auf dem TUC-Kongreß ganz oben auf der Diskussions-Agenda stehen dürfte. Es geht um die Bereitschaft einiger Gewerkschaften, die Verhältnisse in wichtigen Bereichen zu demokratisieren. Den Anstoß zu diesem Demokratisierungsprozeß hat die neue Gewerkschafts-Gesetzgebung der Regierung Thatcher und dabei in erster Linie die jetzt vorgeschriebene Verpflichtung zur Abhaltung von Urabstimmungen vor Streikaktionen gegeben. Schließlich ist die Absplitterung von Nottingham und weiteren Kohle-Regionen nicht auf die Kohle-Sache an sich, sondern gerade auf die Verweigerung von Demokratie und auf die Macht-Zentralisierung in der Gewerkschaftsspitze zurückzuführen.

Inzwischen denkt sogar TUC-Chef Norman Willis laut darüber nach, ob es nicht angebracht sei, die von den Konservativen zum Gesetz erhobene Urabstimmungspflicht auch unter einer Labour-Regierung beizubehalten. Dabei war die gesamte Gewerkschafts-Gesetzgebung der Thatcher-Administration noch auf dem Sonderkongreß des Gewerkschafts-Dachverbandes in Wembley vor gerade zwei Jahren in Bausch und Bogen verdammt worden.

Ein Großteil der Gewerkschaftsführer und Delegierten auf dem TUC-Kongreß wird sich gegen die Verbreitung solch aufrührerischen Gedankentums wie „Demokratie für die Basis" immer noch zur Wehr setzen. Aufhalten läßt sich dieser Demokratisierungsprozeß gleichwohl nicht. Selbst der Führer der oppositionellen Labour-Partei, Neil Kinnock, hat kürzlich verlauten lassen, daß es „kaum etwas Exzentrischeres" gäbe, als wenn die Gewerkschaftsbewegung einerseits die demokratischen Rechte der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern zu festigen und auszuweiten sucht, andererseits aber deren Rechte gegenüber ihren eigenen Gewerkschaftsorganisationen beschneidet, indem etwa eine Urabstimmung verweigert wird. Die britische Gewerkschaftsbewegung scheint kontinentaleuropäischer zu werden.

Chinesen zeigen Riesenhuber Raketenfabrik

dpa, Peking

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber erwartet nach einem achttägigen China-Besuch eine weitere Intensivierung der deutsch-chinesischen Kooperation in Wissenschaft und Technologie. Voraussichtlich würden auch eine Reihe von gemeinsamen neuen Industrieprojekten mit direktem Nutzen für die deutsche Wirtschaft abgeschlossen werden.

Nach Gesprächen mit der staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik in Peking sowie Besuchen bei Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten in der Hauptstadt und in Shanghai nannte der Minister gestern als aussichtsreiche Kooperationsbeispiele die Satellitentechnologie, Kohlevergasung und -verflüssigung sowie die Umwelttechnologie. Zum Beispiel bahnt sich ein deutsch-chinesisches Projekt zur Modernisierung der Abfall- und Abwässerbeseitigung in der Zwölf-Millionen-Stadt Shanghai an.

Der Besuch Riesenhubers diente unter anderem der Vorbereitung der für November einberufenen nächsten Sitzung der gemeinsamen Regierungskommission für Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie, die aufgrund des 1978 abgeschlossenen Kooperationsabkommens eingesetzt wurde.

Als Signal für die chinesische Bereitschaft, mit der Bundesrepublik verstärkt auch auf dem Gebiet der Satelliten- und Raumfahrttechnik zusammenzuarbeiten, wertete der Minister die Tatsache, daß die Chinesen ihm als erstem ausländischen Regierungsvertreter eine der beiden Produktionsanlagen für die selbst entwickelte Trägerrakete „Langer Marsch III" bei Peking vorführten. Riesenhuber zeigte sich beeindruckt von der Technik dieser nach offiziellen Angaben ausschließlich der zivilen Raumfahrt vorbehaltenen Entwicklung. Die Rakete liegt allerdings nach Tragfähigkeit (bis zu einer Nutzlast von 1,5 Tonnen) und mit einer relativ kleinen Reichweite hinter der europäischen „Ariane" zurück.

Nach den Erkenntnissen Riesenhubers sind die Chinesen mit einer bisherigen Produktionskapazität von nur zwei bis drei Raketen dieses Typs pro Jahr von einer Massenfertigung noch weit entfernt und verfügen offenbar auch noch über keine Pläne für leistungsstärkere Weiterentwicklungen.



Für Jugendliche bedeutet Demonstration oft nicht ideologische Verbiesterung, vielmehr Happening und ein bißchen Wichtigtuerei

FOTO: POLY-PRESS

WELT-Serie: Was ist los mit den Deutschen? (6. Folge)

Der US-Schirm erlaubt den Denkspielern ihre Kapriolen

Nicht Krupp ist der größte Steuerzahler in der Stadt Essen, sondern die Firma Coca-Cola. Laqueur verweist darauf, wie dramatisch wirtschaftliche Gegebenheiten in West-Deutschland seit 1945 sich verändert haben – aber nur, um mit Nachdruck die Statik im Spannungsverhältnis zwischen expansionistischem Sowjetsozialismus und dem defensiven Kapitalismus der Demokratien zu betonen. Für die Bundesrepublik hofft er auf den Menschenverstand der schweigenden Mehrheit.

Zertrümmerte Bankscheiben und ein paar Chaoten provozieren bundesweites Echo. Die Millionen, die ihr Glück auf dem Privatweg suchen, bleiben stimmlos

FOTOS: POLYPRESS/HAMPEL

Von WALTER LAQUEUR

Es ist noch nicht lange her, daß ich eines Morgens Gelegenheit hatte, vom obersten Stockwerk des Essener Rathauses, des höchsten der Bundesrepublik, aus einen Rundblick auf das Ruhrgebiet (oder das „Revier", wie es dort heißt) zu tun. Es war kein besonders klarer Tag, aber man konnte doch bis nach Gelsenkirchen, Herne und Bochum sehen.

Noch vor zwanzig Jahren versperrte undurchdringlicher Rauch aus Stahlwerken und Kohlezechen die Sicht. Essen – das war einmal Schwerindustrie, Krupp, die deutsche Ausgabe von William Blakes satanischen Stahlwerken. Heute arbeitet in Essen nur noch eine Zeche, und sie wird in Kürze geschlossen. Der größte Steuerzahler der Stadt Essen ist nicht Krupp, sondern Coca-Cola, das sein deutsches Hauptquartier dort aufgeschlagen hat. Das Wasser der Ruhr ist klar, Fische werden wieder gefangen und sogar gegessen. Wer hätte 1960 an eine derartige Entwicklung gedacht?

Aber die Freude der Ökologen ist der Kummer der Kommunalpolitiker, denn die wirtschaftliche Basis dieser gigantischen Städteballung mit mehr als fünf Millionen Einwohnern ist ausgehöhlt. Es sind zähe und fleißige Leute, und einer sagte zu mir, die Verantwortlichen würden sich schon etwas ausdenken und weiterwursteln. Ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln, aber es stehen schwere Jahre bevor, und in mancher Hinsicht werden die Probleme des „Reviers" das ganze Land betreffen.

Kein Waffengang, solange USA stark

Sich auf Vorhersagen einzulassen, ist eine undankbare Sache. Man denke zurück: 1860 wäre die Vorstellung phantastisch erschienen, daß Deutschland nur zwölf Jahre später geeint (und ein Kaiserreich!) sein würde. Kein Mensch wäre 1913 auf den Gedanken gekommen, daß Deutschland sechs Jahre später bedeutend kleiner sein und an seiner Spitze kein Monarch, sondern ein gewählter Reichspräsident stehen würde. Mit Hitler war es 1927 aus und vorbei, und niemand mit gesundem Menschenverstand hätte gedacht, daß er nach sechs Jahren Kanzler sein könnte. Und weder die Anhänger noch die Gegner des Nationalsozialismus hätten sich die Ruinen vorstellen können, die der Führer hinterlassen würde.

Die Historiker debattieren bis auf den heutigen Tag, ob es einen deutschen Sonderweg gegeben hat, ob, in anderen Worten, geschichtliche Entwicklungen in Deutschland einen anderen Verlauf genommen haben als in den übrigen west- und zentraleuropäischen Ländern – und wenn ja, warum? Wenn es schon so schwierig ist, die Vergangenheit zu interpretieren – wozu sich dann in Gedanken über die Zukunft verlieren? Es ist aber heute leichter als früher, auf wahrscheinliche Entwicklungen hinzuweisen, weil das Geschehen mehr Kontinuität aufweist. Von den vier angeführten Beispielen eines rapiden und radikalen Wandels geschahen drei als Ergebnis von Kriegen, und das vierte, Hitlers Griff nach der Macht, ereignete sich unter Umständen, die sich von den heute herrschenden ganz und gar unterscheiden.

Ein bewaffneter Konflikt in Europa kann für die vorhersehbare Zukunft ausgeschlossen werden, und der politische Wandel vollzieht sich in der Bundesrepublik wie in den anderen europäischen Ländern mehr oder weniger langsam.

*

Wie weit ist die derzeitige bundesdeutsche Politik von Furcht bestimmt? Man hat die Sowjetunion beschuldigt, sie spiele aus offensichtlichen politischen Gründen mit der Furcht in Europa (und besonders in der Bundesrepublik). Wenn es eine sowjetische Einschüchterung gibt, dann eher *implizit* als direkt. Moskau kann heute seinen Willen Westeuropa nicht aufzwingen. Es muß gleichzeitig das Bild eines sehr starken und eines sehr friedvollen Landes projizieren. Zu viel Druck würde sicherlich kontraproduktiv sein.

Es fragt sich aber, worauf der von einigen Sozialdemokraten geäußerte Optimismus hinsichtlich der längerfristigen sowjetischen Absichten beruht. Ist er das Ergebnis intimer Kenntnisse und eines ausgereiften Urteils oder aber eines Wunschdenkens? Hat die geographische Nähe zur Sowjetunion Brandt, Bahr, Gaus und ihren jüngeren Genossen zu größerer Objektivität verholfen, oder hat sie im Gegenteil ihr Urteil getrübt und sie gar zu einer Art Selbstzensur verleitet?

Wie dem auch immer sei, folgendes steht auf jeden Fall fest: Der Charakter der Sowjetunion hat sich seit Stalins Tod geändert und ändert sich weiterhin. Es hat eine Aushöhlung der kommunistischen Ideologie stattgefunden, aber die unter Lenin und Stalin geschaffenen grundlegenden politischen Strukturen existieren nach wie vor und werden auch in der absehbaren Zukunft nicht verschwinden. Sie werden etwas anderem Platz machen, aber nicht in diesem Jahrzehnt, wahrscheinlich nicht mehr in diesem Jahrhundert. Auch beruht die sowjetische Politik immer noch auf dem Grundsatz Stalins, daß „man in unserer Zeit nicht mit dem Schwachen, sondern nur mit dem Starken rechnet".

Gaullismus nur mit Force de frappe

Bundesdeutsche NATO-Kritiker wie Gaus, Lafontaine und andere haben eine gaullistische Lösung oder zumindest mehr Gaullismus für die Bundesrepublik vorgeschlagen. Es ist strittig, ob der Gaullismus im gegenwärtigen Europa eine gangbare Politik sein könnte. Aber selbst wenn eine solche Politik möglich wäre, müßte daran gedacht werden, daß der Gaullismus eine beträchtliche militärische Macht voraussetzt – einschließlich einer *Force de frappe*. Die bundesdeutschen Verfechter des Gaullismus weigern sich, diese Voraussetzungen zu akzeptieren; sie befürworten einen Gaullismus der Schwäche.

Neutralisten scheint der Mut zu fehlen, zu ihren Überzeugungen zu stehen; vielleicht haben sie Zweifel an ihrer eigenen Annahme, in einer Welt der Machtpolitik unabhängig bleiben zu können. Vorläufig wollen sie doch lieber noch in der westlichen Allianz verharren. Solange sie sich noch unter dem NATO-Schirm befinden, zögern sie aber, ihren Teil zu leisten, was die Verteidigung des Kontinents betrifft. Es ist ihre Hauptsorge, bei den Sowjets nicht anzuecken, um sie auf diesem Wege allmählich dazu zu bringen, die Teilung Europas zu beenden.

Die Diskussion über die sowjetische militärische Stärke ist seit langem in Gang, aber nur die USA haben die technischen Mittel und Voraussetzungen einer Überprüfung. Das Pentagon wird sich durch europäische Schätzungen nicht beeindrucken lassen, die notwendigerweise auf Spekulation beruhen oder aber auf Informationen, die aus den USA stammen und von europäischen Wunschdenkern passend „uminterpretiert" wurden.

Die Gründe für die Ernüchterung der USA über Europa sind bekannt; sie beruhen teilweise auf Mißverständnissen über die Funktion der NATO, die in Washington immer noch vielfach eher als politischer Pakt (als der sie nicht gedacht war) denn als Verteidigungsbündnis aufgefaßt wird.

Die US-Politiker mögen sich jedoch mit einem selbstbewußteren Auftreten Europas innerhalb der NATO abfinden, wenn es mit der Bereitschaft einhergeht, die NATO zu stärken. Aber sie werden sich auf Dauer nicht mit Hinhaltemanövern abfinden, die mit dem Wunsch nach mehr Einfluß auf die Führung der NATO verbunden werden. Die europäischen Regierungen neigen immer mehr dazu, selektiv mit den USA zusammenzuarbeiten, deren Initiativen nicht zu unterstützen, aber auch keine realistischen Alternativen vorzulegen.

Manchmal wünschte man sich, die europäischen Kritiker Amerikas täten sich zusammen und entschlössen sich, etwas für die europäische und bundesdeutsche Unabhängigkeit zu unternehmen, statt ewig nur zu nörgeln und zu lamentieren. Vielleicht könnte das so bedrohliche Amerika als Katalysator für einen neuen Anlauf hin zur Einheit Europas wirken? Auf eine solche Initiative, so ist zu befürchten, werden wir aber noch lange zu warten haben; die Kritiker der USA haben es nicht eilig, die Handschellen ihrer Abhängigkeit zu zerbrechen; offenbar gefällt es ihnen, ihr trauriges Schicksal zu beweinen.

Die Europäisierung der Verteidigung Europas ist teuer und riskant und wird nur im Notfall in Betracht gezogen werden. Vielleicht wird die NATO zu einer lockereren – und damit notwendigerweise weniger sicheren – Allianz umgestaltet. Manche europäischen Kritiker begünstigen diesen Prozeß, hoffen aber, daß er eine längere Zeit benötigen wird und sich inzwischen die zentrifugalen Kräfte Osteuropas bemerkbar machen könnten. Sie erwarten, daß eine Desintegration der NATO den Zersetzungstendenzen innerhalb des Warschauer Pakts neuen Auftrieb geben wird.

Diese Spiegelbildtheorie, der Glaube an eine Symmetrie der Entwicklungen in West und Ost, ist unrealistisch; die Sowjetherrschaft beruht nicht auf Legitimität, sondern auf Macht.



Walter Laqueurs neues Buch „Was ist los mit den Deutschen?" erscheint im Ullstein Verlag. Es hat 280 Seiten und kostet 34 Mark. Vom 24. September an ist es im Buchhandel erhältlich.

Ami go home – aber was dann?

Wenn in fernerer Zukunft der Neutralismus in Europa überhaupt eine Chance hat – dann nicht aufgrund eines Entschlusses, die Allianz zu verlassen, sondern weil Amerika die Geduld mit seinen widerspenstigen Bundesgenossen verlieren könnte. Sollte dies geschehen, wird es schließlich *hic Rapallo, hic salta* heißen, und die übrige Welt wird fasziniert zusehen, auf welchem Körperteil die neutralistischen Springer landen werden.

Seit undenklichen Zeiten haben schwache Länder und Großmächte nebeneinander existiert. Gelegentlich wurden die Schwächeren besetzt und einem größeren Reich einverleibt. Die *clientelae* des alten Roms anerkannten die Herrschaft des Imperiums und nahmen alle möglichen Verpflichtungen auf sich, behielten aber einen gewissen Grad von Unabhängigkeit, soweit es ihre inneren Angelegenheiten anging. Es läßt sich nicht voraussagen, wie es der Bundesrepublik und den anderen europäischen Ländern ergehen würde, sollten die USA ihre Streitkräfte aus Europa abziehen. Es ist ein Risiko, das wenige Menschen in ihrem Privatleben eingehen würden.

*

In der Perspektive von vier Jahrzehnten gesehen, hat die Bundesrepublik in jeder Hinsicht weit mehr erreicht, als man erwarten konnte. Die demokratischen Institutionen haben relativ gut funktioniert, es herrschte politische Stabilität und wirtschaftliche Blüte. Bei allen Selbstzweifeln haben die meisten Bundesbürger dies nicht übersehen. Niemand, der durch die Straßen einer Stadt geht und mit den Leuten spricht, gleich welchen sozialen Hintergrunds oder Alters, könnte auf den Gedanken kommen, die Bundesrepublik sei ein armes und unfreies Land.

Das Gefühl „Wir sind wieder wer" kam schon in den fünfziger Jahren auf und war nicht unberechtigt. Denn wenn die Bundesrepublik auch keine Weltmacht und kein kulturelles Mekka mehr ist, hat sie in Europa doch wieder eine Schlüsselstellung inne, ist wohlhabend und wird demokratisch regiert.

Eines der Hauptprobleme der heutigen Bundesrepublik ist das Fehlen eines echten Selbstvertrauens. Mancherlei Erklärungen dafür wurden beigebracht: der verspätete Schock der totalen Niederlage im Zweiten Weltkrieg, der negative Einfluß der Medien, das traditionelle deutsche Verlangen nach Perfektion und die damit zusammenhängende Vorstellung, die Alternative zum absoluten Erfolg sei das absolute Scheitern. Was auch immer die Gründe sein mögen, Unsicherheit ist ein bedeutender Aspekt im Alltag der heutigen Bundesrepublik.

Die Äußerungen akuter Befürchtungen und die Kultivierung von Angst, wie sie in den letzten Jahren in einigen Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung zu beobachten waren, haben unter den Nachbarn und Verbündeten Bestürzung ausgelöst; man fragt sich, wie tief sie reichen mögen. Es wäre falsch, sie allzu ernst zu nehmen, denn Gemütslagen ändern sich rasch. Große Teile der Bevölkerung waren ohnedies nicht befallen, und die Bundesrepublik dürfte für kollektive Hysterie nicht anfälliger sein als andere Länder Europas.

Die intellektuelle Elite, die Wortführer und Trendmacher sind an alledem maßgeblich beteiligt gewesen – nicht so sehr die Intelligenz an sich und noch weniger die junge Generation als Ganzes, sondern diejenigen, die Moden und Stile prägen. Unter ihnen ist ein Pendeln zwischen Extremen und eine Wirklichkeitsferne (besser eine Ferne vom gesunden Menschenverstand) zu beobachten, wie sie sonst nicht leicht angetroffen werden können. Die heftigen Schwankungen in der Geschichte zwischen Rechts und Links, zwischen Chauvinismus und absoluter Absage an jede Art von Patriotismus, zwischen heroischen Posen und ängstlichen Gebärden sind ein nahezu einmaliges Phänomen wie auch jene Tendenz zur Übertreibung und übermäßigen Reaktion.

Muster in Kritik – wenn sie gefahrlos

Es hat Konformismus gegeben, als Widerstand beträchtliche Risiken mit sich brachte (wie im Wilhelminischen Deutschland und verstärkt im Dritten Reich), und es hat unter der Intelligenz die Neigung zu übertriebener Kritik und Negativismus gegeben, als Dissens ungefährlich war, wie in der Weimarer Republik und wieder seit den sechziger Jahren.

Ausnahmen und schweigende Mehrheiten hat es immer gegeben. Aber die an den Universitäten oder in literarischen Zirkeln in kritischen Perioden am lautesten zu hörenden Stimmen sind immer die extremeren gewesen. Heute ist ihre Wirkung dank der größeren Reichweite der Medien stärker als früher. Wie viel Verwirrung haben sie gestiftet!

Der Genius der Völker manifestiert sich auf verschiedenen Feldern: Rußland hat einige der größten Schriftsteller hervorgebracht, aber keinen Maler von Weltrang. Die Briten können bei all ihren Talenten auf keinen Komponisten erster Ordnung verweisen. Viele erstklassige Abhandlungen über politische Theorie sind in Deutschland geschrieben worden, aber das Verhältnis zwischen den deutschen Intellektuellen und der politischen Praxis ist nie glücklich gewesen: Sie hatten immer Schwierigkeiten, sich in der politischen Wirklichkeit zurechtzufinden.

ENDE



WENN SOUVERÄNE TECHNIK IM SPIEL IST, KANN SICH AUCH DAS ERGEBNIS SEHEN LASSEN.

Am Beispiel von Grundig läßt sich eindrucksvoll belegen, daß Erfolge in der Unterhaltungselektronik seit Jahren auf überlegene und fortschrittliche Technik zurückzuführen sind.

Schon 1955 waren die TV-Geräte der Firma Grundig die meistgefragten in Deutschland und 30 Jahre später hat sich daran nur insoweit etwas geändert, als diese Tatsache inzwischen auch für den Bereich Video zutrifft.

ZAHLEN, DIE BÄNDE SPRECHEN.

Der unangefochtene Marktführer bei Farbfernseh- und Videogeräten in der Bundesrepublik Deutschland heißt Grundig. 1984 betrug der Marktanteil bei Video 14%, bei TV sogar 18%. Die zweitplacierten Anbieter der Wertung erreichten nur etwa die Hälfte dieser Zahlen.

In Millionen deutschen Haushalten stehen demzufolge Grundig Fernseh- und inzwischen auch Grundig Video-Geräte, die sich über Jahre hinweg als zuverlässig und als Garantie für Qualität erwiesen haben.

ERGEBNISSE, MIT DENEN ZU RECHNEN IST.

Der bundesdeutsche Markt ist heute bei den Farbfernsehgeräten zu ca. 85% gesättigt. Ein weiteres Wachstum und die Festigung von Marktanteilen wird in Zukunft vor allem mit Zweitgeräten und der Deckung des Ersatzbedarfs zu erzielen sein. Im Bereich Video sieht es etwas anders aus. Hier ist noch ein Platz neben mehr als 3/4 aller deutschen TV-Geräte frei.

Vor dem Hintergrund dieser Tatsachen liegt die Schlußfolgerung nahe, daß der Verbraucher auch bei der Neuanschaffung von Geräten bei der Marke bleibt, die sich bei ihm bereits bewährt hat. Schließlich spielen auch Aspekte wie Zukunftssicherheit und flexible Benutzungsmöglichkeiten eine immer wichtigere Rolle bei der Kaufentscheidung.

TECHNIK, DIE EINIGES ERWARTEN LÄSST.

Wenn Grundig jetzt auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin seine neue Geräte-Generation einem breiten Publikum vorstellt, ist es wiederum eine überlegene Technik, die für Aufsehen sorgt.

CTI – eine geniale Elektronik zur Verbesserung der Farbkonturenschärfe der neuen TV-Geräte.

ATTS – jetzt werden automatisch normgerechte VHS Video-Cassetten erkannt und ihre Kapazität und minutengenaue Spielzeit angezeigt.

VPS – für Grundig Video-Recorder nachrüstbar, damit es in Zukunft bei programmierten Aufnahmen keinen Ärger mehr gibt mit überzogenen Sendungen. Jede Aufnahme wird pünktlich aufgezeichnet.

Multi-System – TV und Video grenzenlos durch die neuen Empfangsmöglichkeiten in fast allen weltweit gängigen Farbfernseh-, Fernsehton- und Videonormen.

HiFi-Video – der einzige HiFi-Videorecorder aus deutscher Produktion. In Klang und Dynamik fast in CD-Qualität. Mit 2 + 4 AV-Kopf-Technik.

INVESTITIONEN, DIE DIE ZUKUNFT SICHERN.

Technologische Spitzenleistungen wollen finanziert sein. Grundig schafft seit Jahren durch hohe Investitionen die Voraussetzung dafür, daß diese Stellung erhalten bleibt.

Das Ergebnis sind Geräte, die durch ihre Technik überzeugen, die immer wieder hervorragende Testurteile erzielen und die „Made in Germany" zum Maßstab für Fertigungsqualität gemacht haben.

AUSLANDSERFOLGE, DIE NACH INNEN WIRKEN.

Grundig ist Deutschlands größter Exporteur von Farbfernseh- und Videogeräten. Dank ihrer Qualität und ihres hohen Komforts. Dank schwierigster Kontroll- und Testläufe. Und dank einer Technologie, die sich in Auslandslizenzen in 4 Kontinenten manifestiert.

Solche Erfolge wirken auch nach innen. Zur Festigung des Vertrauens, das Verbraucher und Handel in die Marke Grundig setzen.

GRUNDSÄTZE, DIE AUCH WEITERHIN GELTEN.

Die Forderung nach Spitzentechnologie wird auch weiterhin bestimmend für die Geräteentwicklung bei Grundig sein. Mit diesem Anspruch wird es immer wieder überragende Ergebnisse geben. In der Produktpalette. Und in der Marktstellung.

GRUNDIG
Es lebe die Leistung

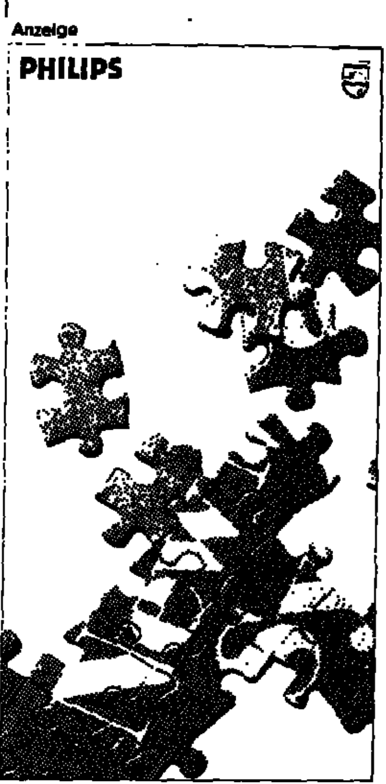
FUSSBALL / Nach der 0:1-Niederlage der deutschen Mannschaft gegen die UdSSR – Beckenbauer wird handeln

Sowjetunion: Genugtuung

dpa, Moskau

Hiobsbotschaft für den 1. FC Köln: Klaus Allofs erlitt laut Mannschaftsarzt Michael Masson beim Länderspiel in Moskau einen Muskelriß im rechten Oberschenkel und fällt damit drei bis sechs Wochen aus. Allofs fehlt damit voraussichtlich auch in der WM-Qualifikation am 25. September in Schweden.

Genugtuung herrscht in der sowjetischen Presse über den 1:0-Sieg der UdSSR gegen Deutschland.



Die Sportzeitung „Sowjetski Sport": „29 Jahre hat eine sowjetische Fußballmannschaft die Bundesrepublik nicht besiegt. Und jetzt ist er da, der verdiente Sieg! Die sowjetische Mannschaft hat das deutsche Team an Schnelligkeit übertroffen, physisch besser ausgesehen und unaufhörlich attackiert."

Die „Prawda": „Wir haben uns davon überzeugt, daß unser Fußball über nicht geringe Reserven verfügt."

„Sonst fahren wir als Zuschauer nach Mexiko"

Von ULRICH DOST

Sollten sie sich alle getäuscht und blenden haben lassen? Die Experten, der Teamchef sogar, die Spieler und nicht zuletzt auch die Fans, als sie die alte deutsche Fußball-Herrlichkeit wieder im schönsten Glanz erstrahlen sahen. Der Name Franz Beckenbauer, bislang ein Synonym für die Wende, für Umschwung, für positives Denken, für Erfolg schlechthin – bedeutet dieser Name doch nur eine Fassade, hinter der sich das Durchschnittliche versammelt hat? Ein Name, der geeignet erscheint, die wahren Probleme zu verdrängen? Der Franz wird's schon richten, der wird seinen Kopf schon hinhalten.

Franz Beckenbauer, und mögen es auch noch so viele Spieler glauben, ist dazu nicht bereit. Er ist unmittelbar nach Spielschluß im Moskauer Leninstadion, nach der blamablen Vorstellung gegen die UdSSR, in die Kabine gestürmt, um viel Dampf abzulassen. Ihn interessierten keine Fernsehinterviews, obwohl vorher versprochen. Für ihn gab es Wichtigeres zu tun, nämlich unter dem momentanen Eindruck seinen Profis sofort gehörig den Kopf zu waschen. Er hat geschimpft, nicht gepoltert. Er hat ihnen unmißverständlich klargemacht, daß dieses Spiel für einige Folgen haben werde. Namen nannte er keine, doch diejenigen, die gemeint waren, wußten ohnehin Bescheid.

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft hatte beim 0:1 gegen die UdSSR in Moskau ein Stück Arbeit abgeliefert, von dem sich Beckenbauer persönlich beleidigt fühlte. Und das ist so ziemlich das Schlimmste, was ihm die Spieler antun können. Beckenbauer war verärgert über die Ignoranz seiner Spieler, nachdem er ihnen eingebleut hatte, dieses Spiel unter keinen Umständen zu verlieren. Nun weiß er nicht, inwieweit das Selbstvertrauen wieder hin ist.

Viel traut er seinen Spielern diesbezüglich nicht mehr zu. Wo sein Vorgänger Jupp Derwall beschwichtigt hätte, gibt sich Beckenbauer keinen Illusionen hin. Alles, was bisher an positiven Entwicklungen da war, wischt er vom Tisch, das zählt für ihn nicht mehr. Beckenbauer: „Wir sind dort angekommen, wo wir vor einem Jahr waren." Das ist bemerkenswert.

Vor einem Jahr hat Beckenbauer mit einem 1:3 gegen Argentinien in Düsseldorf seine Arbeit begonnen. Von sechs Freundschaftsspielen hat er fünf (gegen Argentinien, Ungarn, England, Mexiko, die UdSSR) verloren und nur eins gegen Bulgarien (4:1) in Augsburg gewonnen. Schlechter geht es kaum. Was Beckenbauer und die deutsche Nationalelf dennoch rettet, sind die vorerst 10:0 Punkte in der WM-Qualifikation. Doch kann das reichen für einen wie Beckenbauer, der sich um Freundschaftsspiele bislang kaum kümmerte? Sind seine Ansprüche nicht höher?

Die Erfahrungen von Mexiko haben sie noch nicht verkraftet, Moskau sollte der erste Schritt dazu sein. Doch seine Elf hat ihn bitter enttäuscht: „Wenn zwei Spieler schlecht sind, geht das noch, aber gleich sieben oder acht? Das ist zuviel." Schumacher, Förster, Herget und Völler gehören wohl zu denjenigen, die dabei nicht angesprochen sind. Der Rest aber muß betreten nach unten schauen und befürchten, es wird demnächst ohne sie weitergehen. Nur gut, daß die Spieler selbst nicht lange um den heißen Brei herumredeten, sondern selbstkritisch genug geworden sind. Der Kölner Pierre Littbarski, der das 0:1 verschuldete und zu den größten Enttäuschungen zählte, wußte nicht, wo er sich verstecken sollte: „Eine Katastrophe, so schlecht war ich selten."

Einige müssen also um ihren Platz beim WM-Qualifikationsspiel am 25. September gegen die Schweden bangen. Beckenbauer: „Diese Elf von Moskau wird so nicht mehr zusammenspielen." Unverständlich, denn bis auf Allofs für Jakobs lief jene Mannschaft auf, die das grandiose 5:1 in Prag über die CSSR bewerkstelligte. Damals sagte Toni Schumacher vom 1. FC Köln: „Hier wächst eine große Mannschaft heran." Hat auch er sich geirrt?

Thomas Berthold, Frankfurts Intellektueller mit dem Hang zur Selbstüberschätzung, wird wohl der erste sein, der seinen Platz verliert. Vor allem bei ihm vermißte Beckenbauer die aggressive Spielweise. Gegen Schweden wird eine andere Mannschaft auflaufen, hat Franz Beckenbauer prophezeit. Dabei meinte er nicht nur eine personell andere, sondern auch eine Mannschaft, die mit einer profihafteren Einstellung zu Werke geht. Beckenbauer: „Wenn sich das nicht ändert, brauchen wir gar nicht erst nach Schweden zu fahren." Und der Teamchef sieht noch schwärzer: „Wenn wir so weiterspielen, werden wir höchstens als Zuschauer nach Mexiko reisen." Deshalb ist es sicher, daß sich für das Schweden-Spiel einige verabschieden werden.

Wie selbstverständlich wird nun der Ruf nach Karl-Heinz Rummenigge wieder laut, dem Mannschaftsführer, dem es wohl sehr weh getan hat, als man ihn nach den Erfolgen über Portugal und die CSSR bereits abgeschrieben hatte. Rummenigge und wohl auch Hans-Peter Briegel waren die großen Sieger von Moskau. Beckenbauer: „Rummenigge und Briegel haben für das Schweden-Spiel feste Posten." Obwohl beide vom konditionellen Status dann in Schweden nicht weiter sein werden als die deutschen Profis jetzt in Moskau, da die Bundesliga gerade drei Spieltage hinter sich hat, muß Beckenbauer auf sie bauen. Auch darauf, daß der eine Zerrung erlitten habende Briegel dann auch wieder fit sein wird.

Keine der vorherigen Niederlagen, so gestand der Teamchef später ein, habe ihn so sehr verärgert wie das 0:1 von Moskau. Beckenbauer hatte alle Mühe, sich in seiner personellen Kritik zurückzuhalten. Doch wer ihn kennt, der weiß, daß er sich so etwas nicht noch ein zweites Mal bieten lassen wird. Wenn er sagt: „Dann fangen wir eben wieder von vorne an", dann ist das keine Resignation, sondern der Beweis dafür, daß er sich nicht Sand in die Augen streuen läßt. Noch bleibt die Hoffnung auf den Namen Beckenbauer. Noch besitzt er einen Bonus, auch wenn er intensiver gefragt ist als bisher: Wo Derwall zauderte, muß Beckenbauer zu dem stehen, was er sagt. Auch seine Schonzeit läuft irgendwann ab.

Derwall verlor von 67 Spielen elf, Beckenbauer hat von elf schon fünf verloren. In Prozenten ausgedrückt liegt Derwall vorne. Auch daran muß sich Beckenbauer bald messen lassen.



Völler schießt – Bubnow versucht abzuwehren (links). Betretene Gesichter: Beckenbauer und Köppel (rechts). FOTOS: AP/DPA

STAND ● PUNKT

Schach dem Schachspiel

Nach dem Eklat im Februar dieses Jahres hat man erwartet, daß sich der Weltschachbund vor dem zweiten Titelkampf zwischen Karpow und Kasparow um völlig korrekte Bedingungen kümmern würde. Genau das Gegenteil ist eingetreten: Wenige Tage vor dem Wettkampf sind neue Probleme aufgetaucht, wichtige Dinge – die genaue Regel und die Schiedsrichter – sind noch unbekannt und damit neue Streitigkeiten schon fest programmiert.

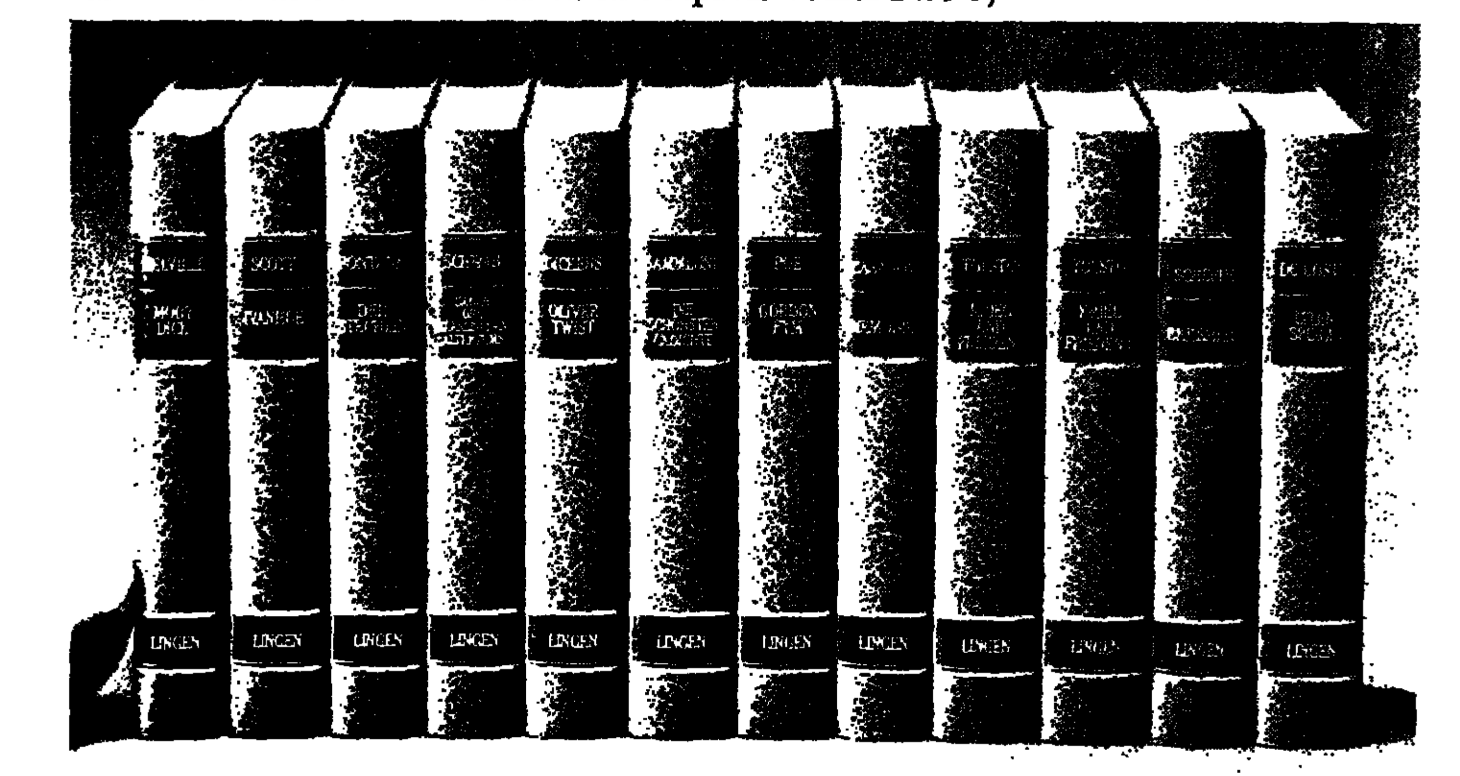
Die Komplikationen begannen damit, daß FIDE-Präsident Florencio Campomanes wieder Moskau als Austragungsort bestimmte. Dagegen hat Kasparow vergebens protestiert. Er war bereit, in jeder anderen sowjetischen Stadt aufzutreten, bezeichnete jedoch mit Recht einen Wettkampf in Moskau als eine Art Heimspiel für Karpow: Eine Phalanx der Moskauer Funktionäre, die eindeutig auf der Seite des Weltmeisters stehen.

Beide Gegner hatten den Bamberger Großmeister Lothar Schmid als Schiedsrichter gewünscht. Der FIDE-Präsident bestand jedoch auf dem Jugoslawen Svetozar Gligoric, den Kasparow öffentlich beschuldigt hatte, an den Manipulationen bei Beendigung des ersten Wettkampfes maßgebend beteiligt gewesen zu sein. Campomanes verzögert die Entscheidung mit widersinnigen Argumenten, bis Lothar Schmid nun aus beruflichen Gründen dieses Amt nicht mehr übernehmen kann. Insgesamt sieben Schiedsrichter sind im Gespräch – dies vier Tage vor dem Beginn des Wettkampfes. Nichts kann den Zustand der Weltschach-Organisation bei ihrer Generalversammlung in Graz besser charakterisieren als diese in anderen Sportarten völlig undenkbare Tatsache.

Lothar Schmid wäre für diese schwierige Aufgabe der geeignetste Mann gewesen, und eigentlich hätte sich für ihn der deutsche Vertreter im FIDE-Präsidium ganz vehement einsetzen müssen. Aber Alfred Kinzel wurde selbst von Kasparow sowie von verschiedenen Journalisten beschuldigt, beim regelwidrigen Abbruch des ersten Wettkampfes aktiv mitgemacht zu haben.

Das Schachspiel kann einen schweren Schaden, einen weiteren Prestigeverlust erleiden.

LUDEK PACHMANN



TENNIS / Flushing Meadow bei New York – eine Betonwüste mit Atmosphäre

Für fünfzehn Mark einen Hamburger

H.-J. POHMANN, New York

Die tägliche Fahrt mit dem offiziellen Spielerbus frühmorgens nach Flushing Meadow und spätabends zurück in das Hotel nach Manhattan bringt es immer wieder zutage. Schon manch einer verfluchte auf dem Acht-Meilen-Trip, der nicht selten angesichts des hektischen Verkehrs über eine Stunde dauert, die gesamten US-Open. Denn auch in diesem Jahr darf den 104. Meisterschaften mit Leichtigkeit das Prädikat des weltweit hektischsten Turniers verliehen werden.

Was auf allen anderen Grand-Prix-Turnieren zum guten Ton gehört, in New York zählen andere Regeln. Das beginnt für die Aktiven mit den in den ersten Tagen katastrophalen Trainingsbedingungen auf den Zementplätzen des US-National Tennis-Centers. Tagsüber stehen den jeweils 128 Damen und Herren der Hauptkonkurrenz gerade einmal drei Plätze zur Verfügung. Die Folge ist verheerend, so müssen sich vier Spieler einen Platz für 30 Minuten teilen. Gerade Zeit genug, um sich aufzuwärmen, nicht ausreichend aber, um Schwächen zu trainieren.

Hinzu kommt der fast unerträgliche Lärm der Besucher, die sich von den Wimbledon-Zuschauern unterscheiden wie Opern-Besucher gegenüber Rock-Fans. Nach Flushing Meadow kommt man nicht im feinen Nadelstreifen, sondern in T-Shirt und Turnschuhen. Gleichzeitig damit verbunden ist die selbstauferlegte Freiheit, sich mit Pfiffen und Klatschen bemerkbar zu machen, wann immer es beliebt. Alles muß akzeptiert werden, genauso wie die Freßgasse um den Centre-Court herum, auf dem lautstark bei Champagner, Wein und Bier der neueste New Yorker Klatsch erzählt wird. Steht gar der Wind einmal besonders ungünstig, dann spielen die Aktiven auf den Nebenplätzen schon mal in den Rauchwolken des Grills für Hamburger, der im übrigen in diesem Jahr die Kleinigkeit von rund 14,70 Mark kostet.

Im Geschäftemachen sind sie in Flushing Meadow wirklich gut. So darf man auch für eine kleine Portion Spaghetti gleich 24 Mark hinblättern, und ein kleines Bier aus dem Pappbecher kostet immerhin 6,50 Mark.

Doch sie kommen alle wieder, angefangen von den Superstars bis hinunter zum letzten Qualifikanten. Denn die Zementwüste, auf der 1964 die Weltausstellung stattfand, hat trotz oder gerade wegen dieser unglaublichen Unruhe die gewisse, die besondere Ausstrahlung. Inmitten der Hartplätze entsteht urplötzlich wie am ersten Tag zwischen McEnroe und Glickstein eine Spannung, die die Aktiven in den Bann zieht.

Man steht auf der Bühne, die in New York den Hauch der großen Welt vermittelt. Man ist dabei, ist im Gespräch, und was nebenbei mindestens ebenso erfreut, ist das Preisgeld. Hier warten die Veranstalter immer erst die Prämien der anderen Grand-Slam-Turniere in Paris und Wimbledon ab, um dann Jahr für Jahr den Weltrekord für Preisgelder aufzustellen. Diesmal ist ein Gesamtpreisgeld von 3 073 500 Dollar ausgeschrieben. Davon allein für die Sieger im Damen- und Herreneinzel jeweils 187 500 Dollar (rund 525 000 Mark).

SPORT-NACHRICHTEN

Langer auf Platz zwei

London (sid) – Bernhard Langer (Anhausen) hat nach seinem Sieg bei den German Open in Bremen die Engländer Sam Torrance und Ian Woosnam in der europäischen Geld-Rangliste der Golf-Profis überholt und ist mit 115 354 in Europa eingespielten Dollar Zweiter hinter Sandy Lyle. Der Engländer führt mit 217 424 Dollar.

Gold für Groß

Kobe (sid) – Am vorletzten Tag der Schwimmwettkämpfe holte sich Michael Groß über 200 m Schmetterling mit der Weltklassezeit von 1:57,88 Minuten die Goldmedaille. Zu der Revanche mit dem australischen Olympiasieger Jon Sieben kam es jedoch nicht. Sieben hatte seine Startmeldung zurückgezogen.

Kanufahrer schlugen sich

München (dpa) – Der angetrunkene Nationalfahrer Thomas Pfrang aus Mannheim hat bei den deutschen Kanumeisterschaften in München zwei Jury-Mitglieder mit Schlägen und Tritten traktiert, nachdem seine Crew disqualifiziert worden war. Wegen der Tätlichkeiten wurde Pfrang für die Titelkämpfe gesperrt.

Nur zwei sind dabei

Baden-Baden (kgö) – Nur zwei deutsche Galopper laufen am Sonntag im Großen Preis von Baden auf der Iffezheimer Galopprennbahn, Abary und Daun. Der japanische Derby-Sieger Sirius Simboly startet erstmals in Deutschland.

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Koblenz, Männer: 800 m: 1. Cruz (Brasilien) 1:42,49 Min. (Jahresweltbestzeit), 2. Gray 1:42,60 (US-Rekord), 3. Mack (beide USA) 1:43,35. – 1500 m: 1. Abascal (Spanien) 3:32,17 Min., 2. Abdi (Somalia) 3:34,24, 3. Becker 3:36,37 (DLV-Jahresbestzeit), ... 5. Wessinghage 3:37,56, 6. Thau (alle Deutschland) 3:37,83. – 400 m Hürden: 1. Harris (USA) 48,16 Sek., 2. Schmid (Deutschland) 48,25. – 3000 m Hindernis: 1. Marsh (USA) 8:09,17 (Jahresweltbestzeit), 2. Schwarz (Deutschland) 8:11,93 (DLV-Rekord), 3. Fell (Kanada) 8:12,58. – Frauen: 3000 m: 1. Schmidt (Deutschland) 8:52,39 Min. (DLV-Jahresbestzeit). – 100 m Hürden (Windstille): 1. Young 12,93 Sek., 2. Brown (beide USA) 12,94, 3. Denk (Deutschland) 12,97. – 800 m: 1. Klinger 1:59,43, 2. Kraus (beide Deutschland) 2:00,85.

SEGELN

Weltmeisterschaft in der 470er Klasse vor Marina di Carrara (Italien), dritte Wettfahrt: 1. Chieffi/Chieffi (Italien), ... 3. Hunger/Hunger (Deutschland). – Gesamtklassement: 1. Chieffi/-Chieffi, 2. Hunger/Hunger, 3. Scott/-Wilcox (Neuseeland).

FUSSBALL

Länderspiel: Schweiz – Türkei 0:0. – **Englische Meisterschaft:** Leicester – Chelsea 0:0. **WM-Qualifikation,** Europa-Gruppe 3: Rumänien – Finnland 2:0 (1:0).

KANU

Deutsche Meisterschaft in München: Damen (6000 m), Einer: 1. Idem (Herringen) 30:26,0. – Zweier: 1. Pietern/-Kleine-Natrop. – Herren (10 000 m), Canadier-Einer: 1. Manthey (Berlin) 48:12,0. – Canadier-Zweier: 1. Eicke/Hermann (Düsseldorf) 46:52,0. – Zweier: Seack/Seack (Hamburg) 40:58,0.

TENNIS

Offene Meisterschaften der USA in Flushing Meadow, erste Runde, Herren: Jaite (Argentinien) – Sundstroem (Schweden) 6:4, 2:6, 6:2, 6:3, Forget (Frankreich) – Curren (USA) 7:6, 6:1, 6:2, Lendl (CSSR) – Lapidus (USA) 6:2, 6:1, 6:3, Noah (Frankreich) – Bates (England) 6:3, 7:6, 6:3, Mecir (CSSR) – Kohlberg (USA) 5:7, 4:6, 7:6, 6:3, 6:1, Annacone – Gullikson (beide USA) 6:4, 6:4, 3:6, 6:1, Gerulaitis (USA) – Denhubiles (Frankreich) 7:6, 3:6, 7:5, 7:5, Connors (USA) – Muller (Südafrika) 6:4, 6:3, 4:6, 6:2. – Damen: Graf (Deutschland) – Fendick (USA) 4:6, 6:1, 7:5, Casale – Rossides (beide USA) 6:3, 6:2, Navratilova (USA) – Paradis (Frankreich) 6:2, 6:1, Hobbs – Durie (beide England) 7:5, 6:1.

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 3, 5, 9, 16, 22, 28, 36. Zusatzzahl: 1. – **Spiel 77:** 6 5 4 3 7 8 6. (Ohne Gewähr).

LEICHTATHLETIK / Die Rekordläufe von Koblenz



Auf der Ehrenrunde: Marsh (links) und Rainer Schwarz. FOTO: AP

Schwarz schneller als Ilg: „Alles nur Gymnastik"

KLAUS BLUME, Koblenz

Er gehört nicht zu jenen 54 für die Leichtathletik-Europameisterschaften im nächsten Jahr Geförderten. Er stand auch lange auf der Warteliste für den großen Hindernislauf heute in Brüssel. Doch seit Mittwoch abend hat sich das geändert. Rainer Schwarz aus Gauting bei München lief mit 8:11,93 Minuten deutschen Rekord über 3000 m Hindernis in Koblenz, was ein Ergebnis hervorragenden internationalen Zuschnitts ist. Nicht Weltmeister Patriz Ilg, der verletzt ist, sondern Schwarz brach die alte Bestzeit von Michael Karst, die seit 1977 bei 8:14,05 Minuten stand.

Manfred Steffny, früher einer der besten deutschen Marathonläufer, fragte den neuen Rekordhalter erstaunt: „Wie hast du denn das gemacht?" Schwarz: „Alles nur Gymnastik." Womit das Stichwort gegeben war: Rainer Schwarz, 26 Jahre alt, ist seit dem Herbst vergangenen Jahres staatlich geprüfter Krankengymnast. Weil er sich den Tag als Aushilfe recht gut zum Training im Englischen Garten von München einteilen konnte, kam er in diesem Jahr besser denn je in Form. Außerdem: Die Gymnastik hat sich für Schwarz auch beim Überwinden der Wassergräben und Hindernisse gelohnt. Denn keiner überwindet sie so geschmeidig wie er. Bundestrainer Jürgen Mallow: „Er ist der beste Techniker auf der ganzen Welt." In der Tat: Schwarz hat auf der flachen 3000-m-Strecke eine Bestzeit von 7:54,09 Minuten stehen – die Differenz gegenüber der Hindernishatz ist also äußerst gering.

Als Schwarz am vergangenen Wochenende gemeinsam mit dem 10 000-m-Läufer Christoph Herle auf dem Weg von Berlin nach München war und gerade ein respektables Rennen absolviert hatte, riet Herle: „Versuch's doch mal mit dem deutschen Rekord." Kurz vor dem Rennen in Koblenz meinte Trainer Mallow: „Der Amerikaner Henry Marsh will heute sehr schnell laufen, bemüh dich, einfach immer dran zu bleiben. Ich habe schon heute morgen zu meiner Frau gesagt: Paß auf, der Rainer läuft Rekord."

So war es denn auch. Marsh stürmte in der neuen amerikanischen Rekordzeit von 8:09,17 Minuten als erster ins Ziel, Schwarz folgte ihm wie ein Schatten. Jemand wollte wissen: „Sag', Rainer, startest du jetzt anstelle von Ilg beim Weltcup im Oktober in Australien?" Der schüttelte nur den Kopf. An so etwas hatte er gar nicht gedacht, sondern in dieser Zeit seinen Urlaub in Norwegen geplant.

Es ist ein Kreuz mit Cruz

Der Rekord ist die Konsequenz aus einem Tag, an dem du dich ganz wohl fühlst." Zumindest am Abend hatte sich Joaquim Cruz, der brasilianische Olympiasieger über 800 Meter, gar nicht mehr wohl gefühlt. Das war etwa eine halbe Stunde nach seinem 800-m-Rennen von Koblenz, das er in der Weltklasse-Zeit von 1:42,49 Minuten gewonnen hatte.

Seit letztem Sommer jagt er vergeblich den Weltrekord des Engländers Sebastian Coe – und der steht bei 1:41,73 Minuten. Mittlerweile gibt es für die diversen Rekordvorhaben des Joaquim Cruz seitenlange Tabellen, denn neben dem läuferischen Geschick ist ja das alles auch ein großes Rechenkunststück.

In Koblenz nutzte das nichts, da war Cruz an der 600-m-Marke ganz einfach müde. 50 m vor dem Ziel erging es ihm wie einem Boxer – er war stehend k. o. Ob er nicht einfach mal nur auf Sieg laufen sollte? „Nein, ich kann das nicht. Ich jage den Rekord."

Mitunter, so sagte er nach dem Rennen, mag er diesen Gedanken gar nicht mehr. Er müsse sich durchaus überwinden, wenn er am Start stehe. Und dann: „Ich bin tief enttäuscht, weil ich es wieder nicht geschafft habe."

Viel Zeit bleibt nun nicht mehr, den Rekord zu brechen. Die Saison neigt sich ihrem Ende zu. Also auf ein neues im nächsten Sommer? „Nein, das glaube ich nicht mehr. Entweder jetzt oder gar nicht." Es ist schon ein Kreuz mit Cruz. K. Bl.

WELTMEISTERSCHAFTEN

Radsport

Bernard Hinault, der 30jährige Bretone, strebt bei der Straßen-Weltmeisterschaft am Sonntag in Giavera del Montello (Italien) das Triple an. Nach seinem dritten Sieg beim Giro d'Italia und seinem fünften Triumph bei der Tour de France soll auch das Regenbogentrikot zum zweiten Mal nach 1980 in seinen Besitz übergehen. Das Kunststück, die drei größten Radsport-Ereignisse bei den Berufsfahrern innerhalb einer Saison zu gewinnen, gelang bislang lediglich dem Belgier Eddy Merckx vor elf Jahren. Von den deutschen Profis ist am ehesten Rolf Gölz (Bad Schussenried) für eine vordere Plazierung gut.

Wesentlich besser sind aus deutscher Sicht die Aussichten der Frauen, die am Samstag auf die Strecke gehen. Die olympische Bronzemedaillengewinnerin Sandra Schumacher (Stuttgart) hat ihren Armbruch so weit überwunden, daß mit ihr wieder zu rechnen ist. Auch die frühere Weltmeisterin Ute Enzenauer (Ludwigshafen) stellte ihre gute Form vor wenigen Wochen in Amerika unter Beweis, wo sie bei einer Rundfahrt Vierte wurde.

Rudern

Bei den Weltmeisterschaften im belgischen Hazewinkel ist der Deutsche Ruderverband (DRV) nur noch in vier von 14 olympischen Bootsklassen vertreten. Während der Zweier mit Steuermann Zimmnau/Berger/Ruppel (Essen) nach hartem Kampf unglücklich um zwei Sekunden die Qualifikation für das Finale verfehlte, schied der Vierer mit Steuermann im Hoffnungslauf mit deutlichem Rückstand aus. Ihm wurde die mangelnde internationale Klasse zum Verhängnis. Unmittelbar nach der Zieldurchfahrt brach der Streit wieder auf, der schon vor den Weltmeisterschaften für Unruhe gesorgt hatte. Einzige Medaillenhoffnung bleibt wieder einmal Peter-Michael Kolbe im Einer.

Gewichtheben

Seine Kraft verteilt sich vom Scheitel bis zur Sohle auf 1,82 Meter und 133 Kilogramm Körpergewicht. Manfred Nerlinger, in der Sport- und Lehrkompanie der Bundeswehr in Sonthofen fünfmal in der Woche mit nicht viel mehr beschäftigt als Hanteln zu stemmen, ist die deutsche Medaillenhoffnung bei den Gewichtheber-Weltmeisterschaften in Södertälje. „Zwischen Platz zwei und fünf ist alles drin. Wir rechnen mit einer Medaille im Zweikampf oder Stoßen." Bundestrainer Ewald Spitz aus Leimen will nicht mit leeren Händen aus Südschweden zurückkehren.

Zum ersten Mal hat der 24jährige Nerlinger aus München-Neuaubing am letzten WM-Tag die Gelegenheit, seine Bronzemedaille von Los Angeles auf ihren wahren Wert untersuchen zu lassen. Denn diesmal kommen seine Gegner auch aus der UdSSR, Bulgarien und der „DDR". „In einem WM-Vorbereitungswettkampf in Leimen Anfang August steigerte er sich im Zweikampf von 412 kg auf 430 kg. Wenn er hier bei der WM im Wettkampf 420 kg bringt, holt er eine Medaille", vermutet Spitz.

Der Superschwergewichtler mit dem Jungengesicht ist jetzt im Besitz aller Deutschen Rekorde, die zum Teil fast 13 Jahre im Besitz des Münchner Silbermedaillen-Gewinners Rudolf Mang waren. Als der bis dahin einzige deutsche Superschwergewichtler von Format die Hantel endgültig nicht mehr anrührte, begann der damals noch kleine Manfred gerade mit diesem kräftezehrenden Sport.

UdSSR nimmt Sportgespräche mit Seoul auf

rtr. Seoul

Der Präsident des Internationalen Turnverbandes (FIG), der Sowjetrusse Jurij Titow, ist gestern vom südkoreanischen Präsidenten Chun Doo Hwan empfangen worden, um die Vorbereitungen der für 1988 in Seoul geplanten Olympischen Sommerfestspiele zu erörtern. Die UdSSR unterhält keine diplomatischen Beziehungen zu Südkorea. Beobachter werteten den Besuch des sowjetischen Sportfunktionärs als Anzeichen für eine Teilnahme der UdSSR an den Olympischen Spielen.

Titow hatte bei seiner Ankunft in Seoul am Vortage erklärt, die sowjetischen Athleten trainierten hart für die Wettkämpfe. Nach Meinung westlicher Diplomaten in Moskau wird die Sowjetunion formell über eine Teilnahme vermutlich erst in letzter Minute entscheiden.

Japanische Zeitungen berichteten, Nordkorea wolle die Olympiade boykottieren, falls der Vorschlag Pjöngjangs, die Spiele gemeinsam mit Seoul auszutragen, abgelehnt werde. Südkorea und das Internationale Olympische Komitee (IOC) haben den Vorschlag bereits zurückgewiesen.

Bonn lehnt Sanktionen gegen Südafrika strikt ab

Sondersitzung des Auswärtigen Bundestagsausschusses

BERNT CONRAD, Bonn

Gemeinsame Besorgnis über die blutigen Unruhen in Südafrika, aber höchst unterschiedliche Schlußfolgerungen kennzeichneten eine Sondersitzung des Auswärtigen Bundestagsausschusses über Südafrika und Namibia. Während Sozialdemokraten und Grüne wirtschaftliche Sanktionen zur Bekämpfung der Apartheidpolitik forderten, lehnten die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP dies aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Wie die amtierende Ausschußvorsitzende Antje Huber (SPD) mitteilte, kamen die Abgeordneten überein, zunächst die im Auftrag der Europäischen Gemeinschaft geplante Informationsreise der Außenminister Italiens, Luxemburgs und der Niederlande nach Südafrika abzuwarten. In einer weiteren Sitzung des Ausschusses soll dann am 11. September versucht werden, einen gemeinsamen Resolutionsentwurf zu verabschieden. Die Aussichten dafür gelten allerdings als gering.

Zu Beginn der Ausschußberatungen am Mittwochabend erläuterte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher noch einmal die Position der Bundesregierung. Er wandte sich scharf gegen die Apartheid, kritisierte die Verzögerung wirksamer Reformen durch die südafrikanische Regierung und plädierte für einen umfassenden Dialog Pretorias mit allen Oppositionsgruppen.

Wirtschaftlichen Sanktionen erteilte der Minister jedoch eine entschiedene Absage. Hier handele es sich für die Bundesregierung nicht nur um eine prinzipielle Frage, sondern auch darum, daß Boykottmaßnahmen nur die Falschen träfen, die Politik Pretorias nicht änderten und überdies der Bundesrepublik als exportorientiertem Land schadeten.

Gemäßigte Kräfte fördern

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Hans Klein, bezeichnete es als notwendig, die gemäßigten Kräfte unter den Schwarzen, wie Buthelezi, aufzuwerten. Er appellierte an alle Fraktionen, die von Präsident Botha angekündigte Gesprächsbereitschaft aufzugreifen und ihre eigenen Gesprächspartner zur Aufnahme eines Dialogs zu ermuntern.

Forderungen nach einer Verschärfung des Verhaltenskodex für deutsche Firmen in Südafrika kommentierte Klein mit dem Hinweis, deutsche Unternehmen hätten längst vor dem Kodex Modelle geliefert und Schwarze in ihren Betrieben integriert, als dies noch jenseits des Gesetzes gelegen habe.

Für die SPD trug der Abgeordnete Günter Verheugen einen Katalog erwünschter „Druckmittel" gegen Südafrika vor. Danach sollen der Luftverkehr von und nach Südafrika gestoppt und für aus diesem Land Einreisende eine Visumspflicht eingeführt werden. Außerdem soll es keine Kredite, Investitionen und Bürgschaften für Exporte mehr geben.

Neuer Verhaltenskodex

Der SPD-Politiker Karsten Voigt erklärte, Bonn müsse von der südafrikanischen Regierung ernsthafte und langfristige Reformen mit dem Ziel der völligen Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen verlangen. Besonders aggressiv äußerte sich der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke, der die Regierung in Pretoria als ein „säuisches Regime" charakterisierte.

Der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Helmut Schäfer, lehnte ebenso wie die Union Sanktionen ab, stellte jedoch im Unterschied zum Koalitionspartner die Frage, ob nicht der Verhaltenskodex für deutsche Firmen in Südafrika neu gefaßt und der Export bestimmter Handelswaren, die militärisch genutzt werden könnten, gestoppt werden sollte. Er schlug ferner vor, schwarze Oppositionspolitiker zur Erläuterung ihrer Ansichten nach Bonn einzuladen.

Die Grünen, die die Ausschuß-Sondersitzung beantragt hatten, beschränkten sich in der Debatte auf emotionelle Argumente, die nach Ansicht von Beobachtern nicht sehr effizient vorbereitet worden waren.

Abschließend befaßte sich der Ausschuß noch mit Namibia. Dabei bezeichnete Genscher die im Juni eingesetzte Übergangsregierung in Windhuk als schädlich, weil sie die amerikanischen Verhandlungen über einen Abzug der Kubaner aus Angola störe. Die Übergangsregierung wolle die Grundidee der UNO-Resolution 435 aufheben und werde, außer von Südafrika, von niemandem in der Welt anerkannt.

Unionsabgeordnete wandten ein, die Übergangsregierung wolle nach eigenen Angaben durchaus an der Resolution 435 festhalten und strebe gar keine internationale Anerkennung an.

Weindebatte in Wien und Mainz

„Die Angelegenheit ist zu ernst, um darum zu feilschen"

KURT POLLAK, Wien

Unter den Kameraobjektiven von sechs europäischen und überseeischen Fernsehstationen begannen am Donnerstag um 14.00 Uhr – nach einstündiger Verspätung – die Abgeordneten des österreichischen Nationalrates im Rahmen einer Sondersitzung mit einer Debatte, die im „Blitzverfahren" zum „schärfsten Weingesetz der Welt" führen soll. Wenige Stunden vorher wurde das Resultat einer Meinungsumfrage bekanntgegeben, aus der hervorgeht, daß 76 Prozent der österreichischen Bevölkerung sich zu Gunsten des strengsten aller Weingesetze aussprachen.

Diese Meinung teilte allerdings die Oppositionspartei ÖVP nicht ganz. Einen Tag vor der Sondersitzung des Parlaments mußten nach einem 45-Minuten-Gespräch zwischen Bundeskanzler Sinowatz und dem ÖVP-Bundesparteiobmann Alois Mock alle Hoffnungen auf einen nationalen Konsens begraben werden. Obwohl die ÖVP gleichfalls für eine Verschärfung des Gesetzes eintritt, das nicht zuletzt der Wiederherstellung der Reputation Österreichs im Ausland dienen soll, sprach sich Mock entschieden gegen die im Gesetzesentwurf vorhandenen „bürokratischen Schikanen und steuerlichen Belastungen" aus. Der ÖVP-Chef versuchte, Sinowatz in letzter Minute die Absichtserklärung abzuringen, nach einem gemeinsamen Parlamentsbeschluß über das neue Weingesetz Verhandlungen über drei Punkte aufzunehmen: Wiederbelebung des Weinexportmarktes, eine Reform des Weinwirtschaftsfonds und steuerliche Entlastungen für die Weinbauern.

Sinowatz zeigte sich jedoch nicht zu Konzessionen bereit und erklärte nach dem gescheiterten Vieraugengespräch leicht ironisch: „Ich hätte dem ÖVP-Chef ja gerne einen Erfolg gegönnt. Die Angelegenheit ist aber zu ernst, um darum zu feilschen, ob's ein Stückerl mehr oder weniger sein darf."

Außerdem könne man nicht gleich von einer Senkung der Steuern reden, wenn es darum gehe, Österreichs Reputation im Ausland wiederherzustellen.

Die ÖVP beschloß daraufhin, alles zu versuchen, um das Weingesetz doch noch zu Fall zu bringen und der Regierung den „Schwarzen Peter" für den Weinskandal zuzuschieben. Es wird erwartet, daß die große Oppositionspartei die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über „Giftmischerei" fordern wird. Außerdem ist nicht ausgeschlossen, daß auch der Verfassungsgerichtshof angerufen werden könnte, weil nach Meinung der ÖVP-Juristen durch die vorgesehenen scharfen Weinkontrollen das Datenschutzgesetz verletzt werden dürfte.

Mit Sicherheit ist außerdem damit zu rechnen, daß die ÖVP-Mehrheit im Bundesrat gegen das Weingesetz Einspruch einlegen wird, so daß es zu einer zweiten Nationalratsdebatte mit einem Beharrungsbeschluß kommen muß.

ÖVP-Chef Mock beantwortete die Frage, ob er nicht fürchte, daß nun seine Partei international als „Verhinderungspartei" eines Gesetzes gebrandmarkt werden könnte, mit den Worten, daß es es sich um ein „Husch-Pfusch-Gesetz" handle, dem er nicht zustimmen könne.

Vogel: „Ein österreichischer Skandal"

ULRICH REITZ, Mainz

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) hatte angekündigt, in der ersten Landtagsdebatte nach den Parlamentsferien zu sagen, wo „die Verbrecher" sitzen, die den Weinskandal zu verantworten hätten. Und so machte er gestern unmißverständlich deutlich, daß es sich um einen „österreichischen Skandal handelt". Er warf „verbrecherischen Geschäftemachern" in Österreich vor, durch ihr aus „Profitsucht" motiviertes Handeln nicht nur den österreichischen, sondern auch den deutschen Winzern „erheblichen Schaden" zugefügt zu haben. Erschwerend komme hinzu, daß die „beispiellosen Praktiken" von offizieller Seite verharmlost worden seien.

Vogel kündigte deshalb in seiner Regierungserklärung eine Mainzer Bundesratinitiative an, um die Kontrolle von Weinimporten zu verschärfen. Ein entsprechender Beschluß der Landesregierung sieht beispielsweise die Beschränkung der Einfuhren aus Drittländern auf Flaschenweine und ein Verbot der Abfüllung von Qualitätsweinen außerhalb des Ursprungslandes vor. Durch detaillierte Begleitdokumente soll nach dem Willen der Landesregierung außerdem die Identität importierter Weine belegt werden.

Für Konfliktstoff in der Debatte sorgte der Ministerpräsident, als er zu den verbotenen Verschnitten deutscher Weine mit österreichischen Produkten feststellte: „Es gibt keine Belege dafür, daß diejenigen, die das deutsche Weingesetz verletzt haben, um die im österreichischen Wein enthaltenen Stoffe und ihre Gefährlichkeit gewußt haben."

Oppositionsführer Rudolf Scharping kann darin jedoch „keinen Betriebsunfall" erkennen. Von den bislang 47 „versauten" deutschen Weinen kämen 31 von der Firma Pieroth. „Ich kann hier an einen Zufall nicht mehr glauben", sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Empörung aus den Reihen der CDU erntete der SPD-Politiker mit dem Vorwurf an die Adresse Vogels, dem Ministerpräsidenten habe bei der Bewältigung des Skandals die „leitende Hand" gefehlt. Vogel hatte zuvor jedoch bereits ausgeführt, die Landesregierung habe mit der Versetzung des Staatssekretärs im Landwirtschaftsministerium, Ferdinand Stark, in den einstweiligen Ruhestand nicht nur persönliche Konsequenzen gezogen. Die Zuständigkeit für die Weinüberwachung, vorher zwischen Landwirtschafts- und Gesundheitsministerium geteilt, sei nun dem Gesundheitsministerium übertragen und in eine Hand gelegt.

Bestrebt, den österreichischen Behörden die Schuld für den Weinskandal anzulasten, gab Vogel jedoch zu, daß in Rheinland-Pfalz „die Tragweite der Verfälschung zumindest zu Anfang nicht vollständig erkannt und nicht zutreffend beurteilt worden" sei. Allerdings seien durch die rheinland-pfälzische Initiative zur Verschärfung des Weinrechts und durch die organisatorischen Veränderungen der Zuständigkeiten erste Schritte unternommen worden, um für die Zukunft einen Panscherskandal weitgehend auszuschließen.

Genscher sucht Aufschluß über Syriens Pläne

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher startet heute zu einer fünftägigen Reise nach Syrien, Kuwait und Ägypten. Er wird in diesen drei Ländern, die praktisch alle Gruppierungen im gespaltenen arabischen Lager repräsentieren, nicht nur mit seinen jeweiligen Außenministerkollegen, sondern auch mit den Staats- und Regierungschefs konferieren.

Die Reise wird ergänzt durch den für Anfang Oktober geplanten Staatsbesuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Israel, an dem Genscher teilnehmen wird, und durch eine ebenfalls noch für 1985 ins Auge gefaßte Reise des Außenministers nach Oman und Jemen. Genscher wird ferner Ende September am Rande der UNO-Vollversammlung in New York mit dem jordanischen Außenminister und demnächst auch mit dem algerischen Außenminister zusammentreffen, der zu einem Besuch in Bonn erwartet wird.

Bei allen diesen Gesprächen will der Bundesaußenminister den Wunsch Bonns nach einer Stabilisierung in Libanon und am Golf sowie die Unterstützung eigener Initiativen aus der Nahost-Region zur Überwindung des arabisch-israelischen Konflikts zum Ausdruck bringen.

In Damaskus wird es Genscher vor allem darum gehen, bei der syrischen Führung für eine Teilnahme am nahöstlichen Friedensprozeß zu werben und Informationen über die weiteren Pläne Präsident Assads in dem von blutigen Auseinandersetzungen erschütterten Libanon zu erhalten. Syrien, das zu den härtesten Feinden Israels gehört und Waffen aus der Sowjetunion erhält, hat durch seine Hilfe bei der Freilassung der amerikanischen Geiseln in Beirut nach Ansicht Bonns Bereitschaft zu engeren Westkontakten signalisiert.

Kuwait ist für die Bundesregierung als bedeutsamer Handelspartner und als wichtiger Golfstaat von politischem und wirtschaftlichem Interesse. Hier wird Genscher die neutrale Position Bonns im Krieg zwischen Iran und Irak betonen, gleichzeitig aber den dringenden Wunsch nach einer Beilegung des Konflikts hervorheben.

Der abschließende kurze Aufenthalt in Ägypten soll die engen Beziehungen zwischen Bonn und Kairo demonstrieren. Präsident Mubarak, der sich zur Zeit in Urlaub befindet, hat den Bundesaußenminister in seine Sommervilla in Alexandria eingeladen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Oberflächliche Analyse?

„Was ist los mit den Deutschen?"; WELT vom 24. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland gibt es zwei wesentliche Wahrheiten: Wir haben heute sicherlich die lebenswerteste Gesellschaft, die jemals auf deutschem Boden existierte. Ich persönlich könnte keinen Teil der Welt benennen, der für Millionen von Menschen attraktivere Existenzbedingungen böte.

Unsere Nachkriegsgeschichte ist aber trotzdem auch eine Geschichte von Fehlentwicklungen und verpaßten Chancen. Es gibt etliche Möglichkeiten, unsere Gesellschaft noch lebenswerter zu gestalten.

Wer – wie W. Laqueur in seiner leider oberflächlichen Analyse oder realitätsferne „Nur-Protestierer" – lediglich die eine oder andere Wahrheit erkennt/akzeptiert, wird unserem Land und damit seiner Jugend (zu der ich mich mit 21 Lebensjahren durchaus zähle) nicht gerecht werden.

Beides, der Blick für das Erreichte (das beachtlich ist) und der Wille zur Weiterarbeit sind für diese Gesellschaft notwendig und gerade im „kritischen Teil der deutschen Jugend" (so unschön dieser Begriff auch ist) vorhanden.

Um aber die „Marschrichtung" zu bestimmen, bedarf es der Kritik am Bestehenden und der Formulierung bzw. Konzipierung von Utopien. Dies als unmotivierten Pessimismus abzutun (die Tendenz hierzu glaube ich als Abonnent Ihres Blattes leider manchmal beobachten zu können) ist sicher zu kurzsichtig.

Mit freundlichen Grüßen
Th. Brandes,
Berlin 65

*

Sehr geehrte Redaktion,

mit uns Deutschen ist überhaupt nichts los! Weshalb lassen die Nachbarn der Deutschen nicht das deutsche Volk in Ruhe und Frieden arbeiten und leben? Oder zahlen wir noch nicht genug, auch ohne Friedensvertrag?

Schön, wir haben 1919 und 1945 die beiden Weltkriege verloren. Den ersten ohne unsere Schuld! Den zweiten mit unserer Schuld? Und inzwischen sind 40 Jahre vergangen.

Wir Deutschen sind ein friedliches, arbeitsames, über 100 Prozent „demokratisches" Staatsvolk geworden. Was wollen diese „Besserwisser" unserer Eigenschaften noch von uns? Die klare Antwort kann nur lauten: Gebt uns als Volk dieselben Lebensbedingungen wie ihr sie für eure eigenen Völker verlangt, und laßt uns in Frieden. Noch so weitere verzwickte und unlogische Analysen sind völlig unangebracht.

Mit freundlichen Grüßen
P. Liedtke,
Berlin 26

Diskriminierung

„Auto-Urlauber, kommst Du nach Griechenland": WELT vom 12. August

Sehr geehrte Redaktion,

dank Herrn Heck, daß er endlich die Modalitäten an den griechischen Grenzen aufgreift. Für unsere Europaparlamentarier scheint Hellas wohl nicht zur EG zu gehören. Sonst hätte man sich längst damit befassen müssen.

Gerade kommen wir aus Spanien zurück. Obwohl dieses Land noch nicht zur EG gehört, wurden wir sowohl bei der Einreise als auch bei der Ausreise durchgewunken.

Ich möchte aber noch eine weitere Diskriminierung anprangern: Seit September 1983 hat die Regierung Papandreou den freien Eintritt in alle Museen und archäologischen Stätten für die Griechen eingeführt, dagegen werden die Ausländer kräftig zur Kasse gebeten.

Wir kennen kein anderes EG-Mitgliedsland, das einen Unterschied zwischen seinen Bewohnern und Besuchern macht.

Es gibt einen Kommissar für Tourismus. Wann wird er endlich etwas in Bewegung bringen?

Die Bundesregierung hat zwei Millionen Mark für das Festival „Athen, kulturelle Hauptstadt Europas" gezahlt. Auch Herr Außenminister Genscher ist hiermit aufgerufen, für eine Änderung zu sorgen, damit diese Diskriminierung nicht Schule macht.

Hochachtungsvoll
E. List,
Brüssel

Andere Akzente

„Arbeitslose genau zählen, heißt nicht, sie wegzuzählen"; WELT vom 15. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Auflage der „Gesellschaftlichen Daten" von 1982 finden sich unter dem Thema „Qualität des Arbeitslebens" statistische Angaben über Bildung, Arbeitsplatzchancen, Betriebsklima, Einkommenssituation, Arbeitsanforderungen, Grad der Zufriedenheit am Arbeitsplatz und eine Reihe anderer interessanter Fakten. Das alles ist auf 20 Seiten nachzulesen. Das Kapitel „Arbeitslose" beschränkt sich auf zwei Seiten.

Nun könnte man trotz der rund zwei Millionen Arbeitslosen, die es auch 1982 schon gab, sagen, die Schönwetterfront des Arbeitsmarktes sei damals für Untersuchungen weitaus ergiebiger gewesen als seine Schattenseiten. Man kann es aber auch anders sehen und sollte zumindest heute die Akzente anders setzen.

Die Vorschläge von Peter Gillies erscheinen deshalb sehr überlegenswert. Zu dem Grundkonsens zwischen Bürger und Staat gehöre das Wissen über Zustand und Wandel in unserer Gesellschaft, schrieb der damalige Bundesarbeitsminister Westphal 1982 im Vorwort zu den „Gesellschaftlichen Daten". Eine genaue Analyse des Arbeitsmarktes steht dabei sicher obenan.

Mit freundlichen Grüßen
J. Wille,
St. Augustin 2

Eine Anregung

„Für einen Kanon des Lesenswerten"; WELT vom 21. August

Sehr geehrte Herren,

dieses Interview mit Herrn Professor Albrecht Schöne hat mich als Großmutter von vier Enkeln sehr angesprochen.

Herr Professor Schöne fragt: „Wohin wollen wir denn unsere Kinder und Enkel treiben lassen in der Flut der Bilder, die unsere Welt zu überschwemmen beginnt? ... Wir stellen bei Kindern fest, was verlorengeht – und tun wenig dagegen ..."

Ich habe mir überlegt, was man als Großmutter tun könnte. Und ich habe eine gute Erfahrung gemacht, indem ich meinen Enkeln zum Geburtstag lustiges, buntes, liniertes Kinderbriefpapier geschenkt und die Umschläge mit meiner Adresse versehen und frankiert habe. Seitdem bekomme ich von meinen Enkeln Briefe. Zwar mit haarsträubenden Rechtschreibefehlern, aber sie schreiben! Und in meinen Antwortbriefen erzähle ich zum Beispiel denen, die in der „Barbarossastadt" Gelnhausen wohnen, von diesem Kaiser und daß er einen Enkel gehabt hat, der als Waisenkind in Palermo aufgewachsen ist und mit 18 Jahren eine abenteuerliche Reise unternommen hat, um in Frankfurt zum König gewählt zu werden. – Und ich habe es als ausgesprochenes Erfolgserlebnis betrachtet, daß der Siebenjährige sich auf der Weltkarte den Weg hat zeigen lassen und dann voller Anerkennung feststellte: „Mann, und das alles mit'm Pferd?!"

Sicher, das ist ein Tropfen im Ozean. Aber wenn manche Großmütter ...!

Mit freundlichen Grüßen
M. Baumgart,
Baden-Baden

Monopolstellung

„Vom Tisch gedrängt"; WELT vom 28. August

Sehr geehrter Herr Bading,

natürlich wäre es richtig, wenn in der „Dreier-Runde" am 5. September alle Gewerkschaftsverbände der Bundesrepublik Deutschland vertreten wären. Einmal, weil das in einer pluralistisch und demokratisch strukturierten Gesellschaft so sein sollte. Andererseits auch deshalb, weil der ideologisch auf Klassenkampf und Konfrontation indoktrinierte DGB ganz gewiß nicht für sich in Anspruch nehmen kann, das alle seligmachende Patentrezept zu besitzen. Die Erfahrung lehrt anderes.

Auch fehlt dem DGB jede Legitimation dafür, seine Forderungen im Namen der Mehrheit aller Arbeitnehmer dieses Staates zu erheben. Er maßt sich dieses „Recht" nur widerrechtlich an!

Wem dieser Alleinvertretungsanspruch nutzt, fragen Sie? Er nutzt weniger der Eitelkeit des DGB – wie Sie meinen – als vielmehr seiner Monopolstellung und seinem Machtmißbrauch auf allen politischen Ebenen dieser Republik. Das schadet nicht nur Arbeitnehmern und Arbeitslosen, sondern gefährdet in eklatanter Weise unsere parlamentarische Demokratie!

Es bleibt zu hoffen, daß die Bonner Regierung dies erkennt, sich ihrer politischen Verantwortung und ihres Mandats (das sie vom Wähler erhalten hat und nicht vom DGB!) bewußt wird und den DGB in seine Schranken weist. Er sollte nicht mehr sein, wie es andere freie Gewerkschaften auch sind: Arbeitnehmerkoalition mit sozialpolitischer Zielsetzung im tarifautonomen Bereich, aber kein Parteiersatz oder gar eine Neben- bzw. Überregierung!

L. Ehrlichmann,
Dortmund-Bodelschwingh

Wort des Tages

„Der Mensch liebt die Gesellschaft, und sollte es auch nur die von einem brennenden Rauchkerzchen sein."

Georg Christoph Lichtenberg, deutscher Physiker und Autor (1742–1799)

Nur Vorurteile

Wer in letzter Zeit in Südafrika gewesen ist, kann einfach nicht begreifen, wieviele „Schreibtisch-Experten" Desinformationen über dieses Land und seine Probleme verbreiten. Angefangen bei Herrn Genscher, der die Meinung vertritt, die fünf Millionen Weißen müßten sich mit den zwanzig Millionen Nichtweißen die Regierungsgewalt paritätisch teilen.

Wen interessiert es schon, was die Regierung in den letzten 15 Jahren zur Weiterentwicklung der Farbigen getan hat? Wen interessiert es schon, daß die Farbigen in dem „verdammten Polizeistaat" den höchsten Lebensstandard des schwarzen Erdteils haben? Und daß die Apartheid-Unruhen sich im wesentlichen zwischen den schwarzen Stämmen untereinander und außerdem mit dem schon weiterentwickelten indischen Bevölkerungsteil abspielen? Darüber wird so gut wie nichts berichtet.

Wer die Apartheid an den von unseren „Experten" immer wieder angeführten rassengetrennten öffentlichen Toiletten, Eisenbahnabteilen und Arbeitersiedlungen mißt, dem sei empfohlen, sich das einmal vor Ort anzusehen! Die Schwarzen in ihrer Mehrheit haben eine völlig andere Mentalität, andere Ideale, Reaktionen und Denkstrukturen als wir. Welch ein Irrsinn, zu glauben, daß wir sie von heute auf morgen zu Demokratieverständnis und zu Menschenrechtsbewußtsein erziehen könnten, – nach unseren Maßstäben!

Eine Annäherung zwischen den verschiedenen Teilen dieses Vielvölkerstaates könnte nur im Laufe von mehreren Generationen erfolgen, wobei die vielgeschmähte Regierung Botha in den letzten Jahren (und besonders mit der Regierungsreform im vorigen Jahr) die ersten Schritte in die richtige Richtung unternommen hat. Ein überstürztes Nachgeben auf die militanten und maßlosen Forderungen der schwarzen Mehrheit würde zweifellos zum Chaos führen.

Schließlich haben die einst blühenden Länder Angola, Zimbabwe (Rhodesien) und Moçambique der Welt doch einen deutlichen Anschauungsunterricht erteilt: Nach der Entmachtung der Weißen wurden es fast Entwicklungsländer, die sich kaum selbst ernähren können, und die ohne die vielfache Unterstützung durch das „verdammte Südafrika" total zusammenbrechen würden.

Es wäre sehr zu empfehlen, daß die „Schreibtisch-Experten" sich eimal der Mühe einer Reise durch Südafrika unterziehen würden, und dabei auch gleich einmal die – sagen wir: merkwürdige – Rolle untersuchen würden, die unsere Kirchen bei den Vorgängen in Südafrika übernommen haben.

V. Worbs,
Hamburg 55

Kirchensteuer

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich las mit regem Interesse Zuschriften, die sich mit der zunehmenden Entartung der evangelischen Kirche in Westdeutschland befassen. Da die finanziellen Aspekte dieser Entwicklung kaum besprochen werden, möchte ich zu diesem Punkte Ergänzungen machen.

Im Vergleich zu den ca. 10–20 Prozent aktiven Gemeindemitgliedern ist die Zahl der Inaktiven, die kirchliche Dienste nur an hohen Feiertagen oder zu familiären Anlässen in Anspruch nehmen und trotzdem die vollen Kirchensteuern zahlen, doch unangemessen hoch, trotz der zahlreichen Kirchenaustritte der letzten Zeit. Gegenüber den Mitgliedern der evangelischen „Freikirchen", denen ihre religiöse Heimat so viel wert ist, daß sie dafür ca. zehn Prozent ihres Nettoeinkommens opfern, nehmen sich die Kirchensteuern der Amtskirche mit 8–10 Prozent der Lohnsteuer doch recht bescheiden aus, die Masse bringt's aber dann doch.

Die aktiven Mitglieder der Amtskirche nehmen mithin Leistungen in Anspruch, die nur durch die Inaktiven miterbracht werden. Man sehe sich doch mal die durchschnittlich recht leeren Kirchen an, in denen die Pfarrer vor 80 Prozent leeren Bänken predigen.

Meines Erachtens wäre es ehrlicher, Staat und Kirche wieder zu trennen, aber daran ist der Staat wohl auch nicht sehr interessiert, weil seine Einnahmen durch das Inkasso der Kirchensteuern beträchtlich sind. Einer Intensivierung des Gemeindelebens käme dies aber nur zustatten.

Freundliche Grüße
H. J. Fomm
Wenduine/Belgien

Personalien

AUSZEICHNUNG

Prälat Professor **Dr. Klemens Honselmann** erhält 1985 den Kulturpreis der Stadt Paderborn. Prälat Honselmann, 1900 in Paderborn geboren, war von 1954 bis 1975 Direktor des Vereins für Altertumskunde Westfalens, Abteilung Paderborn, die für die Stadt die Funktion eines örtlichen Geschichtsvereins mit wahrnimmt. Durch seine wissenschaftlichen Leistungen, vor allem in der historischen Kommission für Westfalen und anderen Gremien ist er weit über Paderborn hinaus bekannt geworden.

WAHL

Die internationale Gesellschaft der theologischen Wissenschaftler, die sich mit dem Neuen Testament beschäftigt, wählte den Hannoverschen Landesbischof **Eduard Lohse** zu ihrem Präsidenten für die Jahre 1987 und 1988. Wie ein Kirchensprecher in Hannover bekanntgab, fand die Wahl bei der Generalversammlung statt, die die „Studiorum Novi Testamenti Societas" in der vergangenen Woche in Trondheim (Norwegen) hielt. Lohse (61), der auch Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist, war vor seiner Wahl zum Bischof Professor für Neues Testament an der Theologischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen und hat heute dort noch eine Honorarprofessur.

Der langjährige Leiter der Ostasienabteilung in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, Bibliotheksdirektor **Dr. Wolfang Seuberlich**, ist in Marburg im Alter von 79 Jahren gestorben. Dr. Seuberlich hat sich nach der Auslagerung der Staatsbibliothek nach Marburg in den ersten Nachkriegsjahren große Verdienste um den Wiederaufbau der Ostasienabteilung erworben. Er war bis zu seiner Pensionierung und der Rückverlagerung der Bibliothek nach Berlin deren Leiter. Seinem Wirken ist es – wie Generaldirektor **Dr. Ekkehart Vesper** in einem Nachruf erklärte – vor allem zu danken, daß die Ostasienabteilung schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zu internationalem Ansehen in der wissenschaftlichen Welt gelangt ist.

Vorbilder fürs Volk

Py. – Das Volk braucht seine Vorbilder und die Industrie ihre (bezahlten) Werbeträger. Und manchmal sind beide identisch. Das gilt für Deutschlands Sportidol Boris Becker ebenso wie für die amerikanische Popsängerin Madonna. Bei dem einen weiß man, daß er Tag und Nacht von „Ellesse" umgeben ist, bei der anderen, daß sie und ihr Film „Susan verzweifelt gesucht" selbst bei uns ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Nicht bei den Herren, deren wohlgefällige Blicke auf der Oberweite der Sängerin ruhen, nicht bei den Damen, die sich die von Madonna zur Schau gestellten knappen Dessous erstehen, nicht beim Einzelhandel, der eine Dessous-Welle auf sich zurollen sieht.

Prompt überschlägt sich die Branche mit euphorischen Hinweisen über den Sinn von „Damenwäsche, die sich zur Bekleidung rund um die Uhr entwickelt hat". Und: „Madonna hat die Wäsche bewußt zur Oberbekleidung umfunktioniert und gleichzeitig im Geschlechterverhalten den aktiven Part übernommen." Unterwäsche als emanzipatorisches Vehikel? Wer hätte das gedacht. Da hat die Männerwelt ja einiges vor sich.

Was haben dagegen Jeansträger Eddie Murphy oder der kurzbehoste Boris Becker zu bieten? Nichts, solange nicht einer von ihnen im Abendrock auftritt, wie er kürzlich vom Deutschen Herrenmode-Institut gezeigt wurde. Aber so mutig sind wir Männer nicht. Die meisten kaufen nicht einmal ihre Unterwäsche selbst.

Formel-1

J. Sch. (Paris) – Als sich Daimler-Benz vor vielen Jahren aus der Formel-1 der Autorennen zurückzog, mag das von deutschen Caracciola-Fans bedauert worden sein. Daß jetzt auch Renault diesem Beispiel folgt, um seine Verluste zu begrenzen, ist in Frankreich dagegen fast schon ein Politikum. Jedenfalls will es dazu die kommunistische Industriegewerkschaft mit scharfen Protesten von Gewaltaktionen im Hinblick auf die nächsten Wahlen hochstilisieren. Seitdem die Kommunisten aus der Regierung ausgetreten sind, scheint ihnen jeder Anlauf recht zu sein, um Opposition zu zeigen. Man widmet sich dabei nicht nur der „Formel-1" unter dem Vorwand des angeblich nationalen Interesses werden auch Maschinentransporte im Rahmen normaler Produktionsumstellungen als Demontage und Zerschlagung der Arbeitsinstrumente heftig bekämpft. Dies um so mehr, als die Waren ins Ausland gehen, nämlich zu den spanischen Renault-Werken. Aber das alles scheint erst Vorgeplänkel für die große Kraftprobe zu sein, die die CGT bei Renault anstrebt. Kommt es dort zu einem großen Sozialkonflikt, dann wäre allerdings der Weg zu einer breiten kommunistischen Agitation frei.

AUTOMOBILINDUSTRIE / Die Produktion läuft gegenwärtig auf vollen Touren

Inlandsnachfrage und Exportgeschäft entwickeln sich besser als erwartet

INGE ADHAM, Frankfurt

Die deutschen Automobilhersteller steuern in diesem Jahr auf neue Rekorde zu. Der durch die Verunsicherung über die Katalysator-Regelung ausgelöste Nachfragestau löst sich schubartig auf. Zusätzliche Kaufanreize wird die bevorstehende Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) (12. bis 22. September in Frankfurt) bringen, auf der unter dem Motto „Das Auto – 99 Jahre jung" 1722 Aussteller aus 37 Ländern eine „neue" Fahrzeuggeneration zeigen.

Die Produktion in der deutschen Automobilindustrie läuft derzeit auf vollen Touren. Dafür sorgt eine kräftig steigende Inlandsnachfrage ebenso wie ein besser als zu Jahresbeginn erwartet laufendes Exportgeschäft. Bisher sieht es so aus, als werde der Wachstumskurs anhalten. Damit schicken sich die deutschen Hersteller an, mit einer Jahresproduktion von mehr als vier Millionen Pkw und Kombi-Fahrzeugen ihren bisherigen Produktionsrekord von 1979 (3,93 Mill. Pkw/Kombi) zu brechen. Auch im Nutzfahrzeugbereich, so betonte Hans-Erdmann Schönbeck, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), bei der Vorlage des VDA-Jahresberichts in Frankfurt, steigen Nachfrage und Produktion in den letzten Monaten wieder an, vor allem eine Folge des lebhaften Transporter-Absatzes im In- und Ausland.

Die positiven Perspektiven werden sich für die Branche zu einem Jahresumsatz von rund 140 bis 150 Mrd. Mark summieren; im vergangenen Jahr setzte die Automobilindustrie 128,5 Mrd. Mark um. Auch wenn man berücksichtigt, daß das Preisniveau für Autos um rund fünf Prozent höher liegt als vor einem Jahr, bleibt für die Branche ein beachtliches reales Umsatzwachstum. Die bessere Auslastung der Kapazitäten wird sich auch auf die Rendite auswirken; der VDA schließt eine Verdoppelung der im vergangenen Jahr auf ein Prozent gesunkenen Nettoumsatzrendite in diesem Jahr nicht aus.

Auf 30 000 Beschäftigte binnen Jahresfrist beziffert der Verband die Zahl der Neueinstellungen im Zuge der Belebung. Zur Jahresmitte zählte die Automobilindustrie 686 000 Mitarbeiter, bis zum Jahresende sollen nochmals 10 000 Neueinstellungen dazu kommen. Kräftig aufgestockt wurde auch die Zahl der Auszubildenden (Neueinstellungen in diesem Jahr plus 13 Prozent auf 6584).

Überaus positiv bewerten die Autoproduzenten die nach langem Hin und Her gefundene EG-Lösung zur Minderung der Schadstoffemission. „Wir sind umweltpolitisch einen großen Schritt vorangekommen." Der VDA erwartet, daß der Bestand an schadstoffarmen Fahrzeugen schnell zunimmt. Schon in diesem Jahr wird ein Viertel der Pkw-Neuzulassungen auf schadstoffarme Pkw entfallen, schätzt der Verband (inklusive Diesel), der bei einem wachsenden Anteil von Katalysatorfahrzeugen 1987 eine Quote von 75 Prozent erwartet. Bis dahin werden auch etwa 30 Prozent der bereits auf den Straßen rollenden Fahrzeuge umgerüstet sein, meint der VDA, der auch für Nutzfahrzeuge bald eine weitere Verminderung der Schadstoffemissionen ankündigt.

Es werde somit sehr viel früher zu einer substantiellen Verbesserung der Luftqualität kommen, als die Brüsseler Beschlüsse erkennen lassen. Damit sinke der Stellenwert der Tempodiskussion, betont Schönbeck.

Auch für 1986 sieht der VDA die Branche weiter im Aufwind, eine gleich hohe Exportquote wie in diesem Jahr (62 Prozent) werde sich aber wohl kaum halten lassen, schon wegen der steigenden Inlandsnachfrage. Unsicherheiten im Export resultieren auch aus der nicht voll absehbaren Entwicklung des US-Marktes; an der für Europa erwarteten leichten Steigerung des Absatzes wollen die deutschen Hersteller, die im vergangenen Jahr teils beachtliche Marktanteilsgewinne in den Nachbarländern verbuchten, aber teilhaben. Den Anteil der ausländischen Fabrikate bei den Neuzulassungen in der Bundesrepublik, die das Ifo-Institut für dieses Jahr auf 2,44 Mill. Pkw prognostiziert, schätzt der VDA auf unverändert rund 26 Prozent.

BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN

Bessere Schienenanbindung vom Ruhrgebiet nach Süden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger will im Bundesverkehrswegeplan, der Anfang September vom Bundeskabinett verabschiedet werden soll, noch eine bessere Anbindung des Ruhrgebiets an das Schienennetz nach Süden unterbringen. Bisher ist als „vordringlicher Bedarf" – in dieser Rubrik wurde das aufgenommen, was bis 1995 in Angriff genommen werden kann – die Strecke Köln–Rhein-Main-Gebiet angemeldet worden. Ein Projekt, für das die Trassenführung nicht feststeht und das nur unter großen Schwierigkeiten realisiert werden könnte.

Daher engagiert sich jetzt Dollinger für den Ausbau der Strecke Dortmund–Kassel. Dadurch würde eine Verknüpfung mit der Neubaustrecke Hannover–Würzburg erreicht werden. Wenn diese Strecken befahren werden können, was frühestens in den neunziger Jahren der Fall sein würde, dann bräuchte die Bahn von Dortmund nach München nicht mehr siebeneinhalb Stunden wie heute, sondern nur noch vier Stunden.

Dollinger hält größere Veränderungen am Bundesverkehrswegeplan – die Straßenplanung für die nächsten fünf Jahre muß bis zum Jahresende vom Bundestag als Gesetz verabschiedet werden – nicht mehr für möglich. Die Handelskammer Hamburg hatte beispielsweise moniert, daß die Ansätze für den Straßenbau in den drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg gegenüber dem gültigen Verkehrswegeplan 1980 um 50 Prozent reduziert werden sollen, während die Flächenstaaten Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen nur Abstriche von rund fünf Prozent hinnehmen müßten. Dollinger verwahrt sich gegen den Vorwurf, hier läge eine politische Absicht vor.

Er verweist darauf, daß er sich mit den Ländern einvernehmlich auf bestimmte Kriterien für den Ausbau der Infrastruktur geeinigt habe. Anhand dieser Merkmale sei jedes von den Ländern angemeldete Projekt gewichtet worden. Da der Finanzrahmen bis 1995 vorgegeben wurde, seien in den „vordringlichen Bedarf" alle die Maßnahmen mit dem günstigsten Kosten-Nutzen-Verhältnis aufgenommen worden. Dabei seien auch Wünsche der Stadtstaaten herausgefallen. Sie würden erst nach 1995 in Angriff genommen werden können.

Für den Bundesverkehrswegeplan steht bis 1995 ein Investitionsvolumen von rund 126 Milliarden Mark zur Verfügung. Davon entfallen 93 Milliarden Mark auf die Bundesverkehrswege. Der Ansatz für die Schiene wurde gegenüber dem laufenden Plan um rund sieben auf 35 Milliarden Mark angehoben. Für den Ausbau des Fernstraßennetzes sollen rund 50 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt werden, drei Milliarden weniger als in der laufenden Planung. Daraus werde, wie Dollinger betonte, die zunehmende Akzentverlagerung zugunsten des Schienennetzes deutlich.

Ein gutes Jahr für Aktionäre

Von ERWIN SCHNEIDER

Lob mit eigennützigem Hintersinn kennzeichnete in diesem Jahr die Atmosphäre der Hauptversammlungen der deutschen Publikumsgesellschaften. Die Würdigung guter Leistungen des Managements wurde meistens mit dem Begehr weiterer Dividendenerhöhungen gekoppelt. Denn viele Kleinaktionäre hatten trotz eines überdurchschnittlichen Jahrgangs – über 100 Anhebungen der Ausschüttung standen nur etwas mehr als 25 Kürzungen gegenüber – das Gefühl, am unübersehbaren Ertragsfortschritt ihres Unternehmens nicht ausreichend zu partizipieren.

Dazu zeichnete sich der Trend ab, daß es für das laufende Geschäftsjahr 1985 durchweg noch einmal bessere Ergebnisse geben wird. Denn in diesem Jahr fallen die außerordentlichen Belastungen, die der Streik in Metall- und Druckindustrie 1984 brachten, fort. Auf der anderen Seite aber bestehen die Währungsvorteile, die allgemein als Grund für die Kompensierung der Streikfolgen genannt wurden, weiter.

Wie weit die Gefühlslage der Aktionäre von der Realität der Bilanzen differiert, ist für den Außenstehenden nicht nachzuvollziehen – in der Beurteilung ist man auf die (guten) veröffentlichten Gründe der Vorstände für ihre Entscheidung angewiesen. Und um die Basis für gute Gründe zu finden, beschäftigen die Großunternehmen immerhin vielköpfige Stäbe. Und die Summe der Ergebnisse ihrer Arbeit läßt den Schluß zu: Es war ein gutes Jahr auch für die Aktionäre.

Am besten schnitt die Chemieindustrie ab, hier gab es generell Dividendenerhöhungen. Ein Ende des Aufschwungs ist nicht abzusehen, so daß sich der Traum des Anteilseigners nach einer neuerlichen Anhebung – allerdings geringer als für 1984 – für dieses Geschäftsjahr bei wiederum fast allen Unternehmen wohl erfüllen wird.

Die am meisten vom Streik gebeutelte Autoindustrie soll nach Einschätzung der Analytiker für 1985 ebenfalls mehr ausschütten, nachdem die Optik für 1984 schon gut war. Herausragend sogar bei BMW, die zum dritten Mal hintereinander auf die Rekordhöhe von nun 12,50 Mark je Aktie aufstockten. VW beendete die von vielen Kritikern als „hausgemacht" bezeichnete zweijährige Dividendenpause mit „mageren" fünf Mark. Enttäuschend auch der beibehaltene Daimler-Benz-Satz von 10,50 Mark – die Aktionäre hoffen nun auf ein opulentes Jubiläumsgeschenk.

Ebenfalls auf der konjunkturellen Sonnenseite steht die Elektroindustrie. Der Branchenführer ist dabei erstmals seit zehn Jahren über seinen Schatten gesprungen und hat die Traditionsdividende von acht um zwei Mark erhöht. Und Siemens hat die Aktionäre darüber hinaus noch über attraktive Bezugsrechte am Ertragsfortschritt teilnehmen lassen. Auf der Schattenseite läßt die Besserung beim Sorgenkind der Branche, AEG, weiterhin keine Hoffnung auf Ausschüttung zu.

Auch für den Maschinenbau wird für 1985 mit einer Korrektur nach oben gerechnet. Unter den Branchengrößen mußte nur die Gutehoffnungshütte von fünf auf drei Mark kürzen. Für das laufende Geschäftsjahr kann da wohl auch keine Besserung bei dieser Holding erwartet werden, obwohl die Tochter MAN aus der Verlustzone kommen und wieder ausschütten wird.

Stabil blieben die Dividenden durchweg im Bereich der Energieversorger und bei den Banken, die schon für das Geschäftsjahr 1983 Erhöhungen durchgezogen hatten. Aber die Bankaktien gelten auch als Anwärter für neue Anhebungen der Ausschüttungen. Bei den Energiewerten hob als einziger das umsatzstärkste deutsche Unternehmen, die Veba, von 7,50 auf neun Mark an, hat allerdings auch ein starkes Chemiegeschäft. Aufsteigende Tendenz mit ersten Ankündigungen der Wiederaufnahme einer Dividendenzahlung – so bei Thyssen und Hoesch – verzeichnet auch die für 1984 noch dividendenlose Stahlindustrie. Glanz verbreiteten auch die zahlreichen Börsenneulinge des letzten Jahres.

Wirklich unzufrieden können vorerst nur die Eigner konsumnaher und Bau-Aktien sein. Zwar hatten die Warenhäuser für 1983 ihre Dividenden erhöht, mußten sie aber, mit Ausnahme von Karstadt, wieder zurücknehmen. Aber die Bemühungen um Ertragsbesserung werden von den Aktionären weitgehend honoriert, so daß der Horten-Vorstand sich jetzt sogar erstaunt zeigte, daß die Kritik so moderat ausfiel.

AUF EIN WORT

„Die Lösung wasserwirtschaftlicher Probleme erfordert Phantasie. Das Denken muß übergehen in Handeln – ohne Täter geht es nicht. Doch vor Ort steht der lautstarke Pessimismus ‚gesellschaftlicher Kräfte' im Widerstreit mit dem mehr stummen Realismus der Fachexperten."

Dr. Benno Weimann, Vorsitzender des Vorstandes der Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen FOTO: DIE WELT

HYPOTHEKENBANKEN

Die Finanzierungs-Zusagen haben deutlich zugenommen

VWD, Bonn

Das Bild an den Bau- und Immobilienmärkten beginnt sich aufzuhellen. Der Verband deutscher Hypothekenbanken erwartet nach Angaben seines Geschäftsführers Dieter Bellinger für die Zukunft eine Stabilisierung des Neubauvolumens im Wohnungsbau, freilich auf einem erheblich niedrigeren Niveau als 1984. Auf den Immobilienmärkten sei mit einem Ende des Preisrückgangs und einem Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu rechnen.

Die erwartete Rückkehr zur Normalität am Bau werde in den Finanzierungszusagen der Hypothekenbanken sichtbar, die in den ersten sieben Monaten 1985 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 22 Prozent gestiegen seien. Die Kreditnachfrage habe sich aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus im Juli deutlich belebt, insbesondere für den Kauf und die Modernisierung von Wohnungen (plus 38,6 Prozent) und für die Beleihung gewerblicher Objekte (plus 4,8 Prozent). „Auf den Immobilienmärkten wird in absehbarer Zeit der Funke günstiger Finanzierungs- und Preiskonditionen zünden", meinte der Verbandssprecher.

Auch die Entwicklung der Baugenehmigungen stelle sich weniger ungünstig dar, als vielfach angenommen werde. So hätten sie im ersten Halbjahr 1985 nur um 15 Prozent unter dem Ergebnis vom zweiten Halbjahr 1984 gelegen. Nach Meinung von Bellinger sollten potentielle Bauherren und Immobilienkäufer jetzt nicht den Einstieg verpassen. Vor allem bei den Zinsen, die auf Jahre festgeschrieben werden könnten, sei ein Warten auf weitere Senkungen um Zehntel-Prozente kaum noch lohnend.

Wachstum bei Versicherungen

München (dpa/VWD) – Im Versicherungsgewerbe sind alle Bereiche seit 1960 im Vergleich zur Gesamtwirtschaft überproportional gewachsen. Der Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland beziffert das Wachstum der Beschäftigtenzahlen von 1960 bis 1984 auf 70,5 Prozent (Gesamtwirtschaft: acht Prozent). Insgesamt sind es 198 100 Mitarbeiter. Die Beiträge stiegen seit 1960 auf 100,5 Mrd. DM 1984, und damit auf das Elffache. Seit 1970 hat sich in der Versicherungswirtschaft die durchschnittliche Lohn- und Gehaltsumme pro Beschäftigtem auf jährlich brutto 47 060 DM verdreifacht, während sie in der Gesamtwirtschaft mit 36 043 DM um das 2,5fache gestiegen ist.

GOLDMARKT

Kein Grund für Anstieg oder Rückgang des Preises

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die jüngsten Ereignisse in Südafrika und die von Pretoria verfügte Aussetzung des Wertpapier-, Devisen- und Goldhandels sind nach Auffassung führender Goldmarktexperten weder ein Grund für einen Anstieg noch für einen Rückgang des Goldpreises. Nachdem sich der Preis des gelben Metalls am Mittwoch von 336 auf 340,90 Dollar je Feinunze erhöht hatte, was auf Spekulationen am amerikanischen Terminmarkt zurückgeführt wurde, gab der Preis gestern zum ersten Londoner Fixing auf 338,40 Dollar und später noch weiter nach. Außerhalb der USA wurde das Geschäft mit der Kundschaft, die keinerlei Anzeichen von Nervosität zeigte, als ruhig bezeichnet.

Eine Unterbrechung der Versorgung des Marktes durch den größten Goldproduzenten der Welt wird, zumal nach Abwendung von Streiks in 23 von 29 Minen, nicht befürchtet. Im Handel hat man andererseits aber auch keine Angst, daß Südafrika nach dem Devisenaderlaß verstärkt Gold verkaufen muß. Ehe Pretoria auf diese Weise den Preis unter Druck setze und sich damit selbst schade, werde sich das Land um goldgesicherte Kredite im Ausland bemühen, falls dies zur Abwendung von Liquiditätsschwierigkeiten notwendig werden sollte. Als Kreditgeber kämen sowohl große Geschäftsbanken als auch Notenbanken in Frage.

Im Goldhandel hegt man allerdings Zweifel, ob Zentralbanken in der politisch heiklen Situation einspringen würden. Zu Gerüchten, daß der südafrikanische Notenbankchef in die Bundesrepublik kommen wolle, erklärt die Bundesbank, bei ihr sei kein Besuch vorgesehen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundesbank bietet neues Pensionsgeschäft an

Frankfurt (cd.) – Die Bundesbank bietet am Montag ein Wertpapierpensionsgeschäft zum festen Zins von 4,6 Prozent mit Gutschrift an. Davon wird eine zinssenkende Wirkung auf den Bankengeldmarkt erwartet, wo Tagesgeld gestern noch 4,75 bis 4,90 Prozent kostete. Geldhändler rechnen damit, daß der Zuteilungsbetrag höher sein wird als die beiden am Montag auslaufenden Pensionsgeschäfte über 4,1 Mrd. DM zu 5,3 Prozent und über 8,6 Mrd. DM zu 4,8 Prozent.

Auftragsplus

Frankfurt (Wb.) – Im Maschinenbau geht es weiter bergauf. Im Juli nahmen die Auftragseingänge im größten deutschen Industriezweig preisbereinigt um 19 Prozent zu, wie der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) mitteilte. Dabei kam der stärkere Wachstumsschub mit einem Plus von 24 Prozent aus dem Inland, die Auslandsaufträge lagen um 14 Prozent über dem Volumen vom Juli 1984. In dem von kurzfristigen Schwankungen weniger beeinflußten Dreimonatsvergleich (Mai bis Juli) lag der Gesamtauftragseingang real um 13 Prozent höher als im Vorjahr, wobei im Inland ein Plus von zwölf Prozent und im Ausland ein Plus von 14 Prozent erzielt wurde.

Keine Beschlüsse

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat auf seiner Sitzung am Donnerstag keine kreditpolitischen Beschlüsse gefaßt. Vor zwei Wochen hatte das Gremium eine Senkung der Leitzinsen um jeweils einen halben Prozentpunkt beschlossen.

WestLB: Stabile Preise

Düsseldorf (Py.) – Die Westdeutsche Landesbank (WestLB) rechnet auf absehbare Zeit mit stabilen Preisen. Der spektakuläre Rückgang der Importpreise und die festen industriellen Erzeugerpreise seien dafür wichtige Indizien. Obwohl die Lohnstückkosten wieder etwas gestiegen sind, wird die Teuerungsrate nach Ansicht der Bank im Oktober wahrscheinlich die 2 Prozent-Grenze unterschreiten. Für 1986 prognostiziert die WestLB einen Preisanstieg von durchschnittlich 2 Prozent unter folgenden realistischen Voraussetzungen: Abschwächung des US-Dollar um weitere 10 Prozent, konstante Rohstoffpreise. Sollte der Dollar noch stärker an Wert verlieren, erwartet die WestLB eine Teuerungsrate von nur 1,7 Prozent.

Konjunktur-Gleichschritt

München (dpa/VWD) – Die USA und Westeuropa bewegen sich nach Ansicht des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, im Konjunkturgleichschritt. Ferner geht das Institut davon aus, daß 1986 in den OECD-Mitgliedsländern ein unverändertes reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von drei Prozent erreicht wird. Der Welthandel werde wahrscheinlich inflationsbereinigt um 4,5 bis fünf Prozent wachsen, nach 5,5 Prozent 1985.

Benzinpreise rutschen

Hamburg/Bochum (dpa/VWD) – Die Benzinpreise an den deutschen Markentankstellen stürzen seit Ende vergangener Woche steil ab. BP und Esso meldeten gestern einen Preisverfall im bundesweiten Durchschnitt um elf Pfennig seit der letzten Erhöhung Mitte des Monats. Aral und Texaco betonten, die Preisentwicklung sei sehr uneinheitlich.

14 neue Auslandsanleihen

Frankfurt (VWD) – Nur 2,8 Mrd. DM-Auslandsemissionen, darunter 13 Anleihen öffentlicher Emittenten über 2,75 Mrd. DM und eine eines privaten Emittenten, sieht der Emissionskalender für September vor. Bei allen Emissionen handelt es sich um klassische Papiere mit festem Nominalzins für die Gesamtlaufzeit.

Gebrauchtwagen gefragt

Flensburg (dpa/VWD) – Die Zahl der Besitzumschreibungen von gebrauchten Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern hat im Juli ähnlich wie die Neuzulassungen sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber Juli 1984 kräftig zugenommen. Im Ferienmonat Juli wechselten mehr als 600 000 Kraftfahrzeuge und Anhänger den Halter. Damit war zugleich ein neues Juli-Rekordergebnis zu verzeichnen.

KfW senkt die Zinsen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) senkt aufgrund des Zinsrückganges am Kapitalmarkt die Konditionen ihrer Eigenmittelprogramme um 0,25 Prozentpunkte. Nach dieser vierten Senkung in diesem Jahr beträgt der Zinssatz für alle Neuzusagen von Freitag an je nach Verwendungszweck zwischen 5,5 und sechs Prozent. Der Auszahlungssatz von 96 Prozent und die Laufzeiten bleiben unverändert.

2600 Neueinstellungen

Wolfsburg (dpa/VWD) – Die Volkswagen AG, Wolfsburg, will im Rahmen der im vergangenen Jahr angekündigten Neueinstellungen im zweiten Halbjahr 1985 noch einmal rund 2600 Mitarbeiter einstellen, um der Kapazitätssteigerung und den neuen Arbeitszeitregelungen im Tarifvertrag gerecht werden zu können, teilte VW gestern mit. Nach ihren Angaben wurden bereits im ersten Halbjahr in den sechs Produktionsstätten rund 3 650 Kräfte eingestellt; 1984 waren es rund 4 550 gewesen.

Messe-Eröffnung

Hamburg (dpa/VWD) – Mehr als 360 000 Besucher werden zur größten Verbraucherausstellung in der Bundesrepublik „Du und Deine Welt" erwartet. Eröffnet wird die Jubiläumsschau heute von Außenminister Hans Dietrich Genscher und Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi. Auf einer Ausstellungsfläche von 55 000 Quadratmetern sollen diesmal 850 Direktaussteller und rund 600 zusätzlich vertretene Firmen aus insgesamt 60 Ländern bis zum 8. September Akutelles für Freizeit, Heim und Arbeitsplatz offerieren.

Wochenausweis

	23.8.	15.8.	23.7.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	63,9	63,1	62,9
Kredite an Banken	96,2	89,1	105,8
Wertpapiere	3,4	3,4	3,5
Bargeldumlauf	107,9	109,7	107,5
Einl. v. Banken	45,3	39,8	47,2
Einlagen v. öffentl. Haushalten	5,8	3,2	11,9

GRIECHENLAND

Ausländische Ölfirmen haben Ärger mit der Regierung

E. ANTONAROS, Athen

Vier ausländische Bohrfirmen, die seit 1975 als Konsortium in Griechenlands einzigem Ölfeld bei der nordägäischen Insel Thassos operieren, fühlen sich von der griechischen Regierung unter Druck gesetzt und wollen sich zur Wehr setzen. Das unter dem Namen „North Aegean Petroleum Company" (NATC) bekannte Konsortium, an dem auch die deutsche Firma Wintershall AG beteiligt ist, hat nun Athen öffentlich beschuldigt, „erpresserische Methoden" anzuwenden, um griechischen Forderungen durchzusetzen.

Beim Streit geht es um die Weigerung des griechischen Energieministeriums, die von NATC beantragten neuen Bohrungen westlich der Insel Thassos unter Berufung auf „höhere Gewalt" zu genehmigen. Angeblich wollen die griechischen Behörden verhindern, daß durch die neue Ölsuche die Spannungen mit der Türkei verschärft werden. Von seiten des Konsortiums wird allerdings darauf hingewiesen, daß die geplanten Bohrungen westlich von Thassos, also in eindeutig internationalen Gewässern, durchgeführt werden sollen.

Athen will eine Beteiligung der staatlichen Public Petroleum Corporation (DEP) am Konsortium durchsetzen. Das bestätigte auch gestern der griechische Energieminister Lefteris Veryvakis. Er bestritt hingegen, daß seine Regierung das ausländische Firmenkonsortium zu erpressen versuchte. Dieses will aber die Athener Entscheidung vor den griechischen Gerichten anfechten. Nach eigenen Angaben steht das Konsortium unter dem Zwang, „möglichst schnell mehr Erdöl in diesem Gebiet zu entdecken". (SAD)

FUNKAUSSTELLUNG / Unterhaltungselektronik zwischen Sorge und Zuversicht

„Permanente Bedrohung durch Japan"

WERNER NEITZEL, Berlin

Signale der Besorgnis über den „dramatischen" Wettbewerb auf dem Gebiete der Unterhaltungselektronik, der sich vor allem im Videobereich abspielt, gehen derzeit von der Internationalen Funkausstellung Berlin aus, die vom 30. August bis zum 8. September als Weltmesse der Unterhaltungs- und Kommunikationselektronik 350 Aussteller aus 22 Ländern in den Messehallen unter dem Funkturm vereint.

Wie Peter Bergmann, Geschäftsführer der Messe-Veranstaltungsgesellschaft Unterhaltungs- und Kommunikationselektronik mbH (MVU) zum Messeauftakt in Berlin betonte, liege der Index der Verbraucherpreise für die Unterhaltungselektronik mit 97,2 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt von 1980 und damit am Ende der Konsumgüter-Skala. 1985 sind die Preise in den ersten fünf Monaten erneut um 2,3 Prozent abgefallen. Dies sei eine Tendenz, die sich nicht fortsetzen dürfe, solle nicht die Substanz einer großen Zahl von Fachbetrieben vernichtet werden. Fachhandel und Fachhandwerk fordern vom Gesetzgeber Maßnahmen gegen gezielte Preisschleudereien.

Gleichwohl sind von der Industrie auch Stimmen mit „vorsichtigem Optimismus und Zuversicht" zu vernehmen. Eine Reihe von neuen Produktentwicklungen sorge für Kaufimpulse. Außerdem gebe es Anzeichen für ein freundlicheres Konsumklima im zweiten Halbjahr 1985. Dies gebe Anlaß zur Hoffnung, das – gerechnet zu Konsumentenpreisen – der bundesdeutsche Markt für Unterhaltungselektronik in diesem Jahr zumindest das Volumen des Vorjahres (14,5 Mrd. DM) erreichen werde.

Unüberhörbar sind trotz insgesamt positiver Aufwärtsentwicklung auch die besorgten Stimmen über die „permanente Bedrohung durch die japanische Exportdampfwalze". Philips-Geschäftsführer Karel Vuursteen formulierte dies besonders drastisch: Das Ungleichgewicht im Außenhandel auf dem Gebiete der Konsumelektronik zwischen Japan und Europa liege bei 356 zu 1, was heiße, daß die EG lediglich einen Tag lang nach Japan exportiere, während umgekehrt Japan an allen anderen Tagen des Jahres in die EG exportiere.

Anzuprangern sei deshalb einmal mehr die japanische Politik der Abschottung des dortigen Marktes auf vielfache Weise und die aggressive Weltmarkt-Eroberungspolitik Nippons. Da sind zum einen eine ganze Anzahl nichttarifärer Handelshemmnisse bei Importen und zum anderen die weitgehend von der japanischen Industrie kontrollierten Distributionskanäle. Die Forderung nach wechselseitiger Öffnung der Märkte könne – so Vuursteen – nicht ernst genug genommen werden.

USA / Reagan hat Einfuhrquoten für Schuhe abgelehnt

Kongreß gegen neue Strategie

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Amerikas Handelspolitik wird immer verwickelter. So hat Präsident Ronald Reagan zwar Einfuhrbeschränkungen für Lederschuhe abgelehnt. Als ein gefährlicher Bumerang kann sich jedoch sein Plan erweisen, ausländische Erzeugnisse dann vom amerikanischen Markt zu verdrängen, wenn den Lieferanten unfaire Verkaufspraktiken wie Preisdumping oder staatliche Exportsubventionierung nachgewiesen werden.

Einzelheiten dieser Strategie, mit der Reagan dem protektionistisch gestimmten Kongreß zuvorkommen will, wird das Weiße Haus in den nächsten zwei Wochen verkünden. Die gesetzliche Grundlage soll der Artikel 301 des US-Außenhandelsgesetzes von 1974 bilden. Bislang wartet die Administration nicht auf die Importklagen der betroffenen Industriezweige, sondern leitet von sich aus Strafverfahren ein, die zu mengenmäßigen Restriktionen oder höheren Zöllen führen können.

Wie der neue US-Handelsbevollmächtigte, Botschafter Clayton Yeutter, erklärte, hat das Wirtschaftskabinett schon drei Sitzungen abgehalten, in denen mögliche Eingriffe diskutiert wurden. Weitere Treffen sind vorgesehen. Noch nicht geeinigt haben sich die zuständigen Ressorts über die Prioritäten. Im Gespräch sind auch Maßnahmen gegen die EG und die Bundesrepublik.

Nach einer Liste, die in Washington kursiert, will die Reagan-Administration gegen deutsche Beschränkungen bei der Datenübermittlung vorgehen. Ins Visier nimmt sie auch die europäischen Subventionen für Obstkonserven und Rosinenverarbeiter sowie die Brüsseler Beihilfen für die Ausfuhr von Weizen und Gerste in die Sowjetunion. Außerdem werden japanische Lederquoten, Tabakzölle und Preisabsprachen für Aluminiumprodukte genannt.

Niederreißen möchte das Weiße Haus in Südkorea die Barrieren für ausländische Lebens- und Feuerversicherer, in Brasilien die Importhemmnisse für Computer, in Großbritannien das Verbot für Ausländer, Bohrinseln in der Nordsee zu warten, und in Taiwan die Vorschrift, wonach amerikanische Pharmazeutika keinerlei Patentschutz genießen. Die USA versuchten die Partnerländer zu zwingen, ihre Schranken abzubauen.

Zu befürchten ist jedoch, daß die Administration von Schutzverlangen einzelner Unternehmen überschwemmt wird. Ihr Prüfungsapparat reicht für eine unkontrollierte Zahl von Einzelerzeugnissen keinesfalls aus; Konfusion und internationale Friktion wären die Folgen. Nach Ansicht amerikanischer Experten werden nur falsche Hoffnungen geweckt, die sich nicht erfüllen lassen. Verloren geht die bisherige Flexibilität des Weißen Hauses.

Die Legislative ist verärgert, weil die Administration seit elf Jahren die Vollmachten des Artikel 301 besitzt, sie aber von sich aus nicht anwendet. In Washington wird nicht ausgeschlossen, daß der Kongreß nun aus Zorn generell Inmportsteuern beschließt. Spekuliert wird auch über eine gesetzliche Verankerung des im Artikel 201 niedergelegten Schutzes für importgeschädigte Industrien. Maßgebend wäre dann das Urteil der Außenhandelsbehörde ITC und nicht das Wort des Präsidenten.

WERKZEUGMASCHINEN / Japan weltweit führender Anbieter – vor der Bundesrepublik

Bessere Kapazitätsauslastung in Sicht

H. HILDEBRANDT, **Bielefeld**

Auf dem internationalen Markt der Werkzeugmaschinen zeichnet sich eine Wende ab. Mit einem weltweiten Produktionswert von 20,8 Mrd. Dollar konnte 1984 das Vorjahresergebnis von 18,9 Mrd. Dollar deutlich übertroffen werden. Unter Berücksichtigung des veränderten Dollarkurses bedeutet das einen realen Zuwachs von immerhin 6,5 Prozent, gegenüber den Normaljahren 1980 und 1981 allerdings noch ein Minus von 20 Prozent.

Führender Anbieter mit einem von 19 auf 22 Prozent gestiegenen Anteil war nach wie vor Japan, die Bundesrepublik lag mit 15 (16) Prozent auf Platz zwei und damit knapp vor der Sowjetunion, die die USA überholte. Beachtlich ist jedoch, daß in der Rangfolge der insgesamt 36 Länder, die Werkzeugmaschinen produzieren, Italien bereits den fünften und die „DDR" den sechsten Platz einnehmen, letztere mit einem Produktionswert von 2,2 Mill. DM.

Mehr Aufträge

Der Wert der deutschen Produkte erreichte 1984 mit 9,4 Mrd. DM nahezu exakt den Vorjahreswert, stagnierte also auf dieser Höhe. Trotzdem hat sich die Lage des Werkzeugmaschinenbaues gegenüber der Rezessionsperiode entscheidend verbessert und hier vor allem die Ausgangssituation für die kommenden Jahre. Bereits in der zweiten Jahreshälfte bekam die Produktion mehr und mehr *Anschluß an den steigenden Auftragseingang*, der 1984 mit 11 Mrd. *DM um 35 Prozent über dem von 1983* lag. Daran war das Inland mit 46 Prozent überproportional beteiligt. Hier spiegelt sich die allgemeine Verbesserung der Wirtschaftslage und dadurch größere Bereitschaft zu Investitionen wider. Die Auslandsbestellungen nahmen dagegen nur um 25 Prozent zu.

Bei einer Exportquote von rund 6 Mrd. DM und somit mehr als 60 Prozent des gesamten Produktionswertes, die sich 1984 nur leicht erhöhte, gehört der Werkzeugmaschinenbau nach wie vor zu den exportintensivsten Zweigen der deutschen Wirtschaft. Bedeutendster Abnehmer war mit 14 Prozent die Sowjetunion, das größte Plus verzeichnete jedoch der Umsatz mit den USA. Hier stieg die Ausfuhr um 81 Prozent, sie erreichte damit elf Prozent der Gesamtexporte. Auch beim Auftragseingang setzte sich diese Entwicklung fort. Wiederum nahmen die Bestellungen aus den USA als Folge des Aufschwungs der dortigen Investitionsgüterindustrie zu. Ein Plus gab es jedoch auch bei den Aufträgen aus der Volksrepublik China, die nach wie vor einen enormen Bedarf an Werkzeugmaschinen hat.

Von der steigenden Nachfrage auf dem deutschen Inlandsmarkt profitierten aber auch ausländische Anbieter. Die Schweiz, vor allem Produzent besonders hochwertiger Maschinen, konnte 1984 ihre Werkzeugmaschinenexporte in die Bundesrepublik um 15 Prozent steigern, ihr Marktanteil bei den Importen liegt inzwischen bei fast einem Drittel. Zugenommen haben allerdings auch die Importe aus Japan.

Der deutsche Werkzeugmaschinenbau setzt bei seinem weltweiten Wettbewerb mit den Japanern vor allem auf die technologische Leistungsfähigkeit seiner Produkte, die nach seiner Meinung von den Erzeugnissen aus Ostasien nicht überboten werden kann. Durch die für die japanische Währung ungünstige Kursentwicklung geraten die japanischen Anbieter allerdings immer mehr unter Druck, der sie zwingt, den Wettbewerb mehr vom Preis auf die Technik zu verlegen.

Neue Techniken genutzt

Insgesamt haben sich die bundesdeutschen Hersteller durch Rationalisierung in der Fertigung und durch entsprechende Weiterentwicklung der Produkte auf die veränderte Nachfrage eingestellt. Bezeichnend für diese Entwicklung ist nicht nur die immer stärker werdende Verknüpfung der Werkzeugmaschinen mit der CAD/CAM-Technik, sondern auch der steigende Bedarf an Steuerungs-Software. Bereits jetzt hat die offensichtliche Trendwende zu einer wesentlichen Verbesserung der Kapazitätsauslastung geführt.

Diese lag 1983 erst bei 75 Prozent, inzwischen nähert sie sich der 90-Prozent-Marke, was sich positiv auf die Beschäftigungslage der rund 85 000 Mitarbeiter der Branche auswirkt. Die erheblichen Vorleistungen für Rationalisierung und Entwicklung, die zur Zeit der noch stagnierenden Produktion anfielen, haben jedoch erhebliche Rentabilitätsprobleme geschaffen. Daher ist die Ertragslage durchweg noch unbefriedigend. Hier läßt die sich abzeichnende konjunkturelle und strukturelle Wende vorerst nur hoffen.

KHD / Konjunkturentwicklung bleibt „leicht positiv"

Zufriedenstellender Ertrag

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Ein wiederum „zufriedenstellendes" Ergebnis auch für 1985 kündigt der Kölner Maschinen- und Anlagenbaukonzern Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD) seinen 23 000 Eigentümern von 318 Mill. DM Aktienkapital, die für 1984 mit einer von 8 DM auf 9 DM erhöhten Dividende bedient wurden, im Bericht über das erste Halbjahr an. Der Außenumsatz der KHD-Gruppe lag bis zur Jahresmitte mit 2,4 Mrd. DM zwar um ein Fünftel höher als vor Jahresfrist. Dies ergab sich vor allem durch die Erstmals-Konsolidierung der großen neuen Beteiligungsengagements (Motoren-Werke Mannheim mit vollem Halbjahresumsatz und die Deutz-Allis Corp., USA, mit dem Juni-Umsatz).

Für das Weltgeschäft im Maschinen- und Anlagenbau rechnet der Vorstand für 1985 nur mit einer Fortsetzung der seit 1984 „leicht positiven" Konjunkturentwicklung. Dämpfer spürt man hier aus der abgeschwächten USA-Konjunktur und aus anhaltenden Finanzklemmen etlicher Opec-Staaten, Schwellen- bzw. Entwicklungsländer.

Das Stammhaus KHD-AG besserte seinen Umsatz im ersten Halbjahr um zwölf Prozent auf 1,69 Mrd. DM mit 63 (60) Prozent Exportanteil, erwartet für das volle Jahr aber bei steigendem Seriengeschäft (Motoren und Traktoren) und weniger Abrechnungen im Industrieanlagengeschäft einen kleineren Umsatz als 1984 (4,6 Mrd DM). Der AG-Auftragseingang stieg bis zur Jahresmitte um vier Prozent auf 1,9 Mrd. DM mit 65 (62) Prozent Exportanteil, wobei das Inlandsgeschäft um drei Prozent zurückging. Die AG-Belegschaftszahl wurde im ersten Halbjahr noch auf 20 144 (20 271) Leute reduziert. Durch das große US-Neuengagement habe sich aber die Kapazitätsauslastung weiter gebessert; ein Personal-Mehrbedarf ergebe sich.

WELTBÖRSEN / Noch schwache Umsätze in New York

London blickt auf Südafrika

New York (DW.) – An der New Yorker Effektenbörse herrscht keine Sommerflaute mehr; die normale Lebhaftigkeit hat sich jedoch noch nicht wieder eingestellt. Vorübergehend fielen die Kurse leicht, erholten sich aber Anfang dieser Woche wieder. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte schloß am Mittwoch mit 1331,09 Punkten 8,62 Punkte über dem Vortagesniveau. Im Wochenverlauf gewann der Index 1,56 Punkte. Die Umsätze blieben insgesamt relativ bescheiden. Belebt hatte sich die

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT einmal in der Woche – jeweils in der Freitagsausgabe – einen Überblick über den Trend an den internationalen Aktienmärkten.

New Yorker Effektenbörse am Dienstag und Mittwoch aufgrund einiger Kaufprogramme institutioneller Anleger. Außerdem hatte Westinghouse Electric angekündigt, sie wolle 25 Mill. eigene Aktien zurückkaufen.

London (fu) – Die jüngste Entwicklung in Südafrika und die Schließung der Börse in Johannesburg hat auf die Londoner Börse erhebliche Auswirkungen. Besonders stark betroffen vom wachsenden Verkaufsdruck – vor allem aus den USA – sind Werte südafrikanischer Unternehmen und Goldminen, die auch in London gehandelt werden. So gab etwa der Top-Goldminenwert Vaal Reefs am Mittwoch um 3,5 auf 48 Pfund nach. Der Goldminen-Index fiel um 16,4 auf 290,4 Punkte. Das Diamantenhaus De Beers gab um zehn auf 320 nach. Aber auch rein britische Unternehmen mit erheblichen Interessen in Südafrika erlebten gestern einen Kurssturz ihrer Werte; Barclays Bank (minus neun auf 385) oder Standard Chartered Bank (minus 20 auf 445). Der Financial-Times-Index für 30 Werte blieb Dienstag und Mittwoch nahezu unverändert. Gestern mittag zog er leicht an auf 997,5 Punkte.

Paris (J. Sch.) – Die Kurse an der Pariser Börse haben sich erholt; vor allem die der französischen Aktien. Von einem Tendenzumschwung zu sprechen, wagte man noch nicht, weil die Umsätze immer noch ferienbedingt schwach sind. So haben sich einige Sonderbewegungen auf den Index ungewöhnlich stark ausgewirkt; zuletzt die Michelin-Hausse als Folge des von dem Reifenkonzern nach mehreren Verlustjahren gemeldeten Halbjahresgewinns. Weitere Zugpferde waren Peugeot und die Mineralölwerte.

Kein Streik bei British Rail

WILHELM FURLER, **London**

Fast unglaublich ist in Großbritannien die Nachricht aufgenommen worden, daß sich die Mehrheit der 11 000 Zugbegleiter der staatlichen Eisenbahn British Rail gegen die Empfehlung ihrer Gewerkschaftsführung entschieden und gegen die Ergreifung von Kampfmaßnahmen gestimmt hat. Die knappe Entscheidung gegen Streik wurde von Premierministerin Thatcher und anderen führenden Politikern als „Sieg der Vernunft" gewürdigt. Das Abstimmungsergebnis hängt mit dem Ausgang des einjährigen Kohlestreiks vor einem halben Jahr zusammen.

Bei der Urabstimmung ging es um die Frage, ob Streikaktionen gegen die von British Rail geplante Einführung von Güterzügen und einigen Vorort- und Nahverkehrszügen ohne Zugbegleitpersonal unternommen werden sollten. Eine Mehrheit von 52,5 Prozent (4815 Ja-Stimmen gegen 4360 Nein-Stimmen) sprach sich gegen Kampfmaßnahmen aus. Dabei hatte die Führung der Eisenbahner-Gewerkschaft NUR aus der hohen Abstimmungsbeteiligung von 84 Prozent abgelesen, daß eine große Mehrheit der Zugbegleiter gezielte Streikaktionen unterstützen würde.

Dieser Konflikt zwischen British Rail und den Eisenbahner-Gewerkschaften schwelt schon lange. Die Bahnführung ist der Ansicht, daß insbesondere auf Güterzügen keine Zugbegleiter mehr erforderlich sind. Im Güterzug-Bereich würde British Rail eigenen Berechnungen zufolge nach fünf Jahren rund 20 Mill. Pfund pro Jahr (gut 77 Mill. DM) einsparen. British Rail hat allen 11 000 Zugbegleitern allerdings zugesichert, daß ihre Arbeitsplätze nicht in Frage stehen.

Die NUR-Führung hat sich inzwischen bereit erklärt, mit dem Bahn-Vorstand über die Einführung von Zügen ohne Begleitpersonal und über weitere Produktivitätsverbesserungen zu verhandeln.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Schließung in Mannheim

Düsseldorf (J. G.) – Zwecks Rationalisierung konzentriert der Mannesmann-Konzern seinen Geschäftsbereich Demag-Fördertechnik in der Systemtechnik auf das Werk Offenbach. Das Werk Mannheim wird geschlossen, wobei man dem „größeren Teil" der dort 310 Beschäftigten Arbeitsplätze in Offenbach und an anderen Konzern-Standorten anbiete. Mannesmanns Produktpalette in der Systemtechnik bleibe von dieser Konzentration unberührt.

Handels-Neuordnung

Düsseldorf (J. G.) – Als Reaktion auf Baumarkt-Baisse und Konkurrenzdruck durch Bau-Großmärkte sowie mit der Konsequenz von Programmstraffung und Personalabbau führt die Essener Krupp Handel GmbH (7,2 Mrd. DM 1984er Umsatz) die Aktivitäten im Technischen Handel (600 Mill. DM Umsatz) ab 1986 in eine Neuorganisation. Drei der vier bislang von der GmbH geführten Sparten werden rechtlich verselbständigt: Sanitär- und Wärmetechnikhandel, Wärmetechnik-Kundendienst sowie NE-Metall- und Rohrhandel. Ulrich Kuntz (55), bislang als GmbH-Vorstandsmitglied für den Technischen Handel zuständig, scheidet zum 31. August aus der Firma.

Werk wird verkauft

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Chemiekonzern Hoechst ist bei der Bereinigung seiner weltweiten Kunststoff-Palette einen Schritt weitergekommen. So will die Shell Nederland 1986 das Hoechst-Werk Breda in den Niederlanden übernehmen. Das Werk beschäftigt 275 Mitarbeiter und hat eine Kapazität von 150 000 Tonnen Polystyrol sowie Schaumpolystyrol jährlich.

Aus den roten Zahlen

Paris (J. Sch.) – Der französische Reifenkonzern Michelin erholt sich überraschend schnell von den Verlusten der letzten Jahre. Für das erste Halbjahr 1985 wird ein konsolidierter Reingewinn von 400 Mill. Franc ausgewiesen gegenüber einem Defizit von 1221 Mill. Franc in der gleichen Vorjahreszeit. Die Selbstfinanzierungsmarge stieg auf 2 (0,6) Mrd. Franc. An der Pariser Börse erwartet man jetzt eine baldige Erhöhung des Michelin-Kapitals.

HERM. G. DETHLEFFSEN / Die Kerzengruppe Gies nach Schweden verkauft

Akzente im Spirituosen-Geschäft

JAN BRECH, **Hamburg**

„Nicht ohne Schmerzen", so erklären die Vorstandsmitglieder der Dethleffsen-Beteiligungs-AG & Co., Flensburg, Hans Dethleffsen und Werner Barth, habe man sich im Frühjahr dieses Jahres von der Kerzen-Gruppe Gies getrennt. Der Versuch, auch im Kerzenmarkt den Markenartikel-Gedanken zu verwirklichen, sei mit den eigenen Mitteln nicht möglich gewesen, betont Barth.

Im Zuge der Strategie, das seit Jahren labile Spirituosengeschäft durch Aktivitäten in anderen Bereichen abzusichern, hatte Dethleffsen 1981 begonnen, um die konkursreife Kerzenfirma Gies eine in Deutschland marktführende Kerzengruppe, aufzubauen. Dieses Engagement mit einem Umsatz von 50 bis 55 Mill. DM und 25 Prozent Marktanteil ist inzwischen an die schwedische Gruppe Skan Gripen verkauft worden. Unter dem Dach der 1984 gegründeten Beteiligungs-AG sind jetzt nur noch die Firmen Herm. G. Dethleffsen (Spirituosen und Weine) und die Queisser GmbH & Co. KG (Zahnpflegemittel und Tonika) zusammengefaßt.

Das Konzept der Diversifikation sei durch den „Unglücksfall" Gies nicht in Frage gestellt, betont Barth. Dethleffsen werde weiterhin an dieser Politik festhalten. Immerhin erweise sich gerade das zusätzlich angegliederte Geschäft mit Zahnpflegemittel und vor allem mit Tonika (Doppelherz) als so ertragsstark, daß im Ergebnis der Holding der „Fall Gies" vergessen sei.

Für das Jahr 1985 erwartet Barth einen Gruppenumsatz von knapp 170 Mill. DM. Queisser soll 30 (i. V. 25) Mill. DM beisteuern, das Stammhaus Herm. G. Dethleffsen 140 Mill. DM. Im Spirituosen-Bereich, der unverändert das Schwergewicht ausmacht, werde Dethleffsen, gestützt durch einen Marketing-Etat von 10 Mill. DM, neue Akzente setzen, erklärt Barth. Der Umsatz der Herm. G. Dethleffsen GmbH & Co. für 1984 gibt der Geschäftsführer Egon Schmitz-Hübsch mit 120 Mill. DM an. Das Plus von 33 Prozent resultiert ausschließlich aus Neukonsolidierungen.

Anfang 1984 hatte Dethleffsen das Lübecker Importhaus Carl Hertzberg (rund 30 Mill. DM Umsatz 1984) und die v. Cramm-Kornspezialitäten von dem Flensburger Rumhaus Andresen (10 Mill. DM) übernommen. Infolge dieser Zukäufe sagt auch der von 9 auf 12,5 Mill. Flaschen gestiegene Absatz nicht viel über die Entwicklung der Stammsortimente aus. Schmitz-Hübsch beschränkt sich auf die Aussage, daß Dethleffsen auf dem sehr schwierigen Spirituosenmarkt 1984 durch einen konsequenten Markenkurs gut vorangekommen sei. Vom Hauptumsatzträger Bommerlunder wurden vier Mill. Flaschen verkauft (plus drei Prozent).

Durch die Übernahme von Hertzberg sei die Position als führender Importeur spanischer Markenspirituosen (Osborne) gefestigt worden, erklärt Schmitz-Hübsch. Stetiges Wachstum, wenn auch auf kleiner Basis, reklamiert er schließlich für eine Reihe von Importspezialitäten. Nicht genannte Absatzverluste hat Dethleffsen dagegen bei dem Korn-Programm Nissen hinnehmen müssen, das mit drei Mill. Flaschen mengenmäßig eine bedeutende Rolle bei Dethleffsen spielt.

Für das 1. Halbjahr 1985 gibt Schmitz-Hübsch eine Absatzsteigerung von sechs Prozent an. Am Spirituosenmarkt zeichne sich langsam eine Wende ab. Zusätzliche Impulse will Dethleffsen bei den spanischen Importen durch ein neues Konzept mit einem umfassenden Angebot an Service-Mitteln für Gastronomie und Handel auslösen.

MANNESMANN / Inlandsgeschäft wächst am stärksten

Anhaltender Aufwärtstrend

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Ein „deutlich" besseres Ergebnis als zur „unbefriedigenden" Vorjahreszeit hat die Mannesmann AG, Düsseldorf, im ersten Halbjahr 1985 erzielt. Der Konzern bekräftigt mit seinem Zwischenbericht die Prognose auf Rückkehr zu den bis 1982 guten Jahren, die der verstorbene Vorstandsvorsitzende Prof. Weisweiler auf der letzten Hauptversammlung gab (über den Amtsnachfolger wird der Aufsichtsrat am 11. September entscheiden). Den 180 000 Eigentümern von 1,17 Mrd. DM Aktienkapital winkt nach dieser Prognose die Chance zur Dividendenaufbesserung von 4 DM auf den alten Satz von 6 DM.

Der Weltumsatz ist in der Berichtszeit um 16 Prozent auf 8 Mrd. DM mit 66 (67) Prozent Auslandsanteil gestiegen. Anders als 1984 übertraf diesmal das Wachstum des Inlandsgeschäfts mit einer Plusrate von 19 Prozent klar den 14prozentigen Umsatzzuwachs auf den Auslandsmärkten. Überdurchschnittliches Wachstum erzielten nicht nur die Unternehmensgruppen Rexroth (hier sogar 27 Prozent Plus), Anlagenbau, Handel und Brasilien.

Entscheidend für den Ertragsfortschritt war vielmehr vor allem, daß die 1984 noch mehr als schon 1983 tief in die Verlustzone geratenen Röhrenwerke zum („noch nicht zufriedenstellenden") Gewinn zurückkehrten. Bei einem Produktionsanstieg um zwölf Prozent auf 1,69 Mill. t, darunter Großrohre mit einem Plus von 36 Prozent auf 0,48 Mill. t, wuchs hier der Umsatz auch dank besserer Preise „um nahezu ein Viertel". Bei den Röhren-Exportaufträgen wurden rückläufige Buchungen aus Westeuropa und die US-Importrestriktionen durch „wesentliche" Erhöhung des Ordereingangs für Handels-, Präzisions- und Ölfeldrohre aus Rußland und China ausgeglichen.

Die Sachinvestitionen blieben in der Berichtszeit mit 266 Mill. DM, davon 94 Mill. DM im Ausland, auf Vorjahreshöhe. Die Belegschaftszahl lag zur Jahresmitte mit 105 477 um zwei Prozent höher als vor Jahresfrist mit einem um sechs Prozent auf 2,9 Mrd. DM gestiegenen Personalaufwand. Die leicht erhöhte Zahl von 75 993 (75 867) Inlandsbeschäftigten ist der Saldo aus noch fortgesetztem Personalabbau bei den Röhrenwerken und zusätzlichen Arbeitsplätzen, zumal bei Rexroth.







Die WELT berichtet von der Funkausstellung in Berlin

Nach wie vor ist die Unterhaltungselektronik einer der wesentlichen Motoren der Mikroelektronik. Dies stellt die Internationale Funkausstellung Berlin 1985 (30. 8.-8. 9.) erneut unter Beweis. Zu dieser Weltmesse der Unterhaltungs- und Kommunikationselektronik, an der sich 350 Aussteller aus 22 Ländern beteiligen, werden mehr als 400 000 Besucher erwartet. Die Industrie präsentiert zahlreiche Neu- und Weiterentwicklungen, wofür das Video-Programm-System und die Digitalisierung der Signalverarbeitung Beispiele sind. Da sich der Inlandsmarkt im ersten Halbjahr 1985 recht flau gezeigt hat, erhofft man von dieser „Superschau" belebende Impulse. Ein großes Rahmenprogramm – ARD und ZDF senden rund 200 Stunden live vom Ausstellungsgelände unter dem Funkturm – soll mit dazu beitragen. (nl.)

Auf Stagnation eingestellt

Zwar haben die ersten vier Monate 1985 den deutschen Unterhaltungselektronik-Ablegern des französischen Elektrokonzerns Thomson leichte Absatz- und Umsatzeinbußen gebracht. Der deutsche Teilkonzern ist dennoch zuversichtlich, die Vorjahreswerte wieder zu erreichen: In Jahren mit einer Funkausstellung warten die Käufer auf die Neuheiten, und das Geschäft verschiebt sich noch stärker als sonst auf das letzte Quartal.

Die deutschen Thomson-Konsumgüter-Töchter (im wesentlichen Telefunken, Nordmende, Saba, Dual und zugehörige Produktionsgesellschaften), die zum Jahresende 1983 unter dem Dach der Deutschen AG für Unterhaltungselektronik OHG (Dagfu), Villingen-Schwenningen, zusammengeführt wurden, haben für 1984 erstmals einen gemeinsamen Geschäftsbericht vorgelegt.

Danach erreicht der Dagfu-Verbund bereits stattliche Dimensionen. Mit gut 7800 Mitarbeitern setzte er im vergangenen Jahr 2,86 Mrd. DM um – zum Vergleich: Grundig, größtes Unternehmen der europäischen Unterhaltungselektronik, kam auf 2,83 Mrd. DM. Nabezu die Hälfte der Thomson-Umsätze (genau: 47,3 Prozent) wurden im Ausland – auch im Mutterland Frankreich – erzielt.

Der Konzern-Jahresüberschuß von knapp 7 Mill. DM oder 0,24 Prozent vom Umsatz ist zwar nicht gerade ein überwältigendes Ergebnis, muß aber im Umfeld einer Branche gesehen werden, in der man sich an rote Zahlen gewöhnt hat. Zudem war dieses Ergebnis mit 11 Mill. DM Verlusten aus dem Verkauf einer Auslandsgesellschaft belastet.

Bei anderen Auslandstöchtern wurden außerdem Abschreibungen von insgesamt fast 9 Mill. DM fällig. Investiert wurden 53 Mill. DM in Sach- und 19 Mill. DM in Finanzanlagen, überwiegend Kapitalerhöhungen und Zuschüsse der Auslandstöchter. Die Holding Dagfu verfügt über ein Festkapital von 100 Mill. DM sowie eine Stille Beteiligung von 200 Mill. DM, gehört aber insgesamt zu 100 Prozent zum Thomson-Konzern.

JOACHIM WEBER

Blaupunkt hat Spielraum

Die Bosch-Tochter Blaupunkt-Werke GmbH, Hildesheim, sieht sich im Hinblick auf den Bereich tendenziell vorhandener Überkapazitäten, die insbesondere bei Farbfernsehern bestehen, in einer vergleichsweise guten Lage. Wie der Sprecher der Geschäftsführung Herbert Thum darlegte, spielten sich nur 40 Prozent der Blaupunkt-Aktivitäten in jenem schwierigen Sektor ab. Das Unternehmen habe genügend Spielraum bei Autoradios und Produkten der Telekommunikation. Hier verfolge Blaupunkt mit großem Einsatz Vorwärtsstrategien, die zu weiteren Marktanteilen unter Ausnutzung des vorhandenen Wachstumspotentials führten. Bei Farbfernsehgeräten werde man sich den Marktgegebenheiten anpassen und mit Sicherheit keinen weiteren Ausbau vornehmen.

In dieser Produktsparte lag der Absatz in den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1985 bei plus/minus Null. Auf der Funkausstellung zeigt Blaupunkt weiterentwickelte Farbfernseher, in denen die Digitaltechnik stärker Eingang findet. In puncto Videorecorder kann Blaupunkt für sich in Anspruch nehmen, an der Entwicklung des Video-Programm-Systems (VPS) maßgeblich mitbeteiligt gewesen zu sein.

Vergleichsweise mehr Freude hat Blaupunkt mit der Entwicklung des Absatzes bei Autoradios, wo das Unternehmen in der Bundesrepublik Marktführer ist. Hier werden Neuheiten präsentiert, in denen beispielsweise dem Thema „Diebstahlsicherung" verstärkt Rechnung getragen wird. Gut komme auch der Bereich der Telekommunikation voran, dessen Umsatzanteil im 1. Halbjahr 1985 bereits bei 14 Prozent lag.

Während Blaupunkt nach Angaben Thums im 1. Halbjahr 1985 ein „schwach negatives Ergebnis" geschrieben habe, werde für das ganze Jahr 1985 wieder eine „schwarze Zahl" erwartet. Die Blaupunkt-Werke GmbH hatte in 1984 ihren Umsatz um 13 Prozent auf 1,79 Mrd. DM gesteigert, der Gruppenumsatz lag bei über 2,1 Mrd. DM. Der abgeführte Gewinn belief sich auf 6,4 (1983: 29,6) Mill. DM.

WERNER NEITZEL

GILDEMEISTER-HV / Silberstreifen am Horizont?

Kraftakt zur Konsolidierung

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Für den Vorstand des Werkzeugmaschinenherstellers Gildemeister AG, Bielefeld, ist es schon seit Jahren ein „Kanossagang", wenn er seinen Aktionären Rede und Antwort stehen muß. Die diesjährige Hauptversammlung unterschied sich jedoch von ihren Vorgängerinnen. Es konnten zumindest positive Ausblicke gegeben werden, auch wenn die beiden größten Geschäftsbereiche, automatische Drehmaschinen und NC Drehmaschinen Max Müller, im Geschäftsjahr 1984 wieder für Verluste von insgesamt rund 72 Mill. DM sorgten. Durch Forderungsverzicht u. a. des Großaktionärs WestLB sowie durch Auflösung der gesetzlichen Rücklagen ließ sich der Jahresfehlbetrag auf einen Bilanzverlust von nur 1000 DM reduzieren.

Da sich auch für 1985 weitere, wenn auch verminderte Verluste abzeichnen, wurde bereits Ende 1984 eine durchgreifende Restrukturierung eingeleitet. So soll die von 75 auf unter 50 Prozent gesunkene Beteiligung bei Pittler veräußert werden. Die drei bisherigen Geschäftsbereiche der Muttergesellschaft wurden in rechtlich selbständige Gesellschaften umgewandelt. Als Obergesellschaft fungiert jetzt die Gildemeister AG.

Erfreulich verlief bisher das neue Geschäftsjahr, getragen von der weltweit verbesserten Werkzeugmaschinen-Konjunktur. So stieg der Auftragseingang in den ersten sieben Monaten 1985 um 40 Prozent. Die Umsatzerlöse erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 21 Prozent auf 260 Mill. DM. Als besonders günstig erweist sich die Lage auf dem britischen, französischen und italienischen Markt. Insgesamt erwartet der Gildemeister-Konzern für 1985 Umsatzerlöse von rund 540 Mill. DM.

Vorstandssprecher Horst Göhren machte denn auch auf gedämpften Optimismus: „Unsere Pläne sehen vor, daß der Übergang in eine positive Ertragssituation 1986 abgeschlossen wird." Die Aktionäre, die jetzt schon im elften Jahr keine Dividende erhalten, dürfen also wieder einmal hoffen.

Bei einer Zweidrittelpräsenz auf der Hauptversammlung sprachen sie zu gut 99 Prozent Aufsichtsrat und Vorstand ihr Vertrauen aus und genehmigten auch das angelaufene Umstrukturierungsprogramm.

Handelskooperation kommt voran

Ein Umsatzplus von 2 Prozent signalisiert die zu Thomson-Brandt gehörende Nordmende GmbH, Bremen, für das 1. Halbjahr 1985. Im ganzen Jahr 1984 waren rund 600 Mill. DM umgesetzt worden. Wie Geschäftsführer Dieter Kunkel sagte, entspreche die Umsatzsteigerung nicht ganz den Erwartungen und Hoffnungen. Doch könne man mit diesem Resultat in Anbetracht des schwierigen Umfeldes, wobei man nicht nur an die japanischen sondern auch die neu auf den Markt drängenden koreanischen Mitbewerber denke, zufrieden sein. Auf den Export entfallen 51 Prozent des Umsatzes.

Weiter ausgebaut habe das Unternehmen seine Vertriebspolitik durch im Mai dieses Jahres gegründete „Nordmende Spectra-Mittelstandskreis-Gesellschaft bürgerlichen Rechts". Dieser Gesellschaft, deren Ziel es ist, die Mittelstandsempfehlungen zu nutzen, die der Gesetzgeber für mittelständische Unternehmen zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Großvertriebsformen geschaffen hat, waren per Ende Juli des Jahres bereits 2300 Facheinzelhändler beigetreten. Langfristig sollen etwa 2600 Gesellschafter gewonnen werden. (nl.)

Sony setzt auf 8 Millimeter

Auf das 8-Millimeter-Videosystem als Standardsystem der Zukunft setzt die Sony Corp., Tokio, voll und ganz, wie der Präsident des Konzerns Norio Ohga in Berlin erklärte. Der japanische Unterhaltungselektronik-Riese präsentiert auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin eine komplette Video-8-Palette. Diese umfaßt im Kern mit der „Handycam" den derzeit kleinsten verfügbaren Kamerarecorder. Dieser soll zum empfohlenen Preis von knapp 3000 DM ab Ende Oktober im Fachhandel erhältlich sein.

Zum Programm gehört ferner ein 8-Millimeter-Videorecorder im Format einer Zigarrenkiste (1,1 Kilogramm Gewicht ohne Akku und Kassette), ein Aufzeichnungs- und Wiedergabegerät „für den aktiven Videographen", der zu einem Preis von knapp 1900 DM auf den Markt kommt. Ein Schnitt-Computer sowie das Angebot von zunächst 150 Titeln an bespielten Kassetten runden die Palette ab.

Der Markt an Halbzoll-Videogeräten stagniere in vielen Ländern und sei auf einigen sogar rückläufig, meinte Sony-Präsident Ohga. Deshalb müsse er mit handlichen und leicht zu bedienenden Kameras neu angeregt und erschlossen werden. Schon mit der Einführung der ersten 8-Millimeter-Kamerarecorder-Generation – nunmehr folgt die zweite – zu Beginn des Jahres in den USA und Japan sei man auf eine rege Nachfrage gestoßen. Seit Januar wurden rund 400 000 Einheiten verkauft. Die Produktion an V-8-Geräten soll bis Jahresende auf etwa 150 000 Stück pro Monat hochgefahren werden.

Die Sony Corp. hat im 1. Halbjahr 1985 ihren Umsatz um 11,8 Prozent auf umgerechnet 8,2 Mrd. DM ausgeweitet. Davon entfielen 3,1 Mrd. DM (plus 0,1 Prozent) auf Videoprodukte, 2,1 Mrd. DM (plus 24,9 Prozent) auf Fernsehgeräte und 1,9 Mrd. DM (plus 22,5 Prozent) auf Audio- und Hi-Fi-Geräte.

Für die Sony Deutschland GmbH, Köln, erwartet Geschäftsführer Jack J. Schmuckli für das laufende Geschäftsjahr 1984/85 (31. 10.) ein „einstelliges" Umsatzwachstum. Mit der Ertragsentwicklung sei man zufrieden, meinte er. Im vorangegangenen Geschäftsjahr 1983/84 hatte Sony Deutschland seinen Umsatz um 7,6 Prozent auf 653 Mill. DM gesteigert und war nach zwei Verlustjahren erstmals wieder in die Gewinnzone gekommen. Die gesamte Sony-Inlandsgruppe erzielte einen Umsatz von 827 Mill. DM.

WERNER NEITZEL

Grundig macht Fortschritte

Gute Fortschritte auf dem Wege zur Konsolidierung hat die unter das Konzerndach von Philips geschlüpfte Grundig AG, Fürth, gemacht. Wie Vorstandsvorsitzender Hermanus Koning auf der Funkausstellung in Berlin mitteilte, verringerte sich im Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) der Bilanzverlust um 100 Mill. auf 185 Mill. DM. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Gesundung und Restrukturierung des Unternehmens begännen zu wirken.

Für das laufende Geschäftsjahr 1985/86 werde ein weiterer Verlustabbau um 100 Mill. DM auf etwa 80 Mill. DM angepeilt. Gegen Ende 1986 hoffe Grundig, ganz aus der Verlustzone zu kommen. Der Umsatz hat im Geschäftsjahr 1984/85 um etwa zwei Prozent auf über 2,83 Mrd. DM zugenommen.

Koning machte noch einmal deutlich, daß die Umstrukturierung bei Grundig nicht ohne weitreichende personelle Konsequenzen gelöst werden könne. Ein weiterer Abbau des Beschäftigtenstandes von derzeit rund 22 000 Mitarbeitern sei unumgänglich. Im Inland seien rund 2500 Mitarbeiter in allen Bereichen von den Umstrukturierungsmaßnahmen betroffen. Bei Grundig rechne man damit, daß etwa die Hälfte davon die Angebote aus einem besonderen Beschäftigungsplan in Anspruch nehmen werde. Gestrafft wird auch im Ausland. So wurde inzwischen das italienische Grundig-Werk stillgelegt, im Werk Braga in Portugal sind rund 1000 Mitarbeiter entlassen worden.

Darüber hinaus laufen Bemühungen um neue Produktlinien, mit denen vorhandenes Know-how genutzt und noch zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden sollen. Dies gilt – so erklärte Koning – vor allem für den Bereich der „Professionellen Elektronik", der im Auftragseingang überdurchschnittlich wachse und beim Ertrag in schwarzen Zahlen sei.

Im laufenden Jahr werde Grundig die eingeleitete Umstrukturierung weiter vorantreiben. Außerdem wolle man sich intensiv um so chancenreiche Märkte wie beispielsweise in Übersee sowie in Ländern des Nahen und Fernen Ostens bemühen. Koning unterstrich noch einmal, daß Grundig auch nach der Verstärkung der Philips-Kapitalbeteiligung völlig selbständig bleiben werde. Die Grundig-Geräte ständen nach wie vor im harten Wettbewerb mit Philips-Produkten.

WERNER NEITZEL

Neue Schwerpunkte bei den Aktien

Maschinenbauwerte profitieren von der Konjunkturbelebung

DW. – Obwohl der Monatsultimo einige technische Hürden setzte, blieb die Tendenz insgesamt freundlich. Dafür sorgen diesmal Anlageentscheidungen inländischer Gruppen, die vor allem den Maschinenbauaktien zugute kamen. Dabei berief man sich auf die steigenden Auftragseingänge bei den betreffenden Unternehmen. Die vielfach erwartete Konsumwelle löste einige Kurssteigerungen im Bereich der Einzelhandelsaktien aus. Renditeüberlegungen führten zu Mehrumsätzen bei Versorgungswerten.

Nach oben korrigierte Gewinnschätzungen ließen den BMW-Kurs um mehr als 10 DM steigen. Daimler-Aktien litten dagegen unter Gewinnmitnahmen wie auch andere Papiere, deren Kurse in den letzten Tagen ihren bisherigen Jahreshöchststand nahe gekommen sind. Wenn der Mercedeskurs gleichwohl weiter angehoben worden ist, geschah dies wegen des hohen Kursabstandes zur Daimler-Aktie, der sachlich nicht gerechtfertigt scheint. Von den Maschinenbauwerten lagen insbesondere KHD, Linde und IWKA fester. Mannesmann, wo der Kurs jetzt wieder über 200 DM stieg, tut sich offenbar schwer als Maschinenbauunternehmen mit fortschrittlicher Technologie an der Börse anerkannt zu werden.

In den Stahlaktien blieben die Umsätze in den letzten Tagen angehobenem Niveau lebhaft. Auch hier stimulieren die jüngsten Gewinnschätzungen. Knapp behauptet lagen die meisten Chemieaktien. Im Elektrobereich setzten AEG, schon am Vortag sehr fest, den Anstieg um rund 5 DM fort.

Frankfurt: Hartmann + Braun erhöhten sich um 10 DM und IWKA um 15 DM. Hutschenreuther zogen um 6 DM, SEL um 7,50 DM und Thüringer Gas um 5 DM an. Altana und Cassella gaben jeweils um 5 DM nach.

Düsseldorf: Aseag verminderten sich um 5 DM und Bilfinger um 2 DM. Bonner Zement zogen um 2 DM, Concordia Chemie um 5 DM, Gildemeister um 2,50 DM und Leffers um 6 DM an.

Hamburg: NWK-Vz. und Markt- und Kühlhallen legten jeweils 3 DM zu. Bremer Vulkan stiegen um 1 DM. Beiersdorf fiele um 1 DM und Hapag ebenfalls um 1 DM zurück. Die Hypothekenbank Hamburg sanken um 10 DM.

Berlin: Schering erhöhten sich um 5 DM, Bergmann um 4 DM, Herlitz Vz. und Orenstein um je 3 DM. Detewe erholten sich um 1,50 DM. Berthold ermäßigten sich um 2 DM und Lehmann um 1,50 DM.

München: Agrob St. verminderten sich um 9 DM, Brau AG Nürnberg um 6 DM und Großkraft Franken um 2 DM. Audi AG konnten sich um 5 DM, AKS um 4 DM und Electro 2000 um 6 DM erholen.

Stuttgart: Daimler verloren 6,50 DM und Mercedes 4 DM. BMW konnten sich um 4 DM verbessern. IWKA erhöhten sich um 15,10 DM und KHD um 8 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 207,05 (207,14)
WELT-Umsatzindex: 5694 (7785)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	29.8.	28.8.
H Aach M Beil. 10	1648	1705
H Aach. M. Vers. 7	710	715
D Aach. Rück. 9	2230	2230
D Aseag *4	455T	460T
M Ack-Gögg. 6	121	120
H Adca 3	139,5	140,5
D Adler 9	295G	295G
F Adt 0	30,4	32bB
F AEG-Telef. 0	141,5	132
D AEG-Kabel 9	273,5	273G
S Aesculap 9	425	420bG
F AGAB 5	117	119,5
D Agrippina *0	1480T	1500T
M Agrob *0	171	180

	29.8.	28.8.
H Br.H.Hypo 10+1	385bB	–G
HnBrsch.Jute *0	95G	95G
H Breitenb.-C. *28	600G	600G
H Br. Straßb. *0	435G	440B
H Br. Vulkan 0	78	77
H Br. Wollk. 7	168	167
F BBC 6	240,5	242,5
S BSU Textil 0	1320G	1320G
D Buckau-W. 4,1	122G	122
D Buderus *12,6	385G	385G
M Bgl.Br.Ing. *12+1	980G	980
S Bgl.Brh.Rav. *0	375G	375G
S Calw D. **18	695	735G
F Cassella *15	525	530
F Ceag 0	159,8	160

	29.8.	28.8.
M En. Oberfr. 6	278G	278G
M En. Ostb. 6	217	214
H Elbrolt 0	83,5	83,8bG
B Engelhardt 7	213T	213T
D Enka 7,5	353	354
M Erlus 10	379B	379
M Erste Kulmb. 9	1285	1285G
S esbl *0	7G	7,5bB
S Essl. Masch. *6	445G	445G
M Esterer **10	555G	555bG
D Farb. Liqu. +RM 0	7,6bG	7,6
F Flachglas 9	255	247bG
D Ford *19,36	850T	850T
B Forst. Ebh. *4 %	3600	3600T
M Fr. Oberl. Wk. 5	230	233

	29.8.	28.8.
S Hohner *6	178	178
H Holsten-Br. 6	240bG	240
F Holzmann 10	494,5	496
D Horten 6	195	195
B Hw. Kayser *12	275B	275B
D Hussel 8	364	360
M Hutschenr. 9+1	260bG	259,5
H Hypo Hbg. 10+2,5	520	530
D IKB 7,5	217	217,5
S IWKA 3	310	294,9
M Isar-Amper 7,5	337bG	337
D Isenbeck 4,75	168T	168T
H Jacobsen *8	630G	630G

Ausland

Wien	29.8.	28.8.
Creditanst.-Bkv.Vz.	370	382
Gösser-Brauerei	535	540
Länderbank Vz.	365	360
Österr. Brau AG	505	519
Perlmooser	620	650
Reininghaus	875	875
Schwechater Br.	304	305
Semperit	105	–
Steyr-Daimler-P.	170	175
UniversaleHochTief	268	266
Veitscher Magnesit	550	568
Index	100,75	102,81

Kopenhagen	29.8.	28.8.
Den Danske Bank	359	355
Jyske Bank	735	730
Kopenh. Handelsbk.	302	300
Novo Industri	250	254
Privatbanken	314	309
Ostasiat. Komp.	269	264
Dan. Sukkerfabr.	510	505
For. Bryggerier St.	995	965
Kgl. Porc. Fabr.	350	350

Brüssel	29.8.	28.8.
Arbed	1600	1600
Brux. Lambert	1900	1915
Cockerill Ougrée	206	206
Ebes	2945	2915
Gevaert	4040	3990
Kreditbank	9080	9100
Pétrofina	6120	6280
Soc. Gén. d. Belg.	1810	1805
Sofina	7350	7400
Solvay	4900	4825
UCB	4950	4950
Index	2378,59	2370,75

Singapur	29.8.	28.8.
Cycle + Car.	3	3,2
Cold Storage	2,66	2,63
Dev. Bk. of Sing.	4,76	4,76
Fraser + Neave	5,7	5,65
Kl. Kepong	2,3	2,3
Mal. Banking	5,5	5,45
Nat. Iron	1,9	1,87
OCBC	7,95	7,9
Sime Darby	1,73	1,72
Singapur Land	–	2,16
Un. Overs. Bank	3,4	3,36

Optionshandel

Frankfurt: 29. 08. 85

2586 Optionen = 131 050 (108 200) Aktien

davon 539 Verkaufsoptionen = 27 250 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-100/41, 10-110/31, 10-120/22, 10-130/12, 10-140/3,1, 10-150/1, BASF 10-191/38, 10-201/34, 10-211/18, 10-220/10,6, 10-240/2,5, 10-291/8, Bayer 10-190/40, 10-200/30, 10-211/9, 10-220/8, 10-221/8, 10-230/4,4, 10-240/2, 10-250/1, 10-251/1, BHF 4-350/20,8, 4-360/19, Bay. Hypo 10-380/10, BMW 10-480/5, 1-450/25, Bay. Vereinsbk. 10-400/20, Commerzbk. 10-210/7, 1-200/25,2, 1-207,75/10, 1-210/17,1, 1-220/12,5, 1-230/9, 1-240/7, Conti 10-160/4,85, 1-170/5, 4-160/15,6, 4-170/7,8, Daimler 10-880/88, 10-889,5/72, 10-940/42, Dt. Babcock St. 1-170/9,7, 4-170/14,6, Dt. Babcock Vz. 10-160/6,5, Deutsche Bk. 10-550/29, 10-600/11,5, 1-570/35, 1-600/22, 1-620/12,2, Degussa 1-380/13, Dresdner Bk. 10-222,5/50,5, 10-280/19,4, 1-240/44, 1-250/32,7, 1-270/22,8, 1-290/18, 1-300/10,6, GHH St. 1-180/12,5, Hoechst 10-210/12, 10-220/6,1, 10-221/5, 10-230/3, 10-240/1,5, Hoesch 10-110/11,6, 10-120/4, 10-130/2, 1-110/17,4, 1-120/9,6, 1-130/6,5, 1-140/4, Karstadt 10-223/41, 10-233/31, 10-250/23, 1-243/28, 1-270/12,4, Kaufhof 10-240/54,5, 10-243,5/51, 10-280/41, KHD 4-320/11, Klöckner 10-65/4, 10-70/2, 1-60/9,5, 1-65/6,5, 1-75/3, Lufthansa St. 4-250/15,4, Lufthansa Vz. 1-215,5/23, 1-220/20, Mannesmann 10-156/44, 10-166/34, 10-178/24, 10-188/14, 10-190/11, 10-200/4,5, Nixdorf 1-600/15,8, Preussag 10-280/16, 1-280/14,4, RWE St. 1-180/10, 4-190/18,4, RWE Vz. 1-190/9,6, Kali + Salz 4-330/18,6, Siemens 10-530/38, 10-600/3,5, Thyssen 10-98,25/33, 10-100/30,2, 10-108,25/21,5, 10-110/20, 10-120/10,6, Veba 10-230/15, 10-240/10, 10-250/5, VEW 1-140/13,6, VW 10-310/28,5, 10-340/11,8, 10-350/9,5, 10-380/4, Alcan 10-80/2,5, 1-80/6, 4-85/6,1, Chrysler 1-110/5, Elf 10-65/3, IBM 1-390/17, 1-400/15, Norsk Hydro 10-35/3, 10-40/1, 1-35/3,6, 4-35/5,2, 4-40/3, Philips 4-40/8, 4-50/3, Verkaufsoptionen: AEG 10-130/2, 1-120/2, 1-130/3,9, BASF 10-220/2, 1-220/3,6, 1-230/10, Bayer 10-220/2,5, 1-220/4, 1-230/10, BHF 10-310/4, 1-310/5,4, Bay. Hypo 10-360/4, BMW 10-430/7, 10-440/10,1, 1-410/6, 1-420/8, Commerzbk. 10-210/3, 1-200/2,7, Conti 10-150/2,3, 10-160/7, 1-140/1,4, 1-150/5, Daimler 1-890/12, 1-900/19, Deutsche Bk. 10-550/6,5 10-560/7,4, 1-540/7, 1-550/10, 1-560/10,2, Dresdner Bk. 10-250/2,4, 10-270/6, 1-250/5, 1-260/7, 1-270/11, GHH St 10-170/2, Hoechst 1-210/1,3, 4-210/6,5 Hoesch 10-120/2,5, 1-120/4, 4-110/2, Klöckner 10-65/1, 1-65/2,9, 1-70/5,5, Linde 1-470/5,6, Mercedes 1-740/5, Mannesmann 1-190/4, Preussag 4-270/7,5, Schering 10-450/6, Siemens 10-540/8, 10-550/10,7, 1-500/2, 1-580/3,5, Thyssen 1-120/2, 1-130/5, 4-120/3,1, Veba 1-220/2, 4-220/3, VW 10-290/1,4, 10-310/4,65, 10-320/7, 10-330/9,4, 1-290/2, 1-300/4,4, 1-310/7,5, 1-320/11, 1-330/16,1, IBM 4-350/15,4, Norsk Hydro 1-40/4, 4-35/2,5, Xerox 1-140/4,5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29.8.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7¾–8	4⅜–4½	4⅜–4⅝
3 Monate	7⅞–8⅛	4⅜–4⅝	4½–4¾
6 Monate	8–8¼	4½–4¾	4⅝–4⅞
12 Monate	8½–8¾	4⅝–4⅞	4⅝–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29.8 folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1320,00	1687,20
10 US-Dollar (Indian)**	1285,00	1551,50
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	649,80
1 £ Sovereign alt	216,50	269,61
1 £ Sovereign Elizabeth II.	213,50	266,19
20 belgische Franken	168,25	220,31
10 Rubel Tscherwonez	224,50	283,29
2 südafrikanische Rand	210,00	261,06
Krüger Rand, neu	935,50	1106,37
Maple Leaf	951,75	1124,90
Platin Noble Man	963,00	1137,72
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	218,25	277,31
20 schweiz. Franken „Vreneli"	183,25	237,41
20 franz. Franken „Napoléon"	171,50	224,01
100 österr. Kronen (Neuprägung)	881,50	1068,75
20 österr. Kronen (Neuprägung)	174,25	221,45
10 österr. Kronen (Neuprägung)	90,50	120,27
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	408,00	499,32
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	95,50	131,67

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

29.8.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4])	Frankf. Sorten*) Ankauf	Frankf. Sorten*) Verkauf
New York[3])	2,7682	2,7762	2,7449	2,71	2,81
London[1])	3,880	3,903	3,825	3,80	3,95
Dublin[1])	3,104	3,118	3,069	3,021	3,160
Montreal[3])	2,0317	2,0397	2,0128	1,98	2,08
Amsterd.	88,68	88,90	88,515	86,78	90,77
Zürich	121,83	122,03	121,91	120,75	123,50
Brüssel	4,932	4,952	4,878	4,76	4,96
Paris	32,67	32,83	32,255	31,75	33,50
Kopenh.	27,42	27,54	27,210	26,75	28,50
Oslo	33,77	33,89	33,150	32,75	34,50
Stockh.**)	33,495	33,655	32,885	32,50	34,25
Mailand[2])**)	1,4845	1,4945	1,4580	1,44	1,54
Wien	14,212	14,252	14,198	14,13	14,35
Madrid**)	1,698	1,708	1,650	1,66	1,78
Lissabon**)	1,685	1,885	1,570	1,25	2,05
Tokio	1,1685	1,1715	–	1,13	1,19
Helsinki	46,85	47,05	45,910	45,75	47,75
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,08	0,18
Athen*)**)	2,078	2,13	–	1,85	2,45
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	1,947	1,988	–	1,80	1,99
Johannbg.*)	–	–	–	0,65	1,25

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Kurse von 2,7680 bis 2,7760 zeigen, daß am Devisenmarkt am 29. 8. Ruhe herrschte. Der Monatsultimo und das bevorstehende lange Wochenende in den USA dämpften die Unternehmungslust. Amtlich wurde der US-Dollar mit 2,7722 notiert. Das Englische Pfund zog auf 3,896 an und näherte sich damit der Schwelle von 3,90, die am 1. 8. nach unten durchbrochen wurde. Nach der valutarischen Überwindung des Monatsultimos fiel der Schweizer Franken wieder unter die Marke von 122,00. Die übrigen amtlichen Notierungen lagen überwiegend etwas fester. US-Dollar in: Amsterdam 3,1245; Brüssel 56,1100; Paris 8,4690; Mailand 1862,50; Wien 19,4700; Zürich 2,2738; Ir. Pfund/DM 3,111; Pfund/Dollar 1,4054; Pfund/DM 3,896.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 28.8.: in D-Mark 2,22813 (Parität 2,24184); in Dollar 0,80438 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 29. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

In einem ruhigen Markt notierten die Abschläge am 29. August auf Vortagesbasis.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,85–0,75	2,44–2,34	4,88–4,68
Pfund/Dollar	0,45–0,43	1,20–1,16	1,97–1,92
Pfund/DM	3,10–1,70	7,40–6,00	12,8–11,4
FF/DM	23–7	58–43	119–103

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29.8.: Tagesgeld 4,75–4,90 Prozent; Monatsgeld 4,55–4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55–4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent. 6 Mon. 4,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 29.8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 29.8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an. Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,28) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,80, Rendite 6,06.

VARTA

Weiterhin auf Wachstumskurs

dpa/VWD, Hannover

Die zur Quandt-Gruppe gehörende Varta AG, Bad Homburg, erwartet 1985 erneut ein zufriedenstellendes Ergebnis. Das Unternehmen, das weltweit zu den führenden Batterieherstellern zählt, hatte 1984 im Inlandskonzern einen Jahresüberschuß von 29,6 Mill. DM erzielt und weist im Weltabschluß einen Überschuß von 37,7 Mill. DM aus. Wie der Vorstand gestern in einem Zwischenbericht mitteilte, stieg der Weltumsatz im 1. Halbjahr 1985 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 15 Prozent auf 875 Mill. DM. Dabei baute der Inlandskonzern den Umsatz um 14 Prozent auf 514 Mill. DM aus.

Zum Umsatzwachstum trugen alle Sparten bei. Während der Bereich *Gerätebatterien auf 270 Mill. DM (plus 18 Prozent)* kam, konnte der Starterbatterieumsatz auf 373 Mill. DM (plus 15 Prozent) gesteigert werden. Bei den Industriebatterien erhöhte sich der Umsatz um zwölf Prozent auf 197 Mill. DM.

Das Investitionsprogramm will Varta planmäßig fortsetzen. Erwartet wird für 1985 ein Investitionsvolumen, das deutlich über dem Vorjahreswert von 67 Mill. DM und über den Abschreibungen liegt. Schwerpunkt der Investitionen ist wieder das Inland. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Inlandskonzern im 1. Halbjahr auf 6846 (Ende 1984: 6596), während sie sich bei den Auslandsgesellschaften auf 5270 (5373) Mitarbeiter verringerte.

Kooperation bei Telefonanlagen

J. Sch. Paris

Die französische Jeumont-Schneider hat in der zur deutschen Bosch-Gruppe gehörenden Gesellschaft Telenorma einen Kooperationsvertrag im Bereich privater Telefonanlagen unterzeichnet. Danach wird Telenorma in der Bundesrepublik insbesondere die von Jeumont-Schneider produzierten Telefonzentralen für Unternehmen vertreiben, während Jeumont-Schneider vor allem Telefonapparate von Telenorma in Frankreich absetzt.

Die beiden Gesellschaften wollen außerdem zum Export in Drittländer gemeinsame Offerten abgeben. Darüber hinaus ist eine gemeinsame Einkaufspolitik für elektronische Bauelemente und eine noch nicht näher definierte industrielle Kooperation vorgesehen. Demnächst will man im Bereich der zukunftsträchtigen integrierten Kommunikationssysteme forschungsmäßig zusammenarbeiten. Das Abkommen sei das erste seiner Art in Europa, heißt es bei Jeumont-Schneider. Der zweißtgrößte private Telefonmaterialproduzent in Frankreich setzt in diesem Bereich 1,4 Mrd. Franc um. Telenorma ist mit 1,9 Mrd. DM viermal größer.

Union Carbide schließt Fabriken

dpa/VWD, New York

Die Union Carbide Corporation, Danbury/ Connecticut, Amerikas viertgrößter Chemiekonzern, wird eine Reihe unwirtschaftlicher Fabriken schließen und die Zahl seiner Verwaltungsangestellen um 15 Prozent kürzen. Der Personalabbau soll hauptsächlich durch die Frühpensionierung von 4000 Angestellten erfolgen. Dadurch werden im Jahr 250 Millionen Dollar eingespart. Der Verkauf unwirtschaftlicher Geschäftsbereiche soll weitere *500 Millionen Dollar* bringen. Im Rahmen der Anstrengungen wird Carbide eine Milliarde Dollar Aktiva abschreiben.

Mit diesen und anderen Einsparungen soll der Rückkauf von zehn Millionen Carbide-Aktien finanziert werden, um den Kurs zu stützen. Seit dem Giftgasdesaster in der indischen Stadt Bhopal im Dezember 1984 ist die Carbide-Aktie stetig gefallen; Gerüchte über einen Übernahmeversuch tauchten auf. Sie verdichteten sich, nachdem die Chemiegesellschaft GAF Corporation innerhalb weniger Wochen 7,1 Prozent der Carbide-Aktien zusammengekauft hatte. Außerdem will Union Carbide 100 Millionen Dollar in Sicherheits- und Umweltmaßnahmen der verbleibenden Produktionsstätten investieren.

NAMEN

Dr. **Hans O. R. Kramer**, bis 1965 Vorstandsmitglied der Bayer AG, Leverkusen, feiert am 31. August seinen 85. Geburtstag.

Prof. **Werner Sell**, früherer Vorsitzender und jetziger Ehrenvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft die Moderne Küche (AMK), wird am 1. September 85 Jahre alt.

Max R. Dombret, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Auto-Finanz AG, Erlangen/München, vollendet am 1. September *sein 60. Lebensjahr.*

Dr. **Christoph Niemann** (48), Generalbevollmächtigter der Frankfurter BHF-Bank, wechselt zum Jahresbeginn 1986 als persönlich haftender Gesellschafter zum Düsseldorfer Bankhaus Trinkaus & Burkhardt KGaA.

Warenpreise – Termine

Mit gegenläufigen Tendenzen schlossen die Edelmetallnotierungen an der New Yorker Comex. Während Gold Gewinne verzeichnete, ging Silber schwächer aus dem Markt. Fester notierte Kupfer. Verluste mußte Kaffee hinnehmen, Gewinne konnte Kakao verbuchen.

Getreide und Getreideprodukte

	28.8.	27.8.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	269,25	273,75
Dez	283,25	287,00
März	289,75	293,00
Weizen Winnipeg (can $/t)		
Wheat Board cif St Lawrence 1 CW	229,25	229,25
Amber Durum	226,19	226,19
Roggen Winnip. (can $/t)		
Okt	116,30	113,90
Dez	119,80	117,80
März	124,50	123,20
Hafer Winnip (can $/t)		
Okt	92,40	92,40
Dez	94,90	95,40
März	98,50	98,50
Hafer Chicago (c/bush)	28.8.	27.8.
Sept	114,50	117,00
Dez	124,25	126,00
März	128,00	129,50
Mais Chicago (c/bush)		
Sept	227,25	228,50
Dez	217,50	218,50
März	226,25	228,50
Gerste Winnipeg (can $/t)	28.8.	27.8.
Okt	108,20	110,40
Dez	111,70	113,10
März	114,60	115,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	28.8.	27.8.
Terminkontr. Sept	137,35	137,45
Dez	140,02	140,30
März	141,30	141,50

Kakao New York ($/t)	28.8.	27.8.
Terminkontr. Sept.	2180	2174
Dez.	2259	2238
März	2290	2273
Umsatz	2012	2967

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,75	4,48
Okt.	4,89	4,55
Jan.	4,95	4,65
März	5,23	4,79
Mai	5,36	5,10
Umsatz	7419	10424
Isa-Preis fob karibische Häfen US-c/lb)	28.8. 4,52	27.8. 4,35

Kaffee London (£/t) Robusta	28.8.	27.8.
Kontrakt Sept.	1641-1642	1662-1665
Nov.	1682-1685	1706-1710
Jan.	1716-1718	1745-1749
Umsatz	1839	1829

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1752-1753	1752-1754
Dez.	1764-1765	1768-1769
März	1773-1774	1778-1779
Umsatz	4207	3347

Zucker London (£/t) Nr. 6	28.8.	27.8.
Okt.	130,40-130,80	123,60-124,00
Dez.	133,40-134,00	127,80-128,00
März	140,80-141,00	134,20-134,60
Umsatz	3602	2743

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	29.8.	28.8.
schw. Sarawak spez.	720,00	715,00
weißer Sarawak	855,00	855,00
weißer Muntok	865,00	865,00

Orangensaft New York (c/lb)	28.8.	27.8.
Sept.	134,50	134,50
Nov.	129,75	129,60
Jan.	125,95	125,60
März	124,60	124,50
Mai	123,40	123,40
Umsatz	250	700

Öle, Fette, Tierprodukte

	28.8.	27.8.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	34,00	36,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	22,75	22,75
Sojaöl Chicago (c/lb) Aug.	22,25	22,80
Sept.	22,00	22,50
Okt.	21,95	22,35
Dez.	22,10	22,45
Jan.	22,35	22,70
März	22,55	22,80
Mai	22,50	22,85
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	21,75	21,75
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	17,00	17,50
Choise white hog 4 % fr. F.	12,00	13,00
Talg New York (c/lb) top white	14,75	14,75
fancy	14,00	14,00
bleichfähig	13,50	13,50
yellow max. 10%fr.F	10,25	10,25
Schweine Chicago (c/lb) Aug.	36,30	37,25
Okt.	38,90	39,60
Dez.	40,10	43,25
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Aug.	58,40	58,87
Feb.	58,35	58,75
März	59,65	59,90
Häute Chicago (c/lb)	28.8.	27.8.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,50	56,50
Kühe einh. schwere River Northern	43,00	43,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Aug.	512,00	513,00
Sept.	508,00	510,00
Nov.	517,50	519,00
Jan.	527,50	529,00
März	535,50	537,00
Mai	539,00	541,00
Juli	538,50	540,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Aug.	124,20	123,50
Sept.	124,80	124,60
Okt.	128,50	130,30
Dez.	129,50	129,80
Jan.	132,00	133,00
März	134,50	135,20
Mai	137,00	138,00
Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	28.8.	27.8.
Okt.	301,00	301,00
Dez.	304,80	305,00
März	315,00	315,00
Kokosöl New York (c/lb)	28.8.	27.8.
Westküste fob Werk	23,00	24,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	29.8.	28.8.
jegl. Herk. cif	870,00	870,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	585,00	585,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	380,00	382,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	153,00	156,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	440,00	435,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	242,00	242,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	28.8.	27.8.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	58,20	58,00
Dez.	58,42	58,35
März	59,62	59,60
Mai	60,12	59,90
Juli	59,78	59,67
Okt.	55,10	54,85
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	43,50	43,50
Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz.:	29.8.	28.8.
Okt.	501-503	501-502
Dez.	506-507	504-507
Jan.	507-508	506-509
Umsatz	25	24
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	28.8.	27.8.
Okt.	52,50	52,50
Dez.	54,80	54,80
März	54,90	54,90
Mai	55,10	55,10
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standardtype	28.8.	27.8.
Okt.	611,00-615,00	612,00-615,00
Dez.	615,00-621,00	616,00-621,00
Mai	633,00-638,00	624,00-627,00
Umsatz	7	34
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	29.8.	28.8.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	28.8.	27.8.
Sept.	12540	12549
Okt.	12509	12520
Kautschuk London (p/kg)	28.8.	27.8.
Nr. 1 RSS loco	61,00-63,00	61,00-63,00
Sept.	–62,00	–62,00
Okt.	–65,00	–65,00
Nov.	–65,00	–65,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	28.8.	27.8.
Aug.	182,50-183,25	183,50-184,50
Sept.	181,50-182,50	182,50-184,00
Nr. 2 RSS Aug.	171,50-172,50	173,00-174,00
Nr. 3 RSS Aug.	169,00-170,00	170,50-171,50
Nr. 4 RSS Aug.	164,50-165,50	166,00-167,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	29.8.	28.8.
BWC	575	575
BWD	550	550
BTC	575	575
BTD	550	550

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenang.: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (-); BTC – (-); BTD – (-)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	29.8.	28.8.
Aluminium: Bas. Lond. laufend. Monat	280,04-280,43	281,59-281,78
drittfolg. Monat	289,21-289,41	290,73-290,93
Blei: Bas. London laufend. Monat	117,09-117,29	116,95-117,15
drittfolg. Monat	118,07-118,26	117,34-117,54
Nickel: Bas. London laufend. Monat	1356,29-1360,20	1344,69-1348,58
drittfolg. Monat	1383,61-1385,57	1369,98-1371,95
Zink: Bas. London laufend. Monat	193,20-195,59	191,29-191,49
drittfolg. Monat	194,76-194,95	192,65-192,85
Produz.-Preis	230,43	230,10
Beizzinn 99,9 %	3821-3859	3815-3853

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	29.8.	28.8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	399,09-402,40	394,84-398,15
Blei in Kabeln	124,75-125,75	124,75-125,75
Aluminium f. Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	29.8.	28.8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	354-359	351-354
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	394-396	394-397
MS 63	392-396	389-395

Zinn-Preis Penang

	29.8.	28.8.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,79	30,79

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	29.8.	28.8.
Leg. 225	350-353	350-353
Leg. 226	352-355	352-355
Leg. 231	387-388	387-388
Leg. 233	397-398	397-398

Preise für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

Platin (DM je g)	32,75	32,95
Gold (DM/kg Feing.) Banken-Vkfpr.	30780	30750
Rücknahmepr.	30050	30000
Gold (DM/kg Feing.) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	30780	30930
Rücknahmepr.	30000	30140
verarbeitet	32290	32450
Gold (Frankf. Börsenkurs) (DM je kg)	30200	30270
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	576,40	584,50
Rücknahmepr.	559,30	567,20
verarbeitet	601,70	610,10

Internationale Edelmetalle

	29.8.	28.8.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	338,40	339,30
15.00	337,00	340,90
Zürich mittags	338,00-338,50	340,50-341,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	92450	92100
Silber (p/Feinunze) London Kasse	448,70	456,15
3 Monate	460,75	468,75
6 Monate	471,95	480,85
12 Monate	495,55	504,35
Platin (£/Feinunze) London	28.8.	27.8.
fr. Markt	244,10	238,60
Palladium (£/Feinunze) London	28.8.	27.8.
f Händlerpreis	76,40	74,55

New Yorker Metallbörse

Gold H & H Ankauf	340,90	335,00
Silber H & H Ankauf	634,50	630,50
Platin fr. Händlerpr	331,00-333,00	331,00-333,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr	107,00-108,00	104,50-105,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) Aug.	652,50	654,00
Sept.	631,50	634,00
Dez.	636,90	638,90
Jan.	644,50	647,00
März	650,40	652,30
Mai	659,00	660,80
Juli	680,00	670,00
Umsatz	14000	10000
Kupfer (c/lb)	28.8.	27.8.
Aug.	59,95	58,80
Sept.	59,90	58,80
Dez.	61,25	60,15
Jan.	61,70	60,55
März	62,35	61,25
Mai	62,85	61,70
Juli	63,50	62,70
Umsatz	7200	13600

Londoner Metallbörse

	29.8.	28.8.
Aluminium (c/lb) mittags Kasse	717,50-718,50	724,00-725,00
3 Monate	741,00-741,50	747,50-748,50
Blei (£/t) mittags	300,00-300,50	301,00-302,00
3 Monate	302,50-303,00	302,00-302,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1002,00-1002,50	994,00-994,50
3 Monate	1027,50-1028,00	1020,50-1021,00
abends Kasse	–	996,00-997,00
3 Monate	–	1022,50-1023,50
(Kupfer-Standard) mittags Kasse	972,00-973,00	968,00-970,00
3 Monate	1002,50-1003,00	997,00-999,00
Zink (£/t) mittags	495,00-496,00	483,00-484,00
3 Monate	499,00-499,50	487,50-488,00
Zinn (£/t) mittags	9085-9086	9085-9086
3 Monate	9050-9051	9050-9051
Quecksilber ($/Fl)	–	280-290
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	65-70

Wir trauern um unseren

Felix Jud

7. März 1899 – 27. August 1985

Karen Grimme geb. Jud
Bertil Grimme
Benjamin und Christian
Dr. Barbara Möller geb. Jud
Dr. Jürgen Möller
Andreas und Stefan
Michael Jud

Oderfelder Straße 13
2000 Hamburg 13

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 6. September 1985, um 14 Uhr in der Hauptkirche St. Katharinen zu Hamburg, Katharinenkirchhof 1.

Die Urnenbeisetzung erfolgt später im Kreise der Familie.

Eine Spende für das „Sozialwerk des Deutschen Buchhandels e. V.", Kontonummer 175 22 48 (Jud), Dresdner Bank Frankfurt (Main), BLZ 500 800 00 wäre im Sinne des Verstorbenen.

Wir trauern um

Felix Jud

7. März 1899 – 27. August 1985

den Gründer der Hamburger Bücherstube.

Mit ihm haben wir einen guten Freund, einen mutigen und vorbildlichen Menschen verloren, der uns Beispiel war und den wir nicht vergessen werden. Wir wollen die Buchhandlung in seinem Geiste fortführen.

Hamburger Bücherstube
Felix Jud & Co.
Wilfried Weber
und
alle Mitarbeiter

Neuer Wall 13
2000 Hamburg 36

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 6. September 1985, um 14 Uhr in der Hauptkirche St. Katharinen zu Hamburg, Katharinenkirchhof 1.

Die Urnenbeisetzung erfolgt später im Kreise der Familie.

Eine Spende für das „Sozialwerk des Deutschen Buchhandels e. V.", Kontonummer 175 22 48 (Jud), Dresdner Bank Frankfurt (Main), BLZ 500 800 00, wäre im Sinne des Verstorbenen.

Ein erfülltes Leben ist still zu Ende gegangen.

Robinson Schellack

16. Januar 1901 26. August 1985

Mein geliebter Mann und unser gütiger Vater und Großvater hat uns verlassen.

In tiefer Trauer
Erna Schellack
Dr. Rüdiger Schellack
und Frau Kirsten
Dr. Gisela Schellack
Dirk Schellack

Hamburg 20
Arnold-Heise-Straße 20

Trauerfeier am Donnerstag, dem 5. September 1985, um 12 Uhr, Halle B, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf.

Anschließend Beisetzung im Familiengrab.

Suchet der Stadt Bestes . . .
(Jer. 29,7)

Nach langer, mit großer Geduld ertragener Krankheit ist mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Dr. Rupprecht Dittmar

* 2. 8. 1914 † 24. 8. 1985

entschlafen.

In stiller Trauer
Dorothea Dittmar geb. Jansen
Friedrich Dittmar
Carmen Dittmar-Lohn
Henning und Katharina
Marianne Tribaldos-Alba geb. Dittmar
Rogelio Tribaldos-Alba
Sonia, Elisabeth, Theresa und Daniel
Dr. Michael Dittmar
Heide Renner

Falkenhorst 21, 2000 Hamburg 72

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden†
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984. Für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Zahnmedizin
1. Semester

von	nach
1 FU Berlin	Bonn
2 FU Berlin	Münster
3 FU Berlin	Uni München
4 Münster	Düsseldorf
5 Regensb.	Uni München
6 Tübingen	Münster

Zahnmedizin
2. Semester

von	nach
1 Bonn	Münster
2 Freiburg	Frankfurt
3 Freiburg	Heidelberg
4 Freiburg	Mainz
5 Freiburg	Tübingen
6 Hamburg	Uni München
7 Köln	Düsseldorf
8 Köln	Göttingen
9 Köln	Hannover

Zahnmedizin
3. Semester

von	nach
1 Bonn	Uni München
2 Bonn	Tübingen
3 Bonn	Ulm
4 Erlangen	Tübingen
5 Erlangen	Ulm
6 Freiburg	Hamburg
7 Freiburg	Uni München
8 Freiburg	Ulm
9 Freiburg	Würzburg

Zahnmedizin
4. Semester

von	nach
1 Bonn	Mainz
2 Freiburg	Bonn
3 Freiburg	Gießen
4 Freiburg	Hannover
5 Heidelberg	Erlangen
6 Heidelberg	Würzburg

Zahnmedizin
5. Semester

von	nach
1 Frankfurt	Bonn
2 Frankfurt	Mainz
3 Frankfurt	Ulm
4 Göttingen	Bonn
5 Göttingen	FU Berlin
6 Göttingen	Düsseldorf
7 Göttingen	Frankfurt
8 Göttingen	Köln
9 Göttingen	Münster
10 Heidelberg	Frankfurt
11 Heidelberg	Mainz
12 Heidelberg	Würzburg
13 Köln	Göttingen
14 Köln	Marburg
15 Uni Kiel	Aachen
16 Uni Kiel	Freiburg
17 Uni Kiel	Göttingen
18 Marburg	Düsseldorf
19 Marburg	Münster
20 Marburg	Uni München
21 Mainz	Saarbrücken
22 Ulm	Freiburg
23 Ulm	Göttingen
24 Ulm	Hamburg

Zahnmedizin
6. Semester

von	nach
1 Aachen	Gießen
2 Aachen	Marburg
3 FU Berlin	Düsseldorf
4 FU Berlin	Freiburg
5 FU Berlin	Uni München
6 Frankfurt	Heidelberg
7 Frankfurt	Uni München
8 Frankfurt	Ulm
9 Freiburg	Uni München
10 Hamburg	Uni München
11 Uni Kiel	Bonn
12 Münster	Frankfurt
13 Münster	Freiburg
14 Münster	Heidelberg
15 Münster	Uni München
16 Münster	Mainz
17 Münster	Tübingen
18 Münster	Ulm
19 Tübingen	Uni München

Zahnmedizin
7. Semester

von	nach
1 Bonn	Aachen
2 Bonn	FU Berlin
3 Bonn	Göttingen
4 Bonn	Hamburg
5 Bonn	Köln
6 Bonn	Uni Kiel
7 Bonn	Münster
8 Freiburg	Frankfurt
9 Freiburg	Gießen
10 Freiburg	Marburg
11 Marburg	Freiburg
12 Münster	Bonn
13 Münster	Frankfurt
14 Münster	Göttingen
15 Münster	Hannover
16 Münster	Heidelberg
17 Münster	Uni Kiel
18 Münster	Tübingen
19 Uni München	Bonn
20 Uni München	Düsseldorf
21 Uni München	Köln

Zahnmedizin
10. Semester

von	nach
1 Würzburg	Tübingen

Biologie
1. Semester

von	nach
1 Hamburg	Heidelberg
2 Hamburg	Uni Kiel
3 Hamburg	Tübingen
4 Hamburg	Würzburg

Biologie
2. Semester

von	nach
1 Braunschweig	Freiburg
2 Braunschweig	Heidelb.
3 Braunschweig	Marburg
4 FU Berlin	Tübingen
5 Düsseldorf	Hamburg
6 Erlangen	Hamburg
7 Frankfurt	Freiburg
8 Frankfurt	Heidelberg
9 Frankfurt	Mainz
10 Freiburg	Hamburg
11 Freiburg	Münster
12 Gießen	Göttingen
13 Göttingen	FU Berlin
14 Köln	Uni Kiel
15 Münster	Köln
16 Mainz	Freiburg
17 Mainz	Heidelberg
18 Tübingen	Erlangen
19 Ulm	Heidelberg
20 Würzburg	Hannover
21 Würzburg	Hamburg
22 Würzbrug	TU München
23 Würzburg	Uni München

Biologie
4. Semester

von	nach
1 LD	Göttingen
2 LD	Tübingen
3 Frankfurt	Würzburg
4 Freiburg	TU München
5 Freiburg	Uni München
6 Gießen	Hannover
7 Gießen	Heidelberg
8 Gießen	Köln
9 Gießen	Uni München
10 Göttingen	Heidelberg
11 Göttingen	Köln
12 Göttingen	Uni München
13 Uni Kiel	Freiburg
14 Mainz	Freiburg
15 Mainz	Heidelberg

Biologie
5. Semester

von	nach
1 Hannover	Freiburg
2 Hannover	Heidelberg
3 Hannover	Uni München
4 Mainz	Heidelberg
5 Mainz	Tübingen

Biologie
6. Semester

von	nach
1 Braunschweig	Freiburg
2 Gießen	Hamburg
3 Heidelberg	Uni München
4 Köln	Heidelberg
5 Konstanz	Freiburg
6 Konstanz	Uni Kiel

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1985

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschr.

[illegible]

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	102,6	102,6G

Renten weiter freundlich

Ungeachtet der wiedererwachten Zinsunsicherheit in den USA und trotz ultimobedingter Einschränkungen hielten die Käufe im Bereich der öffentlichen Anleihen an, allerdings erreichten sie nicht mehr das Volumen des Vortages. Immerhin wurden aber einzelne Anleihen bis zu 0,30 Prozentpunkte heraufgesetzt. Die Masse der Emissionen lag indessen nur geringfügig höher. Das gilt auch für die Bundesobligationen, wo die am Vortag eingeführte 6½prozentige Serie 56 um 0,10 Prozentpunkte angehoben worden ist. DM-Auslandsanleihen lagen weiterhin freundlich.

M 6½ dgl. Pf 3	96,5G	96,5bG
M 6½ dgl. Pf 12	96G	96G
M 7 dgl. Pf 20	102,75G	102,75G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	105,5G	105,5G
B 7 dgl. Pf 31	101,5G	101,5G
B 6 dgl. Pf 34	100G	100G
B 6½ dgl. Pf 37	100,6G	100,6G
Ha 5 BdHam. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn 7 dgl. Pf 80	100,75G	100,75G
Hn 7½ dgl. Pf 87	106G	106G
Hn 6 dgl. KS 29	90,75G	90,75G
Hn 7 dgl. KS 30	102,4G	102,4G

[illegible]

D 4 dgl. Pf 18	107G	107G
D 6 dgl. Pf 28	100,75G	100,75G
D 6½ dgl. Pf 67	95G	95G
D 5½ dgl. KO 14E	128G	128G
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 109	81,5G	81,5G
S 7 dgl. Pf 125	103,25G	103,25G
S 7 dgl. Pf 128	99,5G	99,5G
S 8 dgl. Pf 177	100G	100G
S 6 dgl. KS 77	89,25G	89,25G
Br 5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G

[illegible]

F 7½ dgl. 71/86	100,75T	100,75T
F 7½ dgl. 76/87	101	101,1
F 7½ Klöckner W. 71/86	100,85	100,5T
F 8 dgl. 72/87	101,1G	101
F 6 NWK 61/86	100,1G	100,1G
F 6 dgl. 62/87	100,7G	100,7G
F 6 Ob.Don.Krwk. 64/89	99,25T	99,25T
F 6 Rh.Braw. 65/89	98,6G	98,6G
F 6 dgl. 65/90	98,25G	98,25G
F 6 RWE 63/88	99,4G	99,4G
F 6 dgl. 65/90	99G	98,75
F 7½ dgl. 71/96	100,65G	100,65
F 7 dgl. 72/87	100,75T	100,5G

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

F 6 Bodenwk. 78/90	100G	100G
F 8 Chem. Hüls 71/86	100,6G	100,6G
F 7½ Conti Gummi 71/86	101T	100,8T
F 4½ Harpen 59	2380G	2380bG
F 7½ Hoesch 71/86	100,55G	100,55G
F 7½ Karstadt 71/86	100,5G	100,5G
F 7½ Kaufhof 71/86	100,5G	100,5

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

H 6½ Kopenhagen 72/87	99,5T	99,5T

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

	29.8.	28.8.
F 4½ AKZO 69		99G
F 5 Asics Corp. 83		107G
F 3½ All Nippon 78	Werte	174,5bG
F 3½ Asahi Opt. 78	lagen	118T
F 4½ Canon Inc. 77	bei	312G
F 5½ Daiei Inc. 80	Redak.-	125G
F 3 Daikio Int. 84	schluß	127
F 4½ Fujitsu Lim. 78	nicht	520G
F 5½ Hoogovens 68	vor	94G
F 5½ Izumiya Co. 78		135G
F 3½ Jusco Co. 78		118,5
F 4 Kawashima Tex. 84		107,5G
F 6 Komatsu 76		190
F 6 Konishiroku Pho81		140T
F 6½ dgl. 82		127G
F 3½ Koratsuen 78		147G
F 7½ Kraft Inc. 70		–
F 3½ Marudai F. 78		106
F 5½ Minolta Cam. 77	Werte	300G
F 4 dgl. 79	lagen	229G
F 6½ Mitsub. H. 81	bei	237,75G
F 6 dgl. 81	Redak.-	176bG
F 6 Nichii Co. Ltd.80	schluß	155G
F 3½ Nissan Mot. 78	nicht	105
F 4 Nisshin Steel 78	vor	181G
F 7½ Nito Boseki 84		106,5bB
F 3½ Olympus 78		235G
F 3½ Omron Tat. 79		275G
F 4½ Orient Fin. 79		220G
F 3½ Renown Inc. 84		108
F 3½ Ricoh Comp. 78		177G
F 6½ Rothm. Int. 77	Werte	107,5G
F 5½ Sanden Corp. 78	lagen	125G
F 6½ Sekisui 76	bei	215G
F 3½ Stanley 78	Redak.-	128
F 6 Taiyo Yuden 82	schluß	115G
F 5 Texaco Int. 66	nicht	99,85
F 3½ Tok.Elec. 78	vor	335G
F 4 Tokyu Land 79		124,25G
F 3½ Trio Kenw. 78		172T

Anmerkung. * Zinsen steuerfrei. Pf = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. (Kurse ohne Gewähr), B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart. Kursive Positionen = Ausländischer Freiverkehr

Ausländische Aktien in DM

	29.8.	28.8.
M Abbott Labor	162	159,8
F L'Air Liquide	190	190G
D Akzo	110,9	110,5
F Alcan	77,8	76,5
F Alcoa	97,5	97,2
F Alg. Bk. Nedld.	450	452bG
F All Nippon Air	7,7G	7,7G
F Allied Corp.	115	115
M ALPS El.	14,5	14,5
F Amax	42,5bG	41,8
F Am. Cyanamid	150,5	150,5
F *Ameritech*	251G	251
M AMR	124,6	127,3
D Gen. Shopping	120G	120G
D Gevaert	194T	190T
F Goodyear	77,5G	74,5bG
H Grace	118	121
F Greyhound	82,5	80T
D GKN	8,75T	8,5bB
F Gulf Canada	40	40
D Halliburton	80G	80,5G
F *HCA Hospital*	125G	124
M Hewlett Packard	101,6	100,7
F Highveld Steel	ausg.	ausg.
F dgl. o. O.	ausg.	ausg.
F Hitachi	790	800
M Pepsi	164	162,5
F Pernod	230T	230T
F Peugeot	150	128
F Philip Morris	229	230
M Phibro-Salomon	112,5	111,8
H Philips	42,4	42,5
M Pioneer El.	20,8	20,8
F Pirelli	4,5	4,5
M Polaroid	89,5	88,5
M Prime Computer	50,5	50
F Procter & G	163	162
D Ramada Inns	22,5G	22,5G
M Ranger Oil	10,9	11,2

[illegible]

FINANZANZEIGEN

Nur nichts Zufälliges: Kindersendungen vom BR

Zwitschern für die Jungen

Ich bin glücklich, wenn ich Autoren finde, die genug Naivität und Humor haben und echte Trauer empfinden können, um für Kinder zu schreiben", sagt Werner Simon. Der leitende Redakteur und Regisseur im bayerischen Kinderfunk am Münchner Rundfunkplatz hat Glück. Seine Autorenliste kann sich sehen lassen. Gina Ruck-Pauquet stellt sich mit ihrer Serie „Die Vögel zwitschern uns zu" mit einer pfiffigen Informationsreihe rund um das Vogelleben auch persönlich-stimmlich vor. Ein Blick auf die Liste der Hörerzählungen für das kommende Winterhalbjahr macht deutlich, daß Christine Nöstlinger, Achim Bröger, Irmgard Keun, Tilman Röhricht und viele andere ihr Talent auch in den Dienst des Kinderfunks stellen, daß aus den Archiven alte Märchenschätze von Günter Eich in neuem schillernden Gewand klangbildliche Auferstehung erleben. All dies zur Kinderstundenzeit, ab 5. Oktober täglich um 14 Uhr im BR 2.

Der „Sonntagswecker" bleibt wie gewohnt um 7.30 Uhr im BR 1 ein raffinierter Morgenkitzel und Magnet für kleine Frühaufwacher, die ihre Erzeuger noch schlafen lassen sollen. Die quicken Winzlinge ab vier – und nicht nur sie – sind glänzend bedient. Die bunte Hörfolge im „Sonntagswecker" läßt an Spannbreite und Sorgfalt der Auswahl kaum Wünsche offen. Der Bogen spannt sich vom altväterlichen Peter-Hebel-Ton bis zum bayerisch-urviechischen Schlagabtausch zwischen den Rentneroriginalen Frau Anspann und Herr Meier. Er schließt subtile und lehrreiche Sprachspiele „Das A-Z" ebenso ein wie „Traumgedichte", die auf den schmelzenden Klängen zweier Saxophone daherschwimmen.

Noch nach zehn Jahren ist das Paradeprogramm von Werner Simon synonym mit dem Begriff der Qualität, die dem eindrucksfähigen kindlichen Gemüt nur vom Besten auftischen mag, was die literarische Küche zu bieten hat. Weder an hochkarätigen Autoren noch an versierten Schauspielern als Sprechern und Akteuren wird gespart. Die Geschichte „Alles für die Katz", die eine ganze Familie fast „auf den Hund" bringt, ist auch deswegen so gelungen, weil sie so souverän dargeboten wird, wie der satirisch überhöhte Text es verlangt. Die musikalische Ausstattung etwa des neuinszenierten „Dornröschen" von Günter Eich befriedigt auch den versierten Hörer. Halbstundensendungen durch das Reich der Töne werden von der Abteilung E-Musik ernstgenommen („Der Notenschlüssel").

Geplant wird relativ langfristig im voraus, dem Zufall soll nichts überlassen bleiben. Zufälliges Kinderprogramm sei nichts für ihn, sagt Simon, der vom Laienspiel kommt und die Tücken selbstgestrickter „Kunstwerke", die nur durch die herzliche Aufnahme der eigenen Gruppe überleben, aus jahrelanger eigener Erfahrung kennt. Das Live- und Schnipsel-Muster auch für den Bereich der Kindersendungen will er anderen Sendern überlassen.

Sich für eine halbe Stunde auf eine Fragestellung ernsthaft einzulassen, das mutet er Kindern ab zehn Jahren allemal zu. Für sie sind u. a. die Hörbilder bestimmt, die unter dem Titel „Stadt, Land, Fluß" etwa den Werkstoff Glas (Sendung am 23. 11. 85) oder die „Vier Elemente" das Thema von allen Seiten ausleuchten: historisch, arbeitstechnisch, in seiner künstlerischen und seiner soziokulturellen Dimension.

Dem Bedürfnis nach Aktualität dienen in der Kinderreihe für Menschen bis 14 die informative Magazinsendung „Kaleidoskop" sowie „Das klingende Bilderbuch". Hier ranken sich Bücher- und Lerntips um ein Thema, das in eingeblendeten Szenen und mit Kommentaren im Originalton Betroffener lebendig wird: die Angst, der Haß auf den, der anders denkt, die Schwierigkeit mit dem Sterben, mit der Vergangenheit von Eltern und Großeltern.

Justine Mosz als Redakteurin findet es mitunter schwer, erst ein Thema zu suchen und dann in einer Sendung darauf zu reagieren. Was sie sich wünscht, ist verstärkte Anregung aus ihrer jungen Zuhörerschaft, welche Fragestellungen im „Kaleidoskop" drankommen sollen. Daß die Probleme oft nur angerissen und in dem begrenzten Zeitrahmen nicht ausdiskutiert werden können, findet sie auch vorteilhaft. So bleibt Raum für die eigene Reflexion, das Weiterdenken danach.

Demnächst kommt mit der lustigen Geschichte von dem kleinen David und der Mücke Goliath ein unbekannter Autor im Bayerischen Rundfunk zum Zuge. Er heißt Wolfhard Erdmann und kommt aus – Berlin. Die Völkerverständigung macht doch entschieden Fortschritte …

INGRID ZAHN

KRITIK

Haarsträubende Tatsachen

Der Titel **Schwarzer Lohn und weiße Weste** (ARD) trifft nur zur Hälfte zu: Eine weiße Weste hat nämlich keiner in diesem Fernsehfilm von Nicole Schürmann, der vom internationalen Schwarzhandel mit menschlicher Arbeitskraft und seiner mühsamen Bekämpfung durch die deutschen Arbeitsämter handelt, die dafür eigene „Stützpunkte" eingerichtet haben.

Mit mehr dramaturgischem Schliff und dramatischer Spannung wäre der Film ein Wirtschaftskrimi geworden. So wurde mehr oder weniger ein informatives Lehrstück aus dem brisanten Stoff der, wie uns versichert wird, in Zusammenarbeit mit dem „Stützpunkt gegen illegale Arbeitsvermittlung" des Hamburger Arbeitsamtes korrekt recherchiert und verarbeitet wurde.

Ohne diese Versicherung müßte man die mitgeteilten Tatsachen und Praktiken in der Tat für haarsträubende Erfindungen halten. Durch diese Praktiken wird die Bundesrepublik jährlich um Milliarden Mark geschädigt, von den moralischen Schäden und den Verlusten an menschlicher Würde ganz zu schweigen. Da ist kaltschnäuzig von Fracht und Lieferung die Rede, wenn zwischen London und Hamburg Menschen auf dem Schwarzen Markt verhandelt und ausgeliehen werden.

In diesem internationalen Netz professioneller Wirtschaftskriminalität verfängt sich auch der biedere Arbeitslose König, der einen feinen Unterschied macht zwischen englischen und deutschen Schwarzarbeitern. Auf die englischen Schwarzarbeiter hetzt er das Arbeitsamt – und wird dann selbst als Schwarzarbeiter erwischt.

Seine simple Story bildet den roten Faden des Film und gibt ihm einige menschlich anrührenden Momente. Den Schauspielern Peer Schmidt und Hagen Müller-Stahl ist es vor allem zu danken, daß man wenigstens einigen Menschen darin begegnet.

Das Schicksal des arbeitslosen Facharbeiters und des kleinen Unternehmers wirft allerdings gleichzeitig die Frage auf, ob nicht auch an der Lohn- und Preispolitik in unserem Staate etwas faul ist. EO PLUNIEN

STUDIO

Vom 27. September bis zum 1. Oktober veranstaltet der Westdeutsche Rundfunk unter Titel **Acustica International** ein Hörspiel-Symposion. Mehr als zwanzig Komponisten, Wissenschaftler und „Sound-Poeten" nehmen an der Kölner Veranstaltung teil, die in den Sendesälen des WDR, der Musikhochschule und auf dem Roncalli-Platz vor dem Dom stattfindet. Senioren der akustischen Kunst wie John Cage und Pierre Henry wie auch junge Kompositionsstudenten werden ihre „HörSpiele" in öffentlichen Aufführugen vorstellen. Begleitend zu den Aufführungen werden in fünf öffentlichen Forum-Veranstaltungen Vorträge zu thematischen Schwerpunkten angeboten.

Als besondere Attraktion gilt die „Live-Klang-Skulptur" von Bill Fontana, die während des fünftägigen Symposions auf dem Roncalli-Platz zu hören sein wird: Über 24 Lautsprecher wird dort wiedergegeben, was zahlreiche Mikrofone, über ganz Köln verteilt, aufgenommen haben: Die Geräusche des Rheins, der Kölner Brücken, der Glocken der romanischen Kirchen, der Fußgängerzonen, des Zoos und des Hauptbahnhofs. epd

*

Preise für Fernsehproduktionen, nach dem Muster des amerikanischen „Emmy Award", werden am 25. Oktober erstmals in Frankreich verliehen. Der Galaabend findet im Pariser Lido statt und wird direkt übertragen. Viertausend Brancheninsider wurden aufgefordert, die **Akademie für Kunst und Fernsehen** zu gründen, welche die vielfältigen Preise vergeben soll. Ausgezeichnet werden unter anderem Fernsehjournalisten, Nachrichtenmoderatoren, Sportreporter, Ansagerinnen, französische Serien und TV-Filme, Fernsehdebatten, Kulturnachrichten, Jugendsendungen und Werbespots. AFP

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

IFA-Programm (nur über ARD):
9.55 Guten Morgen aus Berlin
10.00 heute
10.05 Quasselbox
10.10 Sie – Magazin für die Frau
11.00 Städteturnier
12.00 Künstlertreff in 5 nach 12
13.00 heute
13.15 ARD und ZDF im Gespräch

Nur über ZDF:
10.00 heute
10.05 ARD-Wunschkonzert
Eröffnungsveranstaltung Funkausstellung Berlin 1985
12.10 Gesundheitsmagazin Praxis
Die Blaue Karawane
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.45 Funkausstellung Berlin 1985
Die goldene Eins
17.40 Funkausstellung aktuell
Dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Mit mir nicht, meine Herren
Amerikanischer Spielfilm, 1959
Mit Doris Day, Jack Lemmon u. a.
Die junge Witwe Jane Osgood, die in einer kleinen amerikanischen Provinzstadt eine Hummerzucht betreibt, bekommt geschäftlichen Ärger bekommt, weil die Lokalbahn eine Sendung der leckeren Tiere nicht rechtzeitig zustellt.
21.50 Plusminus
Die Elefantenhochzeit der Auto-Riesen: Fiat – Ford / Unterhaltungselektronik: Umsatz steigt, Arbeitsplätze verschwinden / Marktnische Umweltschutz / Leitende Angestellte kämpfen für Sprecherausschüsse neben dem Betriebsrat / Neue Preisangabenverordnung ab 1. September 1985 bei Bankkrediten
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Die Sportschau
23.25 Moment mal
Die ARD-Redezeit heute aus Saarbrücken
Umwelt zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen
Anschließend: Tagesschau

ZDF

13.45 Funkausstellung Berlin 1985:
Video Derby
14.30 3SAT in Berlin
14.45 Zehnkampf der Fernsehfans
16.00 Alice's Teeparty
17.00 heute
17.05 Showplatz Berlin
18.00 Alte Gauner
Die große Prüfung
Mit Johannes Heesters u. a.
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Libanon: Christen-Milizen in Bedrängnis / Iran: Die Lust des Krieges / Sowjetunion: Der Erfolgsmensch – Professor Swjatoslaw Fjoderow / Australien: Abenteuer Schienenstrang
Moderation: Rudolf Radke
20.15 Der Alte
Die Tote in der Sauna
21.15 Funkausstellung Berlin 1985
Gerd Dudenhöffer: „Ich brauch kenn Fernseh"
21.45 heute-journal
22.05 Aspekte
Scarlatti-Festival im Berliner Tempodrom / Der Maler Philip Bauknecht / Die Schriftstellerin Lola Landau / Elementar-Zeichen
Moderation: Anne Linsel
22.45 Die Profis
23.35 Die Flucht
Deutscher Spielfilm, 1963
Mit Götz George, Günther Ungeheuer u. a.

SAT 1

10.00 SAT 1 stellt sich vor
12.15 Betty Boop
12.30 Spielfilme bei SAT 1
13.30 Rosie mit den langen Latschen
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Sielsstei
15.30 Musicbox
16.30 Happy Days
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Betty Boop
18.30 APF blick
18.45 Zu Gast bei Prominenten
19.40 Land-Krankenhaus Wandin Valley
20.30 Extrablatt
21.30 APF blick
22.15 BUNTE Talkshow
23.15 APF blick
23.30 Chicago 1930
0.20 Feuerkiller
Amerikanischer Spielfilm, 1975

3SAT

19.30 Zur Sache
20.30 Ringstraßenpalais
21.15 Zeit im Bild 2
21.30 Tagebuch
21.45 Musikalische Postkartengrüße aus der Schweiz
22.40 Ostreport: Bratislava
23.35 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.15 Starmix
18.35 Hollywood
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.18 Karlchen
19.30 Kinoparade
21.35 Tödliche Spiegel
23.10 Horoskop
23.15 Betthupferl

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
Betriebliches Rechnungswesen (7)
18.30 Der unmögliche Auftrag
Film von Armin Maiwald
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD

18.00 Sport-Treff
18.30 Der unmögliche Auftrag
19.00 Shenzhen: Chinas Experiment mit dem Kapitalismus
19.45 Internationales TV-Kochbuch: Portugal

HESSEN

18.00 Sport-Treff
18.30 Der unmögliche Auftrag
19.05 Treffpunkt Airport
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Eberhard von Brauchitsch
Versuch, sich einer Person zu nähern
21.00 Winston Churchill (8)
Letzter Teil des Fernsehfilms
Setzen wir auf Churchill
22.00 III nach neun
Die Bremer Talkshow
0.00 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Jazz in Concert
20.15 Mikrokosmos (5)
Quarks und Gluonen
20.45 Science Report
21.00 Barocke Zeiten (7)
Flandern und Frankreich
21.30 Das geschenkte Kind
Film von Susanne Opalka und Peter Douven
22.15 Wheels – Räder (8)
Die letzte Chance
23.05 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bayern-Report
18.45 Rundschau
19.00 Unser Land
19.45 Smileys Leute (4)
Agent in eigener Sache
20.40 Z. E. N.
20.45 „Den lieben Alpen entgegen …"
Die Anfänge der bayerischen Landschaftsmalerie
21.30 Rundschau
21.45 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger; Gast: Alice Schwarzer
22.30 Nix für ungut
22.35 Sport heute
22.50 Masaccio
Ein Maler der Renaissance
23.35 Rundschau
23.40 Geheimnisse einer Seele
Deutscher Stummfilm, 1926
Regie: G. W. Pabst

Schämen sie sich etwa?

rst. – Ist es ehrenrührig, als Wissenschaftler im Dienst der Partei der Arbeiterklasse zu stehen? Ist das eine Tätigkeit, für die man sich schämen muß? Bislang war allenfalls von den „imperialistischen Diversionszentren" zu erwarten, daß sie solche Behauptungen in die Welt setzten. Aber nun haben wir etwas schwarz auf weiß in die Hand bekommen, was uns nachdenklich stimmen muß.

Zum 16. Internationalen Kongreß der Geschichtswissenschaften in Stuttgart kam auch eine Gruppe von Historikern aus der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik angereist. Alles höchst ehrenwerte Damen und Herren, natürlich. Die Begegnung mit auch nur einem der etwa 500 Geschichtswissenschaftler, die wegen ihrer ideologischen Verwirrung durch den Prager Frühling seit 1969 aus den Instituten und Hochschulen entlassen wurden, mutete Prag den Kollegen aus aller Welt nicht zu. Wer aus der ČSSR gekommen war, kam mit dem Segen der Partei. Ihre Namen findet man in der Teilnehmerliste des Kongresses ordentlich verzeichnet. Da kann man nachlesen, daß Zdeněk Snitil aus Prag, Viliam Plevza und Marta Vartikova aus Preßburg anreisten. Selbst ihren Arbeitsplatz verschweigen sie nicht. Snitil gibt die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften in Prag auf der Narodni Trida an, Plevza und Vartikova nennen die Slowakische Akademie der Wissenschaften.

Das ist doch merkwürdig. Snitil verschweigt doch sonst nicht, daß er Direktor des Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der KPČ ist, und auch Plevza und Vartikova machten bislang kein Geheimnis daraus, daß sie von der Partei bezahlt werden, weil sie im gleichen Institut in Preßburg arbeiten. Warum sollen das die Historiker aus 58 Ländern, die nach Stuttgart kamen, nicht wissen? Schämen sich die Genossen Wissenschaftler etwa ihres Arbeitgebers?

Freitags neues Programm

Bitterkeit ist ein zu enges Nadelöhr

Kabarett in diesen Tagen: „Wer kommt mit durchs Nadelöhr?" fragt Thomas Freitag, frei nach Matthäus 19,24, in seinem neuen Programm, das im Düsseldorfer „Kom(m)ödchen" Premiere hatte. Viel muß durch dieses Nadelöhr, denn die Bundesrepublik ist nicht mehr vornehmliches Ziel der Attacke; ein roter Themenfaden zieht sich über den ganzen Globus, von Afrika nach Nordamerika, von Südamerika nach Europa zurück. Ein hochgestecktes Ziel; kein Wunder, daß da manchmal die Latte mit zu Boden geht.

Der begabte Freitag, assistiert von den Musikern und Stichwortgebern Jochen Schaal, Andreas Puhl und Norbert Gottschalk, macht den großen Rundumschlag von der Lehrstellengarantie („Solange sie nicht eingelöst ist, gilt sie noch") über Menschen als Versuchskaninchen der Pharmaindustrie („Da können sie ihre Tierliebe tatsächlich einmal unter Beweis stellen") bis hin zur Entwicklungspolitik; er nimmt die Großbanken als die Tempel der Neuzeit, wo der Ablaßhandel floriert (das schlechte Gewissen wird mit Spenden für „Misereor" und „Brot für die Welt" reingewaschen), und endet bei der sogenannten neuen Armut unserer Sozialhilfeempfänger („Solange wir nicht verhungern, dürfen wir uns nicht beklagen").

Das ist zwar ein üppiger Strauß von Themen, den Freitag, zynisch und verbittert wie selten zuvor, auseinanderrupfte und unters Publikum streute, aber frische Blüten waren kaum dabei. Altbekannte Enttäuschung ist zu spüren, wenn er über die Zustände der Welt sinniert: zum Beispiel über Amerika wie über eine zu Ende gehende Liebesaffäre, das zwiespältige Verhältnis, das – nicht nur hierzulande – kultiviert wird: diese große Nation, die jeden zum Freund haben will (nun, nicht *jeden*), und es so vielen nicht recht macht. Sein Lied auf Amerika, vorgetragen zum ersten Satz der „Waldstein"-Sonate, schwankt zwischen Bewunderung, Spott und Bitterkeit.

23 Sketche enthält das neue Programm – fast zuviel für einen Abend. Neben Eigenem trägt Freitag Texte von Krausnick, Schneyder und Hüsch vor, und „in eigener Sache" erklärt er schließlich, warum er des (von ihm meisterhaft beherrschten) Parodierens überdrüssig geworden sei: Nachahmung vernebelt (worüber man geteilter Meinung sein kann) – und genau das will ein Kabarettist nicht.

Eines aber sollte man laut Freitag, so seine derbe Kabarettisten-Philosophie, unbedingt vermeiden: „Wer den Kopf steckt in den Sand, der wird nur noch am Arsch erkannt." Und der hat bekanntermaßen nicht sehr viele individuelle Gesichtszüge.

RAINER NOLDEN

Intellektuelle und Politik: Eine Tagung in Eichholz

Die blutige Hand des J. J. Rousseau

Was ist ein Intellektueller? Der Definitionen sind inzwischen so viele wie die Zahl derer, die sich an dieser Diskussion beteiligen. Historisch geht man gerne auf die Zeit der Dreyfus-Affäre zurück, als sich eine Gruppe Pariser Bürger und Schriftsteller für den unschuldig verfolgten jüdischen Hauptmann in die Bresche schlugen und als „Intellektuelle" „Dreyfusards" von ihren konservativ-nationalen Widersachern (Barres, Maurras) beschimpft wurden. Soziales, humanitäres Engagement stand Pate bei der Selbstprofilierung des neuzeitlichen, in die Gesellschaft wirken wollenden „Intelligenz-Trägers".

Doch wurde der Terminus historisch rückwirkend erweitert. Er erfaßte die Philosophie, ja, die Tätigkeit des Denkens überhaupt und bürgerte sich ein als Trennungsbegriff zur Welt der Tat, des Handelns, der Macht. Damit war aber nicht nur ein polemisches, antagonistisches Grundmuster bezeichnet, wie es zweifellos die intellektuelle Welturaufführung des Kampfes zwischen Geist und Macht, die Dreyfus-Kontroverse, im starken Maße charakterisierte. Wenn Heinrich Heine in seinem kleinen Essay von 1831, „Über den Adel", von Immanuel Kant als „unserem Robbespierre" sprach, dann zeigte sich bereits hier schon früh eine dialektische Vertauschung der „handelnden" und der „kritischen" historischen Rollen, eine Ineinssetzung von Tat und Geist: Auch geistige Anstrengung ist „Tat", Handeln. Sie darf, ja, muß daher volle Mit-Verantwortung beanspruchen für den Ausgang historischer Prozesse.

Im Falle Kants hob Heine die Vorläuferrolle des deutschen Philosophen gegenüber der Französischen Revolution wie eine Auszeichnung deutscher Denkschärfe hervor. Er attestierte Kant, diesem „großen Zerstörer im Reiche der Gedanken", sogar, daß er „an Terrorismus den Maximilian Robespierre weit übertraf"! „Ehrlich gestanden, ihr Franzosen", brüstet sich Heine vor seinen französischen Lesern in der Schrift „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland" (1834), „in Vergleichung mit uns Deutschen seid ihr zahm und moderant. Ihr habt höchstens einen König töten können, und dieser hatte schon den Kopf verloren, ehe ihr ihn köpftet" – verloren 1781, dem Erscheinungsjahr von Kants „Kritik der reinen Vernunft", die dem Ancien Regime den geistigen Gnadenstoß versetzte.

Im Vollgefühl der Überlegenheit des intellektuellen Täters über die Welt der nur praktisch Handelnden wirft Heine in seiner oben genannten Schrift geradezu einen Fehdehandschuh hin, indem er Geschichte einzig aus der Wurzel geistiger Verursachung emporsteigen läßt: „Dieses merkt euch, ihr stolzen Männer der Tat. Ihr seid nichts als unbewußte Handlanger der Gedankenmänner, die oft in demütigster Stille euch all euer Tun aufs bestimmteste vorgezeichnet haben. Maximilian Robespierre war nichts als die Hand von Jean Jacques Rousseau, die blutige Hand, die aus dem Schoß der Zeit den Leib hervorzog, dessen Seele Rousseau erschaffen."

Armer Robespierre. Auf dem Felde des Terrorismus von einem Philosophen aus Königsberg geschlagen, und mit all dem revolutionären Blut an seiner Hand nur ein unbewußter Handlanger eines anderen Philosophen aus Genf ... Heines Auslassungen, so überpointiert sie sein mögen, besitzen gerade auch für die Umstürze des 20. Jahrhunderts und ihre geistig-ideologischen Wurzeln eine brennende Aktualität. Daß er dem Intellekt in bestimmten Köpfen die Qualität des „Terrorismus" zubilligt, muß uns im Lichte unserer heutigen Situation besonders betroffen machen. Welcher Mut, die Verantwortung des Denkens dingfest zu machen.

Man sieht in Heinrich Heine gerne den ersten Vertreter der „linksintellektuellen" Schule, die sich über das junge Deutschland, die Marxisten, die linke Anti-System-Kritik Weimars, Brecht, Benjamin, Bloch, die „Frankfurter Schule" bis in die modische Phase heutiger „linker Kritik" hinweg als tonangebend zu profilieren verstand. Doch klafft zwischen Heine und einem heutigen Schriftsteller linker Provenienz, zwischen dem Jungen Deutschland und dem öffentlich-rechtlichen Deutschland, sofern es sich als „links" versteht, nicht nur eine ungeheure Kluft des Stils, sondern auch der Verlust an geistiger Verantwortung: Man ist im Zweifelsfalle vielleicht noch draufgängerisch und rücksichtslos („terroristisch"), wie Heine das den Gedankenmänner als Charakteristikum zudichtet, aber wenn's dann irgendwo knallt und die Tagesschau ein neues Opfer in Großaufnahme in die Wohnstuben liefert, ist für mögliche geistige Mittäterschaft niemand anzusprechen. Zeitalter der Abtreibung – auch von Verantwortlichkeiten.

Das kaum auslotbare Thema „Intellektuelle und Politik" versuchte in diesen Tagen die Politische Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung auf ihrer „Sommerakademie 1985" in Schloß Eichholz (bei Bonn) in den Griff zu bekommen. Wie ein roter Faden zog sich durch die Debatte die Erkenntnis, daß die korrigierende Rolle des kritischen Geistes in einer versorgten Gesellschaft, in der das Risiko des Denkens durch Quasi-Unkündbarkeit und soziale Absicherung hinweggezaubert wurde, mehr als korrumpiert erscheint. Wenn Denken, wie das noch immer nachgebetet wird, weiterhin „links", das heißt „anti-establishment" zu sein hat, dann bleibt schlicht festzustellen, daß sich unsere heutigen Jakobiner ihren Schneid schon längst haben abkaufen lassen; mit dem Pensionsanspruch in der Tasche läßt sich die Kokarde trefflich vorführen. Auch die Definitionen von „rechts" und „links" haben sich vertauscht: Der Linksintellektuelle versteht sich mehr und mehr als Verteidiger seiner vertraglich abgesicherten Herrschaft und kritisiert nur noch aus schlechtem Gewissen das „System", das ihn so fabelhaft nährt. Er redet umstürzlerisch, verhält sich aber restaurativ. Der rechte Intellektuelle besetzt dagegen das nonkonformistische Feld und plädiert für Flexibilität, also für das Aufbrechen verkrusteter Gesellschaftsstrukturen, im Namen der linken Lieblingsvokabel: der Zukunft.

Unter den Parteien ist die SPD, wie Rüdiger Altmann formulierte, „selber zum Medium" geworden, was ihr den Zulauf von Möchtegern-Geist zu sichern scheint. Bei der CDU beklagen intellektuelle Interessenten, daß die Türen nicht häufig genug offenstehen ... Die Gesellschaft aber braucht zur Wiedergewinnung neuer Hoffnung und Leistungsstärke nicht nur den Elektroschock intellektueller Kritik, sondern vor allem die loyale Mitarbeit jedes einzelnen, der sich für die Zukunft seines Landes verantwortlich weiß. Geist und Macht – dieser Konflikt sollte in Oberseminare und Sommerakademien verbannt bleiben.

THOMAS KIELINGER



Der „König der Briefmarkenfälscher" Jean de Sperati und einige seiner berühmtesten „Werke", mit denen er die Fachwelt narrte FOTOS: DIE WELT

Große Fälschungen in Kunst und Literatur (XII): J. de Speratis „Kleinigkeiten"

In den Knast, weil als echt befunden

Alles, was teuer ist, wird auch gefälscht. Und so ist es nicht verwunderlich, wenn gerade auf dem Briefmarkensektor eine große Anzahl von Fälschungen und noch mehr Verfälschungen existieren. Bei zahlreichen Marken rechnen die Experten des „Bundes der philatelistischen Prüfer e. V." gar damit, daß mehr falsche als echte Stücke am Markt sind.

Während die meisten Fälschungen jedoch mehr oder weniger leicht zu entlarven sind, vollbrachte ein Mann auf diesem Gebiet „wahre Meisterleistungen": Jean de Sperati, auch „König der Fälscher" genannt. Seine Fälschungen waren so gut, daß „echte Speratis" heute bereits hoch gehandelt werden.

Dabei war Sperati eigentlich gar kein „Fälscher" im heutigen Sinn. Ganz im Gegenteil: Er ahmte zahlreiche Briefmarken lediglich aus „Freude an der Sache" nach. Daß er auch nicht aus Gewinnsucht handelte, zeigt sich nicht zuletzt darin, daß er selbst Pfennigware „fälschte".

Angefangen hat das Ganze noch recht harmlos um die Jahrhundertwende. Jean de Sperati, Sohn eines pensionierten Obersten der italienischen Armee, sammelte schon seit frühester Jugend Briefmarken. Seine Leidenschaft machte er zum Beruf und brachte bald auch eine eigene Briefmarken-Zeitschrift, die „Il San Marino", heraus. Der Zufall wollte es, daß Speratis Bruder Photograph war, ein Vetter war Inhaber einer bedeutenden Papierfabrik, die auch Spezialpapiere anfertigte.

Sperati begann nun, unterstützt durch die Kenntnisse seiner Verwandten, die ersten Marken nachzuahmen. Es gelang ihm recht gut, und man berichtet, daß er seine Produkte ganz offiziell als „Nachahmungen" zu deutlich niedrigeren Preisen verkaufte. Er führte dazu Preislisten mit gesonderten Spalten für Original und Nachahmung.

Ernst wurde die Situation erst, als Sperati einen Brief mit einigen seiner Marken per Wertpost nach Portugal schickte. Damit hegte er einen kühnen Plan: Die Fachwelt sollte seine Kunst als „Marken-Nachahmer" erkennen und anerkennen. Und es kam auch zunächst, wie er erwartet hatte. Denn zu dieser Zeit herrschten strenge Devisenvorschriften, und so unterlagen gerade auch Wertbriefe der Zollkontrolle.

Speratis Wertbrief wurde also geöffnet, und die Beamten freuten sich über den reichen Fund. Die Marken, alles Nachahmungen klassischer Raritäten, wurden beschlagnahmt und Sperati wegen unerlaubter Kapitalflucht vor Gericht gestellt. Keiner glaubte seinen Beteuerungen, daß die Marken von ihm selbst hergestellt worden seien.

Sperati hoffte immer noch auf das Urteil der philatelistischen Experten. Und dies kam auch, jedoch ganz anders, als er es erwartet hatte. Prof. Dr. Edmond Locard, eine Kapazität auf dem Gebiet der Briefmarken, kam zu diesem Prüfungsbefund: „Alle Marken wurden gewissenhaft auf Druck, Papier, Gummierung und Stempel untersucht. Alle diese Marken sind unzweifelhaft echt, es sind Originale und von sehr hohem Wert." Eine Geldstrafe von 300 000 Franc war die Folge für den „Fälscherkönig".

Doch statt nun von seinem „Handwerk" abzulassen, setzt Sperati seine Tätigkeit fort, wollte er doch schließlich als Künstler anerkannt werden. Er schickte drei selbstgemachte „Oldenburg Nr. 5" an seine Schwägerin Änne, die sie verschiedenen deutschen Briefmarkenhändlern anbieten sollte. Diese Briefmarkenhändler trauten den Marken jedoch nicht und schickten sie zur Prüfung ein, und zwar – wie es der Zufall wollte – an ein und denselben Experten.

Der Prüfer stand vor einem Rätsel: Das gleichzeitige Auftauchen von drei identischen Raritäten ließ den Schluß zu, daß es sich um Fälschungen handelte. Andererseits jedoch deutete nicht der kleinste Hinweis auf eine Manipulation hin. Dazu muß allerdings bemerkt werden, daß die Prüfmethoden und -möglichkeiten zu damaliger Zeit noch sehr eingeschränkt waren. Der Prüfer kam nun zu dem Schluß, daß es sich mangels Gegenbeweises um echte Marken handeln müsse.

Im Jahr 1948 wurde der inzwischen 64jährige Sperati erneut angeklagt, diesmal jedoch tatsächlich als Fälscher. Obwohl der einstige Experte Professor Dr. Locard erneut erklärte, die Marken seien echt, schenkte diesmal das Gericht dem Gegensachverständigen Leon Dubus mehr Glauben. Sperati wurde zu einem Jahr Gefängnis, 10 000 Franc Geldbuße und 300 000 Franc Schadenersatz an das französische Briefmarken-Händlersyndikat verurteilt – ein hartes Urteil, wenn man bedenkt, daß es hier ausnahmslos um verhältnismäßig billige Inflationsmarken ging, die Sperati nachgeahmt hatte.

Sperati legte beim Obergericht Berufung ein, von dem lediglich die Geldbuße auf 5000 Franc gesenkt wurde. Dennoch ließ sich Sperati nicht abschrecken: er ahmte weiter nach.

Inzwischen nimmt man an, daß er von nun an seinen vollen Eifer daransetzte, sich an der philatelistischen Fachwelt und an den Richtern zu rächen. Denn jetzt brachte er mit Wasserfarbe (!) auf der Markenrückseite den Vermerk „Facsimile" an. Er entband sich damit jeder Verantwortung für die von ihm hergestellten Stücke. Doch nichts war leichter, als diesen rückseitigen Vermerk rückstandslos zu entfernen.

Der „British Philatelic Association" wurde Speratis Treiben aber nun zu bunt. Um „weiteren Schaden von der ganzen Philatelie abzuwenden", kaufte die Vereinigung alle Bestände aus der Werkstatt Speratis, alle Ausrüstungsgegenstände, Farben und Materialien. Sperati hatte damit sein Ziel erreicht: die Fachwelt erkannte seine Arbeit an. Selbst Mitglieder der „Royal Philatelic Society", der königlichen englischen Briefmarkengesellschaft, hatten seinen Nachahmungen Echtheits-Atteste ausgestellt.

Mit heutigen Prüfmethoden ist es bedeutend leichter geworden, die geschickt gemachten „Speratis" zu identifizieren. Allerdings – so nimmt man an – dürfte sich noch eine große Zahl vor allem in alten Sammlungen befinden. Oft werden sie darin gar nicht erkannt, würde ihr geringer Markenwert eine aufwendige Prüfung gar nicht rechtfertigen.

Während heutige Markenfälschungen praktisch jedoch völlig wertlos sind, ist es mit „echten Sperati-Fälschungen" anders: Auf Auktionen tauchen einzelne Stücke und kleine Posten von Zeit zu Zeit auf, und Sammler sind gern bereit, für diese Stücke einige hundert Mark, manchmal auch deutlich mehr zu bezahlen. Unverkauft ist jedenfalls noch kein „echter Sperati" geblieben, reizt der „Ruf des Künstlers" doch auch unerfahrene Sammler zum Erwerb.

PETER JOBST

JOURNAL

Royal Academy zeigt deutsche Kunst

J. St. London

„Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert 1905-1985" heißt eine wichtige Ausstellung der Royal Academy in London. Vom 11. Oktober bis zum 22. Dezember zeigt sie 250 Gemälde und Skulpturen von rund 50 Künstlern. Die Auswahl beginnt mit der klassischen Moderne – Kirchner, Kandinsky, Klee, Kokoschka, Corinth, Lehmbruck – und führt bis zu Joseph Beuys und den Neuen Wilden. Nach London wird Stuttgart diese Ausstellung übernehmen.

Lehrbuchimport aus der Bundesrepublik

rst. Budapest

Als ungarische Lizenzausgabe erscheint in Budapest ein Lehrbuch der deutschen Sprache des Münchner Hueber-Verlages. Nach dem Buch werden in Ungarn Deutsch-Kurse durchgeführt. Gleichzeitig kommt eine Tonbandkassette in den Verkauf. Im Herbst soll dann ein Handbuch für ungarische Deutsch-Lehrer folgen.

Wie in Polen ein Putsch organisiert wird

rst. Moskau

Die sowjetischen Journalisten Kornilow, Kusnezow und Nikolajew veröffentlichen im Moskauer „Verlag für politische Literatur" ein Buch über die Ereignisse in Polen seit 1980. In „Wie wird ein Putsch organisiert?" behaupten sie, daß die Bewegung der freien Gewerkschaft „Solidarität" von westlichen „Zentralen der Diversion" gelenkt wurde. Bereits in den fünfziger Jahren, heißt es im Buch weiter, wurde ein ganzes System von Maßnahmen entwickelt, mit dem Ziel, den Sozialismus in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen zu untergraben. Allerdings soll das Buch vorerst nicht in Polen erscheinen.

Originale auf Postkarten

DW. Dahn

Eine ungewöhnliche Kunstausstellung zeigt die Kunstvereinigung Wasgau in Dahn. Es handelt sich um „Originale auf Postkarten", die von bekannten Künstlern als persönliche Grüße verschickt wurden. Die Ausstellung ist bis zum 15. September zu sehen.

Deutschland-Tournee sowjetischer Tanz-Stars

Reg. Mannheim

Solisten des Leningrader Kirow-Balletts, des Moskauer Bolschoi-Ballets sowie der Opernhäuser in Kiew, Perm, Krasnojarsk und Donezk gastieren in der Bundesrepublik. Die Tournee der „Sterne des sowjetischen Balletts" beginnt am 28. und 29. September in Mannheim. Anschließend treten sie in Hamburg (30. 9.), Hannover (1. 10.), München (2. bis 4. 10.), Stuttgart (5. 10.), Köln (6. 10.), Frankfurt (7. 10.) und Essen (8. 10.) auf.

Ausstellung über Zinn- und andere Soldaten

DW. Kassel

„Die kleine Figur – Geschichte in Masse und Zinn" heißt eine Ausstellung im Hessischen Landesmuseum Kassel. Auf rund 450 Quadratmetern Ausstellungsfläche werden in 78 Dioramen und 47 Vitrinen mehr als 17 000 Einzelfiguren und mit ihnen die Entwicklung von Zinn-, Blei- und Elastolinfiguren dargestellt. Der Katalog (358 S., 19 Mark) erweist sich fast als eine Enzyklopädie zum Thema. Er zeigt Typen und Herstellermarken, beschreibt die Entwicklung der zivilen und militärischen Miniaturen und stellt ihre Hersteller vor. Die Ausstellung dauert bis zum 5. Januar 1986.

Statistik polnischer Übersetzungen

J. G. G. Warschau

420 Bücher polnischer Autoren, Exilautoren nicht eingerechnet, sind in der Bundesrepublik Deutschland bis 1984 in Übersetzungen erschienen. Das geht aus einer Tabelle der Warschauer Zeitschrift „Przeglad Tygodniowy" (Wochenrevue) hervor. Damit steht die Bundesrepublik unter den „kapitalistischen" Ländern an der Spitze, gefolgt von Italien (197 Titel), Frankreich (182), den USA (153), Großbritannien (128) und Holland (96). Der meistübersetzte Autor Polens in der Welt ist St. Lem, gefolgt von J. Andrzejewski, S. Mrozek und T. Różewicz.

Ruth Gordon †

AFP, Edgarton

Die amerikanische Schauspielerin Ruth Gordon ist am Mittwoch in ihrem Haus in Martha's Vineyard (Massachusetts) im Alter von 88 Jahren gestorben. Ruth Gordon wurde durch ihre Hauptrolle im Film „Harold und Maude" (1971) zu einer Art Kultfigur des neueren amerikanischen Kinos. Für die Darstellung der Hexe in Polanskis Streifen „Rosemary's Baby" (1968) erhielt sie einen Oscar.

Auch für bedeutende Nachwuchskünstler und zeitgenössische Komponisten zunehmend ein Forum : Die Salzburger Festspiele

Wer dem genius loci Tribut zollt, ist noch lange kein Ton-Sklave

Mehr denn je wird in Salzburg über Sinn, Inhalt, Stil und Zukunft der Festspiele gesprochen, in der Presse, im Rundfunk, im Fernsehen diskutiert. Die Programmwahl wird kritisiert. Die Regie in Oper und Schauspiel verurteilen manche Kritiker als zu konventionell, womit sie wohl haarscharf am Geschmack des Festspielpublikums vorbeiargumentieren.

Aber ein in früheren Jahren oft geübter Vorwurf, daß die Salzburger Festspiele Nachwuchskünstlern und zeitgenössischen Komponisten zu wenig Beachtung schenkten, ist dagegen in den letzten Jahren erfreulicherweise gegenstandslos geworden: vor allem sind junge Dirigenten und Solisten in den Konzerten des Mozarteum-Orchesters zu hören. Das brillante amerikanische Orpheus-Orchester junger Virtuosen gab sein Debüt.

Salzburger Institutionen erteilen regelmäßig Kompositionsaufträge an zeitgenössische Komponisten. Das Orchester des Österreichischen Rundfunks macht sich um Aufführungen besonders schwierig zu realisierender Werke verdient.

So hörte man in zwei Konzerten des Rundfunkorchesters bedeutende Kompositionen der letzten Jahre, wurde an einen als Musikwissenschaftler weltberühmten, aber als Komponisten wenig aufgeführten Österreicher erinnert, Egon Wellesz, Erforscher der byzantinischen Musik. Seine Orchestersuite „Prosperos Beschwörungen", fünf Stücke nach Shakespeares „Sturm", 1938 in Wien unter der Leitung von Bruno Walter uraufgeführt, bevor Komponist und Dirigent in die Emigration gingen, ist ein klangvolles, post-mahlersches Stück, dem man die Nähe des Komponisten zum Schönberg-Kreis (er schrieb die erste Schönberg-Biographie) nicht anmerkt.

Im selben Konzert sang Dietrich Fischer-Dieskau drei Monologe aus Aribert Reimanns „Lear"-Oper, eingebettet in orchestrale Vor- und Zwischenspiele. In seiner ausdrucksstarken, eindringlichen und textdeutlichen Wiedergabe kamen die Fragmente auch im Konzertsaal erregend über die Bühne.

Am Beginn des gleichen Konzertabends stand die Uraufführung eines der Auftragswerke der Salzburger Festspiele: Alfred Schnittkes kurzes rondoartiges Stück, das er „(k)ein Sommernachstraum" nennt. Sowohl Alfred Schnittke wie auch Siegfried Matthus in seinem Auftragswerk „Divertimento" fühlten sich verpflichtet, auch inspiriert, dem genius loci Tribut zu zollen. Das Rondo Schnittkes hat ein zwischen Mozart und Schubert angesiedeltes Thema – „nicht gestohlen, sondern verfälscht", bedeutet der Komponist –, das entwickelt und verfremdet wird. Matthus' siebensätziges Divertimento „Triangel-Konzert" läßt das sonst so weltprominent auftretende Instrument zu Beginn solistisch auftreten; im Finale läßt jeder Musiker des Ensembles einen Triangel klingeln. Das ist einer der Späße, mit denen Matthus dem so gerne scherzenden Mozart huldigt; von fast barockem Ernst sind Mittelteile des vielfarbigen Stückes.



Olivier Messiaen: Seine Oper „Saint François d'Assise" war der Höhepunkt der diesjährigen Salzburger Festspiele FOTO: STUDIO X

Zu den großen Erlebnissen im Bereich der Liedkunst zählen zwei diametral entgegengesetzte Liederabende: Dietrich Fischer-Dieskau sang, von Hartmut Höll am Klavier begleitet, in einer sich selbst übertreffenden Meisterschaft Lieder von Arnold Schönberg und Alban Berg. Der Wiener Sänger Heinz Zednik bot ein außergewöhnliches, an die Grenzen zwischen ernster und heiterer Muse rührendes Programm mit Mörike-Liedern von Hugo Wolff, „Brettl"-Liedern von Schönberg und den die Musikverleger, die „Musikhändler", satirisch verhöhnenden „Krämerspiegel"-Liedern von Richard Strauss nach Texten von Alfred Kerr.

Krönung der Konzerte mit Neuer Musik war die konzertante Aufführung von vier Szenen der achtteiligen Oper „Saint François d'Assise" von Olivier Messiaen. Das vom Thema her tiefe religiöse Versenkung beanspruchende, musikalisch höchst komplex gestaltete, dabei in seiner prägnanten thematischen und klanglichen Charakterisierung unmittelbar zum Hörer sprechende Werk litt in konzertanter Aufführung unter dem Fehlen bühnenwichtiger symbolischer Zeichen- und Lichtregie, obwohl die grandiose deklamatorisch-sängerische Darstellung des hl. Franziskus durch Dietrich Fischer-Dieskau im Dialog mit den von Kenneth Riegel, Robert Tear, Gilles Cachemaille und Sebastian Vittucci gesungenen Franziskanerbrüdern und dem von Rachel Yakar gesungenen Engel die Botschaft der oratorienhaften Oper eindringlich vermittelte.

Der ORF-Chor und der Arnold-Schönberg-Chor Wien (Chorleiter A. Ortner) sowie das Orchester des Österreichischen Rundfunks verliehen dem Werk mit seinem übergroßen Chor und Orchester unter Leitung von Lothar Zagrosek eine Wiedergabe, wie sie kaum besser vorstellbar ist. Der anwesende Oliver Messiaen konnte sich für einen lange anhaltenden Beifall einer ergriffenen Hörerschaft bedanken.

PETER GRADENWITZ

Lottogewinn der Freundin kassiert

E. R. Berlin

Der Alptraum eines jeden Tippers steht im Mittelpunkt eines Prozesses vor dem Landgericht in Berlin: Eine Frau hat einen Gewinnschein über 1,5 Millionen Mark bei der Lottozentrale einlösen können, obwohl auf dem Tippzettel Name und Anschrift ihrer Freundin angegeben war. Die betroffene Frau – die Leiterin einer Lotto-Annahmestelle – hatte diesen Gewinn ihrer Freundin unterschlagen und steht deshalb seit heute vor Gericht.

Der Fall: Eine Gastwirtin aus dem Berliner Stadtteil Zehlendorf hatte schon seit Jahren „tippen lassen". Sie bat ihre 43jährige Freundin Ingeborg R., die im Bezirk Schöneberg eine Lotto-Annahmestelle betrieb, für sie regelmäßig ihre Standard-Tippreihen auszufüllen. Beim „Spiel 77" hatte die abergläubische Wirtin Sonderwünsche: Es sollten nur Tippscheine mit der Endregistriernummer 77 verwendet werden. Fielen nun kleinere Gewinne in den unteren Rängen an, die ja bekanntlich in den Lotto-Kiosken bei Scheinvorlage ausgezahlt werden, verrechnete die Lotto-Dame dieses Geld mit den zu zahlenden Einsätzen.

Bei der fünften Ausspielung dieses Jahres am 2. Februar schlug in der Tat die Lotto-Bombe ein: Der Tippschein der Frau Wirtin hatte alle sieben richtige Endziffern im „Spiel 77" – damals 1 555 555,40 Mark Hauptgewinn. Davon erzählte die Annahmestellenleiterin ihrer Freundin jedoch nichts. Sie marschierte mit diesem Schein zur Zentrale der Deutschen Klassenlotterie Berlin als regionale Lotto-Veranstalterin und bekam anstandslos die Gewinnauszahlung per Scheck. Obwohl als Gewinnerin Frau Wirtin mit Namen und Anschrift ausgeschrieben war.

Nach Erhalt der Millionensumme machte die Kioskbesitzerin ihren Laden dicht. Vor Gericht wurde bekannt, daß nur ein Teil der Gewinnsumme sichergestellt werden konnte. Ihrem 29jährigen griechischen Freund Dimitri soll sie 155 000 Mark überwiesen und zudem einen fast 30 000 Mark teuren Wagen bezahlt haben, ein Ehepaar soll ein Darlehen über 250 000 Mark erhalten haben.

Aufgeflogen ist der Schwindel durch das Mißtrauen der Wirtin. Sie lag zu diesem Zeitpunkt im Krankenhaus und wußte nach Bekanntgabe der Gewinnzahlen nur, daß sie bei den immer gewünschten Endziffern 77 zumindest 15,50 Mark gewonnen hatte. Einige Zeit später sprach sie ihre Freundin darauf an, die sich jedoch herausredete: Es seien nur ein paar Mark gewesen und die wären verrechnet, die Unterlagen seien weg, „ich habe meine Annahmestelle aufgegeben". Böses ahnend, erfuhr die Wirtin dann bei einer Rückfrage in der Lottozentrale die bedauerliche Wahrheit. Die Kioskbesitzerin und ihr Freund wurden vor ihrer Flucht nach Griechenland verhaftet.

Im Prozeß, der auf mehrere Tage anberaumt ist, richtete sich die Anklage nur gegen die 43jährige und ihren Freund – die Lottogesellschaft ist völlig aus dem Spiel. In den rechtsverbindlichen Spielregeln steht nämlich unter der Rubrik Gewinnausschüttung im Paragraphen 8, Absatz 8 wörtlich: „Die Deutsche Klassenlotterie Berlin ist nicht verpflichtet, die Berechtigung des Inhabers des Quittungsabschnittes zur Entgegennahme des Gewinns oder die Ordnungsmäßigkeit der Anschrift zu prüfen. Dies gilt auch dann, wenn keine Anschrift angegeben oder der Berechtigte nicht eindeutig bestimmbar ist." In abgewandelter Formulierung ist dies auch bei den anderen Lottogesellschaften in der Bundesrepublik rechtsverbindlich ausgewiesen.

Mit anderen Worten: Besitzt jemand den Lottoschein mit Namen und Anschrift einer anderen Person, so kann er auch im Fall eines Millionengewinns diesen Schein bei der zuständigen Lottozentrale vorlegen und kassieren.

Ein folgenschwerer Erlaß der Spanier – Vor 500 Jahren begann für die Kanarischen Inseln ein neuer Abschnitt ihrer Geschichte

Unter der Herrschaft von Ferdinand II. von Aragon (unten links) und Isabella II. von Kastilien (unten rechts) wurde die Eroberung der Kanarischen Inseln durch Spanien vollendet. Als letzte wurde 1496 Teneriffa besetzt. Die Ureinwohner der Inseln wurden nach Sevilla deportiert. Der Charakter der Kanarischen Inseln ist seither von spanischer Architektur geprägt – rechts eine Siedlung auf Lanzarote. Bestimmendes Element sind heute hier die „neuen Herren", die Touristen. Sie wurden zur Quelle des Wohlstandes – aber auch die Ursache für weitere Veränderungen: Überall entstanden Fremdkörper in der faszinierenden Landschaft, betonierte Gemüse- und Obsthaine, um die Massen, die mit Charterflugzeugen einschweben, versorgen zu können.

FOTOS: HARTUNG (1) / HISTORIA (2)





Erst in Sevilla wurde das Schicksal der Guanchen endgültig besiegelt



Von HANS OTZEN

Alexander von Humboldt, der Begründer der modernen Geographie, machte im Jahre 1799 auf seiner Amerikareise Zwischenstation auf den Kanarischen Inseln. Als sich sein Schiff Lanzarote, einer der sieben großen Inseln des Archipels näherte, machte die Silhouette der kleinen, vorgelagerten Inseln „den eigentümlichsten Eindruck" auf ihn. Er glaubte sich „an die Ufer des Rheins bei Bonn (Siebengebirge) versetzt".

Etwas anderes aber setzte Humboldt weit mehr in Erstaunen – ein „seltsamer" Brauch: „Eine Frau hatte mehrere Männer, welche in der Ausübung der Rechte des Familienhauptes wechselten. Der eine Ehemann ward als solcher nur während eines Mondumlaufs anerkannt, sofort übernahm ein anderer das Amt und jener trat in das Hausgesinde zurück." Bei diesem Brauch handelte es sich um eine Überlieferung aus der Zeit der Guanchen, der Ureinwohner der Insel. Wer waren diese Guanchen?

Als die Europäer im 15. Jahrhundert die Kanarischen Inseln eroberten, fanden sie Menschen vor, die noch unter steinzeitlichen Bedingungen lebten. In zwei Wellen waren diese Ureinwohner in der jüngeren Altsteinzeit um 20 000 v. Chr. zunächst als nordafrikanische Vertreter der Cromagnon-Rasse eingewandert; etwa 10 000 Jahre danach kamen dann Hamiten und Semiten – ebenfalls aus Nordafrika. Dann scheinen die Kontakte zum dem nur etwa hundert Kilometer entfernten Festland abgebrochen zu sein.

Erst im Mittelalter wurden die Kanarischen Inseln wiederentdeckt. Ein Genueser namens Lanzarotho Malocella kreuzte um 1312 in den Kanarischen Gewässern und eine der Inseln – Lanzarote – trägt seither seinen Namen. Danach trieben sich hier vor allem Piraten und Kaufleute herum – der Unterschied zwischen beiden war damals fließend.

Florentiner, Mallorkiner, Katalanen und Andalusier nahmen Kurs auf die Inseln, bis Heinrich III. von Kastilien dem normanischen Ritter Jean de Béthancourt den Auftrag zu ihrer Eroberung und Kolonisierung gab. 1402 besetzt er Lanzarote und drei Jahre später Hierro. Die Ureinwohner wurden als Sklaven nach Spanien deportiert. Dort siedelte man sie in Sevilla, im Stadtteil Mijohar, an.

Die Verantwortung für die Deportierten wurde dem damaligen Bürgermeister dieser Stadt, Juan Guillén, durch einen Erlaß des spanischen Königs Ferdinand II. von Aragon und der Königin Isabella II. von Kastilien übertragen. Danach mußten die „canarios", wie die Ureinwohner der Kanarischen Inseln in diesem Erlaß bezeichnet wurden, sich einen Herrn suchen, dem sie zu dienen hatten. Verheiratete wurden getrennt, wenn sie sich nicht zum katholischen Glauben bekannten. Das Schicksal der Guanchen war damit besiegelt. Auf Teneriffa sollen 1513 nur noch 600 Guanchen gelebt haben.

Bis 1496 dauerte die Eroberung der Kanarischen Inseln durch die Spanier. Als letzte wurde Teneriffa besetzt. Seither sind die Kanarischen Inseln rein spanisch. Aber damit zog dort nicht der Frieden ein. Die Inseln wurden immer wieder von den weltgeschichtlichen Ereignissen gestreift. Holländer, Franzosen und vor allem Engländer versuchten, dort Fuß zu fassen. Friedlicher wurde es erst im 19. Jahrhundert.

Seit 1982 haben die Inseln im Rahmen der spanischen Autonomieregelung zunehmende Selbständigkeit innerhalb Spaniens erlangt. Heute leben 1,5 Millionen „neue" Einheimische auf den Kanarischen Inseln und 3,2 Millionen Touristen besuchen sie jährlich. Sie sind die eigentlichen „neuen Herren" der Inseln und hinterlassen überall ihre Spuren: In der Bauweise, in der Infrastruktur, im Warenangebot der Geschäfte, und sie stellen längst die Haupteinnahmequelle der Inseln dar.

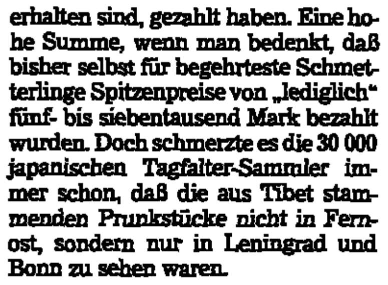
Die „Waffen" der neuen Herrn sind keine Schiffsgeschütze mehr, sondern Charterflugzeuge. Die Kaufkraft der Touristen hat die Umsätze auf den Inseln – die heute Freihandelsgebiet sind – in die Höhe schnellen lassen, wenn auch die weltwirtschaftliche Rezession der beginnenden 80er Jahre nicht nur im Bauwesen ihre Spuren hinterlassen hat.

Aber die Touristen kommen – und müssen weiterhin versorgt werden. Längst reicht die Nahrungsmittelproduktion der Inseln hierfür nicht mehr aus, obwohl immer noch Obst und Gemüse exportiert wird. Die mühsam an den steilen Hängen angelegten kleinen Terrassenanlagen sind nicht mehr zeitgemäß. Intensive Bewässerung verlangt noch größere und nicht abfallende Bewirtschaftungsflächen. So entstanden überall betonierte Tomaten- und Bananenhaine – mit ihren hohen, aufgeschütteten Mauern Fremdkörper in der faszinierenden Landschaft.

Und dennoch fehlt es an Brot, Molkereiprodukten, Fleisch, Getränken ... All das muß importiert werden. Denn welcher deutsche Tourist verzichtet schon auf sein deutsches Bier? Über 20 000 Hektoliter haben deutsche Brauereien im letzten Jahr dorthin geliefert. Dazu kamen allein aus Deutschland 15 900 t Milch, 160 t Butter, 380 t Käse, 420 t Wurst, 640 t Fruchtsaft, Konserven und vieles andere mehr – alles zusammen Nahrungsmittel für fast 40 Millionen Mark. So haben die neuen Herren der Kanarischen Inseln die „insulae fortunae" – wie Plinius sie nannte – nicht zuletzt zu einem interessanten Absatzgebiet für die deutsche Landwirtschaft gemacht.

Bonner Falter in Manila „vergoldet"

Schmetterlings-Rarität „Przewalski" aus Museum Koenig gestohlen / In Tokio geortet



FLORIAN NEHM, Bonn

„Ich brachte den Przewalski-Falter heim nach Asien", schrieb der japanische Schmetterlings-Händler Satoshi Koiwaya 1981 stolz in „The Weekly Butterfly Tsuiso" und lieferte der Bonner Staatsanwaltschaft damit wichtige Indizien im Fall „Schmetterlingsraub".

Denn just dieser Przewalski ist aus dem Bonner Museum Alexander Koenig verschwunden. 27 000 Mark will Koiwaya in Manila einem Deutschen namens „Dr. K" für den Apollo-Schmetterling, von dem auf der Welt überhaupt nur drei Exemplare erhalten sind, gezahlt haben. Eine hohe Summe, wenn man bedenkt, daß bisher selbst für begehrteste Schmetterlinge Spitzenpreise von „lediglich" fünf- bis siebentausend Mark bezahlt wurden. Doch schmerzte es die 30 000 japanischen Tagfalter-Sammler immer schon, daß die aus Tibet stammenden Prunkstücke nicht in Fernost, sondern nur in Leningrad und Bonn zu sehen waren.

Zufällig entdeckte der Chef-Lepidopterologe im Museum Koenig, Dieter Stüning, 1983, daß jemand den Przewalski in seiner Abteilung gegen einen verblüffend ähnlichen Apollo-Schmetterling ausgewechselt hatte: Der als männlich beschriftete Przewalski war ein Weibchen. Nun half Professor Fujioka, eine Kapazität aus Yokohama, die den Falter in Bonn schon 1979 ausführlich fotografierte. Er hatte den Przewalski-Artikel gelesen und suchte in Tokio Shunsuke Okauchi, den jetzigen Besitzer des teuren Insekts, auf und meldete seinen Bonner Freunden: „Er hat euren Schmetterling."



Der Przewalski-Falter. Zaren-General Przewalski brachte 1890 drei dieser Schmetterlinge aus Tibet nach Petersburg mit. Von ihm kaufte Museumsgründer Alexander Koenig ein Exemplar.
FOTO: DIE WELT

Obwohl die Anzeige gegen den des Diebstahls verdächtigten und dem Museum bekannten „Dr. K" seit zwei Jahren bei der Staatsanwaltschaft liegt, richtete diese ein Rechtshilfe-Ersuchen erst jetzt nach Tokio. Die japanische Justiz wird gebeten, den Przewalski-Ankäufer Koiwaya, den -Halter Okauchi und Professor Fujioka als Zeugen zu vernehmen.

So machen sich die Bonner Naturforscher über das schleppende Verfahren zunehmend Sorgen. An die hundert wertvolle Schmetterlinge kamen abhanden. Auch diese sollen in Manila für mehrere tausend Dollar in japanischen Besitz übergegangen sein. Dem Museum liegt jetzt vor allem an der Wiederbeschaffung der in Tokio georteten Rarität.

LEUTE HEUTE

Bewundert

„Madame, das Fürstentum von Monaco hat sehr viel Glück, wieder eine große Dame zu haben. Es ist sehr schwer, Königin zu sein. Es ist schwer, Star zu sein. Madame, Sie sind beides." Diese Worte schrieb **Alain Delon** an Prinzessin **Caroline** von Monaco und ließ sie gleichzeitig veröffentlichen, damit alle Welt von seiner Bewunderung erfahre. Delon erinnert die Prinzessin daran, daß er ihr vor zehn Jahren schon einmal Ähnliches geschrieben habe, aber nie eine Antwort erhalten habe. Vor Jahresfrist hatte übrigens Delon-Sohn **Anthony** der Schwester Carolines, **Stephanie**, den Hof gemacht.

Begeistert

Felipe (17), „Prinz von Asturien" – so der Titel des spanischen Thronfolgers – teilt mit seinem Vater König **Juan Carlos** (47) die Vorliebe für alles Militärische. Schon mit neun Jahren trug er zum erstenmal eine Uniform. Häufig begleitete er seinen Vater zu Militärmanövern und begeisterte sich für Panzerfahren und Hubschrauberfliegen. Jetzt wird es ernst für ihn: Felipe tritt als Kadett in die Militärakademie Saragossa ein. Einer freut sich dort schon ganz besonders auf den beliebten Prinzen: **Prudencio Mur**, der Militärfriseur.

Glücklich

„Dies ist der größte Augenblick meines Lebens", sagte **Mick Jagger** (41), nach der Geburt seines Sohnes im Lennox Hill Hospital von New York. Jagger soll so glücklich sein, daß er jetzt ernsthaft ans Heiraten denkt. Aus dem Freundeskreis sikkerte durch, daß **Jerry Hall** (28), die ihm bereits eine Tochter geboren hat, vielleicht schon im November Frau Jagger werden könnte.

Enttäuscht

Auch der vierte Versuch des ehemaligen amerikanischen Astronauten **James Irwin** (54), die Überreste der Arche Noah in der Türkei zu finden, ist gescheitert. Am Samstag war Irwin mit vier Bergsteigern und einer Begleitmannschaft von 15 Personen zum Ararat aufgebrochen. „Ich bin furchtbar enttäuscht, wir waren dicht vor dem Ziel", erklärte er nach seiner Rückkehr, „aber wir mußten umkehren, weil ein Mitglied unserer Mannschaft krank geworden war." Ob er es noch einmal versuchen werde, ließ Irwin dahingestellt.

Verfahren gegen Kassenärzte eingestellt

dpa, Dortmund/Münster

Vom „Dortmunder Ärzteskandal" um falsche Honorarabrechnungen ist nach Ansicht der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Westfalen-Lippe in Münster „nichts übrig" geblieben. Wie der Verband gestern mitteilte, sind nach Auskunft der Staatsanwaltschaft in Dortmund von 473 Ermittlungsverfahren, die Anfang 1984 eingeleitet wurden, bisher 452 eingestellt worden. Lediglich in zwölf Fällen seien Geldbußen zwischen 1500 und 8000 Mark verhängt worden. Sieben Ermittlungsverfahren dauerten noch an. Dagegen schätzte ein Vertreter der Staatsanwaltschaft auf Anfrage die noch laufenden Ermittlungen auf 80 bis 100 Fälle. Den sogenannten Ärztebetrugsskandal hatte in Dortmund die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) Anfang 1984 ins Rollen gebracht. Bei einer Computer-Auswertung der AOK-Abrechnungsstelle wurden bei rund 400 der insgesamt 500 niedergelassenen Ärzte fehlerhafte Abrechnungen festgestellt.

Dritter Satellit ausgesetzt

rtr. Cape Canaveral

Die amerikanische Raumfähre „Discovery" hat am Donnerstag ihren dritten und letzten Satelliten ausgesetzt und damit den ersten Teil ihres achttägigen Raumfahrtprogrammes erfolgreich abgeschlossen. Am Morgen soll sich die Fähre dem defekten Satelliten „Leasat-3" nähern und ihn reparieren.

Höchste Geburtenziffer

dpa, Moskau

Mit 5,5 Millionen Geburten hat die Sowjetunion in den beiden vergangenen Jahren die höchste Geburtenziffer seit Kriegsende verzeichnet. In einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur Tass von gestern heißt es, die hohe Zahl Neugeborener sei ein Ergebnis der staatlichen Maßnahmen zur Förderung von Mutterschaft und Familie.

Mount Everest bestiegen

dpa, Madrid

Eine aus drei spanischen Bergsteigern bestehende Seilschaft hat gestern zusammen mit drei nepalesischen Sherpas den höchsten Berg der Erde, den 8848 Meter hohen Mount Everest, bezwungen. Über Funk teilten die aus Katalonien stammenden Bergsteiger mit, sie seien ohne Sauerstoffgeräte über die Nordostflanke in 15 Stunden vom letzten Höhenlager zum Gipfel aufgestiegen.

17 Jahre für zwölf Gramm

rtr. Jakarta

Ein 29jähriger Student aus Bremen ist in Indonesien wegen Drogenhandels zu 17 Jahren Haft verurteilt worden. Sein Begleiter Georgio Serantoni (38) aus Venedig erhielt zwölf Jahre Gefängnis. Beide sind am Mittwoch, wie gestern bekannt wurde, für schuldig befunden worden, im Februar auf Bali zwölf Gramm Morphium verkauft zu haben.

Mit scharfer Munition

AFP, Kopenhagen

Ein dänischer Jagdflieger hat bei einem Manöver am Mittwoch auf Bornholm versehentlich mit scharfer Munition auf eine Panzer-Kolonne geschossen. Dies bestätigte das taktische Luftwaffen-Kommando in Karup (Jütland). Die Schüsse haben keinen verletzt und nur Sachschaden verursacht.

Bankräuber festgenommen

dpa, Rom

Der aufsehenerregende Einbruch in die Banco Hispano-Americano Mitte August in Barcelona, bei dem über 1000 Schließfächer ausgeräumt wurden, scheint aufgeklärt zu sein. Wie die italienische Polizei am Donnerstag bekanntgab, ging ihr fast die ganze Bande ins Netz. In Italien wurden acht Personen spanischer und italienischer Nationalität festgenommen. Bei Hausdurchsuchungen wurden Banknoten und andere Diebesbeute sichergestellt.

Kunstwerke verschwunden

lnw, Düsseldorf

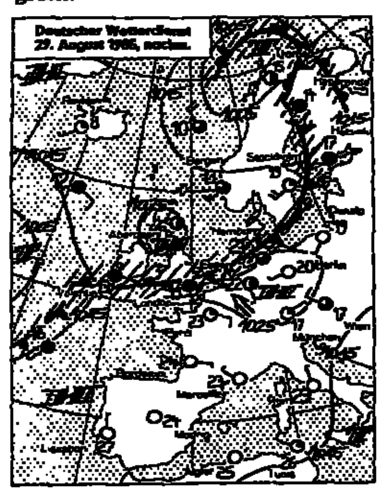
Im Düsseldorfer Kultusministerium sucht man seit zwei Jahren nach 115 spurlos verschwundenen Kunstwerken. Darunter sind Objekte, die das Land vor Jahren billig erwarb und die inzwischen um ein Vielfaches im Wert gestiegen sind. Bei der jährlichen Routineüberprüfung der Haushaltsführung in der nordrhein-westfälischen Landesverwaltung stieß der Landesrechnungshof (LRh) auf den Verlust. Unter den Kunstwerken befand sich auch das 1959 für für 2200 Mark gekaufte Bild „Seelandschaft" von Christian Rohlfs. Ein Werk unter demselben Titel wurde 1976 von Privathand für 50 000 Mark an das Städtische Museum Hagen verkauft.

ZU GUTER LETZT

„Selbst die beste Artillerie hat mal einen Rohrkrepierer. Der Krieg ist damit nicht entschieden." Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel über seinen Stellvertreter Wolfgang Roth, der nach der Androhung eines Prozesses seine massiven Vorwürfe gegen Familienminister Heiner Geißler im Zusammenhang mit dem Wein-Skandal zurückgezogen hat.

WETTER: Sommerlich warm

Wetterlage: Das mitteleuropäische Hochdruckgebiet bleibt heute noch wetterbestimmend, bevor am Samstag ein schwacher Tiefausläufer von Westen her auf Deutschland übergreift.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still, ≡ Nebel, Sprühregen, Regen, ✱ Schneefall, ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, [illegible]. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Freitag:
Nach Auflösung von Dunst größtenteils sonnig, nur in Schleswig-Holstein gelegentlich wolkig, aber niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen zwischen 22 Grad im Norden und 28 Grad im Süden. In der Nacht im Nordwesten aufkommende Bewölkung und vereinzelt etwas Regen. Tiefstwerte zwischen 15 und 10 Grad. Schwacher Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Im Norden Schauer, im Süden weitgehend trocken, Temperaturrückgang.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Berlin	20°	Kairo	32°
Bonn	21°	Kopenh.	16°
Dresden	18°	Las Palmas	27°
Essen	22°	London	19°
Frankfurt	20°	Madrid	24°
Hamburg	21°	Mailand	23°
List/Sylt	18°	Mallorca	26°
München	17°	Moskau	21°
Stuttgart	18°	Nizza	25°
Algier	26°	Oslo	16°
Amsterdam	22°	Paris	23°
Athen	28°	Prag	17°
Barcelona	27°	Rom	23°
Brüssel	22°	Stockholm	19°
Budapest	23°	Tel Aviv	30°
Bukarest	24°	Tunis	26°
Helsinki	17°	Wien	17°
Istanbul	25°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Samstag: 6.33 Uhr, Untergang: 20.11 Uhr; **Mondaufgang:** 20.56 Uhr, Untergang: 7.20 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Wenn Alte über Paragraphen stolpern

E. REVERMANN, Hannover

Eine peinlich genaue Paragraphen-Auslegung hindert in Neustadt am Rübenberge vor den Toren Hannovers eine von Politikern aller Parteien und von den Betroffenen begrüßte Privatinitiative. Eine kleine Senioren-Wohngemeinschaft mit sieben betagten Damen ist für die Ortsbehörden gesetzeswidrig, weil diese Einrichtung angeblich den Gesetzesvorschriften für ein Altenheim nicht entspricht. Nach einem Ersturteil des Verwaltungsgerichts Hannover ist bereits bei Androhung von 10 000 Mark Geldbuße im Februar die Schließung dieser Wohngemeinschaft und – wie es die Senioren formulieren – „Zwangseinweisung" in übliche Altenheime angeordnet worden; in zweiter Instanz muß das Oberverwaltungsgericht Lüneburg im September entscheiden.

Die Krankenschwester Ingrid Kommer (42) hatte ihren 147 Quadratmeter großen Bungalow mit sieben Räumen in der hübschen Wohngegend in der Falkenstraße 19 seit 1980 alleinstehenden alten Mitmenschen angeboten. Bei nur 350 Mark Grundkosten und 150 Mark für die Gemeinschaftskasse pro Monat bietet sie seitdem mit ihrem Mann Wolfgang wohnliche Umgebung wie in einer Familie: Soweit die alten Leute können, versorgen sie sich selbst, die 84jährige Albertina Wallentin beispielsweise kocht für alle. Man kauft gemeinsam ein.

Daß Ingrid Kommer die alten Leute regelrecht betreut, ist offensichtlich einer ihrer großen „Fehler". Sowohl für die Ortsbehörde in Neustadt wie auch für den zuständigen Landkreis Hannover und auch für das Verwaltungsgericht (Az.: 7 VGA 202/82) ist solche Fürsorge typisch für ein amtlich genehmigtes Altenheim. Zudem sei diese „Ansammlung älterer Damen" die einzige Einnahmequelle der Hausherrin. Sie betreibe somit ein „Gewerbe".

Die alten Leute stört es nicht, daß die Badewanne nicht von drei Seiten zugänglich ist, wie es die „Heimmindestbauverordnung" vorschreibt. Oder daß die Türen nicht so breit sind, daß ein Krankenbett durchgerollt werden kann. Oder daß in Dusche und Klo gesonderte Haltegriffe fehlen. „Das ist hier so wie in einem ganz gewöhnlichen Haus und wie andere auch leben", sagen die Alten.

Der Fall dieser Seniorengemeinschaft beschäftigt jetzt auch die Landespolitik. Einmal plädiert Niedersachsens Sozialminister Hermann Schnipkoweit (CDU) immer wieder dafür, von den derzeit rund 1,5 Millionen betagter Mitmenschen in Deutschland so viele wie möglich in gewohnter familiärer und häuslicher Umgebung zu belassen. Er hält sich jedoch bis zum Abschluß des schwebenden Verfahrens zurück.

Doch nicht nur von Oppositionspolitikern, sondern auch von eigenen Parteifreunden, wie dem CDU-Landtagsabgeordneten und Nachbarn dieser Senioren, Heinrich Wilhelm Baldauf, wird auf eklatante Ungereimtheiten in der CDU-Landespolitik mit Drang zur Privatisierung hingewiesen: Private Initiativen wie diese kosten Vater Staat keinen Pfennig. Mit 500 Mark seien die Aufwendungen um ein Vielfaches niedriger als beim Staat. Ein Platz in einem Alten- oder Pflegeheim koste monatlich – je nach Pflegebedürftigkeit – zwischen 1350 und 3000 Mark.

Und die FDP-Abgeordnete Schneider schreibt: „Auch alte Menschen haben das selbstverständliche Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie sie leben wollen."



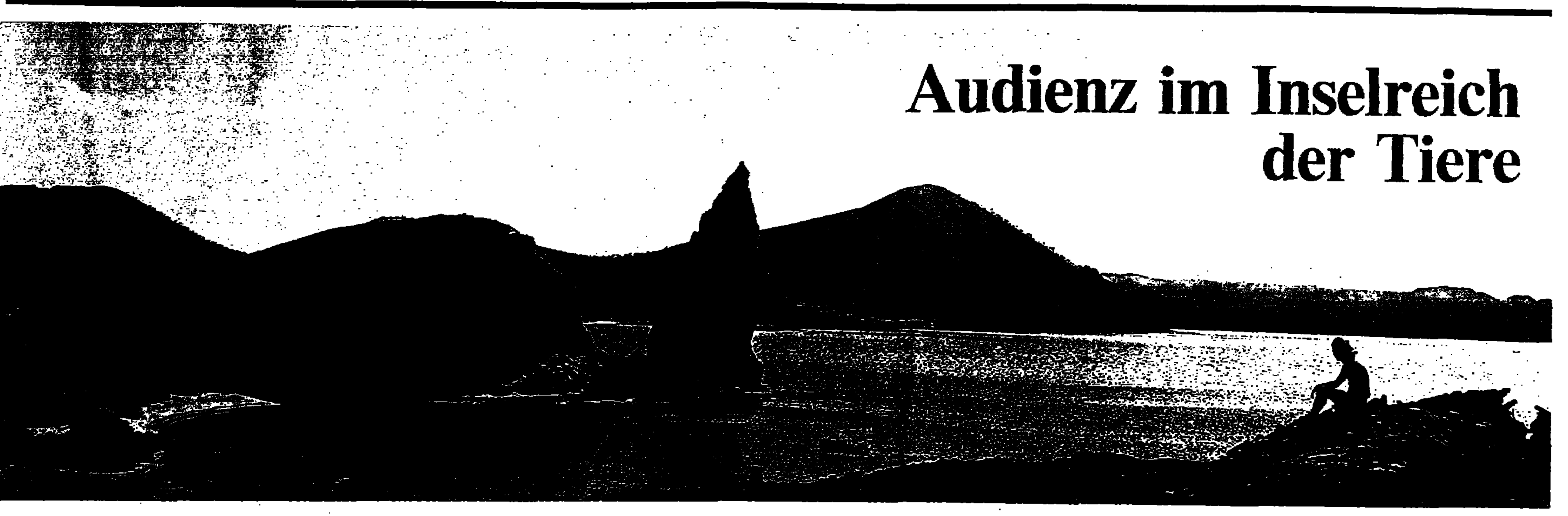
Auch mit 84 kocht Albertina Wallentin noch für ihre Wohngemeinschaft FOTO: H. J. FRATZER

Magazin für die Freizeit

Freitag, 30. August 1985 - Nr. 201 - DIE WELT

REISE WELT

mit Auto · Hobby · Sport · Spiel



Audienz im Inselreich der Tiere

Donnernd peitschen gewaltige Wogen gegen glatt gespülte schwarze Lavafelsen, zerfließen über zartrote Krabben und versprühen Wassernebel auf die tiefen Narben im Stein, die die See geschlagen hat. Meerleguane wie aus dem Gruselkabinett, kleine, unheimliche Drachen mit faltigen Kehlen und hängenden Kiefern stieren uns an. Möwen und Tauchertölpel pfeifen ihre schrillen Töne, dazwischen das heisere Husten der Seelöwen.

Die zerklüftete Lavaküste ist nackt, kahl, ohne erkennbare Vegetation. Doch es wimmelt von Tieren. Kaum ein Felsen, der unbewohnt ist. Die erste Erfahrung, die Besucher machen, ist ein unumstößliches, ehernes Gesetz: auf Galapagos hat die Natur, haben alle Tiere absoluten Vorrang. Wir studieren eine lange Liste mit bindenden Vorschriften und Verboten. Weder Pflanzen, Tiere, Samen noch Zweige dürfen berührt oder zerstört, schon gar nicht mitgenommen werden. Es ist untersagt, Pflanzen, Teile davon oder Nahrungsmittel von einer Insel auf eine andere zu bringen, von den markierten Wegen abzuweichen oder Abfälle liegen zu lassen. Mitunter sind gar die Schuhe abzubürsten. Im letzten Reich der Tiere herrscht Ordnung.

Nur noch verkohlte Baumstümpfe erinnern an die gewaltigen Brände im Frühjahr, als Isabela, die größte Insel des Archipels, in eine Gluthölle verwandelt wurde. Nach einem Vulkanausbruch hatten feurige Lavaströme die Wälder im Innern des Eilands in Flammen gesetzt.

Die Tiere sind wieder überall und demonstrieren auf Schritt und Tritt Frieden. Keine Tiergattung lebt auf Kosten einer anderen. Entweder sind sie Vegetarier, oder sie holen sich die Nahrung aus dem Meer. Ungestört durch Raubtiere entwickelte sich das tierische Leben auf den Galapagos-Inseln zu einem einmaligen friedlichen Nebeneinander. Vor vielen Millionen Jahren waren die Vulkaninseln aus dem Meer geboren worden. Mächtige Eruptionen untermeerischer Vulkane schleuderten Asche, Lava und Dampf an die Oberfläche. Es entstand Land, das später von robusten Tierarten, die hierher abgetrieben waren, besiedelt wurde.

Nur etwa sieben- bis achttausend Menschen wohnen hier. Die Lebensbedingungen sind hart, und siedlungswillige Neuankömmlinge erhalten selten Erlaubnis für Neugründungen von Höfen und Plantagen, denn mehr als 90 Prozent der Landfläche ist Teil des Nationalparks mit strengen Naturschutzauflagen.

Die Riesenschildkröten, die bis 200 Jahre alt werden können und bis zu 500 Kilogramm wiegen, sind das kostbarste Gut der Jahrmillionen langen Evolutionsgeschichte des Archipels, und ihnen verdankt die Inselgruppe ihren Namen. Galápago ist spanisch und heißt Landschildkröte. Es gibt nur noch 3000 bis 5000 Exemplare. Hinzu kommen noch etwa 300 bis 400 Jungtiere, die in der Charles-Darwin-Station in den ersten kritischen Jahren ihres Lebens gehütet und später in ihrer eigentlichen Heimat ausgesetzt werden.

So etwas wie die Galapagos-Inseln gibt es nur einmal auf unserer Erde. Ein Ort, den es eigentlich nicht mehr geben dürfte, denn was an endemischer Tier- und Pflanzenwelt hier vorkommt, ist auf dem „Rest der Welt" schon seit Jahrtausenden ausgestorben. So stark ist der Zauber dieses Gartens Eden, daß der Reisende, der Pinguine in der Antarktis und Flamingos in der Karibik beobachtet und die Natur in guter Ordnung gefunden hat, die Anwesenheit beider Vogelarten auf einem kleinen Eiland als selbstverständlich hinnimmt. Schuld an dieser „Mischung" ist der kalte Humboldt-Meeresstrom, der aus der Antarktis kommt und wesentlich das Klima von Galapagos bestimmt. Auf diesem Meeresstrom sind auch die Vorfahren der Galapagos-Pelzrobben und Seelöwen nach hier „geritten" und vergrößerten so vor langer Zeit die Bandbreite der Fauna von tropisch bis antarktisch.

Die Tiere fristen ihr Dasein in einem Zustand der Unschuld. Sie haben keine Ahnung, daß der Mensch die erfolgreichste Spezies ist, daß er sie auslöschen könnte. Auf Galapagos zieht der Mensch es vor, die Tiere zu pflegen. Und deshalb fürchten sie sich nicht. Ganz aus der Nähe wird man Zeuge des Balzspiels der Albatrosse, der mit einer Flügelspannweite bis zu drei Meter größten flugfähigen Vögel der Erde. Und fast überall an den Küsten der Inseln sind Tölpel bei ihren erstaunlichen Sturztauchmanövern zu beobachten. Aus großer Höhe schießen sie senkrecht ins Meer, um beim Auftauchen ihre Beute zu schnappen. Tragische Ironie nach all diesen Mühen: Fregattvögel lauern den auftauchenden Tölpeln (nomen est omen?) auf, um ihnen die Beute abzujagen.

Ein Darwin-Fink oder eine Spottdrossel auf Floreana, die eifrig am Schuhband eines Touristen ziehen, eine Landechse, die auf Süd-Plaza beim Filmwechsel aufgeregt an die gelbe Filmschachtel stupst (weil ihr Leibgericht, die Frucht der Kakteen, auch diese Farbe hat), eine Pelzrobbe, die vor der Insel James mit einem badenden Touristen um die Wette schwimmt und ihn dabei spielend mit den Barthaaren kitzelt – auf Galapagos ist das touristischer Alltag. Weil es keine Feinde für die Tiere gibt, hat es die Natur eingerichtet, daß die Fortpflanzungsrate sehr niedrig ist. So brüten die Meerechsen nur alle zwei bis drei Jahre. Wenn Restpopulationen bestimmter Tierarten durch Katastrophen plötzlich zusätzlich stark dezimiert werden, kann das für einige das endgültige „Aus" bedeuten.

ECUADOR · KOLUMBIEN · PERU · Galapagos-Inseln · Pazifischer Ozean · Esmeraldas · Quito · Manta · Chimborazo · Ambato · Guayaquil · Cuenca · Machala · Loja · DIE WELT

Tierschutz und Vorsorge für mögliche Katastrophen ist das Hauptanliegen des wichtigen Gesetzes zum Schutz der Tierwelt, das die Republik Ecuador, dessen Anhängsel Galapagos ist, im Jahre 1936 erlassen hat. 1959 folgte dann die Einrichtung des Galapagos-Nationalparks und die Gründung der „Charles-Darwin-Forschungs-Gesellschaft". Mit Hilfe der Unesco und anderer Stellen begann man im gleichen Jahr mit dem Bau der Darwin-Forschungsstation auf der Insel Santa Cruz, die 1964 eingeweiht werden konnte. Ihre Aufgabe ist es, die Nationalparkverwaltung wissenschaftlich zu beraten, die Natur der Insel zu erforschen und Programme zu ihrem Schutz zu veranlassen.

Was dem Touristen als Eden erscheint, ist für den Forscher der Himmel. Hier wird ihm die Natur auf dem Tablett gereicht: Eine Untersuchung des flugunfähigen Kormorans, der wie eine Robbe taucht, um seine Nahrung zu fangen? Kein Problem: Man steigt mit ihm ins Wasser. Den Kormoran stört das nicht. Hinzu kommt, daß die Galapagos-Taube, die Land- und Wasserleguane, die schwalbenschwänzige Möwe, die vier Arten der Spottdrossel, die dreizehn Arten des Finken und ein Dutzend anderer Vögel und Reptilien, nicht zu vergessen die Riesenschildkröten und 228 Pflanzenarten, nirgendwo sonst existieren – Darwin läßt grüßen.

Die Brände vom Frühjahr 1985 erregten weltweit Aufsehen. Aber da war im Jahr 1983 eine viel verheerendere Naturkatastrophe, die alle Inseln des Archipels bedrohte und über die man damals nur in naturwissenschaftlichen Fachblättern lesen konnte. Der von Norden kommende „El-Niño-Meeresstrom", dessen warme Wasser für einige Monate natürliche Konkurrenz für den kalten Humboldtstrom sind – beide Strömungen bestimmen seit Jahrtausenden das Klima von Galapagos – war 1983 früher gekommen als sonst. Gewöhnlich kommt er zur Jahreswende (weswegen er nach dem Christuskind El Niño genannt wird), um den kalten Humboldtstrom abzulösen.

Das frühe Erscheinen „El Niños" führte zu heftigeren Regenfällen als üblich. Wo sonst etwa 370 Millimeter Regen im ganzen Jahr fallen, wurden bis August 1983 bereits 3500 Millimeter gemessen. Auf einigen Inseln entstand ein dichter Dschungel. Flora und Fauna profitierten wie beispielsweise die Finken und Spottdrosseln. Das Wasser des Meeres erwärmte sich um etwa vier Grad und stieg an. Der Salzgehalt nahm ab. Dadurch wurde eine gravierende Veränderung im Ökosystem des Wassers ausgelöst. Die Tang- und Algenarten, die für die Ernährung der vieltausend Meerechsen nötig sind, starben im wärmer gewordenen Wasser ab. Die maritime Nahrungskette war gestört.

Pinguine, Pelzrobben, Seelöwen und viele Seevögel fanden weniger Nahrung, weil die Fische in andere Lebensräume ausgewichen waren. Man rechnet, daß auf einigen Inseln bis zu 45 Prozent der Bestände an Meerechsen buchstäblich verhungert sind. Besucher der Jahre 1983 und 1984 berichten von riesigen Tierfriedhöfen und von Tausenden von Kadavern. Erstmals nun haben die Meerechsen von Fernandina in diesem Jahr wieder Eier gelegt. Ob die Populationen ihre alte Zahlenstärke erreichen können, bleibt abzuwarten.

RW.

*

Auskunft: Marco Polo Reisen, Kronberg/Ts.; Airtours International, Frankfurt/Main; Windrose Fernreisen, Berlin; Internationale Studienreisen, München; A-Reisen, Frankfurt/Main; Ikarus Reisen, Königstein.






Bei Galapagos denkt man sofort an Paradies: Hier leben Seelöwen, Flamingos, Landleguane und Gabelschwanzmöwen einträchtig beisammen FOTOS: MAURITIUS/LIEBELT

SCHWEIZ



...nach Süden nun sich lenken... TESSIN

„Eine Reise ist wie eine Liebe, eine Fahrt ins Unbekannte."

Peter Bamm

Anzeigen-Bestellschein für

FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

1 Mindestgröße 10 mm/1sp. = DM 108,30

2 15 mm/1sp. = DM 162,45

3 20 mm/1sp. = DM 216,60

4 25 mm/1sp. = DM 270,75

5 30 mm/1sp. = DM 324,90

6 15 mm/2sp. = DM 324,90

Anzeigen in der Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" kosten bis zu einer Höhe von 30 mm einspaltig bzw. 15 mm zweispaltig DM 10,83 inkl. MwSt. pro Millimeter, ohne Wiederholungsnachlaß. Die normale Druckzeile kann ca. 35 Buchstaben bzw. 4 bis 5 Wörter enthalten. Anzeigenschluß ist jeweils **montags** 14 Uhr vor dem Erscheinungstermin.

Rustikales Blockhaus
im Naturschutzgebiet an der Eider.
für 4–6 Personen noch frei.

Mindestgröße 10 mm/1spaltig.
Alle Anzeigen werden mit Rand versehen.
Standardgestaltung

DIE WELT
WELT am SONNTAG

01-994

Hiermit bestelle ich eine Anzeige für die Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" in der Höhe von ____ Millimetern ____ spaltig zum Preis von ____ DM.

Bitte veröffentlichen Sie das Inserat am Freitag, dem ____ in der WELT sowie am darauffolgenden Sonntag in WELT am SONNTAG.

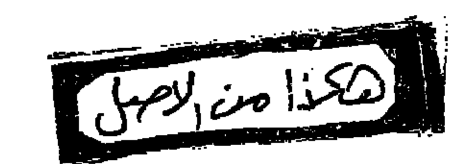
Name ____

Straße/Nr. ____ Telefon ____

PLZ/Ort ____

Der Text meiner Anzeige soll lauten:

TOURISTIK



ANGEBOTE

Spätsommer in Grömitz

Mit Beginn der Spätsommersaison bietet das Ostseeheilbad Grömitz vom ersten September bis zum 31. Oktober ein Pauschalangebot unter dem Motto „Goldene Sonnentage in Grömitz" an. Das Angebot für preisbewußte Urlaubsgäste beginnt bei 168 Mark für sieben Übernachtungen mit Frühstück in guten Privatzimmern und schließt zusätzliche Leistungen wie baden im Meerwasser-Hallenbad, Strandkorbbenutzung oder bräunen im Sonnenstudio ein. (Auskunft: Kurverwaltung, 2433 Grömitz)

Adria-Ägäis-Kreuzfahrt

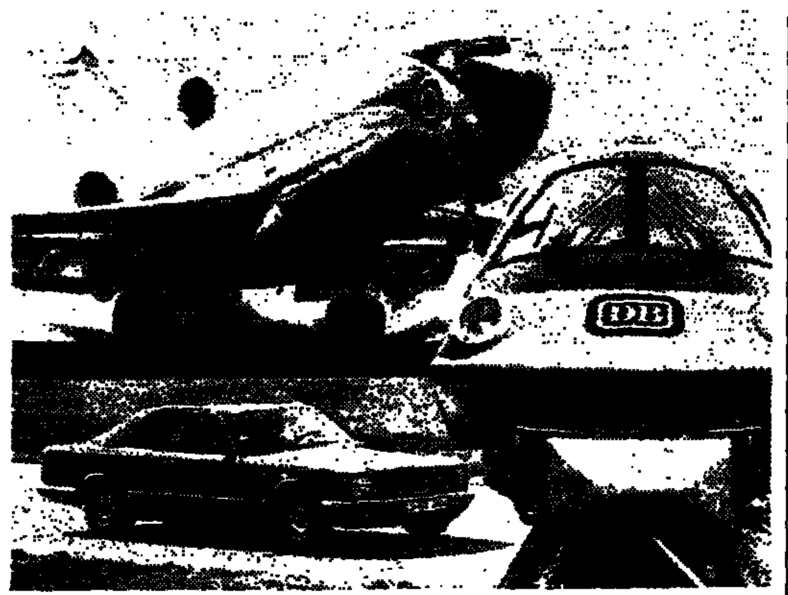
Der Weltreise-Veranstalter Gastager führt vom 25. Oktober an eine achttägige Adria-Ägäis-Kreuzfahrt auf der „Dalmacija" durch. Schon ab 790 Mark kann man die Reise buchen, inklusive An- und Rückreise im Luxusbus. Mit der „Dalmacija" geht es auf der klassischen Route in den Süden: Von Venedig über Dubrovnik in den Peloponnes-Hafen Katakolon zur Besichtung von Olympia. Weiter nach Kreta mit Heraklion und Knossos, nach Piräus und Athen über Korinth zurück durch die Adria nach Venedig. (Auskunft: Gastager-Reisen, Staufenstraße 2, 8221 Inzell)

Erlebnis Zimbabwe

Nach Zimbabwe führt vom vierten bis 20. Oktober eine 17tägige, sonst auf den deutschen Markt nicht angebotene Reise der Karawane Studien-Reisen. Besucht werden unter anderem die weltberühmten „Palastanlagen" von Zimbabwe und die Victoria-Wasserfälle. Safari-Fahrten im Bumi-Hills-Reservat am Kariba-Stausee und im Hwange-Tierpark runden die Reise in eines der landschaftlich eindruckvollsten Länder im Süden Afrikas ab. Die Tour kostet mit Flug ab Frankfurt, Ausflügen und Vollpension 6190 Mark. (Auskunft: Karawane Studien-Reisen, Postfach 909, 7140 Ludwigsburg)

Reise ans Ende der Welt

Ontara Reisen bietet für den Pauschalpreis von 6998 Mark vom 8. November bis zum 4. Dezember eine Reise nach Neuseeland an. Ein zweitägiger Aufenthalt in Singapore ist ebenfalls im Preis inbegriffen. (Auskunft: Ontara Reisen, Kolpingstraße 3, 8723 Gerolzhofen)



KOSTENVERGLEICH / Auto, Flugzeug, Bahn

Wer hat die Nase vorn?

tdt. Frankfurt

Wer als Geschäftsreisender jeden Monat kreuz und quer durch die Bundesrepublik unterwegs ist, für den zählt nicht nur jede Reisemark, sondern auch jede Minute Fahrzeit, die eingespart werden kann. Ein jetzt von der Deutschen Bundesbahn aufgestellter Kosten-Zeit-Vergleich zwischen Intercity, Flugzeug und einem Pkw der gehobenen Mittelklasse zeigt: Auf kurzen Distanzen hat das Auto – zumindest in puncto Schnelligkeit – auch weiterhin die Nase vorn.

Nach der Rechnung, die auf Angaben der Deutschen Bundesbahn, der Lufthansa und des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs (ADAC) basiert, spart der Autofahrer zum Beispiel auf der Strecke Bonn–Düsseldorf (rund 75 Kilometer) fast ein Drittel – oder 24 Minuten – der Fahrzeit. Auf solchen Kurzstrecken spielt der Pkw gegenüber der Bahn und dem Flugzeug seine größere Flexibilität aus. Denn zur reinen Fahrzeit wurden für die Bahn 30 Minuten für Kartenkauf und Fußweg im Bahnhof addiert, beim Flugzeug waren es sogar 60 Minuten „Systemzeit".

Offensichtlich wird bei diesem Vergleich der Verkehrsmittel der Preisvorteil der Bundesbahn. So kostet die IC-Strecke erster Klasse von München nach Stuttgart (rund 230 Kilometer) 71 Mark, während der Autofahrer gut 120 Mark für die Betriebskosten seines Pkws (bei 54 Pfennig pro Kilometer) auf den Tisch blättern muß.

Aber auch in puncto Schnelligkeit kann die Bahn – zumindest bei den meisten längeren Distanzen zwischen deutschen Großstädten – mittlerweile mithalten. So kann der Autofahrer für die Strecke Hamburg–München (rund 800 Kilometer) mit einer Fahrzeit von achteinhalb Stunden rechnen, während der IC-Fahrgast nach siebeneinhalb Stunden auf dem Münchener Hauptbahnhof eintrifft.

Dieser Zeitvorteil besteht allerdings nur auf den wichtigen IC-Strecken quer durch Deutschland. Wer zum Beispiel von Bonn nach Nürnberg unterwegs ist, kann mit dem Auto eine halbe Stunde gegenüber der schnellsten Bahnverbindung sparen. Und auch auf der Strekke München–Düsseldorf hängt der Pkw-Fahrer den IC-Fahrgast ab.

Das schnellste Verkehrsmittel ist und bleibt freilich das Flugzeug. Selbst auf kurzen Flugstrecken, wie etwa Frankfurt–Bonn, ist ein Zeitgewinn von einigen Minuten drin. Und auf den langen Strecken, wie zum Beispiel Hamburg–Stuttgart, wird die Tagesfahrt von über sieben Stunden mit der Bahn oder dem Pkw zum Vormittagsausflug mit dem „Flieger". Allerdings hat die Schnelligkeit auch ihren Preis: So liegt der Flugpreis in einigen Fällen mehr als 100 Prozent über den Bundesbahntarifen erster Klasse. Nur bei Entfernungen von mehr als 500 Kilometern sollten zumindest die Autofahrer einmal den Bleistift zücken: Hier lohnt sich das Autofahren, zumindest was die reinen Ticketpreise angeht, kaum noch.

Beim Einkaufen im Ausland an den Zoll denken

RW. München

Bei größeren Urlaubseinkäufen im Ausland den deutschen Zoll nicht zu vergessen, empfielt der Deutsche Touring Automobil Club (DTC). Während aus den EG-Staaten Urlaubsmitbringsel bis zu einem Betrag von 620 Mark pro Person zollfrei eingeführt werden dürfen, beläuft sich die Freigrenze bei den anderen Ländern lediglich auf 115 Mark. Das sollten Urlauber berücksichtigen, die eine Mehrwertsteuer-Rückvergütung nutzen wollen. Touristen bekommen dabei etwa 30 Prozent des Kaufpreises erstattet – allerdings nur, wenn der Warenwert beispielsweise in Österreich bei mehr als 1000 Schilling (rund 142 Mark), liegt.

Das kann zu Komplikationen führen, weil die Ausfuhr der Waren an der Grenze von der österreichischen Zollbehörde bestätigt werden muß. Es hat sich gezeigt, daß offenbar die deutschen Grenzbeamten auf „kurzem Draht" über derartige Vorgänge informiert werden. Meldet man dann die Wareneinfuhr nicht ordnungsgemäß an, muß nicht nur die üblichen Grenzabgabe bezahlt, sondern auch noch ein Bußgeld entrichtet werden. Der scheinbar günstige Einkauf kann auf diese Weise sehr teuer werden.

Winterreisen kosten fünf Prozent mehr

RW. Hamburg

Die Bundesbürger werden in diesem Winter bei den meisten Urlaubsreisen um Preiserhöhungen nicht herumkommen. Als dritter großer Reiseveranstalter nach TUI und ITS hat jetzt auch NUR Touristic (Frankfurt) eine Anhebung der Preise für die Wintersaison angekündigt. Wie Deutschlands zweitgrößter Touristikveranstalter mitteilt, wird die Preissteigerung bei Flugreisen im Mittelstreckenbereich durchschnittlich vier bis fünf Prozent, bei Fernreisen fünf Prozent betragen.

Einige Zielgebiete werden im kommenden Winter jedoch günstiger angeboten. So gibt es Preissenkungen bei Fernreisen nach Kenia, Nepal und Goa. Die tunesische Insel Dscherba wird zu gleichen Preisen wie im letzten Winter angeboten, bei Sri Lanka beträgt der Aufschlag zwei Prozent. NUR Touristic begründet die Preiserhöhungen mit den hohen Inflationsraten in den meisten Reiseländern.

Der Markt im Westen

Man muß den Honig dort saugen, wo die meisten Blüten sind. Das sagen sich auch die Ostblockstaaten und steigen mit touristischen Angeboten immer häufiger im kapitalkräftigen Westen ein. Jüngstes Beispiel ist Ungarn. Am 1. September wird das Hungarian Hotels Sales Office in Los Angeles seine Arbeit aufnehmen. Bei dem Engagement in der Neuen Welt wurde auf die Sicherung des amerikanischen Know-hows besonderer Wert gelegt. Die Ungarn beteiligten ein US-Public-Relations-Unternehmen mit 15 Prozent an der neuen Gesellschaft.

Das Angebot des Sales Office soll sich an alle potentiellen Ungarn-Touristen in den Vereinigten Staaten wenden. Und weil die Ungarn die Reisegewohnheiten der Amerikaner kennen, wird das Sales Office in Kooperation mit anderen europäischen Ländern Kombinationsreisen in sein Angebot einbeziehen. „Deutlich spürbare Anstöße" erwartet man vor allem von Gruppen, Konferenzen und Kongressen, aber auch aus dem Incentive-Bereich. Dafür soll das Angebot zunächst auf die Top-Hotels in Budapest konzentriert werden, darüber hinaus können aber auch 85 Hotels – das entspricht rund 95 Prozent des ungarischen Angebots im Bereich über drei Sterne – und natürlich die gesamte Tourismuspalette auf dem Kursektor angeboten werden.

Der Brückenschlag in die Neue Welt kommt nicht überraschend, denn schon seit einiger Zeit begnügen sich die ungarischen Anbieter nicht mehr mit der traditionellen Kundschaft aus der Bundesrepublik und Österreich. Sie bemühen sich mit Erfolg um Gäste aus Skandinavien, den Niederlanden, Frankreich und Italien. Der Sprung in die Vereinigten Staaten ist da nur konsequent, und die nächsten Ziele sind schon angepeilt: Frankfurt, London, Tokio. Dabei spielt es für die Manager aus Budapest keine Rolle, daß in diesen Städten bereits ungarische Anbieter von Fremdenverkehrsleistungen operieren. Doch ganz ohne Absprache wird es nicht gehen. „Wenn koordiniert wird, können wir die richtige Auslastung erreichen", meint denn auch Istvan Endrenyi, Verkaufsdirektor der Hungar Hotels.

Daß drei ungarische Hotelketten gemeinsam vorgehen, obwohl sie anfangs hin- und hergerissen waren zwischen Wettbewerb im eigenen Lager und Kooperation, hat nicht nur Kostengründe. Die Strategie liegt auch auf der Linie der offiziellen Tourismuspolitik, die nachdrücklich mehr Zusammenarbeit in der Hotel- und Reiseindustrie gefordert hatte. hrs

CAMPING / Stabile Preise in Deutschland

Im Süden wird Zelten teuer

tdt. Bonn

Für den Urlaub auf der grünen Wiese muß der Tourist – zumindest im sonnigen Süden – in dieser Saison tiefer in die Tasche greifen. Um mehr als zehn Prozent sind die Campingplatzgebühren im Durchschnitt in den letzten zwölf Monaten in Italien gestiegen. Auch in Spanien und Jugoslawien fielen die Preissteigerungen für 1985 nur geringfügig niedriger aus. Dies geht aus einer Untersuchung des Allgemeinen Deutschen Automobil Clubs (ADAC) in München hervor. Relativ bescheiden dagegen gaben sich die Campingplatz-Besitzer in Frankreich, Deutschland und Österreich, wo die Preise weitgehend stabil gehalten oder geringfügig erhöht wurden.

Italien hat mit dieser neuerlichen Preissteigerung den ersten Rang unter Europas kostspieligsten Campingländern erobert. Dort zahlt eine dreiköpfige Familie mit Auto und Wohnwagen auf einem Platz der mittleren oder gehobenen Kategorie in diesem Sommer 15,50 Mark bis 57,70 Mark pro Übernachtung. Die weitere Reihenfolge der Campingplatzgebühren: Spanien (16,60 Mark bis 43,80 Mark), Jugoslawien (18,40 Mark bis 36,90 Mark), Österreich (12,60 Mark bis 38,10 Mark), Deutschland (12,00 Mark bis 36,40 Mark) und Frankreich (7,50 Mark bis 34,70 Mark).

Bei der Aufstellung der Reihenfolge der Camping-Gebühren fiel den Statistikern auf, daß die teuersten Plätze oft nicht in der gehobenen, sondern in der mittleren Kategorie zu finden sind. Und auch nicht jeder Camping-Platz, der mit niedrigen Gebühren wirbt, muß auch unbedingt besonders preisgünstig sein. Oft sind in den Tarifen einige Nebenkosten (Stromverbrauch, warme Duschen) nicht enthalten, so daß sich dieser Grundpreis im Laufe des Aufenthaltes erheblich erhöhen kann.

NACHRICHTEN

Preiswert in Berlin

Um den Gästen noch mehr Qualität zu garantieren, haben sich zehn Berliner Hotel-Pensionen zusammengeschlossen, die unter dem Motto „mehr Berlin für weniger Geld" werben. Durch gegenseitige Kontrolle soll ein einheitlich hoher Standard gewährleistet werden. Die Preise für die gemütlichen Pensionen reichen von 28 bis 60 Mark für Einzelzimmer und 60 bis 90 Mark für Doppelzimmer. Auskunft: Verkehrsamt Berlin, 1 Berlin 30.

Griechenland-Boom

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind 16,9 Prozent mehr Ausländer nach Griechenland gereist als in der gleichen Vorjahresperiode. Deutschland liegt mit 606 000 Touristen an zweiter Stelle hinter Großbritannien (721 000 Reisende). Die Touristen bringen Griechenland Einnahmen von 1,3 Milliarden Dollar, die ein Fünftel des Außenhandelsdefizits decken.

Hohe Ehre

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß wird die Laudatio halten, wenn am 6. September in München der Hotelier Falk Volkhardt, Hausherr des Münchner „Bayrischen Hofs", mit der Ehrenplakette der Brillat-Savarin-Stiftung ausgezeichnet wird. Die Dekoration dieser gastronomischen Vereinigung gilt als begehrteste Auszeichnung der internationalen Hotellerie.

Ecu statt Dollar?

Ecu, die Einheitswährung der EG, ist nach Ansicht der EG-Kommission für Reiseveranstalter, die häufig europaweit operieren, eine interessante Währung. So könne die Ecu von den Veranstaltern nutzbringend als Fakturierungswährung (bisher US-Dollar) für von ihnen eingekaufte Dienstleistungen wie Hotels und Verkehrsmittel, aber auch für den Weiterverkauf an die Reisebüros anderer Länder verwendet werden.

Grab wieder geöffnet

Ausländische Touristen dürfen wieder das Grab des mongolischen Eroberers Dschingis Khan besuchen. Die Nachrichtenagentur China News meldete, 2000 Menschen hätten einer Zeremonie am restaurierten Grabmal in Ejin Horo in der inneren Mongolei beigewohnt.











Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen


„Die Reise erscheint uns allen etwas wie eine Frau, die auf uns zukommt. Eine Frau, die in der Menge verloren ist und die es zu entdecken gilt.“
Antoine de Saint-Exupéry

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

8410



BÜCHER

Bergwanderungen mit Kindern bedürfen einer besonders sorgfältigen Auswahl und Planung. Bernd Riffler hat in seinem Buch **Bergwandern mit Kindern** (Bruckmann Verlag, Postfach 27, 8000 München 20, 39 Mark), sechzig Kraxel-Touren zusammengestellt, die dem Können und der Ausdauer junger Alpinistenbeine entsprechen. So locken beispielsweise nach strammer Wanderung die phantastische, glitzernde Märchenwelt der Schellenberger Eishöhlen oder eine Sommerrodelpartie vom Tölzer Hausberg. Dabei sind die Touren mit verschiedenen Schwierigkeitsgraden keinesfalls anspruchslos. Eltern – und auch Wanderer ohne Junioren – kommen ebenso auf ihre Kosten.

*

Im Mittelpunkt des Kunst- und Reiseführers **Toskana für Liebhaber** (Arcus Print Buchverlag, Clayallee 74a, 1000 Berlin 33, 42,80 Mark) steht die Begegnung des Touristen mit Florenz, Pisa, Sienna und Lucca. Aber auch das vieltürmige San Gimignano, die wunderschöne Landschaft der Toskana und schließlich auch die Strände und Naturschutzgebiete der Maremma werden ausführlich beschrieben. Der Autor Wolfgang O. Steinhardt gibt zudem rund 50 Hotel- und 70 Restaurantempfehlungen und beschreibt die entsprechenden Anfahrtswege. Darüber hinaus findet der Leser praktische Hinweise für Anreise, Aufenthalt, Museeumsbesuche oder für Einkaufsbummel.

*

Der Ruhm der Insel Mauritius geht auf eine Briefmarke zurück, und lange Zeit erschöpfte er sich auch darin: Erst der moderne Ferntourismus hat auch dieses Ziel nähergebracht. Das Buch **Richtig Reisen Mauritius** (DuMont Buchverlag, Postfach 10 04 68, 5000 Köln, 34 Mark) macht mit Geschichte, Kultur und Geographie der Insel vertraut, gibt Tips zur Freizeitgestaltung und dient dem Individualreisenden genauso zuverlässig wie demjenigen, der vom fest gebuchten Hotel aus Tagesausflüge zu den schönsten Flecken der Insel unternehmen will. Ein ausführlicher Informationsteil gibt zudem Auskunft über Hotels, Restaurants, Währung, Verkehrsmittel, Sport und allles, was man wissen möchte, wenn man mehr kennnenlernen will als nur den Strand und die Hotelanlagen der Insel.

Wer Kenia sagt, denkt an die grandiose Tierwelt rund um das Governor's Camp am Rande des Serengeti. Das ist jedoch nicht die einzige Lodge als Ausgangspunkt, um Ostafrikas freie Wildbahn zu erleben. Der Autor besuchte im Aberdare-Nationalpark das Baumhotel Treetops, die Ark und die Mountain Lodge im Hochland und bekam einen Eindruck vom einmaligen Wildreichtum des Landes.

Die Camps in der Savanne

Lunch im Outspan-Hotel, Nyeri, Kenia, Ostafrika. Hier werden auch die Koffer eingelagert. Im Treetops ist nämlich nur das Notwendigste an Übernachtungsgepäck erlaubt. Um drei Uhr nachmittags setzt sich der Landrover-Convoi in Bewegung. Das Ziel: der Aberdare-Nationalpark.

Höher und höher geht es, ohne Allrad-Antrieb wären die Fahrzeuge verloren. Nach einer guten Stunde hält der Convoi. Wir klettern ins Baumhotel. Über enge Holzleitern geht es zur ersten Plattform. Ein eigenartiger Reiz geht von der Wildbeobachtungsstation Treetops aus. Man hat in der Tat einen phantastischen Überblick. Die Beobachtungsloge wurde ganz nah an ein großes Wasserloch gebaut. Hierher werden sie abends kommen, die Büffel, Elefanten, Nashörner.

Im Treetops fühlt man sich, als lebe man auf einem Baum. Knüppeldicke Äste wachsen aus den Wänden der engen Gänge und verschwinden nach einigen Metern wieder in der Wand. Das Dach ist Aussichtsterrasse und Spielplatz der Paviane. Mit Getöse und Geschrei toben sie auf dem Geländer entlang und verhindern, daß man seinen Nachmittagskaffee in der erhofften Ruhe einnehmen kann.

Am Wasserloch finden sich die ersten Tiere ein. Wasserböcke und ein paar Warzenschweine wollen ihren Durst löschen. Aber das ist erst die Vorhut, in der Dämmerung kommen die großen Herden. Spannung im Treetops: ob wohl Elefanten oder Nashörner an diesem Abend dabeisein werden?

Bis zum Abendessen ist noch Zeit für einen Rundgang durchs Baumhotel. Alles ist eng, und die Zimmer sind winzig, aber sauber und zweckmäßig eingerichtet. Toiletten, Duschen mit warmem und kaltem Wasser funktionieren prächtig. Beim gemeinsamen Abendessen wird natürlich wieder über die Tiere gesprochen. Eine riesige Büffelherde ist im Anmarsch, etwa 500 Tiere. Die Wasserböcke räumen freiwillig das Feld. Einige kommen, nachdem sie sich sattgetrunken haben, ganz dicht ans Baumhotel heran, um an den dort abgelegten Salzsteinen zu lecken.

Inzwischen erhellt künstliches Mondlicht die Szene. Die Büffel fühlen sich nicht gestört, baden, stampfen, suhlen sich im Schlamm, und genauso schnell, wie sie gekommen sind, verschwinden sie auch wieder. Wir bleiben bis spät in die Nacht wach, um das Naturschauspiel zu genießen. Manchmal lassen Nashörner, Elefanten oder Leoparden auf sich warten. Aber irgendeine „Vorführung" gibt es in jeder Nacht.

Höhepunkt unseres Treetops-Wildbeobachtungs-Programms war eine Elefantenmutter mit widerspenstigem Nachwuchs. Der Kleine entpuppte sich als eine ausgesprochene Wasserratte, und nur mit viel Mühe gelang es der Mutter, ihren Sprößling endlich wieder aus dem Wasser herauszubekommen. Die Zeit im Treetops vergeht wie im Fluge, und ehe man sich versieht, ist es zwei oder drei Uhr morgens. Wenn man sich endlich aufrafft, ins Bett zu gehen, erscheint, fast wie bestellt, ein neues interessantes Tier an der Tränke. Im Treetops sind die Nächte zum Schlafen viel zu schade.



Leben im Zelt: Camp am Massai-Mara-Fluß

In der Ark auch. Das ist eine weitere berühmte Tierbeobachtungsstation. Die Arche sieht aus wie ein Schiff. Das gewaltige Satteldach ragt an allen Seiten weit über, und der Dachfirst verläuft in Richtung beider Enden aufwärts. Obwohl das Treetops nur knapp zwanzig Kilometer entfernt liegt, ist die Landschaft ganz anders. Das liegt daran, daß die Ark 400 Meter höher liegt. Im Aberdare-Nationalpark gibt es in höheren Lagen mehr Tiere, vor allem ist die Wahrscheinlichkeit größer, Leoparden oder Bongos zu sehen.

Über eine Art Zugbrücke geht es hinein in die Arche, nachts wird diese Brücke vorsichtshalber hochgezogen. Die Arche liegt am Rand einer tellerartigen Senke, in deren Zentrum ein riesiges Wasserloch allabendlich zum Blickpunkt des Interesses wird. Die Lichtung scheint völlig von undurchdringlichem Regenwald umgeben zu sein, eine Woge satten Grüns in allen Farbschattierungen. Der Regenwald hat es in sich und spuckt Abend für abend Hunderte von Tieren aus, die den Weg an die Tränke antreten.

Die Arche ist komplett mit Teppichen ausgelegt, die Räume sind großzügig und geschmackvoll eingerichtet. Während das Treetops nach oben gewachsen ist, hat sich die Arche in ihrer Grundfläche breitgemacht. Man ist mit den Tieren auf gleicher Höhe, das erfreut natürlich besonders die Fotografen. Endlich einmal keine Aufnahmen aus der Vogelperspektive. Die Konstruktion des Gebäudes gestattet es, die Tiere, die nahe herankommen, direkt von der Seite zu sehen. Dadurch wird der optische Eindruck erweckt, als befände sich der Fotograf mitten drin in der Herde.

Von den drei Wildbeobachtungsstationen im kenianischen Hochland hat die Mountain Lodge mit nur wenigen Metern Durchmesser das kleinste Wasserloch. Die Mountain Lodge liegt am unteren Rand des Mt. Kenya, interessanterweise außerhalb eines Nationalparks. Was den Wildreichtum angeht, ist das kein Problem, jedenfalls nicht, seitdem in Kenia die Jagd überall verboten wurde.

Von außen und oberflächlich betrachtet, wurde das Gebäude etwas unbeholfen und plump in die Natur gestellt. Um so angenehmer überrascht das Innere. Die Zimmer und Suiten haben verglaste, gegeneinander abgeschirmte Balkons oder Loggien. Eingerichtet mit Mini-Bar, gemütlichen Sesseln, Beistell-Tischchen, fühlt man sich wohl und kann, von seinen eigenen vier Wänden aus, die Tiere beobachten, die sich am Wasserloch ein Stelldichein geben.

Am Fuß des Mt. Kenya gibt es ein kleines Zeltcamp. Bequeme Campbetten, heißes und kaltes Wasser, Toilette, Küchenzelt und Bar sind vorhanden – eben alles, was man an Komfort braucht. Ein Airstrip für zweimotorige Flugzeuge ist nur einige hundert Meter vom Camp entfernt. Vor Sonnenaufgang schon ist im Busch die Nacht zu Ende. Zu Fuß geht es hinter den bergauf wandernden Büffeln her. Nun erlebt man die Natur hautnah, verwirklicht die Traumvorstellung vom geheimnisvollen Schwarzen Kontinent, von Fußmärschen durch Dschungel und Steppe, vom müden Stolpern unter sengender Sonne.

Unvergessen bleiben die Abende im Camp am lodernden Lagerfeuer, darüber der samtschwarze Himmel mit der funkelnden Sternenpracht. In der Ferne heulen Tiere, gelegentlich knarrt ein uralter Baumriese. Leise erzählt man sich von den Erlebnissen des Tages, von der Begegnung mit dem alten Elefantenbullen, der lautlosen Verfolgung des Nashorns mit der Kamera. Plötzlich ist man allein mit seinen Gedanken und hat das Gefühl, mit der Natur zu verschmelzen.

WOLFGANG WEGNER

*

Auskunft: Staatliches Verkehrsbüro der Republik Kenia, Hochstraße 53, 6000 Frankfurt.

Foto gegen Honorar: Junge Frauen beim Festtanz

FOTOS: HEINZ HORRMANN

HOTELS

Grafenau – Das Steigenberger Hotel Sonnenhof im Bayerischen Wald (Steigenberger Touristik Service, Postfach 1 64 40, 6000 Frankfurt) bietet bis zum 21. Dezember ein preisgünstiges Arrangement für Familien mit Kindern an. Den „Kleinen" wird ein unterhaltsames Ferienprogramm offeriert, sie wohnen im „eigenen Zimmer", und eine Betreuerin spielt mit ihnen im Kinderzimmer und auf dem Abenteuerspielplatz. Sieben Übernachtungen mit Jugendhalbpension kosten für das erste Kind bis 14 Jahre 273 Mark. Im Zimmer der Eltern wohnen Kinder bis drei Jahre kostenlos, bis sechs Jahre kostet eine Übernachtung 20, bei Kindern bis 14 Jahren 32 Mark und für Kinder über 14 Jahre 44 Mark.

Ascona – Der Gruppe der Romantik Hotels (Romantik Hotels und Restaurants, Jens Diekmann, Postfach 11 44, 8757 Karlstein) haben sich drei weitere Betriebe angeschlossen. In der Schweiz das „Tamaro" in Ascona, das „Mohren" in Huttwil im Emmmental und der „Böglerhof" in Alpbach/Tirol.

Berlin – Ein Arrangement für Eltern mit Kleinkindern offeriert das Arosa-Aparthotel (Auskunft über das Verkehrsamt, Europa-Center, 1000 Berlin 30) in Berlin. Der Drei-Tage-Aufenthalt unter dem Motto „Mit dem Baby nach Berlin" kostet 345 Mark. Eltern und Kind wohnen in einem babygerecht eingerichteten Doppelzimmer. Während des Essens oder beim Theaterbesuch steht ein Babysitter zur Verfügung

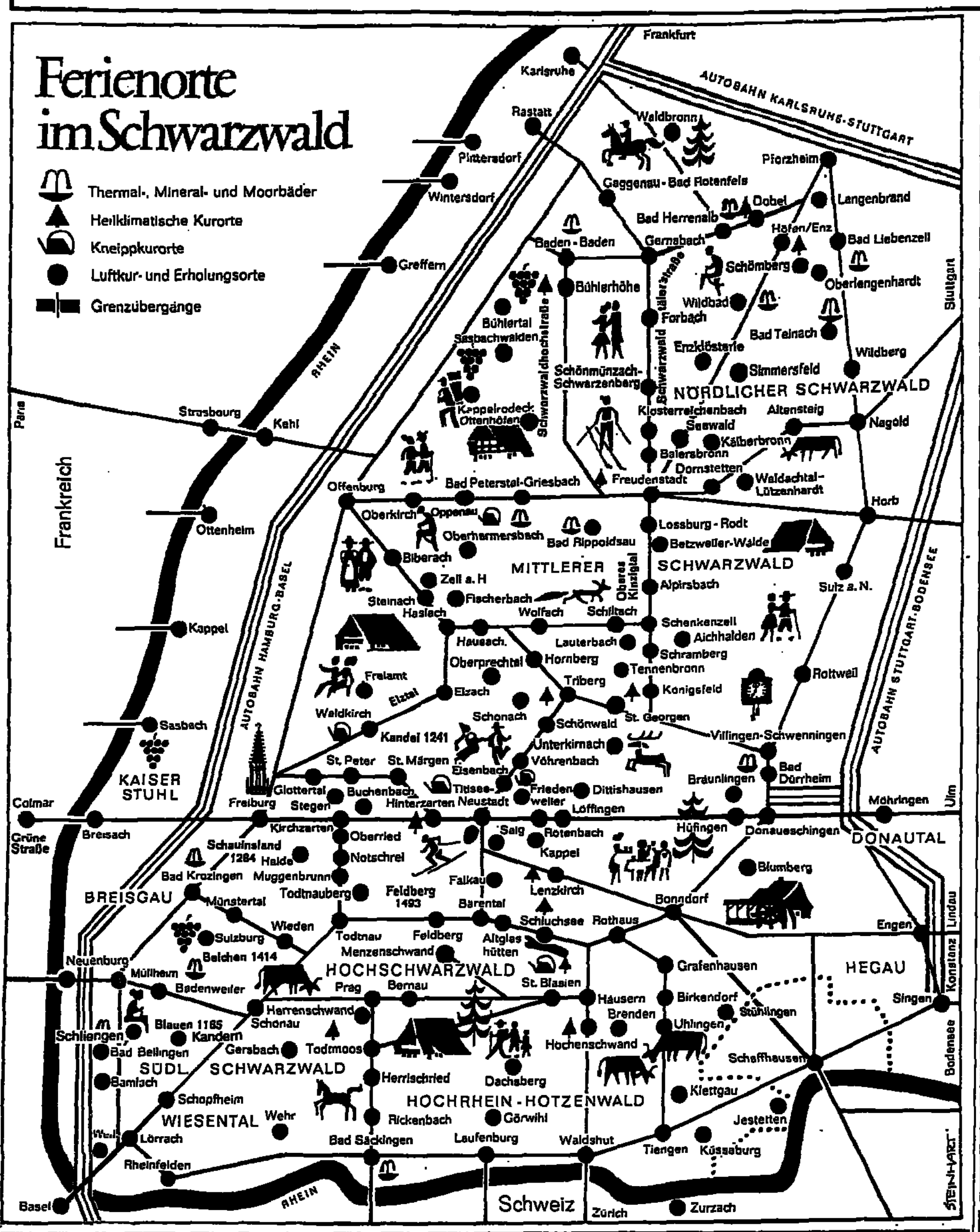
Szombathely – Das Hotel Savaria (9700 Szombathely, Mártirok tere 4) im ungarischen Szombathely wurde vom Unternehmen HungarHotels nach originalen innenarchitektonischen Plänen vollständig renoviert. In dem von 1910 bis 1914 im Sezessionsstil erbauten Hotel wurde auch das Kaffeehaus und der als „Wintergarten" bekannnte Ballsaal für 350 Personen wieder hergerichtet. Insgesamt stehen den Gästen 90 Zweibettzimmer und sechs Appartements zur Verfügung. Der Zimmerpreis liegt zwischen 49 und 81 Mark.

Bergen – Wer sich im Urlaub erholen und etwas für seine Linie tun will, dem bietet das Hotel Bergener Hof (Staudacher Straße 12, 8221 Bergen/Chiemgau) einen zweiwöchigen Aufenthalt ab 949 Mark an. Dabei erwartet den Urlauber keineswegs eine Fastenzeit. Auf dem Speiseplan, der 800 Kalorien nicht überschreitet, stehen Kalbsbraten, Lammkeule, Rinderrouladen und sogar Schweinshaxe.

Urlaub im Schwarzwald

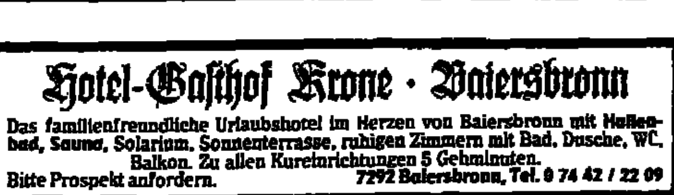


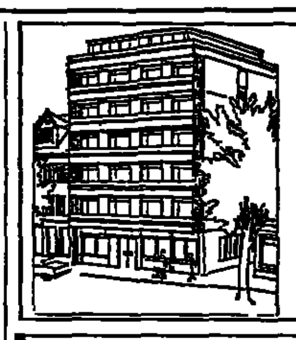
Hochschwarzwald - Südschwarzwald



Nördlicher Schwarzwald - Mittlerer Schwarzwald







WILDBAD IM SCHWARZWALD

HOTEL „TRAUBE“

Familie Wentz

NEUBAU mit modernstem Komfort und traditioneller Schwarzwälder Gastlichkeit im Kurzentrum. 55 Betten – gepflegtes Restaurant – durchgehend geöffnet – Parkplätze – Garagen. Telefon 0 70 81 / 20 66–67. Vollpension ab DM 80,– Winterpreis ab 20. Oktober + Pauschalarrangements.



Hotel-Pension Sonnenblick

7291 Seewald-Besenfeld/Schwarzw., 800 m, Tel. 0 74 47 / 3 19. In freier, zentr. Lage, Waldn., gr. Liegeterrasse, Hallenbad 29°. Behagl. Zi., Bad/Du./WC, Balkon, TV, Ü/Fr., HP, VP mögl. Weite Wandermögl. auf ebenen Wegen. Prosp. bitte anfordern.



Wandern – wo Schwarzwald noch Erholung ist

IHR FERIENDOMIZIL IM SCHWARZWÄLDER STIL

Wandern – Schwimmen – Erholen – Entspannen im familiären Schwarzw. Urlaubshotel. Zi. m. Du./WC/Balkon, TV. Fahrradverleih. HALLENBAD. Familien-Wander-Angebot i. Okt. 7 Tage HP ab DM 335,-, VP ab DM 364,-. Prospekte mit Pauschalangeboten anfordern.

Hotel-Restaurant Café, Hallenbad

Goldener Hirsch

Familie A. und H. Wolf, Küchenmeister, 7584 FORBACH/Schwarzwaldtälerstraße, Tel. (0 72 28) 22 18 – 15 Autominuten bis Baden-Baden

Hotel Hirsch

Eine der besten Empfehlungen im nördlichen Schwarzwald für Kur, Urlaub und Ferien

Hallenbad, Solarium, Lift · Alle Zimmer mit Rundfunk, Balkon, Bad, Dusche, WC, z. T. Farb-TV · Wohnecke + Tel. 50% Kinderermäßigung, Hunde frei. 14 Tage Abmagerungskur DM 980,- Sonnige Herbstpauschale 7 Tage HP ab DM 289,80. Ruhige Lage, Spezialitätenküche, komfortable Ausstattung, seit der dritten Generation im Familienbesitz der Familie Graf.

Gästehaus am Lappach

Hotel garni Hallenbad

Zimmer mit Bad/DU/WC Balkon

7546 Enzklösterle Postfach 10 · Tel. 07085/511

Freudenstadt · 1 Woche HP 666,- · Kurhotel SONNE am Kurpark

HOTEL · GASTHOF Schwanen

Luftkurort

Ein Ferienziel nach Ihren Wünschen.

Fam. Ziefle, 7293 Kälberbronn/Freudenst., Tel. (0 74 45) 20 21

Gemütliche, rustikale Räume (u. a. Bauernstube), bek. gute Kü. (auch Diät). Kft.-Zi. u. -Appartem., Hallenbad, Sauna, Solarium, Massage, Lift, Fitness-, Fernseh- u. Aufenthaltsraum. Loipen u. 70 km ebene, im Winter geräumte Wanderwege im Naturschutzgebiet (740 m ü. d. M.) mit den größten Tannen des Schwarzwaldes erwarten Sie.





Heilklimatischer Kurort 800-1263 m

TODTMOOS

typisch Schwarzwald

Herbst in nebelfreier Hochlage, etwas für Urlaubsfeinschmecker

Winterurlaub in Todtmoos bedeutet doppelte Erholung

Kur- und Verkehrsamt: 7867 Todtmoos · Telefon 07674-534

Der besondere Schwarzwald-urlaub

Häusern

Luftkurort 900 – 1200 m

Erlebnisurlaub in der herrlichen Landschaft des südlichen Schwarzwaldes. Beheiztes Waldfreibad 26°, Hallenbad, Tennis, Kurkonzerte, Tanz- und Heimatabende, gemeinsamer Freizeitpaß mit den Nachbargemeinden.

Kurverwaltung 7822 Häusern/Schw., Tel. 0 76 72/14 62

Gasth. Freiämter Hof

7831 Freiamt/Südschwarzwald

Lieben Sie Wälder, Ruhe, gesunde Luft u. Behaglichkeit? Gut begehbare Wanderwege, Liegewiese, vorzügl. Küche, Wild aus eigener Jagd. Moderne Zimmer mit Dusche, Bad, WC, Tel., TV. ÜF 24,–/31,–, HP +10,–, VP + 14,–. Telefon: 0 76 45 / 8 13 oder 5 08

Freiamt



HOTEL EBI

Herbstwanderwochen im Hochschwarzwald ab 14. 9.–31. 10. 85, 7 Tage HP, Dusche/WC, DM 415,- p. Pers. Gepfl., komfort. Haus, Hallenbad, Sauna, Südbalkone, HP ab DM 65,-. Weites, ebenes Wandergebiet, mildes Reizklima. D-7829 Friedenweiler Hochschwarzw., 900 m Tel. 07651-7574, 1625

Gasthaus Jostalstüble

In einem der schönsten Schwarzwaldtäler, ruhig und romantisch. Gute Küche mit Schwarzwaldspezialitäten. Spielmöglichkeit für Kinder. Fam. Hog, 7820 Titisee-Jostal, Tel. 0 76 51 / 12 90

Bei uns in einem der schönsten Täler bei Schwarzwälder Spezialitäten u. Gemütlichkeit finden Sie absolute Ruhe u. Erholung. Zi. z. T. mit Du/WC. Bitte Prospekt anford.

LANDGASTHAUS „LANGECK“

7816 Münstertal/Südlicher Schwarzwald (500 m) Telefon 0 76 36 / 2 09

HOTEL SCHWARZWALD GASTHOF Josen

Seit 1816. Mit neuem rustikalem Komfort-Hotel. 900 m ü. d. M.

Ferienwochenpauschale Ü/F ab DM 395.- HP ab DM 495.- Sommer und Herbst – die schönste Wanderzeit im Schwarzwald

7820 Titisee-Neustadt

Gerne senden wir Ihnen leihweise eine Video-Kassette mit Informationen über unser Haus

Hotel Bären, 7821 Bernau (südl. Hochschwarzw.), Tel. 0 76 75 / 6 40. Einmalig schöne, ruhige Lage! Excellente Betreuung! Optimale Erholung! Zi. m. DU/WC/Tel./TV-Anschl./Komfortausstattung. Ü/Fr. DM 25,-/30,–; HP DM 37,-/42,–; VP DM 45,–/50,–



Nordsee

Nordseebad Juist – Herbstpauschale

Endlich Sommer im September an der Nordsee: Wir bieten zu Sonderpreisen 5 mod. FeWos mit allem Komf., dazu in mod. Hotelpens. Zimmer mit u. ohne DU/WC, mit HP od. Frühstück, zentrale Lage, dir. am Süddeich, Sauna im Hause. Pension Meyenburg / Gerd's Höft, Billstr. 16, 2983 Nordseebad Juist, Tel. 0 49 35 / 10 42

Inselurlaub auf Wangerooge/Nordsee. 40 Wohnungen, 2–5 Pers., zu vermieten. Fewo-Ring, Tel. 0 44 69–373, auch Sa./So.

Amrum. Gemütl. FeWo m. Balk. u. Seebl., Garage, bis 4 Pers. u. Kleinkind. Tel. 0 41 01 / 4 48 18

Amrum

Hausteil, Westerheide, für 2–6 Pers., Sept. Termine frei. Telefon 0 46 37 / 19 99

Borkum

FeWo, Meeresblick, ab sof. u. später zu verm. Tel. 0 25 01 / 7 09 20 u. 0 25 06 / 10 52 u. 10 55.

Büsum, gemütl. 1- bis 3-Zi.-Whg., frei ab 14. 9., beste Lage, Farb-TV, ab DM 42,- tägl. Tel.: 0 41 01 / 2 53 88

Insel Sylt

Ferienwhgn. zu günstigen Nachsaisonpreisen, ab sofort frei. App.-Vermietung, Tel. 0 46 51 / 3 24 23

Kampen/Sylt

ruh. Lage, dir. a. d. Dünen, schönen App's., l. Sept.–Okt. frei. Tel. 0 46 51 / 4 10 63

Keitum/Sylt

Kft.-Fewo. unter Reet, 70 + 90 m², f. je 4 Pers., ab 7. 9. 85 frei. Tel. 0 46 51 / 3 16 14 od. 0 43 22 / 13 94

Langeoog

Fewo ab 31. 8. frei, f. 2–4 Pers. Telefon 0 49 72 / 64 46

Nieblum/Föhr

Reetdachhaus, 2-4-Zi.-Komf.-Whg., Wäsche, Hzg., Garten, Herbst + Winter. Tel. 0 40 / 26 00 50

Nordseeinsel Wangerooge

Ferienwohnungen 35,–/85,–/Tg., 1–7 Personen. Telefon 0 44 69–7 70

Norderney – am Nordstrand

Flugkapitän vermietet wg. Urlaubssperre sein neu ausgebautes 2-Zi-Dachstudio in Jugendstilvilla, Superausstattung, an bis zu 4 nette Leute. Vom 7. 10.–23. 10. DM 95,–/Tag, inkl. und ab 3. 11. DM 80,–/Tag inkl. Tel. 0 89 / 40 65 45

Sylt Komf.-Whg. für 2–6 Pers. Farb-TV, Tel., Schwimmb., Sauna. Tel. 0 41 06 / 44 57

Sylt – Keitum

Exklusive Wohnung unter Reetdach (für 2 Pers.), Garage vorh., direkt am Wattenmeer, 60 m² mit Galerie, ab 14. September 1985 zu vermieten. Tel. 05 61 / 3 96 36

Insel Baltrum

komf. Ferienwohnungen u. Ferienzimmer ab sofort frei – Nachsaisonpreise. Telefon 0 49 39 / 2 22

Sylt-Tinnum

Reiheneckhaus, 5 Schlafgelegenheiten, Terr., 2 Bäd., off. Kamin, ab 26. 8. 85 ganzjährig priv. zu vermieten einschl. über Weihnachten u. Neujahr, DM 130,–/Tag. Tel. 02 31 / 46 49 01

Sylt – Westerland

FeWo, Ferienhäuser frei. Sonderangebote Vor- u. Nachsaison, z. B. 1 Wo. für 2–4 Pers. ab DM 298,-. Tel.: 0 46 51 / 60 71 u. 3 34 96

Michaela Lohr

Büsum/Nordsee

Kft.-Whg. m. Dachterr., beste ruh. City-Lage, 1 Min. z. Kurpromenade/Strand, frei ab 1. 9. Tel. 04 61 / 7 29 28

KAMPEN/SYLT

Schöne Ferienwohnungen am Strand u. Wattenmeer zu vermieten. Tel. 0 46 51 / 4 13 29 u. 2 66 18

Wenningstedt/Sylt

1- bis 3-Zi.-Appts. ab Sept. frei. Tel. 0 53 64 / 8 77 Mo.–Fr. 8–12 Uhr

SYLT

Sonderangebot im September

- 1-Zi.-FeWo (2 Pers.) p. Tag ab 50,-
- FeWo mit Du/WC, Farb-TV, Kochnische

Sylt-Ferienpartner, Viktoriastr. 1, 2280 Westerl./S., Prospekt anfordern. 04651-5433

INSEL SYLT

Appartement-Vermietg. Billy Henke. Ferien-Whgn. auf der gesamt. Insel. 2280 Westerland, Wilhelmstr. 6. Tel. 0 46 51 / 2 25 74

Sylt + Tennis

Morsum, kft. 2-Zi.-App's, Terr./Balk., Swimmingpool, Liegewiese, Sauna, Solarium, Farb-TV, Tel., 3 Tennispl., alles inkl. Tel. 0 40 / 44 17 97 oder 0 46 54 / 6 18

SYLT

Komf.-Ferienwhgn. f. 4 Pers., i. Alt-Westerland u. Tinnum, Sept. noch frei. 1 Wo. DM 630,–. Tel. 0 46 51 / 2 55 05

Sylt – Westerland

Komf.-Bung., unmittelb. a. Strand i. Wald geleg., 2 Schlafzi., 2 Bäder, gr. Wohnraum m. off. Kamin, Eßdiele, fr. ab 8. 9. Tel. 0 46 51 / 2 26 59

Sylt/Westerheide

Komf. reetged. Ferienhaus u. FeWo., in Westerland, ab 9. 9. 85 frei. Tel. 05 61 / 49 21 53

Sylt/Keitum (Munkmarsch)

Kft.-Ferienhaus dir. a. Watt, 70 m², 4 Pers., DM 140,–, v. 31. 8. bis 15. 9. u. ab 1. 10. noch frei, v. Privat. Tel. 0 41 06 / 6 83 62

KAMPEN AUF SYLT

Bei uns können Sie Ihren

SEPTEMBER-URLAUB

in gemütlicher, stilvoller Komfort-Wohnung (2–6 Pers.) verbringen. Unsere reetgedeckten Gästehäuser inmitten der blühenden Heide erwarten Sie. Ruf 0 46 51 / 4 11 10

LOTSENHOF · GODEWIND

Wenningstedt/Sylt, komf. 3-Zi.-FeWo, 2–4 Pers. vermietet Ruth Heinrichsen, Tel. nur wrktgs.: 0 46 51 / 2 26 44

Ostfriesland

Komfortable ETW am Boekzeteler Meer, 4 Pers., kpl. einger., ab 1. 9. 1985 frei. Tel. 0 49 45 / 12 94 od. 3 66

SYLT

ist bei jedem Wetter schön. Hübsche Ferienwohnungen und Häuser in jeder Größe und Lage in Westerland und anderen Inselorten frei. App.-Verm. Christiansen, Kampende 48, 2280 Tinnum/Sylt. Tel. 0 46 51 / 3 18 84

SYLT – Ferienhaus

in Keitum-Munkmarsch für gehobene Ansprüche. Telefon 0 41 02 / 6 21 39

Ferienhaus »MALEPARTUS«

1-, 2- u. 3-Zi.-Appartements kompl. einger., Farb-TV, GS, Schwimmbd., Sauna, Solarium, Badekuren im Hs., Mass./Bäderpraxis, 250 m bis Nordseestrand. Pauschalangeb. Hausprospekt. Vor- u. Nachsaison bis -50 %. 2280 Westerland/Sylt, Bahnweg 1 · ☎ 04651-21152

Westerland/Sylt

FeWo, frei ab 70,–/Tag. Tel. 0 46 51 / 2 51 50 oder 2 33 65

Wenningstedt/Sylt

Gepfl. Seeapp., 48 m², Balkon mit Seeblick, dir. am Strand (Toplage!), 2–3 P., Farb-TV, frei 28. 9.–4. 10, ab 8. 10., DM 75,–. ☎ 0 40 / 51 21 21

FERIENDORF WINGST

Erika Butt, 2177 Wingst, Tel. 04778-7046. Bungalows in priv. Waldpark m. Ponykoppel/Nähe Schwimmb. · Freizeitpark · Tennis, Cuxhaven 30 km

Wyk

2- bzw. 4-Bett-App., frei ab 15. 9. Telefon 0 40 / 5 24 62 43

Ostsee

Ostsee/Haffkrug

Appts., 2–6 Pers., dir. a. Strand geleg., sämtl. m. Balk., Farb-TV, Kü., Du/WC, zu verm., noch Termine frei. Tel. 0 45 63 / 2 43

OSTSEEBAD DAHME

Ferienwohnungen zu vermieten. Tel. 0 41 03 / 8 90 58 (Sa./So.)

Timmendorfer Strand

Ortsteil Niendorf, 2 Ferienwohng., 60 + 70 m², dir. am Strand, Seeblick, max. 4 Erwachsene pro Whg. Sekon Immobilien ☎ 0 40 / 2 80 38 38

Timmendorfer Strand

Whg., 120 m², 24. Etage Maritim, max. 4 Pers., ab 2. 9. 85 frei. Tel. 02 03 / 59 75 22

Timmendorfer Strand

Ferien-App., Zentrum- u. Stadtnähe, 45 m², ruh. Tel. 04 51 / 5 50 95 oder 80 57 57

Travemünde Maritim, 2.–29. Stock, Topausstg., Tel., Farb-TV, Schwimmb., Pers./Tag ab 22,50 DM. ☎ 02 21 / 86 21 64+81 20 42

Timmendorfer Strand

Ferienhs. in Strandlage, Gartengrundst. 800 m², fr. ab 9. 9. f. E+ 2 K. Tel. 0 45 03 / 50 51

Heiligenhafen (Ostsee)

Kft.-Wohnung im Ferienpark, Seeblick, gute Ausstattung. Wellenbad kostenlos. Tel. 0 41 02 / 6 21 39

Bayern

Bayer. Wald

Neuerb. Landhaus, herrl., ruhige Lage im Lamer Winkel, für 2–6 Pers., sehr komf. Ausst., mit Spülm., Farb-TV, Balkon usw., ideal für Wander- u. Wintersport. Gerda Ladenburger, Hauptstr. 16, 7096 Neuler. Tel.: 0 79 61 / 35 52

Berchtesgaden

4 soeben fertiggestellte Ferienwohnungen, Luxusausstattung, Holzküchen, Antiquitäten, große, helle Bäder, Holzdecken, Balkon + Terrasse, 42–76 m², Inklusivpreis DM 40,– b. 130,–. Absolut ruhige Lage, 10 Min. zu Fuß zur Ortsmitte. Telefon 0 89 / 15 60 64

Garmisch-Part. Neu erb. Komf.-Ferienwohnungen, ruh. Lg., 2–5 P. J. Ostler, Gästeh. Boarlehof, Brauhausstr. 9, Tel. 0 88 21 / 5 06 02

Herbsturlaub zu Sonderpreisen

Komf. FeWo, 4 Pers., in Oberstdorf u. Zugspitzd. Grainau. Tel. 07 11 / 3 45 28 11

Land des blauen Löwen – Idar-Oberstein

Rustik. Fewo. f. 2–5 Pers., ab sof. zu verm., Schwimmb. u. Sauna i. Haus. Tel. 0 67 81 / 4 36 06

Suchen Sie Ruhe und Entspannung? Komf. FeWo m. eig. Hallenbad im Naurbad Steigerwald, DM 50,—80,–/Tag. Tel. 0 91 62 / 75 61.

Garmisch-Partenkirchen

Neuerb. Komf.-Ferienwohnungen, ruhige, beste Lage, 2–4 Pers. Landhaus Glässel, Von-Müller-Str. 11, Tel. 0 88 21 / 47 12

Haus Sonnegg

Schwarzwald

Baden-Baden, Golfplatz

1- bis 2-Zi.-Komf.-Appartements, Schwimmb., Tennis. „Auf den Seligmatten“. Fremersbergstr. 125a, Tel. 0 72 21 / 2 33 85

Vogelweide

Das herrlich gelegene, individuelle, in seinem besonderen Stil einmalige und führende Haus in

HINTERZARTEN

mit Ferienwohnungen im exclusiven Landhausstil und mehreren Gesellschafteräumen. Gr. Farbprosp. ☎ 07652/5040+1737. Familie Witte, 7824 Hinterzarten

Versch. Inland

Braunlage/Harz

2-Zi.-Kft.-App. (Kü., Bad, TV, Südbalk. m. herrl. Aussicht). Tel. 0 44 21 / 5 61 45

Edersee, Yacht-Hof

neue komf. FeWos dir. am See. Schnupperwochenende ab 99,- DM. Tel. 0 56 23 / 46 89 od. 0 56 34 / 17 12

Harz, gepfl. Ferienwohnungen, Septemberpreise: Altenau DM 35,-, Bad Harzburg DM 50,-, Hahnenklee DM 40,–/45,-, v. Priv. Tel. 04 21 / 25 61 36

Hymer Wohnmobil D 660

max. 6 Pers., Luxusausst., AHK, ab 11. 9. 85, Sonderpr. 160,- tägl. 0 70 31 / 5 10 43 oder 27 92 18

SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMANN

Ein ungewöhnliches Resultat hatte in Baden-Baden Zusza Polgar – ein erst 16jähriges „Wundermädchen" aus Ungarn: Sie besiegte zwei renommierte Großmeister und einen GM-Kandidaten, hatte aktives Score gegen die Siegergruppe, gewann jedoch keine einzige Partie gegen die Spieler der zweiten Tabellenhälfte – hier verlor sie sogar zwei Spiele. Zwei ihrer Überraschungssiege:

Benoni. Polgar – Gheorghiu

1.d4 Sf6 2.c4 c5 3.d5 d6 4.Sc3 g6 5.e4 Lg7 6.f3 e5? (Die Öffnung der Position im Zentrum mit e6 ist m. E. entschieden besser!) 7.Lg5! h6 8.Le3 h5 (Oder 0-0 9.Dd2 Kh7 10.g4!) 9.Dd2 a6 10.Ld3 De7 11.Sge2 Sbd7 12.a3 Df8 13.Dc2! (Läßt den Abtausch seines Läufers mit Lh6 vorerst nicht zu.) Lh6 14.Lf2 Lg5 15.b4 b6 16.Tb1 Dh6? (Verfolgt hartnäckig seine strategische Idee und übersieht einen recht einfachen taktischen Witz:) 17.h4! Le3? (Er ahnt immer noch nichts – notwendig wäre Lf4! 18.Sd1 Dg7 19.g3 Lh6 mit allgemeinem Rückzug!) 18.Le3: De3: 19.f4! (Die schwarze Dame ist damit gefangen und gegen 20.Sd1 oder Th3 gibt es keine ausreichende Verteidigung mehr:) cb4: 20.ab4: b5 21.c5 Sc5: (bc 22.Sd1) 22.bc5: Sg4 23.Sd1 Dc5: 24.Te1 De2: 25.Te2: Ld7 26.Tb2 ef4: 27.Sf4: Ke7 28.Kd2 Thb8 29.Se3 Se3: 30.Ke3: a5 31.Thb1 b4 32.Se2 Tb6 33.Sd4 Tab8 34.Ta2 a4 35.Sc6+! Lc6: 36.dc6: a3 37.Kd4 Kd8 38.Lc4 Tc6: 39.Lf7: Kc7 40.Ld5 Tc5 41.Tf2 Tbb5 42.Lc4 Kc6 (Tb6 43.Tf7+ nebst Tg7) 43.Lb5:+ und Weiß gewann.

Französisch

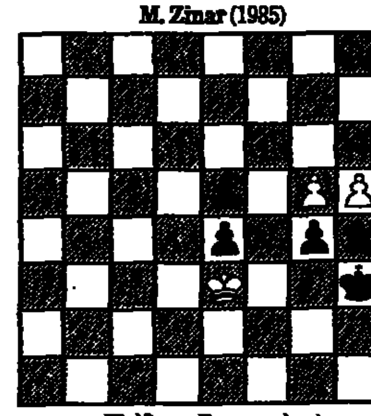
Kindermann – Polgar

1.e4 e6 2.d4 d5 3.Sd2 Sf6 4.e5 Sfd7 5.c3 c5 6.f4 Sc6 7.Sdf3 Db6 8.a3?! (Üblich ist 8.g3, den Textzug wird Polgar ausgezeichnet strategisch ausnützen:) a5 9.g3 f5! 10.Se2 Le7 11.h3!? (11.Lh3! wäre besser!) Sf8 12.de5:!? Lc5: 13.Sed4 Ld7 14.Th2 a4! 15.Le3 Sa5 16.Dc2 0-0-0 17.g4!? (17.Df2 Sb3!) g6 18.Lf2 Kb8 19.Tg2 fg4: 20.hg4: h5! 21.Td1 hg4: 22.Tg4: Tc8 23.Th4 Th5 24.Ld3 Le8 25.Ke2? (Ermöglicht eine für Schwarz günstige Öffnung der Position – besser wäre 25.Th5: gh 26.Ke2.) g5! 26.Th5: (Oder 26.fg Th4: 27.Lh4: Ld4: 28.cd Lh5+ 29.Sf3 Sc4!) Lh5: 27.Th1 (27.fg Sb3! wäre schlecht – 28.g6 Ld4: 29.g7 Lf2:! usw.) Lf3:+ 28.Kf3: gf 29.De4: Se4! 30.Le4: dc4: 31.Dc2 (Nach 31.Dc4: Db2: wäre Ld4: eine starke Drohung!) Sd7 32.De2 Ld4:! 33.Ld4: Sc5! (Mit der Drohung Dc6+. Falls 34.Kf4:, so folgt Tf8+ 35.Ke3 Dc6 36.Th4 Sd3 mit starkem Angriff.) 34.Lc5: Dc5: (Nun wird 35.Kf4: mit Tf8+ beantwortet, nach 36.Kg3 hat Schwarz neben Zugwiederholung Tg8+ 37.Kf4 Tf8+ auch Angriffsversuche wie 37.... De7 38.Dg4 Df7 oder 38.Th4 Dg5+ zur Verfügung.) 35.Td1? Tg8! 36.Td4 (36.Kf4: Df8+ 37.Ke3 Db6+) Dc6+ 37.De4 (37.Kf4: Dh1!, 37.Te4 De8 38.Dc4: oder 38.Tf4: Db5+ usw.) De8 38.Dh7 Dc6+!? (Zugwiederholung in der Zeitnot – nach 39.Kf4: wäre Tf8+ 40.Ke3 Db6+, nach 39.Te4 Tf8 nebst Tf5 stark.) 39.De4 De8 40.Dh7 Th8 41.Dg7 und nach dem Abbruch gab Weiß auf (Dh5+ 42.Kf4: Df5+ oder 42.Kf2 Dh1! usw.)

Lösung vom 23. August

(Kh7,Lf1,Be2; Kc3,Bb5): 1.e4 Kd4 2.Ld3! Kd3: 3.e5 b4 4.e6 b3 5.e7 b2 6.e8D b1D 7.Dg6+ oder 1.... b4 2.e5 b3 3.Lh3 b2 4.Lf5 Kd4 5.e6 Ke5 6.e7 Kf5: 7.e8D b1D 8.Dg6+ und gew.

M. Zinar (1985)

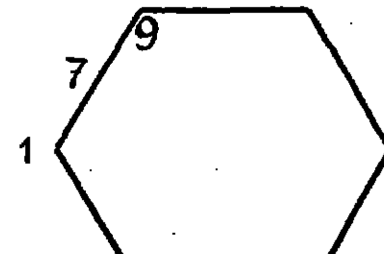


Weiß am Zug gewinnt

(Ke3,Bg5,h5; Kh3,Be4,e5,g4,h4)

DENKSPIELE

Magie im Sechseck



Verteilen Sie die Zahlen von eins bis zwölf so an dem Sechseck, daß eine Zahl an jeder Ecke und jeweils eine zwischen beiden zu stehen kommt. Die Summme der drei Zahlen an jeder Seite soll 17 betragen.

Scharade

Ohne die ersten
würdest du dies nicht sehn.
Die zweite siehst du
am Ufer des Baches stehn.
Manchmal ist „sie" auch
das ganze. Ist das nicht schön?

Rückwärtsgang

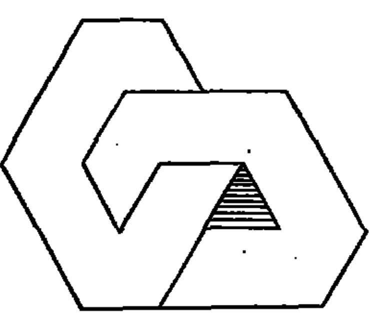
Von Uhren ist bekannt, daß sich deren Zeiger stets in einem bestimmten Drehsinn bewegen. Auch bei Automotoren nehmen wir eine bestimmte Drehrichtung als gegeben an. Doch halt – könnte ein normaler 4-Takt-Motor nicht genausogut (vielleicht nach Verstellen der Zündung) „rückwärts" laufen?

Auflösung vom 23. August

Schlau entlarvt

Der Bankier numerierte die sechs Stapel und nahm vom ersten eine Münze, vom zweiten zwei, vom dritten vier und schließlich vom letzten 32 Münzen. Angenommen, es fehlen 19 Gramm. Neunzehn läßt sich nur als 16+2+1 darstellen. Also enthalten die Stapel eins, zwei und fünf Falschgeld.

Schwierige Teilung



So wurde das Achteck in zwei deckungsgleiche Figuren geteilt.

Das große Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13

232

In großen Höhen braucht der Körper Wasser, Salz und Zeit

Schon manchem Touristen, der nach der Landung in seinem Urlaubsziel voller Erwartung das Flugzeug verließ, blieb im wahrsten Sinn des Wortes die Luft weg. Die Ursache war aber weniger die überwältigende Szenerie als die unerwartete Höhenlage der Stadt, in die ihn das vollklimatisierte und mit einer Druckausgleichskabine ausgerüstete Flugzeug gebracht hätte. Etwa alle 300 Höhenmeter sinkt der Sauerstoffgehalt der Luft um 2 Prozent. Wer sich also unvorbereitet in größere Höhen begibt, bekommt es möglicherweise mit Atemnot zu tun. Der Körper reagiert schnell auf die neue Situation: Atemfrequenz und -tiefe nehmen zu, und der Puls beschleunigt sich. Erst nach einiger Zeit paßt sich der Organismus an die neue Umgebung an: Das Herz erhöht dann sein Schlagvolumen, die Menge des Blutes im Kreislauf wird vermehrt, indem es aus den Depots (etwa der Milz) abgezogen wird. Langsam nimmt dann auch die Zahl der roten Blutkörperchen, die den Sauerstoff im Körper transportieren, zu.

Akklimatisierungsschwierigkeiten äußern sich in Übelkeit, Erbrechen und Schwindel, die Reisenden klagen zudem über Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit. Wegen der dünnen und trockenen Luft in größeren Höhen kommen oft noch Beschwerden oder gar Infektionen der Atemwege hinzu. Es gibt zahlreiche Reiseziele, die dem Touristen große Höhenunterschiede zumuten, ohne daß ihm viel Zeit zur Anpassung bleibt. Dazu gehört natürlich vor allem der Urlaub in den Bergen. Viele Hauptstädte und Urlaubsorte liegen aber ebenfalls in Höhen, die der Mitteleuropäer nicht gewöhnt ist. Das reicht von Kathmandu (1500 Meter) über Nairobi (1650 Meter) und Johannesburg (1800 Meter) bis zu Mexico City (2600 Meter) oder La Paz, das fast 4000 Meter hoch liegt. Das Problem der Höhenanpassung muß vor allem bei Reisen in die europäischen Gebirgsregionen, nach Süd- oder Mittelamerika, nach Ostafrika sowie nach Nepal berücksichtigt werden.

MEDIZIN auf Reisen

Als Faustregel gilt, daß oberhalb von 2500 Meter eine Anpassungszeit von einer Woche pro 1000 Meter notwendig ist. Wer in kurzer Zeit große Höhendifferenzen überwinden muß, etwa bei Bergtouren oder bei Reisen in Ländern, bei denen sich flache Ebenen und Gebirge abwechseln, sollte pro 500 Höhenmeter zwei Tage einkalkulieren. Zusätzlich braucht der Organismus in größeren Höhen neben reichlicher Flüssigkeit auch viel Salze. Grundsätzlich gilt, daß die Probleme um so geringer sind, je besser der Betreffende körperlich trainiert ist. Personen mit labilem Kreislauf sind besonders gefährdet. Starke körperliche Belastungen, etwa bei Wanderungen, erschweren die Situation zusätzlich. Im schlimmsten Fall tritt die sogenannte akute Höhenkrankheit auf, die sich zunächst in heftiger Atemnot äußert. Sie ist Folge eines Lungenödems, bei dem sich Flüssigkeit in der Lunge sammelt. Hinzu kommen Durchblutungsstörungen des Gehirns und als Folge davon Kopfschmerzen, Benommenheit und Schwindel. Bei diesen Symptomen hilft nur der sofortige Abstieg auf eine niedrigere Höhe. In jedem Fall muß anschließend ein Arzt aufgesucht werden. Lungenödeme treten selbst bei geübten Bergsteigern auf, die in mehr als 4000 Meter Höhe plötzlich intensiver Belastung oder sehr niedrigen Temperaturen ausgesetzt sind.

LUDWIG KÜRTEN

BRIDGE

Problem Nr. 18/85

Nord: ♠ A 7 3 2 ♡ 2 ♢ A B 5 4 ♣ A K D 2

West: ♠ 8 ♡ 10 9 4 ♢ K D 9 8 6 2 ♣ 9 5 3

Ost: ♠ D B 9 4 ♡ K B 6 ♢ 10 7 3 ♣ B 8 7

Süd: ♠ K 10 6 5 ♡ A D 8 7 5 3 ♢ – ♣ 10 6 4

Kann Süd „6 Pik" bei Karo-König-Angriff gewinnen? Welches ist der höchste für Nord-Süd erfüllbare Kontrakt?

Lösung Nr. 17/85

Treff-Angriff stellt Süd vor Probleme, die er jedoch meistern kann: er nimmt am Tisch und zieht fünfmal (!) Trumpf; der Tisch wirft zweimal Treff ab. Es folgen die beiden hohen Treffs, auf die sich Süd von einer Karo-Karte trennt. Mittlerweile haben der Tisch, Ost und die Hand als letzte fünf Karten je drei Piks und zwei Karos. Der Tisch spielt jetzt Pik. Ost legt das As und setzt Pik fort. Süd nimmt und bringt Ost mit dem dritten Pik zu Stich: Ost muß jetzt in Karo antreten und den König am Tisch hochmachen. (Hätte Ost zum Schluß Pik ADB7 Karo A gehalten, hätte der Tisch Karo-Fünf gespielt.) Anders kann Süd bei Treff-Angriff nicht gewinnen, weil Ost sonst bei erster Gelegenheit eine zweite Treff-Runde spielt. – Trumpf-Ausspiel schlägt nicht; denn Süd kann genauso gewinnen wie bei Treff-Angriff. (Er kann auch viermal Trumpf ziehen – der Tisch gibt Pik – und dann Treff zur Acht fortsetzen.) Nicht zu gewinnen ist der Kontrakt, wenn West Pik angreift und Ost ein mittleres Bild legt. Süd ist jetzt chancenlos. (Legt Ost fehlerhaft Pik-As, gewinnt Süd, weil nach viermal Atout, Pik-König und viermal Treff West herangesetzt wird und in Karo antreten muß.)

U. A.

REISE ● WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann
Heinz-R. Scheika

Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

WAAGERECHT: 2. REIHE Oka – Lesezirkel – Zaire 3. REIHE Ar – Plakat – Engel 4. REIHE Nigeria – Ewers 5. REIHE Kamin – Edison – Mio 6. REIHE Tarpan – Island 7. REIHE Soldat – Pirat 8. REIHE Bari – Aktion – Siel 9. REIHE Boll – Bologna 10. REIHE Japan – Akron – Id 11. REIHE Lot – Mania – Torte 12. REIHE Ariane – Abruzzen 13. REIHE Derna – Heide – Na 14. REIHE Alexander – Ali 15. REIHE Storm – Aragon 16. REIHE Maie – Samoa – MA 17. REIHE Bea – Turku – derb 18. REIHE Be – Era – Edersee 19. REIHE et – Erdkunde 20. REIHE Serie – Regel – Numider 21. REIHE Irene – As – NT – Asiaten.

SENKRECHT: 2. SPALTE Kana – San José Sambesi 3. SPALTE Tarim – Ornat – Tibeter 4. SPALTE Gigli – Anton – Re 5. SPALTE Alsen – Basra – Benin 6. SPALTE Talon – Ammersee 7. SPALTE Spinat – Mari – Ian 8. SPALTE Ela – Albanien – Era 9. SPALTE ZA – Epik – one – Stones 10. SPALTE Ikeda – Ti – Hanau – DG 11. SPALTE Ramin – Anden – Mr – Ken 12. SPALTE Akt – Polka – okkult 13. SPALTE Eosin – Adenau 14. SPALTE Clown – Bomber – Edea 15. SPALTE Iason – Amadeus 16. SPALTE Zerbst – Tuschra – ml 17. SPALTE Aas – Somoza – Dr – IA 18. SPALTE madig – Agnes – dt 19. SPALTE Kreta – Enite – Io – Renée 20. SPALTE el – OD – Laden – in – Bearn – NUTZNIESSER

AUSFLUGSTIP



Anfahrt: Kisslegg liegt zwischen Wangen und Memmingen an der B 18 und ist auch mit der Bahn auf der Linie Lindau–München oder Stuttgart–Aulendorf gut zu erreichen.
Auskunft: Gästeamt im Rathaus, 7964 Kisslegg i. Allgäu.

Kisslegg im Allgäu

Mehr als ein Dutzend Seen in der Umgebung, Wiesen voll von honiggelbem Weidevieh, Wälder, Moore, dahinter bei klarem Wetter die majestätische Silhouette der Alpen, eine lieblichere Landschaft läßt sich kaum denken als das württembergische Voralpenland des Allgäu. Und mitten drin dann ein stattlicher Marktflecken: Kisslegg.

Man mag schwanken, ob man den Ort als Dorf oder als Stadt ansprechen soll, wenn man sich ihm von ferne nähert. Oder wenn man später durch die Herrengasse geht, die Hauptstraße von Kisslegg. Breit ist sie, behäbig stehen die breitgiebligen Häuser nebeneinander, laden da „Ochs" und „Hirsch", „Goldner Adler" oder „Wilder Mann" zu behaglicher Gasthauseinkehr ein. Unverkennbar also ein oberschwäbisches Dorf.

Doch dann entdecken wir neben der Kirche ein prächtiges Schloß, stoßen bald darauf sogar noch auf ein zweites und wissen, Kisslegg kann kein Dorf, nicht einmal eine ländliche Residenz sein. Das ist eine Stadt. Die Stadt, rund 5000 Einwohner im Kern groß, seit Jahren als Luftkurort von Eingeweihten gerne besucht, wird durch ihre beiden Schlösser geprägt.

Das Wolfegger Schloß der Grafen von Waldburg-Wolfegg, im Volksmund nur das „Alte Schloß" genannt, ist mit seinem steilen Dach, seinem markanten Treppengiebel ein Blickfang. Gelegentlich finden hier Konzerte oder Ausstellungen statt, dann ist das Schloß zugänglich. Im allgemeinen ist nur der Teil des Wolfegger Schlosses zu besichtigen, in dem das einzige Besenmuseum der Welt untergebracht ist. Fürwahr schon ein Grund, einmal nach Kisslegg zu reisen (außer montags).

Das „Neue Schloß", im 18. Jahrhundert für die Grafen von Waldburg-Zeil gebaut, gehört heute der Gemeinde, die in einem seiner kostbaren Barockräume einen Lesesaal für die Gäste des Städtchens unterhält. Da möchte man sich fast einmal einen Regentag in Kisslegg wünschen, um diesen prunkvollen Barocksaal so richtig nutzen und genießen zu können.

Die dritte Kostbarkeit des stillen Städtchens Kisslegg ist die barocke St. Galluskirche. Auf der linken Empore über dem Chor kann man im Inneren der Kirche einen Teil des als überaus kostbar eingestuften Silberschatzes sehen, den der Kisslegger Pfarrer Lohr 1746 mit eigenen Mitteln von einem Augsburger Goldschmied erwarb.

Die Seen der Umgebung und zahlreiche markierte Wanderwege im weiten Umkreis um den Ort machen das Städtchen an der Oberschwäbischen Barockstraße fast zu mehr als nur einem Ausflugsziel.

CHRISTOPH WENDT



Das Stadtwappen von Kisslegg im Allgäu FOTO: DIE WELT



Beim Radwandern abseits vom Straßenverkehr die Landschaft genießen FOTOS: FRIEDERICHS/FRECKWINKEL

Pedalritt über herbstliche Polder und Pättkes

Ostende

Etwas skeptisch war ich schon. Fahrradfahren sollte ich, sieben Tage lang durch Belgien, Holland und das Münsterland. Ein bißchen viel nach langer Pause, denn die eigene Antriebskraft und Kondition läßt sich sehr schwer einschätzen.

Ausgangspunkt unserer Tour war Ostende, die Hafenstadt an der belgischen Nordseeküste. Früh am morgen starten wir auf der Seepromenade. Argwöhnisch beobachte ich den Windmesser, der eine ziemlich steife Brise anzeigt. Viel Gegenwind beim Radeln, erschwerte Bedingungen also. Der Zeedijk ist von Spaziergängern und unzähligen fahrradähnlichen Vehikeln, auf denen bis zu zwölf Personen Platz finden, hoffnungslos übervölkert. In den Straßencafés sitzen Urlauber und schauen sich das lebhafte Treiben auf der Promenade bei Eis und den unvermeidlichen Waffeln an. Am breiten, weißen Sandstrand werden bunte Sonnenschirme und Windzelte aufgebaut. Es riecht nach Salzwasser, Waffeln und Sonnenöl. Über das Meer gleiten die Fährschiffe nach England. Das Tosen der See, das gegen die Molen und Wellenbrecher schlägt, übertönt das Geschrei unzähliger Möwen.

Entlang der Küstenstraße wird die Fahrt von Ostende nach Blankenberge zur ersten Bewährungsprobe für mich und meine untrainierten Muskeln. In Blankenberge das gleiche Bild wie in Ostende, nur alles etwas kleiner: der verkehrsfreie Seedeich, der breite goldene Sandstrand, Badekarren und Badekabinen, die an die gute alte Zeit der Sommerfrische erinnern.

Durch die flache, grüne Polderlandschaft, vorbei an typischen flämischen Bauernhöfen, wildwachsenden Blumen wie farbigen Tupfer zwischen Himmel und Erde, und malerischen Polderdörfern geht die Fahrt über Lissewege weiter nach Damme, einst Vorhafen von Brügge und Heimat des flämischen Till Eulenspiegel. Nach einigen Stunden auf den Drahteseln stellen sich langsam die ersten Ermüdungserscheinungen ein. Wir beschließen, von Damme aus mit einem Motorschiff nach Brügge weiterzufahren. Die Fahrräder werden also auf den Kahn gehoben, und wenig später dümpeln wir gemütlich über den Kanal. Am Wasser sitzen alte Männer unter riesigen Schirmen, die geduldig darauf warten, daß doch einmal ein Fisch an der Angel zappelt.

Schon von weitem zeichnet sich die Silhouette Brügges mit den vielen Türmen, Toren und dem Belfried vom Horizont ab. Im Mittelalter und zur Zeit der Burgunder brachten Handelsschiffe aus aller Welt Wohlstand und Macht nach Flandern. Heute fahren Touristen in kleinen Motorbooten auf den Kanälen, unter den typischen „brugjes", den Brücken, die der Stadt ihren Namen gaben. Die Straßencafés sind bei dem warmen Spätsommerwetter überfüllt. Vor den Bootsanlegeplätzen drängeln sich Touristen, um einen Platz in den Ausflugsbooten zu ergattern. Dem Charme dieser mittelalterlichen Stadt, dem Venedig des Nordens, wie die westflandrische Provinzhauptstadt auch genannt wird, kann man sich halt schlecht entziehen. Spitzenklöpplerinnen sitzen vor alten Patrizierhäusern, gehen mit flinken Fingern ihrer anscheinend „undurchsichtigen" Kunst nach. Doch nicht alles, was hier unter dem Prädikat Brügger Spitzen verkauft wird, ist auch echte Handarbeit und in Brügge gefertigt. So manches entpuppt sich als made in Hong Kong oder Taiwan.

Einst war Brügge bedeutender Hafen, und große Handelsschiffe rauschten durch die Meeresbucht des Zwin im Nordosten und weiter durch den Kanal von Damme bis zum großen Handelsbecken. Dort schlug man die Waren auf Boote um und brachte sie über die Reie-Kanäle bis ins innere der Stadt.

Mit der Bahn fahren wir und die Räder weiter nach Arnheim, der Hauptstadt der niederländischen Provinz Gelderland, und von dort aus in die Hoge Veluwe. Gelderland, die größte der elf niederländischen Provinzen, besteht zu einem großen Teil aus Hügeln – was für die Niederlande etwas ganz Besonderes ist.

Der Nationalpark De Hoge Veluwe ist das größte Naturschutzgebiet der Niederlande mit über 5400 Hektar Wald, Heide, Seen und großem Wildbestand. Der eben noch strahlend blaue Himmel ist mit dunklen Wolken verhangen, und es dauert nicht lange, bis der Regen auf aus prasselt. Der gelbe „Friesennerz" wird hektisch hervorgekramt, was aber auch nicht mehr viel nützt, schon nach wenigen Minuten sind wir naß bis auf die Haut. Für die Schönheit des Parks haben wir jetzt kaum einen Blick übrig, unser Ziel ist das Reichsmuseum Kröller-Müller, das durch seine Vincent-van-Gogh-Sammlung, die Werke von Picasso, Juan Gris, Henry Moore und Mondriaan Weltruf genießt.

Die letzte Etappe unserer Tour führt uns über die niederländisch-deutsche Grenze bei Geldern ins Münsterland. Hier heißt das Radwandern Pättkesfahren, weil man abseits der Straßen auf Feld- und Waldwegen, den Pättkes, durch die Landschaft radelt. Wir fahren über weites, flaches Land, über die Baumberge zwischen Münster und Coesfeld, und auf den Westerberg, mit 186 Metern die höchste Erhebung im Münsterland. Vorbei an Burgen, die im Wasser träumen, über weites, fruchtbares Land der westfälischen Bauernöfe, endet unsere Fahrradtour mit einer Stadtrundfahrt in Münster.

Schade eigentlich, denn nach anfänglichem Stöhnen über Muskelkater, Gegenwind, Steigungen und trotz des wechselhaften Wetters begann mir die Tour nach und nach immer mehr Spaß zu machen.

SABINE FRECKWINKEL

*

Auskunft: Belgisches Verkehrsamt, Berliner Allee 47, 4 Düsseldorf 1. Niederländisches Büro für Tourismus, Laurenzplatz 1, 5 Köln 1. Verkehrsverein Münster, Berliner Platz 22, 44 Münster.

